



KIRCHE UND HAUSBESETZUNGEN

KIRCHE UND HAUSBESETZUNGEN IN BERLIN (WEST)

=====

Inhaltsverzeichnis:

Seite

I.	<u>Statt einer Einleitung:</u>	1
	Herr Redetzky oder wie wohnte man in der Cuvrystraße in den letzten 100 Jahren - von Jürgen Trott (Nachdruck aus dem Tabor-Boten)	
II.	<u>Kreuzberg - Chiffre für das Leben</u>	11
	Überlegungen zum kirchlichen Engagement bei den Hausbesetzungen - von Jürgen Quandt	
III.	<u>Die Kirche beteiligt sich an den Auseinandersetzungen um besetzte Häuser (Berichte und Dokumente)</u>	40
1.	<u>Ein Superintendent tritt für Hausbesetzer ein</u>	41
	Beiträge von Gustl Roth	
	- Brief zu Ostern 1981 an die Kreuzberger Gemeinden	
	- Rede auf dem Winterfeldtplatz, April 1981	
	- Bericht vor der Kreissynode Kreuzberg, November 1981	
2.	<u>Ein Bischof trägt zur Befriedung der Stadt bei</u>	67
	- Brief von Bischof Kruse an die Gemeinden, März 1981	
	- Brief von Bischof Kruse an die Christen in Berlin, Oktober 1981	
	- Bericht von RA Rainer Papenfuß, Beauftragter des Bischofs für Hausbesetzerfragen	
3.	<u>Ein offener Brief zwischen Brüdern</u>	89
	- Pfr. Manfred Bahmann schreibt an Sup. i.R. Wulf Thiel, Februar 1983	
4.	<u>Beiträge von Betroffenen</u>	97
	- Brief der Mutter einer Hausbesetzerin an Sup. Roth	
	- Tagebuchnotizen einer Theologiestudentin, die auch Hausbesetzerin ist - von Karin Attner	
	- Bußtag - Gottesdienst der Tabor-Gemeinde im besetzten "Kerngehäuse", Cuvrystr. - 2 Ansprachen -	
	- Feindbilder - Erfahrungen eines Pfarrers mit der Gewalt - von Guido Wohltatz	
5.	<u>Die "Kultur-Brauerei" in Zehlendorf</u>	126
	- Beitrag von Sup. Manfred Karnetzki	
	- Gottesdienst in der "Kultur-Brauerei", Juli 1981	
	Predigt von Manfred Karnetzki	
	Ansprache von Rainer Müller (Besetzer)	

6. <u>"Worte zum Tage" des Todes von K. J. Rattay</u>	140
- Brief von Pfr. Christian Müller an Bischof Kruse	
- Morgenandacht - von Pfr. Helmut Giese	
- Predigt - von Pfr. Rolf Thoma	
- Kommentar - von Reinhard Henkys	
7. <u>Ein Beitrag von "außen"</u>	151
- Kirche und Besetzer - von Gerd Behrens	
8. <u>Statt eines Schlußwortes</u>	156
- Brief von Pfr. Rolf Thoma an den Regierenden Bürgermeister Richard v. Weizsäcker	
IV. <u>Chronologie</u>	1
von Pastor Ekkehard Gahlbeck und Ludger Kolhoff	(nach S. 160)

I. STATT EINER EINLEITUNG:

Herr Redetzky
oder

Wie wohnte man in der Cuvrystrasse in den letzten 100 Jahren? - von Jürgen Trott
(Nachdruck aus dem Tabor-Boten)

Im Januar dieses Jahres verstarb Herr Redetzky nach einem Schlaganfall mit fast 94 Jahren. Neunzig Jahre davon verbrachte er im Berliner Südosten, war verwurzelt mit den Straßen zwischen Spree und Görlitzer Bahnhof, Landwehrkanal und Hochbahn, wohnte zuletzt in der Cuvrystr. 38.

In der hundertjährig angewachsenen Substanz dieses Quartiers steckt etwas, was mehr ist als billiges Wohnen, Achtung alter Häuser, Festhalten des Gebrauchswerts: Ein Stück Stadt, dessen Geschichte man sich noch vorstellen und nachvollziehen kann.

1888 wurde Herr Redetzky in der Sorauer Straße geboren. Kurz zuvor waren hier auf ehemaligen Gärtner- und Wiesengrundstücken Häuser gebaut worden, deren Gebäudetyp und Bestimmung noch heute wiederzuerkennen sind: Es waren reine Mietskasernen, die allein auf "Wohnbedürfnisse" der Arbeiterklasse zugeschnitten und bei der - schon damals! - herrschenden Wohnungsnot auch sofort zu vermieten waren. In einem regelrechten Sog in die Stadt reisten nämlich - um die Jahrhundertwende - Massen von "Fremdarbeitern" zu, aus Schlesien, Pommern, Ostpreußen oder der Lausitz, nach deren heimatlichen Städten die Kreuzberger Straßen um den Görlitzer Bahnhof ja benannt sind; und - bettelarm wie mancher heute ankommende Türke - blieb ihnen nichts anderes übrig, als in die ihnen zugedachte, dem Arbeiterstande angemessene Behausungsform, zu ziehen.

Die Zeit, in der diese "Wohnausschußware" entstand, die siebziger und achtziger Jahre des vorigen Jahrhunderts, wird heute noch charakterisiert mit dem Begriff "Gründerzeit", ein wenig abfällig, denn "Börsenkrach" und "Gründerschwindel" sind die überwiegenden Begriffe für diese Epoche.

Doch schauen wir uns die tatsächlichen Verhältnisse näher an! Im Handbuch des Wohnungswesens von 1920 ist nachzulesen: "Der Grundriß der Mietskaserne ist auf die herrschaftliche Vorderwohnung zugeschnitten; für die Kleinwohnung dagegen ist er untauglich und schlechthin unverbesserlich. Die wider natürliche Verbindung zweier verschiedener Wohnungsformen, wie sie in der Mietskaserne vorliegt, bringt nach jeder Richtung nur Unzuträglichkeiten hervor. Die neueren sogenannten hygienischen Verbesserungen (Toiletten auf halber Treppe statt im Hof) und Einschränkungen der Bodenausnutzung (Hofmindest-

breiten, auch für besseren Lichteinfall und Luftaustausch) bewirken hier in erster Linie eine Verteuerung der Wohnungen; an der verfehlten Wohnungsanlage dagegen können sie nichts oder nur wenig ändern. (...) Es ist ein unhaltbarer Widerspruch, daß in einer Zeit, in der der Arbeiterstand politisch und kulturell emporstieg, ihm Wohnverhältnisse geschaffen wurden, wie er sie in Deutschland zu keiner Zeit gekannt hat."

Dabei war doch alles so schön geplant. Baurat Hobrecht schrieb "über öffentliche Gesundheitspflege" 1868, daß die Anlage von Mietskasernenblöcken den enormen Vorteil biete, daß "ein Durcheinanderwohnen wohlhabender Klassen und ärmerer Bevölkerung" gewährt würde und eine solche "soziale Durchdringung aus sittlichen und darum aus staatlichen Rücksichten das Gebotene zu sein scheint."

Doch sieht es in der Wirklichkeit der Bauentwicklung weniger ideal aus: Berlin wird um die Jahrhundertwende die am dichtesten besiedelte Stadt der Welt - mit traurigen "Rekorden" im Südosten. Der Zwang der Unterbringung der Zugewanderten und galoppierende Mietssteigerungen führen dazu, daß sich viele Menschen eine Wohnung nur dann leisten können, wenn Frau und Kinder durch ihre Arbeit ebenfalls Geld in die Haushaltskasse bringen und darüber hinaus sogenannte "Schlafgänger" zur Untermiete aufgenommen werden. 6 - 8 Personen in einer 35 - 40 qm großen Stube-Küche-Wohnung waren also keineswegs die Ausnahme. Dennoch bildete sich in der Gegend eine von Beamten, Handwerkern und Arbeitern gemischte Bevölkerung heraus, allerdings mit deutlichem Übergewicht des Arbeiteranteils und sozialem Gefälle in den Hinterhäusern. Was das für den Einzelnen bedeutete, können wir wieder am Beispiel von Herrn R. erkennen:

Von 1902 bis 1907 machte er nach dem Besuch der Grundschule in der Görlitzer Straße eine Lehre als Kunstziseleur in einem Betrieb in der Prinzenstraße, lernte dort, aus Metallen mit Meißel und Feile Figuren und Ornamente herauszuarbeiten. Währenddessen zog er um - in die Görlitzer Straße 40/Ecke Cuvrystr. Die Görlitzer Straße wurde durch den Bau des Görlitzer Bahnhofs (1866) wegen des Sicherheitsabstandes zur Eisenbahn (Feuergefahr!) zum breit ausgebauten Boulevard, die Wohnlage der entlang der Görlitzer Straße gebauten Häuser war daher recht gut. In dem Blockabschnitt zwischen Cuvrystraße und Görlitzer Ufer war ziemlich in jedem Haus eine Tischlerei. Ferner wohnten hier, gegenüber dem Lokomotivschuppen des Güterbahnhofs, überdurchschnittlich viele Lokführer und -heizer, auf die in der Görlitzer wohl an die 30 Kneipen (bald in jedem Vorderhaus eine!) warteten.

Die Görlitzer Vorderhäuser waren an sich schon etwas Besonderes: Noch heute ist, z.B. in einer Wohnung der Nr. 39, an übertünchten Türdurchgängen und kunstvollen Stuckmustern nachzuahnen, daß man es mit einer ehemals vornehmeren Wohnung, möglicherweise der eines Offiziers (Kasernen in der Wrangel- oder Köpenicker Str.) zu tun hat, die in ihren gut 150 qm mehrere Salons (mit 4 m langem Balkon) beinhaltete, wozu auch ein nun schon abgebauter Dienstabenaufgang gehörte.

Doch bei einem Wochenverdienst von 20,-- Mark (ein 2-Pfd.-Brot kostete 50 Pfennige, 1 Pfd. Fleisch 70 Pf., ein Seidel Bier 10 Pf., 1 Zigarre 3 Pf.) wurde Herrn R. die Miete dieser Wohnlage von 24,- Mark im Monat zu teuer. Sein Jahresverdienst also von 960 Mark und die jährliche Miete von 288,- Mark bedeuteten, daß die Mietausgaben fast 1/3 des Lohnes in Anspruch nahmen! (die durchschnittliche Mietbelastung in SO 36 heute: etwa 1/5 des Nettoeinkommens).

Ob Löhne und Gehälter oder Mieten damals mehr stiegen, ist schwer auszumachen; sehr erheblich waren jedenfalls die Lohnerhöhungen im Baugewerbe, die in den siebziger Jahren des vorigen Jahrhunderts 80 % betrug und einer der wichtigsten Faktoren für die Mietpreissteigerung wurden.

So führte für Herrn R. nichts an einem erneuten Umzug vorbei; im 1. Quergebäude der Cuvrystr. 35, sozusagen ums Eck, wurde eine Stube-Küche-Wohnung frei, die "nur" 18,50 Mark kostete.

Bewegte Zeiten - 1914 - 1945

1914 hatten auch die Leute des Schlesischen Viertels gejubelt, als das 3. Garderegiment die Skalitzer Straße langzog über die Oberbaumbrücke zum Schlesischen Bahnhof hin.

(Doch ist zu bemerken: das aus der Kaiserzeit unendlich oft beschworene Bild des jungen Leutnants, dem alle "Mädchenherzen" stürmisch zuflogen, mag in mancher Garnisionskleinstadt einen realen Hintergrund gehabt haben; für großstädtische Arbeitersiedlungen galt etwas anderes. Die Arbeiter und -innen liebten das Militär nicht, die Militärs mieden die Arbeiter; an der Ausbildung von deren Bürgerkriegsarmee waren sie in der Regel nicht interessiert.)

Dann kamen die Hungerjahre des Krieges, Hamsterfahrten, endloses Anstehen. Schlangen vor einem Buttergeschäft in der Wrangelstraße schon in der Nacht oder am frühesten Morgen am Gemüseladen, um überhaupt etwas abzubekommen,

Frauen und Kinder, die Männer waren im Krieg.

Auch Herr Redetzky aus der Cuvrystraße 35 wurde eingezogen und kam in den vier Kriegsjahren weit herum - zwischen Rußland und Frankreich. Er bleibt glücklicherweise unversehrt, kann nach Berlin zurück, läßt sich als Formen- ziseleur bei einer Exportfirma anstellen, die die Siegerländer mit kunstvoll geformten Bronze- und Silberfiguren beliefert.

In diesen Jahren lernt er auch seine Frau kennen, die Heirat der beiden findet 1922 statt, einer Zeit, die für ein junges Arbeiterpaar sehr entbehrungsreich gewesen sein muß. Auffällig in den Straßen auf den ersten Blick - als Folgen des Krieges - war die große Anzahl von Witwen und Invaliden.

Revolutionäre Regierungsansprüche von links wie von rechts, die der geplagten Bevölkerung wieder ein "Rückgrat", dem Staate ein neues Gesicht geben wollten, werden im Schlesischen Viertel als dunkle und blutige Zeit erinnert: Im Januar 1919 wird die Pionierkaserne in der Köpenicker-/Ecke Eisenbahnstraße von Arbeitern gestürmt, die dann in einem Gemetzel am Belle-Alliance-Platz (heute Mehringplatz) von Gustav- "Blut" - Noskes Truppen fertiggemacht werden. Bis März 1919 werden mehrere tausend Arbeiter standrechtlich erschossen. Mittels Barrikaden, z.B. am Kottbusser Tor, und Generalstreik wird 1920 der "Kapp-Putsch" abgewehrt. Doch gegenüber dem allumfassenden wirtschaftlichen Tiefgang und den unmittelbaren Folgen der Inflation waren die Arbeiter machtlos.

Die Lebensverhältnisse in der Cuvrystraße waren demnach so hart wie je. Man traf sich z.B. bei der Pfandleihe um die Ecke in der Wrangelstraße beim "vertraulichen" Versetzen der letzten Wertstücke, denn wofür man heute noch ein Brot bekam, war morgen womöglich nur noch ein Bruchteil des Preises wert. Das war eine Qual, besonders für die Frauen, auch Frau Redetzky hatte arg zu klagen, berichtete ihr Mann. Miete und Löhne waren ziemlich gleich geblieben, 18 Mark Wochenlohn gleich eine Monatsmiete.

Doch obwohl das Geld Mitte der zwanziger Jahre nicht viel wert war, blühte die Geschäftskultur, gerade in der Wrangelstraße als der Einkaufsstraße des Viertels. Zwischen unzähligen Geschäften, Obst- und Gemüsekarren, Straßenhändlern und dem Wochenmarkt drängten sich Scharen von Einkaufenden.

Verändert hatte sich aber die Arbeitsszene. Es fehlt der größte Teil der alten Kleinhersteller, Zigarrenproduzenten, Instrumentenmacher usw., die Handwerksmeister sind merklich weniger geworden, überhaupt gab es nun mehr Fabrikarbeiter und weniger Beamte. Die Veränderung spiegelt sich in der Cuvrystraße: Der Moon'sche Blindenverein besaß jetzt die Nr. 31 - 33, in

denen sich naturgemäß die Blindenberufe (Bürstenmacher, Stuhl- und Korbflechter) häuften. Die Nr. 34 mit dem großen Fabrikgebäude wurde chemische Fabrik und wieder Möbelfabrik. Die Zahl der Tischler ist um über die Hälfte geschmolzen, dafür wohnten mehr Schlosser, Schleifer, Dreher als 1900 in der Straße, viele Metallarbeiter.

Zu letzteren zählte Herr Redetzky auch. Um dem traurigen Schicksal vieler Kollegen, von heut auf morgen arbeitslos auf der Straße zu stehen, zuvorzukommen und auch wegen Streitigkeiten mit seinem bisherigen Meister, beschließt er mit 20 weiteren Genossen eine Bronze-Stahl-Produktionsgenossenschaft zu gründen. Startkapital stellt ein Kaufmann, der Kleinbetriebe finanzierte, zur Verfügung. Der selbstverwaltete Betrieb mit eigener Buchführung, gleichberechtigter Mitbestimmung und selbstgewähltem Meister (man bedenke: 1923!) befand sich in der Köpenicker Straße kurz hinter der Schillingsbrücke (heute Ost-Berlin); dies neben einer Kunststeingießerei, die Hand in Hand mit ihnen arbeitete, wovon heute noch der pensionierte Betriebsleiter erzählen kann. Er fuhr früher immer von Treptow hier zu seiner Arbeit und wohnt heute in der Görlitzer Str. 1927/28 erfuhr der Betrieb durch eine wesentliche Produktionserfindung einen regelrechten Auftragsaufschwung, vor allem wurden Lautsprecherformen an die Firma Blaupunkt geliefert.

Das Ende der Republik kündigte sich dann immer deutlicher auch im hinteren Schlesischen Viertel an. 1932 zogen morgens die Kommunisten und abends die SA in Kampfformation durch die Cuvrystraße.

In der Wiener Straße machte ein SA-Lokal, in der Görlitzer Straße ein NS-Laden auf. Doch bis 1933 behielt die KPD die Oberhand, hatte ihren Stützpunkt in der Görlitzer Str. 50.

Politische Feindseligkeiten wurden nur dann beiseite geschoben, wenn's allen wirklich gleich dreckig ging und man dies einsah: September/Oktober 1932 streiken Mieter in der Köpenicker Str. 34-35, Wandsprüche wie ERST ESSEN - DANN MIETE, WIR WOLLEN NICHT VERHUNGERN oder HIER VERKOMMEN UNSERE KINDER! weisen auf die gemeinsame Not hin, und so flattern aus den Fenstern Protestfahnen mal mit leuchtendem Sowjetstern, mal mit Hakenkreuz. SA-Mann wie KP-Arbeiter packen an, um einen erwerbslosen Familienvater gegen die Räumung und Wuchermiete seiner Wohnung zu unterstützen, die nicht mehr Wohnwert als ein Viehstall hatte.

1933 aber staunte man dann im Viertel, wer alles schon heimlich Nazi war oder schleunigst wurde. Anders als in der Sorauer, gab es in der Cuvrystraße keine blutigen Zusammenstöße, wohl aber in der Wrangelstraße. Daß aber 1933 keineswegs gleich alles in Bewegung kam und besser wurde, wie man das im Viertel heute noch hören kann, sieht man bald: Die Arbeitslosigkeit, die ihren Höhepunkt 1933 schon überschritten hatte, hörte nicht sofort wegen Ausbruch des 3. Reiches auf. Entgegen auch der Erinnerung mancher Bewohner, begann damals schon das Sterben kleiner Einzelhandelsläden. Neben der Verdrängung durch größere Kettenläden war daran auch die mangelnde NS-Wohnbautätigkeit schuld, so daß viele Läden, um Wohnraum zu gewinnen, einfach in Wohnungen umgewandelt wurden, wie auch in der Cuvrystraße noch ersichtlich.

Der Nationalsozialismus machte natürlich vor den Fabriken nicht halt. Wöchentlich gab es für die verschiedenen Gruppen (Arbeiter, Angestellte, Jugendliche) Zusammenkünfte mit Armheben, Singen und knappen Ansprachen.

Dies fiel in der Produktionsgenossenschaft in der Köpenicker Straße, in der Herr R. arbeitete, weg, die Arbeiterschaft war keinesfalls nationalsozialistisch gesinnt. Wenn auch die Produktion um NS-Propagandaplaketten erweitert wurde, so war man sich einig: nur die Arbeit ist das Entscheidende, das Nazi-Getue machen wir hier nicht mit, das ist unser Betrieb!

Schlimm war die Stimmung in den Häusern. In der Cuvrystraße wie fast überall traute man sich kaum mehr offen zu reden. Verlaß war nur auf die, die man gut kannte. Auch in der Cuvrystr. 35 herrschte große NS-Begeisterung, doch Herr R. und seine Frau blieben beim "Guten Tag" statt "Heil Hitler".

Als dann der Krieg im September 1939 begonnen hatte und Herr R. mit über 50 Jahren noch einmal Soldat werden sollte, protestierten seine Betriebsgenossen und schützten ihn per Reklamation. Ein Kollege aus seinem Haus, wurde dann doch eingezogen und fiel.

Die Genossenschaft mußte während der Kriegsjahre ihre Produktion umstellen und belieferte nun die Fa. Auer, Gasmaskenbetrieb für Mensch und Tier... Als der Bombenkrieg begann, wuchs mit der Abhängigkeit voneinander der soziale Zusammenhang. Die Gewöhnung an die dauernde Bedrohung war 1944, als die Lebensmittel schon sehr knapp wurden, so weit gegangen, daß die Frauen, bestenfalls mit einem Stahlhelm auf dem Kopf, während der Angriffe beim Bäcker in der Wrangelstraße zusammen gedrängt Schlange standen und mal nach vorne zum Brot, mal nach oben zu den Tieffliegern schauten.

Haben sich die Wohnverhältnisse in den letzten 35 Jahren verbessert?
Cuvrystraße und Umgebung von Kriegsende bis heute

Auf dem Gelände der Cuvrystr. 36, der ehemaligen Hinterhäuser Cuvrystr. 37 und der noch bestehenden Hinterhäuser Cuvrystr. 35 soll die neue Tabor-Kita entstehen.

Wie schon im ersten Teil dieser Wohnchronik angedeutet, steckt ja in dem Kiez rund um die Cuvrystraße noch ein Stück Stadt, dessen Geschichte man sich noch vorstellen kann. "Noch", denn nicht nur manche Bausubstanz bröckelt oder wird zum Verfall gebracht, sondern es sterben auch einfach die Menschen "von früher", und damit deren Erinnerung daran, wie Leben und Wohnen hier "damals" aussah.

Einer (unter anderen) von ihnen hat mir aus seinem neunzigjährigen Leben erzählt, das eng verwurzelt war mit diesem Gebiet (und vor allem mit dem 1. Quergebäude der Cuvrystr. 35 seit Beginn dieses Jahrhunderts).

Wie sah es nun zu Ende des letzten Weltkrieges in der zerstörten Stadt aus? Die verbliebenen Bewohner, denen die Flucht aus der umkämpften Stadt nicht mehr gelungen war, harhten in den Kellern aus, und als sie nach dem Abflauen des Kriegslärms zögernd ihre Unterschlüpfte verließen, sahen sie sich einer Zerstörung gegenüber, die kaum etwas verschont hatte. Das alte, ihnen vertraute Berlin hatte sein Gesicht in einigen Tagen und Nächten endgültig verloren. Ganze Stadtviertel waren verschwunden, kilometerweise aus Schutt und Asche zusammengesetzte Trümmerlandschaften, aus denen hier und da Verkehrsschilder und Bäume ragten, aufgerissene Häuserfronten, einzelne stehengebliebene Wände, Gerippe aus verglühten Eisenträgern, zusammengeknickte Brücken. In den Trümmern war der bisherige, durch die Baublöcke streng geordnete Verlauf der Straßen schwer zu erkennen. Nur Berlins Kanäle waren die gleichen geblieben.

Aus dem "Berliner", Oktober 45, offizieller Verlautbarungen, die ein "Wohnen in den Trümmern" halbwegs regeln sollten: "Noch vor dem Winter müssen die deutschen Behörden die größten Anstrengungen machen, um der schlimmsten Überfüllung dadurch abzuheffen, daß Personen aus überfüllten Häusern in weniger besetzte eingewiesen werden.

Der Überfüllung kann auch dadurch zum Teil abgeholfen werden, daß geeignete Luftschutzbunker, unbenutzte Läden, Geschäftsräume, öffentliche Gebäude und Lager benutzt werden, die nicht für andere Zwecke gebraucht werden.

Aus Gesundheitsrücksichten und aus Gründen der Gerechtigkeit muß der verfügbare Wohnraum gleichmäßiger verteilt werden, als es in gewissen Gegenden der Fall zu sein scheint, und jede Bevölkerungsschicht muß die gleiche Last tragen."

Also ein drittes Mal die alten Verhältnisse, Familienleben in der Wohnküche, Schlafen verteilt auf Küche und Stube. Damals war der Wohnungskampf noch deutlicher ein "Überlebenskampf".

Das Viertel war nicht gleich mit der Ankunft der Amerikaner, aber doch einige Monate später amerikanischer Sektor geworden, die Sowjets hatten sich zurückgezogen; es herrschte 1947 in Berlin Währungschaos, Lohn und Miete wurden teils in alter Mark (Ost) teils in Mark mit B-Aufdruck (West) gezahlt, bis die Währungsreform kam. Während der Blockade war die Grenze dicht, aber davor und danach war dem Schieben hin und her kein Einhalt geboten. Ostbürger kamen zur Arbeit rüber, klapperten die mannigfaltigen Kneipen und Kinos ab ("Cuvry-Lichtspiele", Schlesische Str. 15 hatten Filmprogramm ab 9 Uhr früh), Westbürger gingen nach Osten, um einerseits billige Einkäufe (U-Bahnkarten, Lebensmittel, Schuhe usw.) und andererseits Ausflüge ins Grüne zu machen.

In den 50er Jahren entspannte sich sogar im Viertel in gewisser Weise die Wohnsituation, selbst in der Cuvrystraße begann es sich zu lockern. Menschen, Familien, die ein Leben lang in Stube/Küche im Hinterhaus gewohnt hatten, zogen ins Vorderhaus oder "Lücken"-Neubauten und damit in größere Wohnungen. Bis Mitte der 60er Jahre lief sogar eine zweite Bereinigungs- und Instandsetzungswelle an, die teilweise mit gravierenden Abrissen verbunden war, aber auch damit, daß z.B. - wie in der Schlesischen Straße - jeder freie Fleck mit Ladenbuden besetzt war, frei aufgebaut oder in die Trümmer hineingesetzt. Keineswegs gleich totes Gelände, die Wrangelstraße war immer eine stark belebte Geschäftsstraße, damals noch mit Einkäufern von drüben.

Der entscheidende Schlag war der Mauerbau, begonnen am 13.8.1961. Das Schlesische Viertel wurde zur Sackgasse, zum fernen, langsam vergessenen Ende eines westlichen Rumpf-Berlins. Ein Viertel, das vom Durchgangsverkehr geschaffen worden war, wurde gleichsam zum stehenden Teich.

Gab es in den ersten beiden Nachkriegsjahrzehnten z.B. in der Cuvrystraße 25 noch den Fuhrbetrieb im Hinterhof samt Pferdeställen, und in fast jedem Vorderhaus (z.B. Cuvry 23, 25, 29, 36, 38 u.a.) Barbier-, Lebensmittel-,

Zigaretten-, Trödeläden, Kneipen, so wurde nun - auch durch das Altern oder Sichverändern der Bewohner, und die Bauverwaltung - die landwirtschaftliche Szene lahmgelegt und das Wohn-Gewerbe-Gebiet allgemein "entmischt".

Bei abnehmender, aber immer gleichartigerer Bevölkerungsdichte stellten mit 80 - 85 % die Arbeiter und Angestellten den Löwenanteil, mit wenigen Selbständigen, Beamten oder Akademikern.

Nachdem damals von den finanzstärkeren Deutschen die meisten das Gebiet verlassen haben, ballen sich in dem alten Quartier lauter sogenannte "Minderheiten": sozial Schwache, Alte, Gastarbeiter, Studenten. Die können sich in ihrer Mehrheit gegen die Veränderung des Stadtteils nicht wehren (die Ausländer nicht einmal an der Wahlurne).

Angesichts nun gerade der vielen ausländischen Treffpunkte und Läden wird die verbliebene deutsche Bevölkerung unsicher und fühlt sich zunehmend gar als Minderheit im eigenen Land.

Doch diese ganze Entwicklung hat ja tiefere Gründe; man muß bei seinen Beobachtungen auch immer fragen, wie das alles nun entstanden ist:

Sieht man das Adressbuch von 1971 durch, dann erinnert die Situation noch sehr an die alten Zeiten, es sind die alten Berufsangaben, die gewohnte soziale Zusammensetzung. Zwei Jahre nach Beginn der türkischen Zuwanderung ist noch kein türkischer Name zu entdecken. Trotzdem hat dieses Bild getrogen. Das ungeheuer schnelle und nachhaltige Einstürmen der ausländischen Arbeiter (-Familien) setzt, bevor es möglich ist, Lücken voraus, in die überhaupt etwas einströmen kann. Daß dann, wenn erst einmal in den meisten Häusern türkische Großfamilien in viel zu kleinen Wohnungen hausten, sich eine zweite Welle in Bewegung setzte und auch die bestverwurzelten Bewohner zum Wegzug brachte, ist eine zweite Sache.

Beispielhaft kann dies an der Cuvrystr. 35 bestätigt werden:

Die drei Häuserteile seien im März 1972, so wird mir erzählt, frisch verputzt gewesen, der 5. Stock im Vorderhaus extra (mit Bad) ausgebaut worden. Die Hauswartstätigkeit wurde geflissentlich erledigt (v.a. Reinigung der Treppenhäuser, Höfe, Keller u.a.). Der Ausländeranteil war noch relativ gering, habe aber allmählich in den Hinterhäusern zugenommen, als Altmieten weggezogen wegen Familienvergrößerung, Abneigung gegen die Wohnlage oder gegen den "Wohnkomfort" (kalte abbröckelnde Außenwände, Außentoiletten, kein Bad...).

Die billig bleibenden Stube-Küche-Wohnungen werden von Zahlungsschwächeren übernommen: Fröhrentner, Sozialhilfeempfänger, kinderreiche (Ausländer-) Familien (im 1. Hinterhaus bis zu 6-8köpfig).

Versuche von Nachbarschaftlichkeit wurden seltener, die Hausreinigung zum Teufelskreis: Treppengeländer werden "abgeholt", bei einem Wohnungsbrand Türen demoliert, Löschwasser sickert durch die Wände, bei auftretenden Brüchen überalterter Wasserrohre bricht Deckenputz herab, versifften Wände und Böden, rosten Stromleitungen durch, überfluten Keller. Der Eigentümer ist kaum zu Reparaturen zu bewegen.

Die unwürdigen Zustände, v.a. im 1. Hinterhaus, veranlassen viele zum Wegzug, bis in der Hausruine nur noch zwei alte Damen (bis Ende letzten Jahres "wohnen", die einen großen Teil ihres Lebens hier verbracht hatten.

Herr Redetzky hatte schon Ende der 70er Jahre das Glück, fast nebenan in dem wiederaufgebauten Vorderhaus der Cuvrystr. 38 (mit Aufzug!) eine Wohnung mit Zentralheizung und Bad vermittelt zu bekommen. Seine Frau war lange zuvor in der sicher nicht gesundheitsfördernden Wohnsituation verstorben. -

Die angrenzende Umgebung hatte inzwischen die Berliner Bauverwaltung Schritt für Schritt durchkämmt, das Fabrikgebäude im Blockkern abgerissen, dann die Quergebäude der Cuvrystr. 36, denen, im Austausch gegen öffentliche Modernisierungsförderung, die der Nr. 37 und 34 nachfolgten, ohne daß sich öffentlicher Protest erhob; geschaffen wurde ein zugige Schneise mit Spielplatz.-

Die Tätigkeit der Instandbesetzer des "Kerngehäuses" gegenüber hat ihrerseits schon wieder neue historische Spuren geschaffen; Beziehungen der jungen Leute auf die Erfahrungen der alten Bewohner sind im Gange, die Alten sehen, daß fast schon zerstörter Raum wieder zu Leben findet; Ehemaliges wird wieder weitergeführt: Mit der Holzwerkstatt ist die alte Tischlerszene wieder anwesend, mit dem Taxikollektiv kehrte das Fuhrgeschäft in den Cuvryblock zurück. Vielleicht wird auch der Faden der Landschaft einmal wieder aufgenommen, was wäre das auch für eine Freude für die Kinder!

Jürgen Trott (Stud. Theol.)

(Unter Verwendung eines Gutachtens von H. Dieter Hoffmann-Axthelm)

II. KREUZBERG - CHIFFRE FÜR DAS LEBEN

von Pfarrer Jürgen Quandt

Welchen Sinn hat es , aus dem Abstand von zwei Jahren Erfahrungen aufzuschreiben, deren Anlaß hinlänglich bekannt, dokumentiert und diskutiert ist: Hausbesetzungen in Berlin- Kreuzberg?

Die Antwort darauf ist nicht leicht, weil in der Tat, die eigenen Erfahrungen zu subjektiv und peripher sein könnten, als daß daraus ein Interesse einer größeren Öffentlichkeit nach einem solchen Zeitabstand abgeleitet werden könnte. Ist nicht längst die Zeit über all das hinweggegangen? Müssen wir nicht heute bereits über neue Themen sprechen? Sind wir nicht viel zu sehr Beobachter und nicht Akteure gewesen, um wirklich authentisch über diesen Zeitraum Auskunft zu geben? Schließlich: Was bringt es, den Blick zurückzulenken?

Ich denke: Es geht darum, Stationen festzuhalten, wo das Leben gegen den Tod aufgestanden ist. Berlin - Kreuzberg ist seit dem Dezember 1980 nicht mehr das, wozu es verurteilt war, verurteilt durch den Glauben an die Machbarkeit und Durchsetzbarkeit technokratischer Lebensmodelle. Kreuzberg war verurteilt zu sterben, seine Identität zu verlieren. Die schleichen-de Logik, die "Endlösungen" nicht ausschließt - Zuzugsstop, Entmietung, Umsetzung, Kahlschlag, Entflechtung -, schien sich unaufhaltsam dieses Stadtteils bemächtigt zu haben.

Seit Dezember 1980 ist eine neue Lebendigkeit zu Tage getreten, die zwar die Macht des Faktischen nicht beseitigen konnte und wird, die aber auch nicht selber verkrüppelte Gestalt bürokratisch geplanten Lebensvollzugs ist. Diese Lebendigkeit ist nicht jungfräulich - unschuldig hervorgetreten, aber sie hat darin ihre unverzichtbare Besonderheit und Qualität, daß sie gegen die gutbezahlten Beschwörer von Freiheit und Individuum die wirkliche Freiheit und Individualität des Menschen als erstrebenswert proklamiert hat.

Seither ist Kreuzberg mehr nur als der Ort einer kurzatmigen Revolte; es ist eine Chiffre dafür, daß lebendiges Leben es nicht hinnehmen kann, zum Absterben verurteilt zu werden. Es ist ein Beweis dafür, daß lebendiges Leben unüberbietbar mehr ist als ein System von Programmen und ein Bündel von Theorien.

Diese Wahrheit hat sich wieder einmal - eigentlich immer dann, wenn das Leben auf dramatische Wiese bedroht ist - Raum verschafft, die Zeit gefüllt. Sie gilt allerorten.

Eine Erfahrung jener Wochen und Monate ist, daß man, wenn es um die Wahrheit des Lebens geht, nicht mehr indifferent bleiben kann. Man kann sich verschließen oder öffnen, aber nicht länger gleichgültig bleiben.

Das Leben hat sich in Kreuzberg seit dieser Zeit verändert, gar nicht in erster Linie äußerlich - das hier und da natürlich auch -, nein die Einstellung zum Leben hat sich geändert, Bewußtsein hat sich geändert. Die Hausbesetzungen sind in der Tat zu einer Scheidegrenze geworden. Nichts, was damit an Fragen aufgeworfen und an Antworten gegeben worden ist, kann sich mehr auf den Standpunkt des Unbedachten zurückziehen. Was seither geschieht und unterlassen wird, hat den Charakter des Undurchschaubaren verloren. Wenn Kreuzberg eines Tages stirbt und die Menschen darin resigniert und hoffnungslos zurückbleiben, dann kann niemand mehr sagen, das sei nicht erkennbar gewesen. Ob das Leben siegt, ist nicht vorhersagbar, aber daß es das Leben hier gibt, das unterliegt keinem Zweifel mehr.

Christen sind Träger der Hoffnung. Da, wo in Frage steht, ob eine Hoffnung lebendig bleibt, da ist auch das Christsein herausgefordert. Es bedarf darum nicht in erster Linie einer Erklärung, warum wir uns auf die Auseinandersetzungen um besetzte Häuser eingelassen haben, sondern wie. An dem "Wie" wird zu klären sein, ob wir uns als Christen bewährt oder als Christen versagt haben.

Wir Christen, allzumal christliche Amtsträger leiden unter dem, was wir in unserer neutralisierenden Sprache Funktionsverlust nennen. Wir verstehen die Bewährung unseres Christseins als ein öffentliches Ereignis und sind darum enttäuscht und voller Selbstzweifel, wenn wir erkennen müssen, daß wir und die Sache, die wir zu vertreten meinen, kein öffentliches Ereignis mehr darstellen. Dieses Leiden an der eigenen Erfolglosigkeit ist jedoch etwas anderes als jenes Bereitsein zum Leiden, das in der Nachfolge Christi gemeint ist. Auch die kirchlichen Verhältnisse in Kreuzberg bieten viele Beispiele solcherart verlorengegangener Bedeutsamkeit: leere Kirchen, Abnahme der kirchlichen Handlungen usw. So bedauerlich das auch ist, es rechtfertigt aber noch lange nicht, die Kirche aus dem Dorf herauszutragen, will sagen: entweder so zu tun, als könne nicht sein, was nicht sein darf, oder sich in gut nachlutherischer Tradition "ein feste Burg" beschwörend abzukapseln. Bewährung des Christseins wird wohl solche Zustände

aushalten müssen und Bedeutsamkeit - im Sinne der Deutung von Zuständen - nur dann erlangen können, wenn es sich auf deren Zeit und Ort einläßt.

Eine zentrale Erfahrung unserer Begegnung mit jungen Hausbesetzern war, daß wir weder über den Gegenstand, noch über Zeit und Ort der Bewährung unseres Christseins beliebig verfügen konnten. Die Daten sind gesetzt, bevor du in "Anspruch" genommen bist. Ersteimal bist du nicht Handelnder, sondern an dir wird gehandelt. Wer sich nicht in Anspruch nehmen läßt, sondern es sich allein vorbehalten will, sich in freier Entscheidung zu verhalten, der hat das Wesen des Anspruchs nicht erkannt und auch nicht, daß Christsein gerade dieses auch bedeutet: sich in Anspruch nehmen lassen. Es mag sein, daß die christliche Tradition auch anderes hergibt, aber eben auch das: wie das Gleichnis vom barmherzigen Samariter, das ganz eindeutig zeigt, daß wir in Anspruch genommen sind oder aber uns verfehlen; einen zweiten Anspruch gibt es nicht. Dem Samariter stellt sich nicht die Frage "ob", sondern "wie". Seine Freiheit liegt im Wie, nicht im Ob oder Ob nicht.

Persönliche Notizen

Ich bin vor vier Jahren, nach einer langjährigen intensiven, in gewisser Weise auch "erfolgreichen" Arbeit als Pfarrer in einem Sonderprojekt kirchlicher Gemeinwesenarbeit in der Neubausiedlung "Gropiusstadt" nach Kreuzberg gegangen, auf ein kirchliches Abstellgleis. Mit dem Absterben des Stadtteils war dort scheinbar auch die Kirche gestorben. Ich wurde Pfarrer auf der Pfarrstelle einer Gemeinde, die mangels Interesses von Bewerbern zwei Jahre lang nicht besetzt werden konnte. Ich kam in eine Situation, die gerade unter den dort verbliebenen Pfarrerinnen und Pfarrern nicht gerade von vorwärtsdrängender Hoffnung geprägt war. Es war viel die Rede vom Alleingelassensein, vom Schrumpfen, von der Folgenlosigkeit eigenen Tuns, ja auch Angst und Resignation waren spürbar. Vorbei der Sturm und Drang gerade jener 68'er-Generation, die hier in Kreuzberg im ersten Pfarramt Kirche und Gesellschaft bewegen wollte. Verfloren die Träume von neuen Ufern, zurückgeblieben ein harter, nicht selten traurig-trostloser Alltag - Kirche ohne Zukunft. Viele, gerade der Jüngeren, die Anfang der 70'er Jahre mit so viel Elan gekommen waren, hatten längst ihren Exodus angetreten.

Wem war das anzulasten? Den Betroffenen, die außer viel gutem Willen nicht viel mehr aus ihrer Ausbildung mitbrachten? Den Gemeinden, die so wenig auf all das, was da seit Jahren auf sie zukam, vorbereitet waren? Staat und Gesellschaft, die dieses und andere Stadtviertel dem Verfall preisgegeben hatten? Einer Kirche, die in ihren leitenden Organen wohlgeleitet sein möchte und zu angepaßt ist, um sich auf die Niederungen gesellschaftlicher Unge-

rechtigkeit herabzulassen? Die Wahrheit - sie ist wohl von allem etwas.

Was aus dieser ersten Erfahrung als neuer Pfarrer in Kreuzberg bleibt, ist die beinahe bitter zu nennende Erkenntnis, daß hier offenbar eine junge Theologengeneration weitgehend sich selbst überlassen, verschlissen und alleingelassen wurde von der Kirche der Anständigen, denen Recht und Gerechtigkeit ein wohl zu hohes Gut sind, als daß man sie den alltäglichen Widerwärtigkeiten aussetzen dürfte.

Eine weitere in Kreuzberg neu bestätigte Erfahrung, Selbsterfahrung und Erfahrung mit anderen ist, daß auch das Elend seine "schönen" Seiten hat - Helfersyndrom! Bedrohtes Leben hat auch seine angenehmen Seiten - für den Berufshelfer, weil es ihm eine unhinterfragbare Wichtigkeit gibt, für den Voyeur, weil der tägliche Überlebenskampf aus der Vogelperspektive betrachtet durchaus pittoreske Züge haben kann. Es gibt ohne Zweifel auch bei uns Berufschristen - wie bei anderen - die Gefahr der Verklärung von Zuständen, deren Beseitigung längst angezeigt ist. Kampf um Erhaltung billigen Wohnraums ja, aber darum auch Erhaltung jeden Hinterhauses mit Außenklo? Buntes Völkergemisch, Zusammenleben der Generationen ja, aber darum auch jede gegenseitige Unverträglichkeit ertragen müssen?

Nur wer fähig ist, hier zu arbeiten und zu leben, wird wohl auf Dauer davon reden dürfen, als Kreuzberger sein Kreuzberg mit all seinen widersprüchlichen, nicht auf einen Nenner zu bringenden Seiten zu lieben. Nur wer bereit ist, mit Ausländern, mit Aussteigern, mit Alten, mit Arbeitslosen, Alkoholikern und Ausgeflippten ohne Ausgrenzung zu leben, nur der wird auch von den Schmuttelkindern dieser Gesellschaft, ohne selber eines zu sein, schwärmen dürfen.

Ich selber versuche nun seit Jahren in diesem Stadtteil zu leben, mit großer Wohnung im Gemeindehaus privilegiert untergebracht. Aber angenehmes Leben will sich nicht einstellen. Schlechte Luft, Autolärm, fehlendes Grün trifft auch den Besserwohnungsversorgten. Die Berufsrolle - der Pfarrer - tut ihr übriges. Einheit von Leben und Arbeiten - alternatives Lebensideal - hier ist sie noch vorhanden, aber wie: vieles, was Leben sein könnte, wird Arbeit: Kontakt zu Menschen, Einsatz für die Belange des Stadtteils. Verklärung der Arbeit wird zum Lebensersatz. Darum will ich vorsichtig sein mit Urteilen über diesen Stadtteil, der gleichermaßen abstößt und fasziniert. Ich bin noch lange kein Kreuzberger und frage mich, ob es eigentlich erstrebenswert ist, einer werden zu wollen?

Ich weiß nur, ich bin nach vier Jahren ein Kreuzberger Pfarrer geworden - aus Überzeugung. Die Hausbesetzungen in Kreuzberg sind dafür ein Schlüsselerlebnis geworden. Sie haben für mich Verhältnisse klar gemacht, Einsichten vermittelt, Aufbrüche bewirkt.

Ich war nie vorher an einem gesellschaftlichen Vorgang beteiligt, der so tiefgreifend und unausweichlich jeden damit Konfrontierten betroffen gemacht und zur Stellungnahme genötigt hat.

Wer in einer Stadt neben den Parteien Politik macht, war an diesem Vorgang überdeutlich erkennbar. Staatsgewalt in des Wortes reinsten Bedeutung hat sich in diesem Konflikt zweifelsfrei offenbart. In wessen Interesse Politik gemacht wird - einen Augenblick lang war das vielen klar. Was eine Bewegung auslöst, Bewußtseinswandel bewirkt, aber auch was die Reaktion auf den Plan ruft, eine Bewegung wieder entmachtet und entmündigt - konnte hier erfahren werden.

Ich habe in den Wochen und Monaten auf dem Höhepunkt der Auseinandersetzungen um besetzte Häuser erlebt, was Angst und Hoffnung, Macht und Ohnmacht sind.

Es gab wohl kaum eine Kirchengemeinde in Kreuzberg, die nicht auf irgendeine Weise in diesen Vorgang hineingezogen wurde. Die Betroffenheit war unmittelbar.

Aus dem Nachdenken mit dem Abstand von mehr als zwei Jahren sind es vor allem bestimmte Situationen, Schlaglichter, die die damaligen Ereignisse beleuchten können. So etwa die Erinnerung an stundenlange Straßenschlachten auf der Gneisenaustraße in unmittelbarer Nähe des Gemeindehauses, brennende Barrikaden, steinewerfende Demonstranten, knüppelnde Polizisten, Flucht und Verfolgung bis ins Gemeindehaus, polizeiliche Belagerung des Mehringhofes, zerborstene Schaufensterscheiben, Blaulicht und Sirenen: Aufstand, Menschen außer sich, ohne Maß, jugendliche Demonstranten, darunter eigene Konfirmanden, in ohnmächtiger Wut, aber auch einige voller Lust am Aufruhr, steinewerfend, maßlos aggressiv gegen die behelmte Staatsgewalt und die Symbole von Kapital und Macht; ebenso jugendliche Polizisten, maßlos überheblich, maßlos übertrieben bei der Demonstration staatlicher Stärke, aber auch voll ängstlicher Unsicherheit. Fliehende, am Geschehen Beteiligte und Unbeteiligte, voller Angst und Entsetzen, weinend vor Ohnmacht und Schmerz.

Szenenwechsel: Tagung der Regionalen Synode Mai 1981. Aufbruch der Gefühle auch hier. Selbst im Johannesstift, draußen in Spandau, holen einen die Ereignisse ein! Es gibt Betroffene, sogar hier Eltern von Besetzern. Die Krise der Stadt ist eine Krise der Familien, von uns selbst. Und endlich, einen winzigen Augenblick lang, ist die distanzierte Selbstgerechtigkeit durchbrochen. Um Mitternacht platzt eine Ausschußsitzung, ergebnislos, ratlos; die Emotionen haben sich entladen.

Szenenwechsel: Wir feiern Mutters 70. Geburtstag in meiner Wohnung mit einem guten Essen. Viele Freunde sind da. Der Gang der Ereignisse macht auch vor den privaten Angelegenheiten nicht Halt. Wir haben verabredet, von hier aus gemeinsam als kirchliche Paten zur Übernachtung in ein räumungsbedrohtes Haus in der Dieffenbachstraße zu gehen. Wir singen noch einige fromme und unfromme Lieder aus der "Notenschnecke", das verbindet. In der Dieffenbachstraße sind gewiß an die 100 Menschen im Haus. Die jugendlichen Bewohner, wir und andere Paten sind ein beinahe kurios zu nennendes Gemisch von Menschen - Wegelagerer oder das andere Deutschland? Wir tagen - am späten Abend - vor dem Haus mit anderen kirchlichen Sympathisanten, die nicht hier schlafen wollen. Auf der Straße wird ein dringender Brief an Bischof Kruse geschrieben, doch noch etwas gegen drohende Räumung und eskalierende Gewalt zu tun. Es beginnt eine orientalische Nacht - spontan organisiert mit Feuerschlucker, Fakir und Musik. Am nächsten Tag wird das Haus mit sieben anderen geräumt.

Szenenwechsel: Ein jugendlicher Demonstrant ist von einem Busfahrer überfahren worden. Seitdem finden im Gemeindehaus fast täglich Hausbesetzer- und Patenversammlungen statt. Es kommen Hunderte von Menschen. Durch die Gemeinde geht ein Riß: Nachmittags die Senioren: Kriegserinnerungen werden wach, Chaosangst, der Ruf nach starken Männern. Sie gehen nun erst recht nicht mehr auf die Straße. Der Kampf um Verständnis, um Bewußtseinswandel scheint verloren, Springers Morgenpost hat gesiegt. Abends, Paten und Besetzer im Haus: Verzweiflung und Empörung, Gewalt ja oder nein, Demonstration ja oder nein, Friedensrunde ja oder nein; Spaltungen bleiben nicht aus, aber das lebt. Nebenan Treffen eines kleinen Gemeindegremiums, normale Kreuzberger. Verunsichert, ängstlich, ablehnend. Ist das noch unsere Gemeinde, wo sich die Chaoten treffen können? Die Frau eines Busfahrers - nicht des Busfahrers - weint. Darf sie überhaupt noch hierher kommen? Ihr Mann jedenfalls kommt nicht mehr mit.

Schlaglichter eines bewegt - bewegenden halben Jahres.

Das sind nicht allein Szenen meines Lebens, sondern Beispiele eines Vorgangs, der neben vielen anderen Menschen eben auch Christen, Gemeinden, kirchliche Amtsträger in der Stadt erfaßt hat. In unzähligen solcher Situationen, in denen wir Kirchenmenschen herausgefordert waren, uns zu verhalten: gegenüber Politikern, Wohnungseigentümern, Polizisten, Staatsanwälten, Hausbesetzern, Sympathisanten, Journalisten ist das entstanden, was man den Einsatz der Kirche für die Erhaltung des Friedens in der Stadt, als Vermittlung der Kirche zur Überwindung von Konfrontation und Gewalt, als Eintreten der Kirche für eine neue Politik und eine neue Art des Zusammenlebens bezeichnen kann. Es hat Phasen der Auseinandersetzung gegeben, in denen lediglich noch die Kirche gesprächsfähig nach den verschiedensten Seiten schien.

Wir haben uns nicht gedrängt, aber wir haben uns drängen lassen. Das ist wohl die prägendste Erfahrung aus dieser Zeit, soweit es das Nachdenken über die Rolle und Aufgabe eines Pfarrers in gesellschaftlichen Konfliktsituationen angeht.

Das Pfarramt im Konflikt

Das Amt des Pfarrers hat auch in der Evangelischen Kirche - trotz der reformatorischen Lehre vom Priestertum aller Gläubigen - eine herausgehobene Stellung. Es ist von besonderer Würde und Autorität. Dem Pfarrer obliegt es in besonderer Weise die rechte Lehre zu verkündigen. Er ist mit seinem Amt an die ganze Gemeinde gewiesen. Er soll niemandem sonst als dem Herrn seiner Kirche dienen. Einmal in sein Amt eingesetzt, kann der Pfarrer nur bei schweren Verfehlungen und bei falscher Lehre aus seinem Amt entfernt werden. Die staatliche Gesetzgebung hat der Besonderheit des Pfarramtes ebenfalls insoweit Rechnung getragen, als das Beichtgeheimnis des Pfarrers auch vor weltlichem Gericht gesetzlich besonders geschützt ist.

Auch wenn die gesellschaftliche Bedeutung der Kirche und damit die des Pfarramtes zurückgegangen ist - übrigens nicht allein zum Schaden der Kirche -, so ist dennoch auch heute eines in hohem Maße gegeben: die gesellschaftliche Achtung des Pfarramtes. Diese Achtung geht nicht immer zusammen mit eigener christlicher Überzeugung und längst nicht immer mit den Auffassungen des Amtsinhabers. Es gibt sie bei den verschiedensten gesellschaftlichen Gruppen.

Was einerseits dieses Amt so prägt und festlegt und seinen Inhaber nicht selten auch in persönlich bedrückender Weise bindet - die Tradition und die Allgemeingültigkeit seiner Ordnung - das ist zugleich auch seine Unangreifbarkeit, seine innere und äußere Freiheit, sein gesellschaftliches Privileg; jedenfalls dann, wenn ein Pfarrer den Mut dazu hat, auf die Freiheit seines

Amtes und auf dessen Grundlage - die biblische Tradition - zu vertrauen, dann, wenn er sein Versprechen ernst nimmt, niemandem sonst zu dienen als seinem Herrn und damit Diener aller zu werden.

Der Konflikt um die Hausbesetzungen ist ein Beispiel dafür, wie auch in einer demokratischen Gesellschaft, die für einen Christen ebensowenig wie andere Gesellschaftsordnungen das Reich Gottes auf Erden verkörpert, die Freiheit eines Christenmenschen mit staatlichen und kirchlichen Ordnungen in Kollision geraten kann.

In der heißen Phase der Hausbesetzungen in Berlin, Anfang bis Frühjahr 1981, barg jede, auf eine Besetzung folgende unmittelbare polizeiliche Räumung die Gefahr einer Eskalation von Gewalt auf den Straßen. Nach dem Muster "Macht schafft Gegenmacht" schienen sich die gewalttätigen Ereignisse gegenseitig hochzuschaukeln. Man hätte erwarten können, daß der staatliche Widerpart zuerst, aus der Erkenntnis seiner Überlegenheit und aus der Anerkennung politischer Versäumnisse, Zurückhaltung in der Auseinandersetzung üben würde. Immerhin gab es eine Reihe guter Gründe für den Ausbruch dieser "Jugendunruhen". Daß dem nicht so war, mußte Widerspruch nicht allein bei jugendlichen Hausbesetzern hervorrufen. Das Bestreben, weitere Gewalt zu verhindern, konnte sich in dieser Situation nicht allein darin erschöpfen, jugendliche Demonstranten zur Mäßigung zu ermahnen, sondern mußte auch und vor allem den Versuch machen, ausufernde staatliche Gewaltanwendung einzugrenzen. Diesem Bemühen diente z.B. auch das Übernachten von Pfarrern in räumungsbedrohten besetzten Häusern.

Die Gefahr im Gemeindebereich entstehender Straßenkämpfe und potenziierter Gewalt kann einem Pfarrer, der "an die ganze Gemeinde" gewiesen ist, nicht gleichgültig sein. Die Lehre der Kirche verpflichtet den Christen - allzumal den Berufschristen - gegen Gewalt einzutreten. Da Gewalt häufig zwei Seiten, aber auch ein Gefälle vom Recht zum Unrecht hat, entsteht die schwierige Situation, daß das Eintreten gegen Gewalt zu einem Dazwischentreten werden muß, ohne daß in jedem Falle der gleiche Abstand gewahrt werden kann. Anders gesagt: Wer gegen Gewalt eintritt, kommt nicht daran vorbei, nach den Ursachen der Gewalt zu fragen und darauf auch eigene Antworten zu geben. Aber nicht allein das: Es bedarf auch des persönlichen Einsatzes.

Das Übernachten als Pfarrer in einem besetzten Haus war ein solches Zeichen, das die an dem Konflikt Beteiligten aufforderte, ohne gegenseitige Gewalt miteinander umzugehen. Es war auch ein unübersehbarer Hinweis auf die Anerkennung der Gründe, die zur Besetzung von Wohnhäusern geführt hatten. Es war eine Kritik an einer Politik, die nicht mehr für die

Belänge der Menschen gemacht wurde, sondern dagegen.

Die öffentliche Kontroverse um diesen Vorgang - man muß genauer formulieren: um die Frage, ob das Amt des Pfarrers ein solches Verhalten hergibt -, aber auch die damit wohl tatsächlich mitbewirkte Mäßigung auf beiden Seiten, zeigen an, welch ein hoher gesellschaftlicher Rang dem Pfarramt gerade in Konfliktsituationen zukommen kann.

Daß ein solches Verhalten nicht widerspruchsfrei bleiben konnte, liegt auf der Hand, war doch hier in kleinstem Rahmen das Gewaltmonopol des Staates - zwar nicht im juristischen, wohl aber im faktischen Sinne - von Amtsträgern eingeschränkt worden, deren Autonomie der Staat selber in besonderer Weise zu schützen bereit ist. Die Rechten in der Kirche, der Teil der Kirche, der im besten Sinne des Wortes auch heute noch "Staatskirche" repräsentiert, haben darin nicht zu Unrecht einen Angriff auf den Staat gesehen. In der Tat stellt sich auch im demokratischen Staat die Frage, ob angesichts bestimmter gesellschaftlicher Probleme und Konflikte christliche Amtsträger, aber auch Christen insgesamt, in Wahrnehmung ihrer christlichen Freiheit und in Anwendung ihres Bekenntnisses genötigt sein könnten, dem Staat auch durch Überschreitung gesetzlicher Normen entgegenzutreten.

Konflikte wie die um Hausbesetzungen, um Atomkraftwerke und andere ökologisch umstrittene technische Großprojekte wie auch um die atomare Nachrüstung zeigen ganz eindeutig, daß christlicher Glaube auf neue Weise gesellschaftspolitische Relevanz erlangt, und zwar in kritischer Auseinandersetzung mit den Grenzen der Legitimität von Entscheidungen und Handlungen des demokratischen Staates. Diese Auseinandersetzung beinhaltet auch für die Kirche, daß einige Seiten ihrer praktischen Ethik neu bedacht werden müssen.

Daß auch Kirchenleitungen Schwierigkeiten mit dem eigenen Selbstverständnis von der evangelischen Freiheit der kirchlichen Ämter und Dienste haben können, zeigt dieser Vorgang ebenfalls sehr deutlich. Im Stadium der Vorüberlegungen zu einer solchen Übernachtungsaktion um Stellungnahme gebeten, reagierte das Evangelische Konsistorium zurückweisend. Tendenz: "Wir äußern uns erst nach dem Ereignis, nicht vorher." Das war wohl voreilig. Einen Tag später wurde dieser Fehler eingesehen; der Konsistorialpräsident telefonierte: "Das Konsistorium rät von einem solchen Schritt dringend ab." Das Telegramm kam zu spät. Daraufhin erklärte die Kirchenleitung: "Ihren Schritt verantworten die Pfarrer selbst." Ende der Posse!

Kein Wort davon, daß hier zwei Pfarrer den Anspruch erhoben, im Namen der Kirche gehandelt zu haben; keine Auseinandersetzung damit, daß diese beiden Pfarrer von sich sagten, daß sie damit ihrem Auftrag als Pfarrer entsprochen haben, keine Äußerung dazu, ob es richtig oder falsch war, auf solche Weise Gewalt verhindern zu wollen.

"Die Pfarrer verantworten ihren Schritt selbst", jawohl das haben sie getan und auch öffentlich erklärt - aber was - außer Wankelmüt - kann eine Kirchenleitung veranlassen, diese Erklärung nur zu wiederholen. Ist denn das Pfarrersein eine Privatangelegenheit? Muß eine Kirchenleitung in einer öffentlichen Stellungnahme zu solch einem Vorgang - will mal sagen: Hausfriedensbruch im Amt - nicht mehr sagen als nur: "Privatsache, aber ja nicht noch einmal"? Ist das Amt des Pfarrers und sein Handeln in gesellschaftlichen Auseinandersetzungen so unwichtig, daß wir es dort zur Privatsache erklären können? Kann eine Kirchenleitung eigentlich immer nur administrativ oder gar nicht wirksam werden? Die Freiheit des evangelischen Pfarrers ist - Gott sei's gedankt - allerdings auch eine gegenüber seinen Kirchenleitungen.

Der Pfarrerberuf kann einen zum Wanderer zwischen den Welten machen, die sich für gut und die anderen für böse halten. Die Freiheit zum Handeln erschließt sich in den Zwischenräumen. Das ist nicht der Ort des Sowohl - Als-Auch, auch nicht der Ort, wo Geschichte gemacht wird, aber vielleicht der Ort, wo Veränderungen in Gang kommen, wo Geschichte menschlich wird, nicht Schicksal bleibt.

Die Last der Geschichte

Kreuzberg - das sind nicht nur Gegenwartszustände, Kreuzberg ist auch ein Bezirk der Geschichte hat. Die Hausbesetzungen sind nicht ohne Vorgeschichte. Die Kirche und die soziale Frage - das ist kein neues Thema.

Wohnungsnot in Kreuzberg ist hundert Jahre alt. Was Proletarierehend hier vor hundert Jahren war, erschließt sich einem beim Durchblättern der alten Kirchenbücher, vor allem der Sterbebücher. Die Heilig-Kreuz Gemeinde hatte damals, von der Hasenheide bis zur Großbeerenstraße, vom Landwehrkanal bis zu den Tempelhofer Bergen reichend, 100 000 Gemeindeglieder. Jährlich waren 1500 - 2000 Menschen zu beerdigen. Etwa zwei Drittel dieser Toten waren Kinder im Alter bis zu sechs Jahren. Sie starben im Kaiserdeutschland an den Folgen einer Wohnungspolitik, die die Menschen zu Tausenden in sterbenskrank

machende Hinterhofwohnquartiere zusammenpferchte. Das geschah rund um eine Kirche, die vom Kaiserehepaar eingeweiht wurde und wohl weniger als Ort der Zuflucht und des Trostes für die Erniedrigten gedacht war, denn als Symbol der Macht von Thron und Altar auch inmitten proletarischen "Unglaubens".

Es sind noch dieselben Häuser, um die nun 100 Jahre später eine junge Generation für sich und stellvertretend für andere um die Sicherung von Lebensrechten kämpft. Damals wie heute sind die Häuser Kapitalverwertungsobjekte, leben-zerstörend für die, die drin wohnen sollen.

Und die Kirche damals? Was mag wohl in den Köpfen und Herzen derer vorgegangen sein, die Chronisten dieses Elends waren? War es wirklich das letzte Wort der Kirche an die Verzweifelten und Traurigen, wenn der Pfarrer an den kleinen Särgen "Es hat Gott gefallen" sprach? Aus der Chronik der Gemeinde ist kein Aufschrei gegen all die unbeschreibliche Not, gegen Krankheit und Ausbeutung bekannt. Das Versagen der Kirche gegenüber der sozialen Frage im 19. Jahrhundert - hier wird es griffig. Die Protokolle der kirchlichen Vergangenheit - sie wären erst noch einmal aufzuarbeiten - belegen es: christlicher Glaube im Massenelend ist Fremdreigion, ideologischer Arm einer Macht, die soziale Not nicht hindert, sondern deren Unterdrückung betreibt.

Soziale Not und Unruhen beherrschen das Leben der Menschen auch Jahrzehnte später in Kreuzberg. Krieg und Zusammenbruch des sog. Kaiserreichs haben den einfachen Leuten außer Schmerz und Leid und neuen Entsagungen nichts gebracht. Die Republik der bürgerlichen Demokraten - sie machte die Reichen, die Kriegsgewinnler nicht arm und die Armen nicht satt. Schweigende Kirche.

Und schließlich: brauner Terror, der Mob an der Macht. Längst nicht alle, aber doch viele unter den Christen Kreuzbergs schwenken, statt ihr Kreuz zu tragen, die Hakenkreuzfahne.

Die Frage des Widerstands, des Widerstands gegen soziale Ungerechtigkeit, gegen Erniedrigung der Menschenwürde, gegen Tod und Vernichtung hat sich in all den Jahrzehnten nicht gestellt. Oder doch? Es fehlen jedenfalls Zeugnisse davon. Angepaßte Kirche - eher auf der Seite der politischen Reaktion als an der Seite der Erniedrigten und Gedemütigten zu finden.

Bitter sind die Folgen für alle gewesen. In Schutt und Asche sanken Mietskasernen und Kirchen 1945 gleichermaßen. Seither ist eine Schuld abzutragen. Die Kirchen sind zwar äußerlich groß wieder aufgebaut, aber die Kirche ist damit nicht erneut zu alter zweifelhafter Größe auferstanden. Sie teilt

von nun an das Schicksal dieses ständig um das Leben betrogenen Stadt-
teils: sein Ringen um's Überleben.

Die kleiner gewordene Kirche - das macht sie noch längst nicht zur Kirche
der kleinen Leute. Aber aus der Perspektive von unten sieht sie sie zu-
mindest besser, diese kleinen Leute, die es nach all den Niederlagen
und Verstümmelungen trotz und alledem noch gibt. Es bleibt ein weiter Weg,
den die Kirche in Kreuzberg- eine Chiffre und ein einmaliger Ort zugleich -
zu gehen hat. Aber sie hat begonnen, diesen Weg zu gehen, zögerlich, nicht
eindeutig, innerlich gespalten.

Nicht erst die Hausbesetzungen seit 1980 haben die Kreuzberger Gemeinden ge-
nötigt, sich öffentlich zu den Zuständen im Bezirk zu äußern.

Seit den 60er Jahren, als auch die Nachkriegspolitik Kreuzberg der Verelen-
dung preiszugeben bereit war, engagierten sich Gemeinden und Pfarrer in
Kreuzberg zunehmend in der öffentlichen Diskussion um die Erhaltung des
Wohnquartiers und die Entwicklung neuer bevölkerungsnaher sozialer Programme.
Bereits 1973 warnte die Kirche laut und deutlich vor der von Parteien,
Wohnungsbaugesellschaften und Banken betriebenen Politik und deren Folgen
in Kreuzberg mit dem Satz: "Ein Slum wird hergestellt." In einer Erklärung
zur Sanierungspolitik heißt es u.a.:

"Die evangelischen Gemeinde, ihre Pfarrer und Mitarbeiter, die in Kreuzberg
leben und arbeiten, stellen mit großer Sorge fest: Ein Zehntel von Kreuzberg
ist 1963 zum Sanierungsgebiet erklärt worden; aber der ganze Bezirk ist in
Mitleidenschaft gezogen. Stadterneuerung will die Lebensqualität der Bevöl-
kerung und ihrer Gegend heben.

Das Gegenteil geschieht:

- Kreuzberger werden zerstreut in Stadtrandsiedlungen.
- Die gewohnten Familien-, Nachbarschafts- und Lebenszusammenhänge werden zer-
rissen.
- Herausgerissen aus der Lebenssicherheit, die das Viertel vermittelte, und
unter neuen finanziellen Belastungen (Miete, Umzug, Neuanschaffungen) ge-
lingt es den Umgesiedelten schlecht, neue Beziehungen zu entwickeln.
- Gewerkekette zerreißen, Kleingewerbe geht ein.
- Das größte Berliner Reservoir an spezialisierten Handwerksbetrieben läuft
Gefahr, zerschlagen zu werden.

Oft dauert es mehr als 10 Jahre von der Erklärung zum Sanierungsgebiet bis zur
Räumung. In dieser Zeit verkommen die Häuser. Die jüngeren Familien ziehen
weg, Ausländer, Gefährdete und sozial Schwache rücken nach. Die nicht mehr
so beweglichen Alten verzweifeln in einer fremd und unsicher gewordenen Umwelt:

e i n S l u m w i r d h e r g e s t e l l t .

- Die Liebe zum Viertel schlägt um in Zorn über unwürdige Lebensbedingungen, was sich in verstärkter Aggressivität gegen Personen und Sachen äußert.
- Das Vertrauen zu den gewählten Vertretern und zur Verwaltung schwindet rapide.
- Die Bevölkerung empfindet sich und ihre Gegend als abgeschrieben und zur "Müllkippe" bestimmt.

Sanierung zeigt sich hier nicht als Stadterneuerung, die den Menschen eine bessere Lebensqualität verschafft, sondern als Kapitalverwertungsprozeß für Baugesellschaften und Privatleute, als Auftragsfeld für die Bauindustrie, als "Spielwiese" für die Stadtplaner und Architekten. Mit den Betroffenen wird nicht an der Ermittlung ihrer wahren Bedürfnisse gearbeitet. Statt Partner sind sie nur ein Faktor in der Planung."

Diese Worte haben weder Geschichte noch Politik gemacht. Die Macht des Faktischen hat sich jahrelang weiter durchgesetzt, aber sie ist dennoch nicht ohne Bedeutung geblieben. Es gibt Zeiten in der Geschichte - auch einer Stadtgeschichte - da treffen sich Zeitlinien, die lange Zeit untergründig verlaufen sind. Sie treten hervor aus ihrer Untergründigkeit und beeinflussen den Lauf der Dinge. Die Ereignisse in Kreuzberg im Zusammenhang mit den Hausbesetzungen seit 1980 sind ein Beispiel dafür. Das Aufbrechen sozialer Ungerechtigkeiten - in diesem Falle einer falschen Wohnungspolitik - hat die bereits sich vollziehende Annäherung der Kirche an die sozialen Fragen unserer Zeit herausgefordert und deutlicher zutage treten lassen. Die Kirche, die hier in ihren Amtsträgern und Gemeindegemeinderäten gehandelt hat, ist nicht mehr die Kirche der wilhelminischen Ära, nicht mehr die des deutsch-nationalen, konservativen Bürgertums und auch nicht mehr die einer von technokratisch fixierter Fortschrittsgläubigkeit beseelten spätkapitalistischen Industriegesellschaft. Diese Kirche ist eher die Kirche des Evangeliums zu nennen.

Eintreten für Recht und Gerechtigkeit

Auch wenn einiges zur Klärung, Erklärung eigener und gesamtkirchlicher Betroffenheit schon gesagt ist, eine entscheidende Frage stellt sich noch immer: Warum haben die kirchlichen Amtsträger, letztlich bis zur Kirchenleitung und dem Bischof, und die Gesamtkirche so vehement auf die politischen Ereignisse im Zusammenhang mit den Hausbesetzungen reagiert? War das lediglich ein quasi automatischer Reflex auf einen heißen gesell-

schaftlichen Aggregatzustand - Kirche und Gesellschaft, zwei kommunizierende Röhren? Oder war hier die Kirche im Zentrum ihres Selbstverständnisses betroffen?

Ich neige zu der zweiten Sichtweise, ohne damit bestreiten zu wollen, daß gesellschaftliche Bewegungen und Entwicklungen auch ihre entsprechenden Auswirkungen auf das gesellschaftliche "Ereignis" Kirche haben. Aber ich erinnere mich noch sehr deutlich: während wir in unseren Gesprächen in Kreuzberg überlegten, wie wir den Bischof, die Kirchenleitung und die Synode in die Auseinandersetzung um die Hausbesetzerfragen hineinziehen könnten, wurde uns gleichzeitig die Äußerung eines Mitglieds der Kirchenleitung kolportiert: "Der Roth soll nur mal sehen, wie er da wieder rauskommt."

Es war sicher auch nicht "die Kirche", wohl aber eine gewisse Sichtweise vom Selbstverständnis der Kirche, die hier Betroffenheit hervorrief. Ich möchte als den zentralen Konfliktpunkt in den Auseinandersetzungen um besetzte Häuser, einen Konfliktpunkt, der weit über die Frage nach der Höhe von zumutbaren Mieten, von Erhaltung billiger Wohnungen etc. hinausgeht, den Streit um Recht und Gerechtigkeit nennen. In dieser Grundsatzfrage eines Gemeinwesens ist auch das Selbst- und Weltverständnis der christlichen Kirche unmittelbar berührt. Die Frage nach Recht und Gerechtigkeit weltlicher Zustände ist für die Kirche nicht von der Frage nach der letzten Gerechtigkeit Gottes zu trennen. Die Auseinandersetzungen um die Hausbesetzungen haben Grundfragen der Rechts- und Gerechtigkeitsstrukturen unseres Gemeinwesens aufgedeckt.

Eine solche Frage war die nach den ethischen Grundlagen einer Rechtsordnung, die den Leerstand und Verfall tausender und abertausender von Wohnungen schützte, begünstigte und belohnte und die gleichzeitig bei dem Versuch der Wohnbarmachung und Wiederbelebung dieser Häuser von Hausfriedensbruch und Bruch der Rechtsordnung sprach. Erst durch die Hausbesetzungen gelangte ein gesellschaftspolitischer Skandal ersten Ranges - eben der Leerstand und die massenhafte Vernichtung billigen Wohnraums - in das öffentliche Bewußtsein. Was hier aber aufgedeckt wurde, war nicht etwa eine grobe Unrechtmäßigkeit, bislang verborgen und nun enthüllt, sondern dies alles geschah rechtmäßig, abgedeckt durch Gesetz und Ordnung.

Durch die Hausbesetzungen trat etwas zutage, was im allgemeinen nur schwer dingfest gemacht und ins Bewußtsein gehoben werden kann: die Tatsache nämlich, daß auch in einem demokratischen Gemeinwesen der Anspruch der Rechtsordnung, zum Wohle der Menschen zu wirken, in der alltäglichen Lebenspraxis in sein Gegenteil verkehrt werden kann.

Diese Erkenntnis war so elementar und unwiderlegbar, daß sie in kürzester Frist die heftigsten Reaktionen auslöste. Einerseits bewirkte die unmittelbare und unbestreitbare Enthüllung des Widerspruchs zwischen Anspruch und Realität der gesellschaftlichen Wirklichkeit das unaufhaltsame Anwachsen einer Protestbewegung und zum anderen forderte die Art und Weise des Aufzeigens der Mißstände die Staatsgewalt - den Garanten der bestehenden Rechtsordnung - massiv heraus.

Wo so offenkundig die bestehende Rechtsordnung seit Jahr und Tag ungerechte Gesellschaftsstrukturen hervorbrachte, die durch alle vorangegangenen Versuche der Korrektur innerhalb der bestehenden Gesetze nicht zu beheben waren, da schien auch das Übertreten dieser Rechtsordnung zur Wiederherstellung der Einheit von Recht und Gerechtigkeit kein illegitimes Mittel mehr zu sein. Es ist daher nicht verwunderlich, daß die Hausbesetzungen trotz ihres Unrechtscharakters in breiten Teilen der Bevölkerung Verständnis fanden.

Die Staatsgewalt jedoch - und zwar alle drei Gewalten - war durch diesen Vorgang auf das Äußerste verunsichert. Sie reagierte entsprechend dem Maß der eigenen Verunsicherung und in Verfolgung dessen, was sie das Legalitätsprinzip nennt, mit überzogener Härte. Politiker riefen als erstes nach der Polizei. Die Polizei löste durch übertriebene Härte die gewalttätigsten Demonstrationen seit Jahren aus. Die Gerichte fällten Abschreckungsurteile gegen Hausbesetzer und Demonstranten. Verfolgung des Legalitätsprinzips bedeutete hier faktisch den Versuch der Wiederherstellung eines Unrechtsbestandes unter Hinzufügung neuen Unrechts durch die Gewalten des Staates.

Von diesem Moment an hatte die Auseinandersetzung um besetzte Häuser eine prinzipielle Bedeutung erlangt. Der von seiner strafrechtlichen Seite eher harmlos zu bezeichnende Vorgang des Hausfriedensbruchs an Abbruchhäusern war vor allem durch die Kraftmeierei der Staatsgewalt selber zu einem Konflikt um die die Rechtsordnung gewährleistenden Staatsgewalten geworden.

Vor allem die Vertreter der ersten Gewalt im Staate - die Politiker - befanden sich angesichts der entstandenen und sich weiterentwickelnden Situation in einer schwierigen Lage: einerseits hatten sie die bestehende Rechtsordnung um jeden Preis zu verteidigen, zum anderen waren sie unter dem Druck der unbestreitbar offenbar gewordenen Mißstände genötigt, das Versagen ihrer Politik und der daraus hervorgegangenen Rechtssetzungen sowie die Berechti-

gung des entstandenen Protestes anzuerkennen. Daß verantwortliche Politiker das Entstehen eines solchen Widerspruchs politisch nicht überlebten, ist eigentlich nur zu verständlich. Daß solche Politiker inzwischen wieder den Anspruch anmelden, verantwortlich Politik zu machen, ist eine andere Sache und gehört nicht hierher, oder doch?

Wie sehr die Krise der Wohnungspolitik zu einer Krise des Staates zu werden drohte, ist auch daran abzulesen, daß sich der Gleichschritt der drei Staatsgewalten nicht lange durchhalten ließ. Während die Politik allmählich, durch den Gang der Ereignisse gedrängt, daran ging, Ursachenforschung zu betreiben und nach anderen als nur strafrechtlichen Lösungsmöglichkeiten zu suchen, waren die zweite und die dritte Gewalt weiterhin eher bemüht, dem Satz "Alle Gewalt geht vom Staate aus." Geltung zu verschaffen. Besetzung ganzer Straßenzüge in Kreuzberg durch Hunderte von Polizisten, staatsanwaltlich angeordnete, politische Lösungen konterkarierende Häuserräumungen, die Eröffnung zahlreicher Strafverfahren waren an der Tagesordnung. Es war nicht mehr zu übersehen: Polizei und Justiz machten Politik auf eigene Faust. Ziel der Unternehmung war die Kriminalisierung der Hausbesetzerbewegung die Durchsetzung des staatlichen Gewaltmonopols allein auf polizeitaktischem und strafrechtlichem Wege. Trauriger Höhepunkt dieser Entwicklung war der Versuch der Staatsanwaltschaft zur Verfolgung von Hausbesetzern den § 129 - Bildung einer kriminellen Vereinigung - heranzuziehen.

Hier spätestens war der Punkt erreicht, wo Widerspruch von denen angemeldet werden mußte, die sich nicht selber als Gralshüter von Law and Order begriffen. Die Verteidigung der Rechtsordnung drohte endgültig zum legalistischen Selbstzweck zu werden und sich in ihr Gegenteil zu verkehren.

Die Auswirkungen dieser Politik lagen auf der Hand: Vertiefung der Gegensätze zwischen den verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen, Vermehrung der Gewalt auf den Straßen, Angst und Resignation einer jungen Generation, die nach eigenen gesellschaftlichen Gestaltungsmöglichkeiten suchte. Der Friede des gesamten Gemeinwesens war bedroht; in erster Linie bedroht, weil die Rechtsordnung durch keine Form des Widerspruchs und des Protestes mehr veränderbar erschien - Packeis!

Die Forderung nach einer Amnestie für Strafverfahren im Zusammenhang von Hausbesetzungen und daraus entstandenen Demonstrationen als Beginn einer Neubesinnung, eines gemeinsamen Anfangs für eine neue Politik mußte scheitern, weil staatstragende Institutionen kein Schuldbewußtsein entwickeln können, erst recht kein Bewußtsein von eigenem begangenen Unrecht. Eines

lichen Erklärungen und bischöflichen Worte zu gesellschaftlichen und politischen Problemen nicht unbealastet von restaurativen Tendenzen blieben. Erst im letzten Jahrzehnt gewann das kritische Bewußtsein von dieser Entwicklung eine breitere kirchliche Basis... Spätestens seit der Weltkirchenkonferenz in Uppsala 1968 sehen sich die Landeskirchen einer ökumenischen Herausforderung konfrontiert, die den weltweiten gesellschaftlichen Umbruch und die Zukunftsproblematik der Menschheit widerspiegelt. Zugleich begegnen sie im politischen Klima der Bundesrepublik der - gewiß mehrdeutigen - Tendenz einer "zweiten Aufklärung". In diesem Zusammenhang gewinnt auch radikale Kirchenkritik hier und da ein so vor zehn Jahren noch nicht denkbare politisches Gewicht. Jedenfalls hat die offenkundig gewordene Diskrepanz zwischen der formal privilegierten Position der Kirchen und ihrer tatsächlichen gesellschaftlichen Ausgestaltung die Frage nach ihrem genuinen Auftrag neu aufgeworfen. Die Kirchen haben zwar de facto begonnen aus ihrer privilegierten partnerschaftlichen Nähe zum Staat heraus und in den Kreis und "Dialog" der verschiedenen gesellschaftlichen Kräfte einzutreten. Doch zeigt sich heute, wie schwer es ihnen fällt, in der gewandelten Situation ihre Identität neu zu entdecken und zu bewahren. " *

Spätestens seit Ende der 60er Jahre ist der stillschweigenden Übereinkunft von Kirche und bürgerlich-demokratischem Staat, die beiden Partnern Vorteile brachte - dem einen entgegen allen offiziellen Beteuerungen den Anschein einer göttlichen Ordnung verlieh, dem anderen materielle Privilegien und gesellschaftlichen Einfluß sicherte - der Anstrich des Selbstverständlichen genommen. Angesichts wachsender Krisen im Innern und im Weltmaßstab ist der bürgerliche Staat im Spätkapitalismus immer mehr zu einem Machtinstrument der politischen und ökonomischen Interessen einiger gesellschaftlich einflußreicher Gruppen, als zum Willensbildungsinstrument der Mehrheit der Bevölkerung geworden. Die formalen Regeln der Demokratie bewirken keinen demokratischen Entwicklungsprozeß und demokratischen Konsens mehr. Die Kirche dagegen ist u.a. unter dem Eindruck der ökumenischen Diskussion immer weniger in der Lage, Unrechtstatbestände zu sanktionieren, die aus der Wirkungsweise spätkapitalistischer, industrieller Produktionsformen weltweit hervorgehen und für die vor allem die westlichen Industrienationen verantwortlich zu machen sind.

Die weltweiten Probleme des Überlebens der Menschheit, Fragen nach Respektierung der Menschenwürde und Gewährung von Menschenrechten in den Gesellschaftsstrukturen stellen sich immer mehr auch als Fragen der Innenpolitik der spätkapitalistischen Industrienationen, denen sich die Kirchen nicht länger, und schon gar nicht unter Hinweis auf die bisher gegebenen Antworten der Politik, entziehen können. In den Kirchen in der Bundesrepublik

* Zum politischen Auftrag der Gemeinde - Barmen II
Votum des Theologischen Ausschusses der Evangelischen
Kirche der Union, Gütersloh 1974, S. 238/239

selber besteht keine Einmütigkeit mehr sowohl hinsichtlich der Beurteilung spezifischer gesellschaftlicher Probleme als auch bezüglich der demokratischen Strukturen von Staat und Gesellschaft.

Viel stärker noch als in der Wohnungspolitik ist der gesellschaftliche Dissens, in den auch die Kirche einbezogen ist, in der Frage der Friedenssicherung und der Rüstungspolitik aufgebrochen. Aber auch in anderen Fragen der Politik gibt es ein nicht geringes kritisches kirchliches Potential gegenüber staatlichem Verhalten, etwa in der Ausländerpolitik in der Frage des Nachzugsalters von Kindern und bezüglich der Asylrechtspraxis oder in der Sozialpolitik gegenüber Sparmaßnahmen bei den sozial schwächsten Gruppen oder in der Umweltpolitik im Blick auf umweltbelastende und -gefährdende technische Großprojekte oder in der Entwicklungshilfepolitik betr. politischer Wohlverhaltensklauseln etc. In all diesen Bereichen treten kirchliche neben anderen gesellschaftlichen Gruppen unter Inanspruchnahme ihres christlichen Selbstverständnisses für eine neue Politik ein, die von den staatstragenden Parteien unter Hinweis auf die Sachzwänge einer hochindustrialisierten, demzufolge mechanisierten und bürokratisierten Gesellschaft verweigert werden.

Da die Kirche - jedenfalls die Evangelische Kirche - in der Tat weniger hierarchisch organisiert ist als andere gesellschaftliche Organisationen mit Einfluß auf das gesellschaftliche Geschehen, kommt es hier eher als vielleicht in anderen gesellschaftlichen Bereichen zu einem offenen Widerstreit der Meinungen, dessen Gefälle nicht ausschließlich mit "Oben" und "Unten" wiedergegeben und der darum auch nicht administrativ entschieden werden kann. Die Kirche ist nicht selten autoritär strukturiert; sie hat insbesondere in ihren leitenden Persönlichkeiten und Gremien bisweilen eine fatale Nähe zur politischen Macht des Staates und der ihn tragenden Parteien; ihre Haltung zu wichtigen gesellschaftlichen Problemen ist darum häufig bis zur Unkenntlichkeit von den verschiedensten Rücksichten geprägt, aber die Kirche kennt keinen Fraktionszwang, keine Kaderstruktur, keinen Corpsgeist. Sie ist eine mit allen Mängeln behaftete freie Versammlung von Menschen, die in dem einen übereinstimmen, daß nicht sie das Maß aller Dinge sind, sondern der Herr der Kirche - ein gescheiterter Aufrührer namens Jesus.

Von ihrem eigenen Selbstverständnis her spricht und handelt die evangelische Kirche in Fragen des Glaubens - und davon sind die Weltprobleme nicht ausgenommen - nicht ex cathedra durch Kirchenleitungen und Bischöfe allein, sondern ebenso vollmächtig durch jeden anderen Christen und Amtsträger. Die Einheit und Glaubwürdigkeit der evangelischen Kirchen ist eine im Geist zu gewinnende und geschenkte, keine administrativ zu verordnende.

Der Anspruch allerdings, daß die Freiheit eines Christenmenschen - wie sie in den Barmer Thesen erneut proklamiert wird - nicht nur im, sondern auch gegenüber dem spätbürgerlichen, demokratischen Staat gilt ist in der Kirche stark umstritten. Einerseits gibt es immer mehr Christen und kirchliche Amtsträger, die unter Berufung auf ihr christliches Bekenntnis dem demokratischen Staat entgegentreten, zum anderen gibt es jene Christen, die unter Berufung auf eben diese oben genannten Barmer Thesen den Staat und sein Gewaltmonopol - allzumal den eigenen Staat - für sakrosankt erklären. Die einen widersetzen sich staatlicher Anordnung, indem sie auf besetztem Atom Müll-Deponiegelände Gottesdienste halten, sich an nicht genehmigten Demonstrationen beteiligen, Zufahrtsstraßen zu militärischen Anlagen blockieren, zur "Wehrkraftzersetzung" aufrufen, in besetzten Häusern übernachten und Asylanten in Gemeindehäusern Zuflucht gewähren; die anderen sehen darin nicht nur einen illegitimen Angriff auf den Staat, sondern unter Mißbrauch des Bekenntnisses eine unzulässige Einmischung von Christen und Amtsträgern der Kirche in die dem Staat von Gott verordneten und ihm allein vorbehaltenen Angelegenheiten.

Auch bei den Berliner Hausbesetzungen ist der Kirche dieser Streit der Meinungen im eigenen Hause nicht erspart geblieben. Jeweils unter Bezugnahme auf dieselbe Tradition - die Barmer Theologische Erklärung - wurden in der aktuellen Auslegung völlig konträre Auffassungen vertreten. Vertreter der konservativen Evangelischen Sammlung Berlin veröffentlichten im März 1981 ein "Wort zur gegenwärtigen Lage in Berlin". Darin heißt es u.a.: "Von einer wachsenden Minderheit wird die notwendige Diskussion ... durch gewalttätige Aktionen blockiert: das Demonstrationsrecht wird mißbraucht, rechtsfreie Räume werden geschaffen und toleriert, Sachwerte werden sinnlos zerstört ... Eine utopisch-sozialistische Ideologie und grenzenlose Liberalität sind dabei, die Grundlagen unseres sozialen Rechtsstaats zu zerstören... Wir bezeugen darum zur Ermutigung der politisch Verantwortlichen, daß die Regierungsgewalt zu den Gaben Gottes gehört... Wir stellen fest:: die Regierungen haben eine Zusage Gottes, daß sie zu Schutz und Recht Aller die Gewalt uneingeschränkt ausüben dürfen und sollen.... Dies alles bezeugen wir unserem demokratischen Staat gegenüber auf der Grundlage der Heiligen Schrift.. wie es auch in der Theologischen Erklärung von Barmen (1934) festgestellt worden ist... "Der Staat hat nach göttlicher Anordnung die Aufgabe, in der noch nicht erlösten Welt, in der auch die Kirche steht, nach dem Maß menschlicher Einsicht und menschlichen Vermögens unter Androhung und Ausübung von Gewalt für Recht und Frieden zu sorgen." (... These 5)

In der II. These der Barmer Theologischen Erklärung heißt es jedoch:

"Wie Jesus Christus Gottes Anspruch der Vergebung aller unserer Sünden ist, so und mit gleichem Ernst ist er auch Gottes kräftiger Anspruch auf unser

ganzes Leben; durch ihn widerfährt uns frohe Befreiung aus den gottlosen Bindungen dieser Welt zu freiem, dankbarem Dienst an seinen Geschöpfen."

Darauf und auf die Auslegung des Theologischen Ausschusses der EKU bezieht sich z.B. der Kreuzberger Superintendent Gustl Roth in Stellungnahmen gegenüber den Kreuzberger Gemeinden und vor der Kreissynode. Der Kreuzberger Superintendent gehört zu den kirchlichen Persönlichkeiten, die entschieden für die Anliegen der Hausbesetzer eintreten.

In dem bereits vorher erwähnten Votum des Theologischen Ausschusses der Evangelischen Kirche der Union zum Politischen Auftrag der Gemeinde von 1973 finden sich in Auslegung der II. Barmer These u.a. die folgenden Sätze:

"Anspruch auf unser ganzes Leben... Es ist der Anspruch des gekreuzigten Christus, der sich nicht mit Gewalt durchsetzt, sondern der als der uns Dienende der Herr ist. Unser Tun kann dem Seinen nur entsprechen, indem auch wir nicht herrschen, sondern dienen, d.h. Leben erhalten, anstatt es zu zerstören, vergeben, anstatt zu vergelten, Zukunft eröffnen, anstatt in Angst und Resignation zu versetzen (Mt 10,43-45). Solcher "Dienst an Gottes Geschöpfen" beschränkt sich nicht auf das Handeln innerhalb der Grenzen und Möglichkeiten eines bestehenden Ordnungsgefüges, sondern kann zur Kritik und Änderung der Strukturen nötigen." (S. 244)

"Von "gottlosen Bindungen dieser Welt", aus denen uns Christus befreit, wird immer dann die Rede sein müssen, wenn natürliche oder geschichtliche Bindungen dem Herrsein Jesu Christi im Wege stehen und damit auch wahres Menschsein verhindern. Das geschieht immer dann, wenn das Vorletzte mit dem Letzten, das Wohl des Menschen mit seinem Heil verwechselt wird und weltliche Ordnung unbedingten Gehorsam beansprucht. Besonders verwerflich ist es, wenn das mit "christlicher" Begründung geschieht. Das gilt auch im Blick auf politisch-soziale Strukturen und Institutionen. Auch wenn sie nach allem sorgfältigen Prüfen und Ermessen als gut und sachgemäß angesehen werden können, können sie ihren guten, sachgemäßen und der Humanität Gottes entsprechenden Gebrauch noch nicht garantieren. Auch in den besten Strukturen und Institutionen müssen wir mit gottlosen Bindungen rechnen...." (S 245)

"Die Gemeinde hat über allem Elend des Menschen das rettende, lebendige Wort von der Güte Gottes zu verkündigen, das zu jeder Zeit dem Leben des einzelnen und der Welt Hoffnung und Weisung gibt. Von daher ist sie bereits durch ihre Existenz ein politischer Faktor und kann sich der politischen Verantwortung nicht entziehen. Tut sie es dennoch, dann läuft sie die Gefahr einer unbewußten Sanktionierung und Stabilisierung der bestehenden Verhältnisse. Das Programm einer prinzipiell apolitischen Gemeinde bedeutet faktisch die Ausklammerung von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft aus dem Bereich des göttlichen Anspruchs. ... Mit besonderer Wachsamkeit hat die Gemeinde darauf zu achten, daß sie nicht aus Furcht vor Verlust von Privilegien oder öffentlichen Einflußmöglichkeiten schweigt oder nur gedämpft redet. An jede, auch eine sich auf "Christliche" Grundsätze berufende Politik wird sie das Kriterium anlegen: "An ihren Früchten sollt ihr sie erkennen" (Mt 7,16.20)." (S. 248/249)

In Anwendung der Tendenz einer solchen Auslegung der II. Barmer These kommt der Theologische Ausschuß zur Frage der Demokratisierung und zur Frage der Gewalt dann zu folgenden Feststellungen:

"Ein Kernproblem für die parlamentarische Form der Demokratie in der bürger-

lichen Gesellschaft besteht in der Frage, ob und wie weit das demokratische Prinzip der Identität von Subjekt und Objekt politischer Herrschaft unter den Bedingungen der für die bürgerliche Gesellschaft charakteristischen kapitalistischen Produktionsweise überhaupt mehr als ansatzweise erfüllt werden kann. ... Hier kann unmöglich die Gefahr übersehen werden, daß weder die Parlamente noch die Parteien die Realität der Demokratie als Form des politischen, d.h. des öffentlich-rechtlichen Lebens der Gesellschaft hinreichend gewährleisten. ... Der Eindruck verstärkt sich, ... daß jenen, die sich mit den Mitteln eines formalen Demokratismus nicht zu wehren vermögen, der zur Demokratie gehörende Schutz von Minderheiten vorenthalten werden soll. Wo Demokratie zum Schein zu werden droht, besteht aber die Gefahr totaler Abhängigkeit von anonymen Gewalten. Die christliche Gemeinde kann davor die Augen nicht verschließen und sich heute der prophetischen Aufmerksamkeit für die funktionale Wirklichkeit von Demokratie nicht entziehen." (S. 254/255)

"Gewalt darf niemals Selbstzweck werden und ist auf das unbedingt notwendige Minimum zu begrenzen. Aller Glorifizierung und Idealisierung von Gewalt oder ihrer Verabsolutierung hat die christliche Gemeinde darum entgegenzutreten, aber auch aller Gewalt, die durch Haß motiviert ist und zu bloßer Rache oder Vergeltung pervertiert. Die Androhung und Ausübung von Gewalt ist auch niemals der beste und einzige Weg, Recht, Frieden und menschenwürdige Zustände in der Welt zu schaffen, sondern ultimativ und notwendiges Übel. ... So sehr etwa der Staat die Macht haben muß, notfalls auch mit Gewalt dem Unrecht zu wehren, so sehr muß durch politische Regelungen und durch soziale Gerechtigkeit dafür Sorge getragen werden, daß gewaltauslösende Faktoren abgebaut, gewaltlose Konfliktlösungen ermöglicht und gewaltsame Konfliktlösungen seitens benachteiligter oder unterdrückter Gruppen und Staaten gar nicht erst erzwungen werden müssen.

Ist die Anwendung von Gewalt allein vom humanen Ziel und nicht vom bloßen Amt oder der Institution her zu legitimieren, dann ist die Frage der Berechtigung von Gewaltanwendungen nicht mehr allein legalistisch zu lösen. Zwar hat es guten Sinn, die Gewalt dem Staat vorzubehalten, um einer eigenmächtigen Gewaltanwendung aller gegen alle zu wehren, doch ist deutlicher als früher darauf zu sehen, daß damit nicht der Status quo oder die etablierte Macht als solche sanktioniert werden. Eine Reservierung der Gewalt auf die öffentliche militärische, polizeiliche oder rechtliche Gewalt der "Regierenden" übersieht auch leicht, daß es nicht nur institutionell manifeste, sondern auch eine zwar formal legale, aber latent repressive Gewalt gibt, die als aggressionserzeugender und angstauslösender Faktor in Schule, Betrieb und Gesellschaft physische und psychische Gegengewalt "von unten" provoziert.

Gegenüber dem Mißbrauch einer bloß legal getarnten Gewaltanwendung "von oben" ist in einem demokratischen Gemeinwesen vor allem die, jedes Gewaltmonopol in Frage stellende Gewaltenteilung und die parlamentarische öffentliche und ethische Kontrolle - gegebenenfalls auch in Form von Protestaktion und Demonstration - zu betonen." (S. 257)

Was dem einen wie Pest und Teufel erscheint, das ist dem anderen Ausdruck lebendiger Wirklichkeit. Wieder einmal wird die gleiche Tradition für sehr unterschiedliche Positionen an Anspruch genommen. Allerdings wäre zu wünschen, daß die kirchlichen Konservativen, bevor sie Traditionen wie die der Bekenntenden Kirche für ihre Deutung der Gegenwart reklamieren, wenigstens ansatzweise den Versuch machten, die Ursachen gesellschaftlicher Konflikte zu verstehen. Auch wird zumindest gefragt werden müssen, ob diejenigen, die

einem starken Staat unter Absehung seiner sozialen und humanen Implikationen und damit einem Staat der Starken das Wort reden, in der politischen und theologischen Tradition von Barmen stehen.

Dennoch: es kann gar nicht übersehen werden, daß sich der gesellschaftspolitische Auftrag der Kirche und die Wahrnehmung öffentlicher Verantwortung genau in diesem Spannungsfeld vollzieht, das durch die Thesen II und V von Barmen abgesteckt ist.

Gesellschaftliche Auseinandersetzungen wie die um die Hausbesetzungen in Berlin, die die Kirche nötigen, Positionen zu markieren - nicht um ihrer selbst willen, sondern um des Wohls des Gemeinwesens willen - zeigen an, daß der gesellschaftliche Entwicklungsprozeß die Kirche vorläufig jedenfalls zunehmend in kritische Distanz zu staatlichem Handeln bringt, allzumal dort, wo der Staat mit absolutem Anspruch auftritt und demokratische Alternativen nicht mehr zuläßt. Die Aktualisierung der Traditionen aus der Zeit der Bekennenden Kirche für gegenwärtiges kirchliches Reden und Handeln wird gerade im Blick auf die Frage des Verhältnisses der Kirche zum Staat jeder statischen und legalistischen Interpretation des Staates entgegentreten müssen, nicht nur des totalitären, auch des demokratischen Staates!

Auf dem Weg zu einer neuen Kirche?

Zurück nach Kreuzberg! Die Hausbesetzungen sind Geschichte, auch wenn es noch immer besetzte Häuser in Berlin gibt. Sie haben den Gang der Politik nicht gehindert. Aber wir stehen auch nicht an dem gleichen Punkt wie vor drei Jahren. Selbst ein CDU-Senat konnte nicht umhin, annähernd die Hälfte aller besetzten Häuser zu legalisieren. Insoweit bleibt für einen Teil der Betroffenen durchaus etwas zurück. Aber was ist aus dem gesellschaftlichen Aufbruch geworden, der ja mehr war als allein Erhaltung billigen Wohnraums?

Es steht zu befürchten, daß auch diese Bewegung und der Prozeß ihrer Integration in das gesellschaftliche Schema ihre Opfer haben. Es gibt Anzeichen dafür, daß auch hier wieder diejenigen den Preis zu zahlen haben, die seit jeher die ungünstigsten Voraussetzungen für einen der vorderen Plätze im gesellschaftlichen Hindernislauf hatten: jugendliche Aussteiger, junge Arbeitslose, Punks, Suchgefährdete, Obdachlose. Ja, es gibt sie nach wie vor, jugendliche Deklassierte in Berlin-Kreuzberg und gewiß nicht weniger als vor drei Jahren. Denn die Zeiten sind nicht besser geworden, eher schlechter. Kreuzberg und alle anderen Orte, für die dieser Name steht, werden auf ihre Weise damit fertig werden müssen, auch wenn die sog. öffentlichen sozialen Netze immer grobmaschiger werden. Es wird neue Unruhen geben.

Und dennoch! Es bleiben nicht in erster Linie Resignation und Hoffnungslosigkeit. Der Aufbruch hat - wieder einmal - nicht zu neuen Ufern geführt, aber er hat doch die alten Gestade nicht unberührt gelassen. Die Geschichte der Hausbesetzungen - das ist ein Stück Kreuzberger Sozialgeschichte, Sozialgeschichte der Stadt, eines Landes; das ist ein Teil sozialer Erfahrung im Leben vieler Menschen, die weiterhin hier leben, das ist ein Baustein für das, was auch fernerhin als Kiezstruktur Leben und Überleben auch unter ungünstigen äußeren Bedingungen garantieren wird. Keine Idealisierung und geistliche Überhöhung ist erforderlich - dazu ist das, was überbleibt, viel zu teuer erkaufte worden. Aber wenn es wieder einmal zu Aufbrüchen kommt, und es wird zu Aufbrüchen kommen, dann wird man sich an das Gewesene erinnern können und Mut fassen.

Was bleibt aus dieser Zeit für die Kirche in Kreuzberg übrig, an Ertrag, Erfahrungen, Erkenntnissen, neuen Herausforderungen?

Vieles, was für den Stadtteil und seine Menschen gilt, gilt auch für die Kirche, die Gemeinden darin. Äußerlich ist auch hier das meiste unverändert geblieben: kleine Gottesdienstgemeinden, zu große Kirchen, Schrumpfung. Der Alltag des Lebens und Überlebens ist mühsam, nicht selten hart. Das Wort vom Kreuz-tragen-müssen hat hier schon seinen den Namen des Ortes prägenden, existentiellen Sinn. An Kreuz-Berg trägt jeder der hier Lebenden auf seine Weise mehr oder minder schwer. Es ist die Last, ohne die es wohl kein neues Leben gibt.

Kreuzberg - Chiffre für das Leben. Dieser Satz gilt auch für die kleine, schwache, häufig entmutigte Kirche in Kreuzberg. Es ist nicht nur die Proklamation einer neuen Zeit, sondern Ausdruck erlebter Erfahrungen. Wenn es richtig ist, daß die Hausbesetzungen und ihre Folgen ein Aufstand für das Leben und nicht gegen das Leben waren und sind - und ich bin davon tief überzeugt -, dann war auch das Engagement der Kirche dabei ein Zeichen für eine neue Lebendigkeit, für einen neuen Geist.

Die kirchliche Gegenwart in Kreuzberg ist vom Zerschlagen altvertrauter Strukturen seit langem geprägt. Alles das, was im allgemeinen den bürgerlichen, den unverzichtbaren bürgerlichen Rahmen für eine entfaltete Kirchlichkeit abgibt, ist in Kreuzberg längst verschwunden: selbständiger Mittelstand, Bürgertum, Familien mittleren Alters. Übriggeblieben sind die Alten, die nicht mehr weg können, einige wenige andere. Kirchliches Reden und Handeln kann sich in dieser Situation nur in zwei Richtungen orientieren: Wahrung und Pflege des Vorhandenen und Öffnung gegenüber neuen Lebenswirklichkeiten. Aber das ist leichter gesagt als getan.

Die Beschäftigung mit Hausbesetzern hat neue Erfahrungen auch für die Gestalt des gemeindlichen Lebens ermöglicht - etwa das Kennenlernen neuer Wohn- und Arbeitsformen, der Verzicht auf Karriere - und Verdienstanspruch, natürliche, umweltschonende Lebensweise -, aber sie hat auch Grenzen deutlich gemacht. Für die alten Gemeindeglieder war das Zusammentreffen so verschiedener Lebensformen - sowohl im Persönlichen wie im Bereich des Politischen eine deutliche Herausforderung, häufig eine Überforderung. Gottesdienste mit der ganzen Gemeinde in einem besetzten Haus gehören wohl eher zu den seltenen Erfahrungen.

Aber auch umgekehrt gilt diese Feststellung: Junge Leute, allzumal im Aufbruch, zeigen gegenüber alten Menschen oft mehr Hilflosigkeit als Verständnis. Das Gespräch wird unter solchen Voraussetzungen zu einer schwierigen Angelegenheit. Aber gerade weil das so ist, ist es umso wichtiger festzuhalten, daß im Raum der Kirche solche Gespräche überhaupt stattgefunden haben, denn sie sind nicht ohne Einfluß auf die Beteiligten geblieben. Die Offenheit der Gemeinde hat sich nicht in erster Linie darin gezeigt, daß sie alles verstanden, alles aufgenommen hat, sondern darin, daß sie sich dem, was ihr eigentlich doch in seiner Mehrheit bis ins Innerste fremd war, ausgesetzt hat. Auf Dauer wird das allein nicht reichen, sondern der Prozeß der Öffnung muß auch im eigenen Bereich zu Veränderungen führen. Aber daß ein Anfang gesetzt wurde, gilt festgehalten zu werden.

Wie schwer für die Gemeinden ein solcher Prozeß der Öffnung unter den gegebenen Umständen ist - und die Hausbesetzungen sind ja lediglich ein Beispiel der notwendigen Öffnung; es wäre in diesem Zusammenhang auch und gerade von den ausländischen Kreuzbergern zu reden - wie schwer das ist, wird auch daran deutlich, daß sich eine Reihe gleichermaßen betroffener Kreuzberger Kirchengemeinden jeglicher Kontaktnahme mit der Hausbesetzerszene verweigert haben.

Die christliche Gemeinde, auch in Kreuzberg, wo nur noch Restbestände davon vorhanden sind, wird noch lange von ihrem bürgerlichen Rahmen leben. Dieser Satz hat seine Gültigkeit, obwohl die Kreuzberger Kirchengemeinden in ihrem Kern nicht mehr bürgerlich sind. Wer wollte im Ernst behaupten, daß die alten Damen, die das Rückgrat der Gemeinde bilden und die in ihrer Mehrheit vom Lande nach Berlin gekommen sind, aus einfachen Verhältnissen also,

daß diese Damen bürgerliche Repräsentanten einer Kirche in einer nicht-bürgerlichen Umwelt sind. Nein, das Wort von der bürgerlichen Kirche, die hier an ihr Ende gekommen ist und doch nicht, meint mehr den Rahmen struktureller Gegebenheiten: Amtsträger, Amtshandlungen, Stellenpläne, Haushalte, Kirchliche Ordnungen. Davon paßt in der Tat vieles nicht mehr, es sei denn um den Preis der konkreten Ortsgebundenheit. Man kann Kreuzberg natürlich auch zu einem Zentrum christlich bewegter Frömmigkeit machen - "Schaut her, was hier alles möglich ist" -, aber wohl nur unter Verzicht auf Wahrnehmung der Menschen, die rund um die Kirche leben. Das allerdings hatten wir schon öfter.

Weltoffenheit - nicht im Sinne modernistischer Angepaßtheit - und Ortsgebundenheit - nicht im Sinne unbeweglichem Beharrungsvermögens - sind gleichermaßen in einer Situation angesagt, die so sehr von Gegensätzlichkeiten geprägt ist. Auch anderwärts wird eine solche Standortbestimmung für eine christliche Gemeinde eher Zustimmung als Ablehnung erfahren, aber hier wird sie zur Überlebensfrage.

Die Kirche in Kreuzberg wird nicht länger aus sich selbst heraus leben können. Sie ist auf den offenen Austausch angewiesen, mit den Menschen in ihrer Umgebung, unabhängig davon, ob sie Christen sind oder nicht, und mit den Christen außerhalb von Kreuzberg, die den Prozeß der unvermeidbaren Öffnung solidarisch unterstützen. Die Kirche als Ganzes steht nicht allerorten vor denselben Problemen und Entscheidungen wie die Gemeinden in Kreuzberg, aber für den weiteren Weg der Kirche in Kreuzberg wird entscheidend sein, ob die Kirche insgesamt bereit ist, die notwendigen Entscheidungen - auch wenn sie erst einmal Zumutungen darstellen - mitzutragen.

Da, wo die Kirche inmitten von sozialer Ungerechtigkeit und Not, inmitten verkrüppelter Lebensmöglichkeiten, unter benachteiligten Minderheiten lebt, da ist es ihre Aufgabe, Hilfe und Schutz zu bieten und Mund der Schwachen zu sein. Wenn sie um ihrer selbst willen und aus Rücksicht auf andere in einer solchen Situation schweigt und den Menschen ein solidarisches Zusammenleben verweigert, wird sie mitschuldig an den ungerechten Zuständen.

Viele Probleme müssen als Probleme, die aufgrund politischer Entwicklungen entstanden sind, begriffen werden. Die Kirche wird diese Probleme immer wieder zu benennen und um der Menschen willen die Lösung der Probleme bei den verant-

wortlichen Politikern einzufordern haben. Zu solchen Problemen in Kreuzberg gehören neben den Fragen der Wohnungs- und Verkehrspolitik alle weiteren Fragen der hiesigen Lebensumstände. Solche Fragen sind die Lebensrechte der ausländischen Mitbürger, der Schutz von ethnischen und kulturellen Minderheiten, Ausbildung und Arbeit für die Jugendlichen, Gesundheitsversorgung für Kinder und Alte, nachbarschaftliche Hilfe und natürlich auch in Kreuzberg: die Sicherung des Friedens. Aufgabe der Kirche an solchem Ort ist, mitzuwirken an der Rekonstruktion des Selbstverständlichen: an der Schaffung lebenswerter Lebensumstände. Kirche in einem heruntergewirtschafteten und doch lebendigen Stadtviertel hat Teil an der Ohnmacht und den Hoffnungen der Menschen, wenn sie will. Sie wird ernst und in Anspruch genommen, wenn sie sich den Ängsten und der Not der Menschen nicht entzieht. Sie wird in ihrem Reden und Handeln glaubwürdig und bedeutsam, wenn sie die vorhandenen Mißstände auch gegenüber denen laut und deutlich benennt, die Macht und Einfluß haben. Im Eintreten für die Schwachen findet die Kirche wieder zu sich selbst. Sie erfährt die Wirkungen des Geistes, der die Gemeinde sammelt, ihr Hoffnung und Leben gibt.

Diese letzten Sätze sind nicht allein abstrakte theologische Wahrheiten, sondern Teil konkreter Erfahrungen der letzten Jahre meines Lebens in Kreuzberg.

Wir Pfarrer, kirchliche Mitarbeiter und Gemeindeglieder haben die Erfahrung gemacht, daß vorhandene Ängste auch wieder schwinden können, daß das, was die Kirche als ihr Eigenes zu sagen hat wieder wahrgenommen wird, daß wir helfen konnten. Wie gesagt - auch der kirchliche Alltag hat sich in den letzten drei Jahren nicht entscheidend verändert, aber er erscheint nach innen und nach außen manchmal in einem anderen Licht und läßt wieder Hoffnungen aufkommen.

Kirche und Hausbesetzungen - ein Prozeß auf Gegenseitigkeit. Manche Christen und Hausbesetzer werden von diesem Prozeß auf Gegenseitigkeit im Vollzug der Ereignisse nichts wahrgenommen haben, waren doch die einen für die anderen entweder die, die ständig von Frieden und Gewaltlosigkeit reden, oder schlicht die Chaoten. Aber gerade darum kann der Vorgang vielleicht als ein Beispiel für den Umgang so verschiedener Gruppen miteinander gelten, ohne daß der eine oder der andere dabei seine Identität preisgibt. Es kann gar nicht übersehen werden, daß die Kirchengemeinden - ihre Pfarrer und Mitglieder -

in der Regel größere Schwierigkeiten mit Grenzüberschreitungen und auch größere Berührungsängste haben. Aber deshalb ist es wohl um so bemerkenswerter, wenn es wirklich geschieht.

Entsteht hier eine neue, staats- und gesellschaftskritische Kirche? Eine alternative Kirche? Eine Basiskirche? Solche Begriffe scheinen mir unangebracht, unredlich gegenüber unserer Tradition, unehrlich gegenüber unserem Zustand. Aber was gewiß auf dem Hintergrund der hier geschilderten Erfahrung entsteht, ist ein stärkeres Selbstbewußtsein gegenüber unfrei machenden Strukturen und Gewalten. Man darf es vielleicht auch ein neu gelerntes Verstehen und Praktizieren der evangelischen Freiheit nennen, eine Wiederentdeckung der Kraft des Glaubens.

Die evangelische Freiheit, die es zu bewähren und zu bewahren gilt, hier un-
allerorten, ist die Freiheit des Narren, der nichts zu sagen hat und doch
laut von der Wahrheit spricht, der festen Bindungen unterworfen ist und
doch niemandes Untertan.

III. DIE KIRCHE BETEILIGT SICH AN DEN AUSEINANDERSETZUNGEN UM BESETZTE HÄUSER (Berichte und Dokumente)

Im Abschnitt III werden Beiträge und Dokumente abgedruckt, die überwiegend aus der unmittelbaren Auseinandersetzung mit den Fragen der Hausbesetzungen hervorgegangen sind. Sie stellen eine sehr begrenzte Auswahl der vorhandenen Materialien dar. Diese Auswahl darf darum auch nicht als repräsentativ für den Einsatz von Kirche und Gemeinden angesehen werden. Mit gleich guten Gründen ließen sich andere Schwerpunkte nennen, andere Personen aus der kirchlichen Szene zitieren. Das Spektrum der kirchlichen Beteiligung an dieser Frage ist wesentlich breiter gewesen, als es hier zum Ausdruck kommen kann. Allerdings haben wir die Hoffnung, daß mit den ausgewählten Beiträgen Wesentliches und Typisches für das Thema "Kirche und Hausbesetzungen" vermittelt wird.

1. Ein Superintendent tritt für Hausbesetzer ein

- Beiträge von Gustl Roth -

Gustl Roth ist seit 1978 Superintendent des Kirchenkreises Kreuzberg. Er war als Vertreter der Kirche in Kreuzberg einer der ersten, der sich im Dezember 1980 nach den damaligen Häuserräumungen und den anschließenden gewalttätigen Demonstrationen und Straßenschlachten differenziert und nicht einseitig die Hausbesetzer und ihre Freunde verurteilend äußerte. Diese Haltung führte dazu, daß er als einer der wenigen aus dem etablierten gesellschaftlichen Spektrum von den Hausbesetzern als Vermittler akzeptiert wurde. Wesentlich seinem persönlichen Einsatz ist es zu verdanken, daß die Kirche insgesamt als Vermittlerin zwischen den einander gegenüberstehenden Gruppen zunehmend in Anspruch genommen wurde.

Gustl Roth ist jedoch nicht nur für die Hausbesetzerseite, sondern auch für die politische Seite ein akzeptierter und häufig besuchter Gesprächspartner gewesen. Ein eigenes Kapitel in der Aufarbeitung der abgelaufenen Ereignisse hätten auch "die Gespräche im Wohnzimmer des Kreuzberger Superintendents mit Hausbesetzern und Politikern" sein können.

Der Einsatz von Gustl Roth, der bei allem Bemühen um Vermittlung den eigenen Standpunkt nicht verleugnete, hat in der Kirche und in der Öffentlichkeit nicht nur Zustimmung gefunden. Es hat weiterhelfende, aber auch persönlich ehrverletzende Kritik gegeben. Bisweilen mag in der Öffentlichkeit wegen der besonderen öffentlichen Stellung des Superintendenten der Eindruck entstanden sein, hier handle einer allein, ohne entsprechende Absicherung. Wenn auch nicht geleugnet werden kann, daß der Streit um das Verhalten der Kirche und ihrer Amtsträger gerade auch im Kirchenkreis Kreuzberg heftig ausgetragen wurde, so muß doch auch betont werden, daß Gustl Roth der Zustimmung seines Auftretens auf breiter Basis sicher sein konnte.

Die Lernerfahrungen eines "Mannes im besten Alter" sind hoffentlich aus den abgedruckten Beiträgen herauszulesen.

Brief zu Ostern 1981 an die Kreuzberger Gemeinden

Liebe Schwestern und Brüder,

Ich möchte Ihnen zu den Fragen, die uns seit geraumer Zeit sehr umtreiben und die wir auch sehr unterschiedlich beurteilen, einen Brief schreiben. Ich weiß, daß die letzten Monate dieses Winterhalbjahres vielfach belastet waren von Angst und Sorge, von gegensätzlichen Meinungen und Mißverständnissen. Für viele der bestehenden Probleme sind immer noch keine Lösungen in Sicht. Es gibt manche erfahrenen und aufmerksamen Beobachter der Szene, die damit rechnen, daß wir noch längere Zeit mit den Problemen belastet sein werden, die hinter den Instandbesetzungen stehen.

Ich möchte mit dem, was ich Ihnen mitteile, sagen, was mich in diesen Monaten bewegt hat und was ich selber gelernt habe.

1. Der Kirchenkreis Kreuzberg hat sich schon vor vielen Jahren zu den Fragen und Problemen, die die Sanierung auslöst, geäußert. Der Kirchenkreis hat dafür gesorgt, daß die Probleme gesehen und nach dem Maß seiner Kräfte bearbeitet werden. Lange Jahre hat sich Pfarrer Duntze um diese Stadtteilarbeit bemüht, bis er dann 1977 den Kirchenkreis verließ und zur Evangelischen Akademie überwechselte. Als ich als neuer Superintendent nach Kreuzberg kam, bestand für diese Probleme keine Arbeitsgruppe mehr, und auch keiner der Pfarrer war bereit, die Aufgaben zu übernehmen, für die Klaus Duntze zuständig war. Das lag auch daran, daß eine solche Tätigkeit völlig "nebenamtlich" hätte geschehen können, während Klaus Duntze dafür ganz freigestellt war.

Dadurch sind die Sanierungsfragen - wenn auch nicht total - aus unserem Blick geraten. Erst die Demonstrationen im Dezember 1980 haben den Kreiskirchenrat dazu veranlasst, sich eindeutig zu äußern und die von den Instandbesetzern benannten Probleme auch aus seiner Sicht anzusprechen. Ich halte die Sanierungsfragen neben der Ausländerproblematik für das, was sich für unsere Kreuzberger Gemeinden am schwerwiegendsten ausgewirkt hat und auswirken wird. So ist durch die Instandbesetzungen wieder etwas zu einem Hauptthema geworden, was durch uns hätte längst geschehen müssen.

2. Bei den Fragen nach den Ursachen der heutigen Probleme bin ich immer wieder auf die Tatsache gestoßen, daß in den Verwaltungsabläufen, die ein solches großes Sanierungsprojekt erfordert, vielfach die Belange der Menschen vor Ort verloren gehen. Ich könnte Ihnen dafür sehr viele Bei-

jungen

fast gar nicht

Gespräche und die Frage

besetzern eine Möglichkeit, ...

stellung der Probleme und Anfragen s.

unruhen 1980, aufgestellt von der Eidgenöss.

fragen". Wir haben 50 Exemplare in Bern bestellt und ..

möglich über die Fächer an die Gemeinden verteilen zu können.

Diese junge Generation stellt die Fragen nach dem Lebensstil, nach Wohlstand, dem Zusammenhang von Leben und Arbeit sowie von Leben und Wohnen.

Lassen wir diese Fragen an uns herankommen? Ist uns Älteren bewußt, daß die Jüngeren, die länger als wir, vielleicht noch fünfzig bis sechzig Jahre mit den Folgen der Überflußgesellschaft leben müssen, hier besorgter fragen? Die Synode unserer Kirche hat im Juni 1979 für die Zeit bis 1985 das Schwerpunktthema beschlossen "Der Auftrag der Kirche und die junge Generation". Das Thema wurde bewußt in dem Sinne formuliert, daß wir uns den Fragen der jungen Generation zu stellen haben. Ich weiß das sehr genau, weil ich damals an den Beratungen teilgenommen und den Antrag auf

...ben
... der

... auch leben! (Johannes 14,9)
... unter uns entsteht, das zu
... ich Ihr
Gustav Roth

1. In vielen Gesprächen mit solchen, die den Problemen intensiver nachgegangen sind, ist eindeutig klar geworden, daß es sich hier um eine Anfrage der jungen Generation handelt, die weit über Berlin hinausreicht.

Brixton, Amsterdam, Berlin, Nürnberg, Frankfurt, Freiburg und Zürich sind Orte, die in einer Reihe genannt werden müssen. Die Schweizer haben in den Thesen ihrer Eidgenössischen Kommission die Problematik aufzuarbeiten versucht. Wir haben Ihnen diese Thesen beigelegt, weil wir sie für äußerst anregend und aufschlußreich halten. Wenn man die Orte registriert, die hier genannt werden müssen, dann ist es deutlich, daß es sich um ein mitteleuropäisches Phänomen handelt, mit dem wir es zu tun haben. Ein Mitarbeiter der BBC London hat mir auf meine Frage, wie sich die Berliner Verhältnisse von London aus ansehen, geantwortet: Die Berliner meinten immer, sie hätten "something extraordinary", etwas ganz besonderes, dabei wäre das unser aller Problem.

Dies ist als Anfrage an diejenigen gesagt, die meinen, daß mit einem zügigen Zugriff sich solche Probleme aufarbeiten ließen und damit erledigt sind. Fragen, die in ganz Mitteleuropa und vielleicht darüber hinaus gestellt werden, lassen sich so nicht beantworten.

2. Wenn wir genauer hinsehen, dann müssen wir entdecken, daß sich die von der jungen Generation gestellten Fragen seit weit mehr als zehn Jahren aufstauen. Bei der Weltkirchenkonferenz in Uppsala 1968 war eine der sechs großen Arbeitsgruppen der Frage gewidmet "Suche nach neuen Lebensstilen". Fragen, über die wir seit Jahren diskutieren - denken Sie bitte an die Arbeiten des Club of Rome, Büchertitel wie "Ein Planet wird geplündert", "Schöpfung am Abgrund" - können nicht innerhalb weniger Wochen geklärt sein. Von daher ist die biblische Tugend der Geduld, auf die der Bischof in seinem Brief hinweist, bitter notwendig.

3. Im Unterschied zu der 68er Generation haben die jungen Menschen, die wir bei den Instandbesetzern antreffen, zwölf Jahre länger Wohlstands- und Leistungsgesellschaft auch gerade mit ihren negativen Auswirkungen im Arbeits- und Familienleben durchgemacht. Es gibt viele unter ihnen, die tief verzweifelt sind. Sie sind es, weil sie permanent den Eindruck haben, daß man ihren eigentlichen Fragen ausweicht. Und sie sind es weiterhin, weil sie sich für die Zukunft mit Atom- und Neutronenbomben keine Chancen mehr ausrechnen. Der immer wieder auftauchende Slogan "No future",

stellt im Grunde eine ungeheure Herausforderung an die Christen dar, die von sich sagen, daß sie um Zukunft in Zeit und Ewigkeit wissen.

Inhaltliche Hintergründe und Perspektiven

Zusammenfassend möchte ich die Probleme noch einmal benennen und zugleich sagen, was sie für uns jetzt und in Zukunft bedeuten:

Die Wohnungs- und Sanierungspolitik ist für den Kirchenkreis Kreuzberg seit jeher ein ureigenstes Thema gewesen.

Von jener Erklärung des Kreiskirchenrates vom Dezember 1972, die er im Auftrag der Kreissynode erstellt und der politischen Öffentlichkeit zur Kenntnis gebracht hat, bis zu den Erklärungen des Kreiskirchenrates vom Dezember 80 und Januar 81, sind wir uns auch nach den Voten der Gemeindekirchenräte einig, daß der Einsatz für soziale Gerechtigkeit im Wohnbereich eine Aufgabe ist, der wir uns um unserer Gemeindeglieder und der Menschen in Kreuzberg willen nicht entziehen können. Die vom jetzigen Senat angekündigte Verlagerung im Wohnungsbau von Sozialem Wohnungsbau zu Eigentumswohnungen ist um der Kreuzberger Bevölkerung willen, die in der Regel sich keine Eigentumswohnungen leisten kann, genau zu beobachten. Desgleichen sind die Kürzungen, die - wenn man an das Bad am Spreewaldplatz denkt - Kreuzberg schwer treffen, kritisch aufzugreifen. Ich habe Herrn Dr. v. Weizsäcker bei einem unserer Gespräche gesagt, daß die Gleichbehandlung der Berliner Bezirke zur Ungleichbehandlung von Kreuzberg führt. Es geht hierbei nicht nur um eine Kritik an schwierigen Finanzplanungen sondern auch um Information, was für die Lebensqualität eines solchen Bezirkes notwendig ist.

Erfahrungen, Motive, Fragen und Konflikte

Der bisherige Bericht hat ja deutlich gemacht, daß die Motive für die Instandbesetzungen weit über die Kritik an der Wohnungs- und Sanierungspolitik hinausreichen. Ich will die Motive noch einmal so benennen, daß auch unser eigenstes Interesse an ihnen deutlich wird.

1. Es gibt eine Suche nach Gemeinschaft, in der man nicht aneinander vorbeiredet sondern sich versteht. Es gibt eine Sehnsucht nach Gemeinschaft, in der man Zeit füreinander hat. Es gibt ein Erkennen, daß man ohne Gemeinschaft nicht leben kann. Diese Erfahrung machen ältere Menschen in Kreuzberg genauso wie junge Menschen. Die Frage nach der Gemeinschaft

ist eine Frage an die Gemeinde Jesu Christi, die von sich behauptet, daß sie Gemeinschaft sei. Wir sind hier in einem viel tieferen Maße auf dem Prüfstand als uns das weitgehend bewußt ist.

2. Es gibt eine Suche nach Lebenssinn. Und wir müssen uns bewußt sein, daß das, was bei anderen die Sinnfrage ist, bei Christen die Glaubensfrage darstellt. Weil wir glauben, wissen wir Sinn und Ziel des Lebens. Wenn es rings um uns herum junge Menschen, aber eben nicht nur junge Menschen gibt, denen Sinn des Lebens angesichts einer in Frage gestellten Zukunft verloren gegangen ist, dann sind die Gemeinden als ganze und die Christen als einzelne mit dieser Frage konfrontiert. Dann haben wir uns zu antworten, was Christenglaube und Christenleben austrägt für die Zukunft.

3. In ganz engem Zusammenhang mit dieser Sinnfrage stehen die beiden Komplexe des Friedens und des Umgangs mit der Umwelt. Der Hamburger Kirchentag und die Friedensdemonstration in Bonn haben gezeigt, wie intensiv das Fragen nach dem Frieden ist.

Ich halte es für falsch, diese Frage so oder so parteipolitisch zu verbuchen. Das Faktum einer Friedenswoche der evangelischen Kirche in der Bundesrepublik und der DDR beweist, daß es biblische Begründungen gibt, sich dem Friedenstiften zuzuwenden. Die Umweltfrage ist vermutlich zur Zeit ein bißchen in den Hintergrund getreten, wobei man sich daran erinnern sollte, daß die große Demonstration in Brockdorf erst im Februar dieses Jahres stattgefunden hat. An wie vielen Stellen sehen wir in Kreuzberg Inschriften an den Häuserwänden wie "Gorleben soll leben!". Stehen wir eventuell mit dem, was wir als Christen glauben und leben möchten, sehr viel näher bei dieser jungen Generation als wir das wahrhaben wollen?

4. Es gibt eine Kritik an der Wohlstandsgesellschaft, an der Überflußgesellschaft, deren Grenzen immer deutlicher werden. Wer weiß, wie ein solches Buch, wie "Haben oder Sein" von Erich Fromm gelesen worden ist und gelesen wird auch gerade von

jungen Menschen, der muß sich als Christ dieser Problematik stellen. Wir diskutieren zwar schon jahrelang über diese und andere Themen, aber wir sind praktisch fast keinen Schritt weitergekommen. Macht diese unsere eigene Ratlosigkeit den Protest der jungen Generation vielleicht ein Stück verstehbarer? Sind wir bereit, uns in unserer Ratlosigkeit den Fragen neu anzuschließen?

5. Die bisherigen Fragenkomplexe sind weitgehend solche, bei denen sich Übereinstimmung erreichen läßt. Viel schwieriger ist die Übereinstimmung bei der Gewaltfrage. Nur in langen und ausführlichen Gesprächen erkennt man die Dimensionen, in denen hier Erfahrungen zum Ausdruck kommen. Gewalt wird hier eben nicht nur mit den Maßstäben des Strafgesetzbuches gemessen. Man sieht die Folgen einer Sanierung und nimmt die Verplanung von Menschen und ihre "Umsetzung" - was wird schon durch den Gebrauch dieses Wortes angezeigt! - wahr als Gewalt, als etwas, gegen das sich Menschen kaum wehren können.

Da gibt es weiterhin Menschen, die sich nach Frieden sehnen und um diesen Frieden bangen. Denen ist im Geschichtsunterricht der erste Atombombenabwurf von Hiroshima und seine Folgen nahegebracht worden. Man hat versucht, das grauenhafte Ausmaß an Tod und Zerstörung in sich aufzunehmen, das im Augenblick der Explosion stattgefunden hat und sich in seinen Folgen noch jahrelang ausdehnte.

Die Atombomben von damals sind ein Kinderspielzeug gegenüber den heutigen Waffen. Stellen diese Waffen nur "Macht" dar? Oder ist das ein Potential an Gewalt, das wir uns gar nicht mehr vorstellen können? Gewalt, die unser Leben bedroht? Gewalt, die ausgelöst wird, ohne daß wir etwas dagegen tun können?

Da ist die Gewalt, die den Flüssen, der Landschaft und dem Meer angetan wird. Auf jeder kleineren oder größeren Urlaubsreise können wir das schmerzhaft wahrnehmen. Da leiden Menschen unter der Gewalt der Betonklötze, in denen sie wohnen. Es gibt vermutlich keinen unter uns, der sich um eine Wohnung im Neuen Kreuzberger Zentrum, NKZ, reißt.

Es gibt immer mehr Menschen, die sich fragen, was wir in dem letzten Vierteljahrhundert mit der Schöpfung, mit den uns anvertrauten Gaben gemacht haben. Ist das Leichtsinn, Verantwortungslosigkeit oder Gewalt?

Erst wenn das Gespräch über die Gewalt in dieser Weise angefangen hat, wird das Gespräch über die Gewalt in unserer Stadt in Gang kommen und uns dem Ziel der Gewaltlosigkeit näher bringen. Das wird ein ungeheuer schwieriges Gespräch sein. Aber wir werden uns ihm stellen müssen. Eine gewisse Hilfe kann dabei auch für die Arbeit in den Gemeinden die Thesenreihe der Kammer der EKD für öffentliche Verantwortung über "Gewalt und Gewaltanwendung in der Gesellschaft", 1973 sein.

So erweist sich diese junge Generation als eine Anfrage an die Kirche, als eine Mahnung, längst angestellte Überlegungen neu aufzugreifen, bewußter und nachdrücklicher aufzugreifen. Auf der schon erwähnten Vollversammlung des Weltkirchenrates in Uppsala 1968 ist dieser Suche nach neuen Lebensstilen nachgegangen worden (Bericht aus Uppsala 68, Genf 1968, S. 92 - 104). Von dieser Thematik heißt es, daß durch sie der Versuch unternommen wird, alle die anderen wichtigen Themen vom Heiligen Geist bis zur Mission, von der Gerechtigkeit bis zum Gottesdienst auf die Ebene des persönlichen Lebens und damit der Ortsgemeinde zu übersetzen. Lebensstil ist da als die Außenseite des Glaubens verstanden. Der Lebensstil verrät, was ein Mensch in Wirklichkeit denkt, welche Ziele er praktiziert, welchen Sinn er im Leben de facto sieht. Der Lebensstil des Christen und seiner Gemeinde verraten etwas davon, was sie vom Glauben verstanden haben.

Im Jahr 1975 ist auf der nächsten Vollversammlung des Weltkirchenrates in Nairobi die Diskussion fortgesetzt worden unter dem Thema "Menschliche Entwicklung: die Zwiespältigkeit von Macht und Technologie und die Qualität des Lebens" (Bericht aus Nairobi 75, Frankfurt 1976, S. 98 - 121).

Es lohnt sich, Aussagen dieses Berichtes auf unsere konkrete Kreuzberger Situation zu beziehen.

Wir stehen also nicht allein vor diesen Fragen sondern inmitten einer Weltchristenheit, die von den gleichen Fragen umgetrieben wird. Dies sind Fragen, die in der Kreuzberger Situation sicherlich deutlicher hervortreten als anderswo. Sie belasten uns auch mehr. Darum könnte es eine Hilfe sein, wenn wir das, was andere Christen schon angedacht haben, zur Kenntnis nehmen.

Was ich Ihnen bisher dargestellt habe, sind die Fragen, die von außen auf uns zukommen, deren theologische Implikationen vielfach erst entdeckt werden müssen. Zusätzlich gibt es eine Reihe von anderen Fragen, die auf uns zugekommen sind im letzten Jahr: das sind die direkten theologischen Fragen, die inhaltlich mit sehr konkreten Problemen unserer Kirche verbunden sind.

Theologische Fragen und unsere Kreuzberger Wirklichkeit

Der politische Auftrag der Gemeinde: Barmen II

Das Verhältnis von Kirche und Gesellschaft befindet sich seit geraumer Zeit im Fluß und wird gerade deswegen immer wieder kontrovers diskutiert. Auch die Kirchenkanzlei der EKD hat sich auf Anfrage des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU mit diesem Fragenkomplex beschäftigt. In ihrer Antwort sagt die Kirchenkanzlei unter anderem: Die konkrete Unterscheidung und Zuordnung von Glaube und Politik wird immer umstritten sein und sich niemals endgültig theoretisch lösen lassen (Erwiderung vom 13.7.81).

Trotzdem oder gerade deswegen ist im Zusammenhang mit den Instandbesetzungen und dem Engagement im Kirchenkreis immer wieder um den politischen Auftrag der Gemeinde gestritten worden. Dabei kamen u.a. folgende Argumente auf den Tisch: Dies ist nicht Sache der Kirche! Kirche muß Kirche bleiben! Schuster, bleib bei deinem Leisten! Es handelt sich - wie schon gesagt - hier um einen Streit, der besonders in den letzten Jahrzehnten an vielen anderen Beispielen unzählige Male durchexerziert worden ist und zu keinem Ergebnis geführt hat. Von daher werden auch wir diese Streitfrage nicht lösen können.

Ich bin der Meinung, daß wir ein Stück weiterkommen, wenn wir das Spannungsverhältnis genauer beschreiben, in dem der politische Auftrag der Gemeinde steht. Lassen Sie mich das an drei Überlegungen verdeutlichen:

- a) Der Glaube der Kirche ist - wie es im hohenpriesterlichen Gebet heißt - "nicht von der Welt" (Joh. 17,14). Aber dieser

Glaube trägt Verantwortung für die Welt. Das heißt, daß Verantwortung für die Welt und Veränderung der Welt, aber auch der Abstand von der Welt im Glauben angelegt sind und bei der Praktizierung politischer Verantwortung beachtet werden müssen.

- b) Dieselbe Spannung kommt bei folgenden beiden Sätzen zum Ausdruck, bei der Erkenntnis der Bekennenden Kirche "Kirche muß Kirche bleiben!" und dem ergänzenden Satz von Dietrich Bonhoeffer "Die Kirche ist nur Kirche, wenn sie für andere da ist." (Widerstand und Ergebung, S. 261). Wenn man allein den ersten Satz vertritt, dann entfällt die politische Verantwortung. Und wir wissen, wie schwer sich die Benennende Kirche damit getan hat. Isoliert man den Satz Bonhoeffers von dem ersten, nimmt man ihm die Basis, von der er herkommt. Eberhard Bethge, der Freund Dietrich Bonhoeffers, hat diese Zusammenhänge in einem Aufsatz aufgearbeitet ("Politik ohne Kirche - Kirche ohne Politik, in : Evangelische Theologie 72/6, S. 579-594) über den er ein Wort Bonhoeffers gesetzt hat: "Die letzte verantwortliche Frage ist nicht, wie ich mich heroisch aus der Affäre ziehe, sondern wie eine kommende Generation weiterleben soll. Nur aus dieser ... Frage können fruchtbare - wenn auch vorübergehend sehr demütigende - Lösungen entstehen" (Widerstand und Ergebung, S. 16).
- Um diese Frage des Weiterlebens geht es heute und was die Gemeinde Jesu Christi dafür tut.
- c) Jürgen Moltmann hat diese Spannung noch einmal von dem Verhältnis von Mitte und Horizont angedacht: Es kann keine Erkenntnis der Mitte geben, ohne die gleichzeitige Erkenntnis des Horizontes, für den diese Mitte die Mitte ist. Der "Verlust der Mitte" beherrscht eine Kirche, die sich selbst in der Zeit verliert (und das kann ein ausschließliches politisches Engagement sein). Der "Verlust des Horizontes", (d.h. der Verzicht auf politische Verantwortung) bestimmt eine Kirche, die sich selbst in Ewigkeit bewahren will (Kirche in der Kraft des Geistes, S. 153).

Es kommt darauf an, daß wir diese Spannung durchhalten. Das läßt sich nicht theoretisch entscheiden. Das ist eine Frage der Praxis und damit eine Frage der brüderlich-schwesterlichen Gemeinschaft, in der wir solidarisch denken und handeln und gerade dadurch fähig werden, Kritik aneinander zu äußern. Diese solidarisch-kritische Gemeinschaft ist eine Voraussetzung, die erst wieder unter uns wachsen muß, damit wir fruchtbar über Positionsunterschiede auch gerade im Bereich der politischen Verantwortung miteinander reden können.

Das von uns keineswegs bisher ausreichend bedachte Votum des Theologischen Ausschusses zum politischen Auftrag der Gemeinde (Barmen II) macht deutlich, daß diese politische Verantwortung keineswegs von vornherein sich festlegen läßt und in wacher Beobachtung geprüft werden muß, wo sich die Gemeinde Jesu Christi eingeben muß. "Es ist nicht auszuschließen", heißt es an einer Stelle des Votums, "daß Zeit und Situation in ihren Tendenzen den Glauben herausfordern und daß neue gesellschaftliche Entwicklungen den Gehorsam gegen Gottes Gebot berühren, wo das bisher nicht geschah." (S. 249).

In Kreuzberg kam die Frage der politischen Verantwortung in besonderer Weise auf den Kirchenkreis zu, weil einerseits er der am meisten betroffene Kirchenkreis ist und weil die Problematik weit über den Bereich der einzelnen Gemeinde hinausreicht. Ohne die wöchentlich regelmäßigen Beratungen im Koordinierungsausschuß, die regelmäßigen Kontakte mit dem Bischof wäre das vergangene Jahr nicht durchzuhalten gewesen. Der Kreiskirchenrat hat im Gespräch mit der Kirchenleitung vorgeschlagen, eine Arbeitsgruppe aufzubauen, die sich in Zukunft den langfristigen Kreuzberger Problemen stellt (z.B. Unterstützung und Entlastung der betroffenen Gemeinden, Förderung der Kooperation, Kontakte zu anderen Kirchenkreisen).

Parteinahme, Parteilichkeit und Kirchenaustritte

Im Zusammenhang mit der politischen Verantwortung ist die Gefahr der Einseitigkeit und Parteilichkeit angesprochen worden. In der gemeinsamen Stellungnahme von fünf Kreuzberger Gemeinden

heißt es: "Die Kirche muß ihrem Auftrag treu bleiben, d.h. Jesus Christus den Menschen zu verkündigen und sie zum Gehorsam gegenüber Gott und seinem Wort aufzurufen. Dieser Auftrag richtet sich an alle Menschen. Die Kirche muß für alle offen bleiben. Sie muß gesprächsfähig bleiben für verschiedene Seiten. Sie darf nicht einseitig reden und handeln. Sie muß sich für ihr Tun verantworten - auch vor Gott." Der Bischof hat in seinem Hirtenbrief vom 8.10.81 dieses Problem aufgenommen. Er hat von der Gefahr gesprochen (Absatz 19), daß die von der Schrift her gebotene für den jeweils Unterdrückten durch eine grundsätzliche Parteilichkeit ersetzt wird.

Mir scheint diese Unterscheidung hilfreich zu sein: grundsätzliche Parteilichkeit als eine festgelegte, unbewegliche Position und die akute Parteinahme, in der man sich für Menschen einsetzt. Das heißt: Die Gemeinde Jesu Christi ist immer wieder mit Konflikten konfrontiert, in denen sie Farbe bekennen muß, so wie Jesus Christus auch Position bezogen hat und um der Wahrheit und um der Gerechtigkeit willen schärfste Kritik geäußert hat. Die Christen orientieren ihre Parteinahme an der Bibel. Und ohne Parteinahme ist ein Christsein in dieser Welt nicht denkbar. Die Parteinahme des Christen ist aber nicht fehlerfrei. Darum ist das Gespräch in der Gemeinde notwendig. So ist abermals deutlich, daß die solidarisch-kritische Gemeinschaft der Gemeinde eine notwendige Voraussetzung für ein verantwortliches Handeln in der Welt ist. Aber das muß dann auch noch angemerkt werden: Das Gespräch in der Gemeinde kann dann nicht eine Neutralisierung sondern nur eine gehorsamere und bessere Parteinahme im Sinne Jesu zum Ziel haben. Konkret ist zu diskutieren, wo Parteinahme in Parteilichkeit übergeht und welcher Unterschied zwischen Parteinahme und Einseitigkeit besteht.

Auf der anderen Seite machen diese Überlegungen deutlich, daß die Gemeinde und der einzelne Christ sich nicht in eine Überparteilichkeit zurückziehen können. Man kann sich nicht alle Möglichkeiten offenhalten. Denn die Art von Überparteilichkeit, die es allen recht machen will, führt in der Regel nicht zu Lösungen, weil Schuld nicht benannt und dadurch Heilung nicht möglich wird. Auch in diesem Bereich läßt sich einiges theoretisch klären. Die eigentlichen Probleme entstehen im Alltag,

wo Parteinahme stattfindet und stattfinden muß und wo sie immer neu zu überprüfen ist.

Wie verhalten wir uns aber, wenn Parteinahme Kritik auslöst bis hin zur Androhung des Kirchenaustritts? Ich kann an dieser Stelle nur darauf hinweisen, daß bei vielen kritischen Anfragen, die ich erhalten habe, ein ziemlicher Mangel an Information vorlag. In geduldigem Gespräch konnte Kritik aufgenommen, neue Aspekte eingebracht und Verständnis geweckt werden. Ich bin der Meinung, daß dieser Prozeß der Information und der Reflektion noch intensiver fortgesetzt werden muß. Ich sehe in dem Brief des Bischofs eine ganz große Hilfe in dieser Richtung. Was tun wir aber, wenn die Kirchenaustritte steigen? Sie können zum einen ein Signal dafür sein, daß wir uns mit dem, was wir sagen und tun, nicht ausreichend verständlich gemacht haben. Zum anderen kann es aber auch möglich sein, daß darin unvereinbare Positionen zum Ausdruck kommen. Das fordert von uns eine konkrete und klare Verkündigung der Position und des Evangeliums auch in scheinbar konfliktfreien Zeiten, damit in Zeiten des Konflikts mit einem intensiveren geistlichen Hintergrund argumentiert werden kann. Die Kirchenaustritte dürfen aber nicht die vom Evangelium gebotene Parteinahme verhindern.

Kirchen- und Gemeindeverständnis und die Sparmaßnahmen

In allem, was wir als Christen sagen oder tun, kommt ja auch ein ganz bestimmtes Kirchen- und Gemeindeverständnis zum Ausdruck. Schon im Mai 1976 auf der Reise des Pfarrerkonventes nach Maiborssen stand das Thema "Was ist christliche Gemeinde?" auf der Tagesordnung. Es hat uns seitdem in unterschiedlichen Formen begleitet. Welches Verständnis von Kirche und Gemeinde ist in den Konflikten des letzten Jahres zum Ausdruck gekommen? Die bekannteste Position ist jene, die die Augsburgische Konfession in ihrem 7. Artikel vertritt: "Die Kirche ist aber die Versammlung der Gläubigen, in der das Evangelium rein gelehrt wird und die Sakramente richtig verwaltet werden; und es genügt für die wahre Einheit der Kirche, wenn Eintracht über die Predigt des Evangeliums und die Verwaltung der Sakramente herrscht..."

Dieser Position schließen sich sicher manche in unserem Kirchenkreis an und halten von dieser Beschreibung der Kirche her alle anderen Funktionen von Kirche für nachgeordnet, wenn nicht sogar untergeordnet. Andere vertreten ein Gleichgewicht von Wort und Tat, von Verkündigung und Diakonie, bzw. Sozialarbeit. Und wieder andere sind der Überzeugung, daß nur ein glaubwürdiges Zeugnis des Lebens die Bereitschaft weckt, auf das Zeugnis des Wortes wieder zu hören.

Ich habe schon im vergangenen Jahr im Bericht auf der Kreissynode auf diese Spannung hingewiesen. Der Lutherische Weltbund hat sich in einer langjährigen Studienarbeit diesen Fragen unter dem Thema "Die Identität der Kirche und ihr Dienst am ganzen Menschen" gestellt. In diesem Zusammenhang hat sich herausgestellt, daß Luther selbst die Kennzeichen der Kirche in einem viel weiteren Rahmen gesehen hat, als das im Augsburger Bekenntnis zum Ausdruck kommt. In seiner Schrift "Von den Konziliis und Kirchen", 1539, zählt er als öffentlich sichtbare Zeichen der Kirche auf: Gottes Wort, die Sakramente und geht über Gebet, Lob und Dank zur Annahme von Kreuz und Anfechtung im Kampf gegen das Böse über bis zur Erfüllung der Gebote auf der zweiten Tafel. In diesem Prozess des Nachdenkens hat sich unter den lutherischen Kirchen herausgestellt, daß die Teilnahme am Kreuz Christi heute der zentrale Prüfstein des Kirchenseins von Kirche, also ihrer Identität ist. Das mußten besonders die Vertreter der reichen Kirchen in der Begegnung mit den armen und verfolgten Kirchen begreifen. (Vgl. Duchrow, Die Identität der Kirche und ihr Dienst am ganzen Menschen, in: Ev. Theologie 77/5, S. 409 - 425). Ob wir neu über die Kennzeichen und damit über die Glaubwürdigkeit von Kirche nachdenken müssen? Was macht Kirche heute glaubwürdig? Was schafft Vertrauen zu ihr? Welche Vielfalt des Zeugnisses sollte sie einbringen, damit die vielen Lebensbedrängenden Fragen Antwort erhalten? Daß wir für solche Überlegungen nicht viel Zeit haben, muß uns deutlich sein. Jedesmal, wenn neue, in der Regel kleinere Gemeindezahlen bekanntgegeben werden, heißt das für die eine oder andere Gemeinde Kürzung der Mitarbeiterstellen. Ab 1. Januar 1982 fallen in zwei Kreuzberger Gemeinden wieder je eine halbe Stelle weg. Wegfall von Stellen bedeutet Reduzierung der Arbeitsbereiche. Was bleibt am Ende übrig? Gottesdienst, Seelsorge und die

Kindertagesstätten? Welches Bild von Kirche entsteht auf Grund der Sparmaßnahmen? Welche Akzente sind wir zu setzen bereit in der Kreuzberger Situation, die uns jetzt schon sehr viel länger als ein Jahr bedrängt?

Wie gewinnt man theologische Maßstäbe, bzw. die Gemeinschaft des Kirchenkreises?

Wer die Reaktionen der Gemeinden und des Kreiskirchenrates sich genau ansieht, merkt schon allein von den Daten her, daß wir anfänglich alle zusammen nicht gemerkt haben, was auf Kreuzberg zukommt. Sonst hätten wir uns vor dem Dezember 1980 zu Wort gemeldet.

Darüber hinaus fielen uns die Beschlüsse schwer. Welche theologischen Überlegungen dahinter stehen, ist nur andeutungsweise zu vermuten. Das heißt, daß wir ziemlich hilflos gewesen sind. Wir sollten uns das auch eingestehen.

Die Hilflosigkeit hängt unter anderem damit zusammen, daß in unserer kirchlichen Tradition in der Regel die Denkrichtung von der Bibel zur Wirklichkeit verläuft und nicht umgekehrt von der Wirklichkeit zur Bibel hin. So entsteht oft eine ziemlich große Kluft zwischen den biblischen Einsichten, die wir haben, und der Wirklichkeit, mit der wir konfrontiert sind. Den Predigten liegen ohne Berücksichtigung der jeweiligen Situation biblische Texte zugrunde. Die Bibellese ist entweder an den Wochenthemen orientiert oder eine kontinuierliche Lesung eines biblischen Buches. Die Übertragung der gewonnenen biblischen Einsichten gelingt dann relativ schwer. Die langen Abläufe bei Predigten sind ein beredter Hinweis, wie schwer die Verbindung von Text und Wirklichkeit oft ist. In den letzten Monaten hatten wir uns nun Situationen zu stellen, für die wir keine Rezepte in der Hand hatten und haben. Wir hatten uns Situationen und den Menschen zu stellen, die in diese Situationen hineinverwoben sind. Wir lernten Menschen mit ihren Schicksalen kennen, mit ihren Nöten und Fragen. Diese Fragen ließen sich nicht einfach beantworten, sondern diese Fragen haben uns selbst umgetrieben. Mit diesen Fragen sind wir zur Bibel zurückgekehrt und haben nach Antworten gesucht. Was ist Gerechtigkeit in der Bibel und wodurch unterscheidet sie sich von unseren Rechtsvorstellungen?

Wie wird das Eigentum in der Bibel gesehen und wie weit haben wir uns von den biblischen Einsichten entfernt?

sich anschließen. Es heißt dort: "Der verlorengegangene Dialog kann nur wiedergefunden werden, wenn wir auf die Anliegen und Äußerungen der Jugendlichen besser hören lernen und ihnen andererseits helfen, sich so auszudrücken, daß das Mißverständnis nicht geradezu einprogrammiert ist. Hören lernen heißt hier, vor unkonventionellen Ausdrucksformen nicht erschrecken, auf Provokation nicht mit Gegenprovokation oder Verhärtung reagieren, hinter das zu blicken, was vordergründig in Erscheinung tritt."

(Abschnitt 5.3., Berliner Ausgabe S. 22 f.)

Hören lernen will zur Offenheit verlocken. Hören lernen heißt Schwerhörigkeit, wenn nicht sogar Taubheit überwinden.

Hören lernen heißt intensiver, wacher, vorurteilsfreier und sensibler hören, wenn Menschen zu mir reden.

Hören lernen heißt, die mancherlei Sprachen lernen, die gesprochen werden: die Sprache der Gesichter und der Gesten, die Sprache der Augen und der Seufzer.

In den Sprüchen Salomos steht das Wort "Ein hörendes Ohr und ein sehendes Auge macht beide der Herr!" (0,12).

Von daher wird deutlich, daß das Hören, die Offenheit ein geistliches Problem ist.

Erst wenn ich um die eigene Armut und Einseitigkeit weiß, um die eigene Ergänzungsbedürftigkeit,-

erst wenn ich um das "mehr" und das "tiefer", um das "intensiver" weiß, das das Leben notwendig hat, um Leben zu sein und zu bleiben, bin ich bereit zu hören.

Offen kann ich nur werden, wenn ich offene Gemeinde, offene Kirche Jesu Christi erfahre und in ihr leben darf. Diese Gemeinde ist offen für Gott, und weil sie offen für Gott ist, kann sie auch offen für Menschen sein und für die Zukunft Gottes.

Offenheit kann man nicht vorschreiben.

Um Offenheit muß man beten.

Offenheit kann man glaubend lernen bei diesem Jesus von Nazareth. Er hat eine erstaunliche Offenheit für die Kleinen, Kranken und Unscheinbaren gelebt.

Er hatte eine Offenheit für die Frauen, die jahrtausende alte Spielregeln außer Kraft setzte.

Offenheit ist nicht Anpassung.

Offenheit ist wach-sein,

wachsein für die Wege, die Gott uns zumutet,

wachsein für die Menschen, die Gott uns über den Weg schickt,
wachsein für sein Wort, das ganz neu auf uns zukommt, als hätten
wir es noch nie gehört,
als hätten wir es noch nie in unsere Vorstellungen und Wünsche
eingebaut.

Offenheit heißt wachsen.

Offenheit heißt ungeschützt sein.

Wer offen lebt, muß damit rechnen, geschlagen zu werden.

Die Offenheit Jesu hat ihn ans Kreuz geführt.

Offenheit macht verwundbar.

Eine unverwundbare Kirche? Ist das am Ende eine tote Kirche?

Ein unverwundbarer Gott? Am Ende ein toter Götze?

Ein unverwundbarer Christus? Einer, von dem man nicht mehr weiß,
daß es hieß "gelitten, gekreuzigt und gestorben"?

Eine Kirche, die die ihr zugefügten Wunden verdrängt?

Die Wunde Israel?

Die Wunden der zertrennten Christenheit?

Offenheit ist nur möglich durch den Heiligen Geist.

"Heiliger Geist überwindet die Müdigkeit und Ratlosigkeit der
Kirche. Wo er Leben schafft, da leben Gemeinden auf, da hat
Kirche etwas zu sagen, was zum Leben notwendig ist.

Dann bleiben kirchliche Stellungnahmen nicht unverbindlich.

Dann können von der Bibel gewonnene Orientierungen auch in den
politischen Raum hinein geltend gemacht werden.

Sie werden nicht benutzt, um Recht zu behalten, sondern um aus-
weglose, verfahrenere Situationen aufzubrechen.

Dann ist unser Christentum nicht karg, bekümmert.

Es bekommt Glanz, Ausstrahlungskraft."

(Bischof Klaus Engelhardt, Berliner Sonntagsblatt, 7.6.81,
Seite 1).

2. Ein Bischof trägt zur Befriedung der Stadt bei

Der Westberliner evangelische Bischof Martin Kruse hat lange gezögert, bevor er sich persönlich zu den Fragen der Hausbesetzungen und der damit verbundenen Jugendunruhen geäußert hat. Als Vorsitzender der Kirchenleitung zeichnete er zwar verantwortlich für deren Stellungnahmen zu dem Problem, aber diese Stellungnahmen zwischen Ende 1980 bis Herbst 1981 waren zu sehr von dem Bemühen um gleichen Abstand nach allen Seiten geprägt, als daß sie wirklich etwas hätten bewegen können. Erst als mit der überflüssig erscheinenden gleichzeitigen Räumung von acht besetzten Häusern und dem Tod eines jungen Mannes eine geradezu explosive Situation in der Stadt entstanden war, gab der Bischof, gedrängt auch durch viele Voten aus der Kirche, seine Zurückhaltung auf und äußerte sich entschiedener als bisher sowohl in der Öffentlichkeit wie auch in der sog. "Friedensrunde", die der Regierende Bürgermeister angesichts der Zuspitzung der Ereignisse einberufen hatte. In seinem Brief an die Christen in Berlin im Oktober 1981 entdeckten viele eher Verständnis für die Anliegen der jugendlichen Hausbesetzer und Demonstranten und verhaltene Kritik an den verantwortlichen Politikern, übrigens nicht nur die Sympathisanten von Hausbesetzern. Als Beleg für die "schweigende Mehrheit" der Kritiker des Bischofs mag ein Kommentar aus Springers "Berliner Morgenpost" von damals gelten, in der dem Bischof ausdrücklich die Zustimmung versagt und ihm ins Stammbuch geschrieben wird, daß er die Balance gegenüber seiner Gemeinde verloren habe.

Mit der Berufung eines persönlichen Beauftragten für Hausbesetzerfragen, Rechtsanwalt Rainer Papenfuß, hat der Bischof sodann auf Worte auch Taten folgen lassen. Papenfuß als Mitglied des Abgeordnetenhauses in politischen Geschäften zu Hause, und mit dem Vertrauen des Bischofs ausgestattet, hatte den Auftrag, für die Kirche bei der Erarbeitung politischer Lösungen des Hausbesetzerproblems mitzuwirken. Papenfuß ist wesentlich an der Erarbeitung eines Trägermodells beteiligt gewesen, das jetzt nach einem zweiten Anlauf mit dem Namen "Stattdau" zu einem legalen Dach für eine Reihe in Kreuzberg besetzter Häuser geworden ist.

Die Bemühungen des Bischofs Kruse und des Rechtsanwalts Papenfuß haben ohne Zweifel zur Beruhigung der Situation in Berlin beigetragen.

Liebe Schwestern und Brüder!

1. "Die seit Monaten, besonders im Bezirk Kreuzberg, stattfindenden Besetzungen leerstehender Häuser weisen auf schwerwiegende Mängel in der Wohnungsver-sorgung, vor allem mit preiswertem Wohnraum, hin.

Die dabei auftretenden sozialen Spannungen sind nur mit politischer Vernunft zu überwinden."

- a) So die Feststellung der Kirchenleitung am 16.12.198. Es ist nicht von der Hand zu weisen, daß die rechtswidrige Duldung des Leerstandes von Wohnungen ein kräftiges Motiv für Hausbesetzungen war. Nach dem Grund-gesetz unseres Staates ist das Eigentum ein den Inhaber verpflichtendes Recht, dessen Gebrauch zugleich zum Wohle der Allgemeinheit dienen soll. Aus dieser Sozialbindung hat das Land Berlin die Konsequenz gezogen, daß Wohnraum nur mit staatlicher Genehmigung seinem Zweck entfremdet werden darf. Eine genehmigungspflichtige Zweckentfremdung von Wohnraum wird auch darin gesehen, daß Wohnraum unbrauchbar gemacht oder abge-rissen wird oder länger als drei Monate leersteht. Aufgrund der Sozial-bindung des Eigentums ist, wie das Bundesverfassungsgericht festgestellt hat, der Eigentümer gehindert, jede sich bietende Chance zu einer günstigeren Verwertung seines Eigentums sofort und maximal auszu-nutzen.

Der Senat von Berlin hat seinerseits in einer Erklärung vom 3. Febr. von einem ernsten Mißstand gesprochen, der in der Sanierungspolitik eingerissen sei. Derzeit ist ein wesentlicher Teil des Problemkreises festgehalten, und der Senat von Berlin ist in Pflicht.

- b) In diesem Zusammenhang stellt sich aber auch die Frage, ob die bishe-rigen Sanierungskonzepte nicht zu global und bürgerfern ansetzen. Haus-besetzungen können weder die Wohnungsprobleme lösen, noch die Stelle eines Sanierungskonzepts einnehmen, wohl aber decken sie Fehlentwicklungen auf und geben notwendige Anstöße.
- c) Neben dem unbestreitbaren Bedarf von preiswertem Wohnraum (für sozial Schwache, für Ausländer, für Studenten usw.) gibt es in unserer Stadt einen wachsenden Bedarf an Wohnraum, der aus dem Anspruchsdenken einer Überflußgesellschaft kommt. Die Zahl der Bürgerkinder wächst, die so früh wie irgend möglich schon als Schüler auf eine eigene Wohnung ausgeht, obwohl zu Haus genügend Platz ist. Ich weiß, daß dabei Konflikte um den Lebensstil eine wesentliche Rolle spielen. Wäre es aber nicht not-wendig, sich dieses Konfliktes in der Familie länger zu stellen, als den Weg des geringsten Widerstandes zu gehen, der die Wohnungsnot ver-schärft?

2. "Gewalt ist kein Mittel, die entstandenen Konflikte zu lösen. Derartige Anliegen der Instandbesetzer drohen dabei ebenso unterzugehen wie das Vertrauen in angemessene Reaktionen der staatlichen Organe."

Die Frage nach der Gewalt ist in den letzten Wochen immer mehr in den Mittelpunkt der Erörterung gerückt. Zu Recht. Sie ist von entscheidender Bedeutung. Es ist notwendig, hier grundsätzlicher nachzudenken, da der Sachverhalt kompliziert ist. Ich rate Ihnen sehr, die Handreichung der EKD vom April 1973 zu Rate zu ziehen: "Gewalt und Gewaltanwendung in der Gesellschaft, eine theologische Thesenreihe zu sozialen Konflikten" (Gütersloher Verlagshaus Gerd Mohn).

Dort wird unterschieden zwischen

- a) Gewalt als Ordnungsmacht des Staates
- b) Gewalt als struktureller Gewalt
- c) Gewalt als Gegengewalt.

Zu a): Unser Staat hat keine absolute Gewalt. Er versteht sich als rechtsstaatlich, freiheitlich und demokratisch. Dabei darf und muß er behaftet werden. Auf dieser Grundlage nimmt er für sich die Ausübung von Gewalt als Ordnungsmacht in Anspruch. Als Christen stimmen wir dem zu und verweisen dabei auf Römer 13,1-7 und auch auf die 5. These der Barmer Theologischen Erklärung. Diese Ordnungsgewalt ist unabdingbarer Bestandteil der staatlichen Handlungsmöglichkeiten. Allerdings schließt das Gewaltmonopol des Staates zugleich und immer die Verpflichtung ein, lebensschützend und lebenserhaltend tätig zu sein, die Würde und die Freiheit aller seiner Bürger zu achten und für die Verbesserung ihres sozialen Status und die Förderung sozialer Gerechtigkeit zu wirken.

Zu b): Die Hausbesetzer - und sie stehen damit nicht allein - gehen davon aus, daß der Staat die genannten Aufgaben nicht oder nicht ausreichend wahrnimmt. Vielmehr sehen sie in der gesetzlich geordneten Anwendung wirtschaftlicher Machtmittel und bei deren Mißbrauch - ohne ausreichende staatliche Gegenmaßnahmen - die Grundzüge eines Zustandes von Unfreiheit, Unsicherheit und Rechtlosigkeit, also "strukturelle Gewalt". Hier ist zu fragen, ob unser politisch-gesellschaftliches System wirklich ein Gefälle hin zur strukturellen Gewalt zeigt, oder ob es nicht bei allen Schwächen doch offen genug ist für Veränderungen, die von relevanten Gruppen der Bevölkerung gewünscht werden, und ob nicht doch die rechtsstaatlichen und demokratischen Garantien einen gewaltlosen Prozeß der Meinungsbildung und der legalen Veränderung gewährleisten.

Zu c): Aus der Verneinung der letzten Frage wird auch von Theologen die Hausbesetzung als "reaktive Gewalt", als legale Gegengewalt und Notwehr gerechtfertigt. Sie führen an, daß mehrere Gerichtsurteile das Verhalten von Hausbesitzern und Behörden als gesetzwidrig bezeichnen und sehen sich in der Ansicht bestärkt, die rechtswidrige Handlung der Hausbesetzungen als legalisiert zu betrachten.

Ich kann mich diesen Schlußfolgerungen nicht anschließen. Der Staat darf nicht - auch nicht partiell - aus der Pflicht, das Recht für alle zu wahren, entlassen werden. Das geltende Recht muß freilich daraufhin geprüft werden, ob es dem Leben dient. Und diese Prüfung ist Sache aller Bürger, aller gesellschaftlichen Gruppen und Pflicht auch der staatlichen Institutionen. Aber sie kann weder auf dem Wege des Faustrechtes noch dem eines Diktates zum Ziele kommen.

3. "Die Kirchenleitung bittet den Senat, sein Verhandlungsangebot unter allen Umständen aufrechtzuerhalten. Sie ist bereit, bei allen Maßnahmen, die der Vertrauensbildung dienen, mitzuwirken. Denn nur auf der Grundlage von Vertrauen können die angebotenen Gespräche zustandekommen."
4. "Die Kirchenleitung bittet die Bevölkerung, sich nicht an pauschalen Verurteilungen zu beteiligen, denn es kommt darauf an, daß die Sachfragen, die hinter den Konflikten stehen, verdeutlicht und bewältigt werden."

Wir haben diese Bitten im Dezember 1980 nicht vergeblich ausgesprochen. Auch wenn sich die Situation in diesem Vierteljahr verändert hat, bleibt doch nach meiner Einsicht die Zielrichtung weiterhin gültig, die in der Kirchenleitungserklärung angegeben ist. Ich möchte Sie herzlich bitten, daß Sie in den Gemeinden die seelsorgerlichen Möglichkeiten nutzen, daß sie nicht Andere loslassen und das Gespräch nach allen Seiten suchen, mit den politisch Verantwortlichen, mit Hausbesetzern und Hausbesitzern, mit Polizeibeamten und deren Angehörigen. Es gibt ein großes Maß an Angst auf allen Seiten.

Die Generationen leben in unterschiedlichen Erfahrungen und haben darum andere Befürchtungen. Viele der Älteren erinnern sich an die Schwächung staatlicher Autorität in den letzten Jahren der Weimarer Republik, an die wachsende Gewalt auf den Straßen. Die junge Generation sieht nach vorne und befürchtet Katastrophen, wenn die Welt einfach in der Richtung weitergeht, auf die sie festgelegt zu sein scheint. Wenn ich es recht sehe, haben wir es in der buntgemischten Szene der Hausbesetzer nicht mit einer Generation von Aussteigern und Verweigerern zu tun, sondern weiterhin mit

jungen Menschen, die mithelfen wollen, die Welt zum Lebensdienlichen zu gestalten. Natürlich ist nicht zu leugnen, daß sich auch ganz andere, gefährliche Strömungen darunter mischen. Die schwierige Aufgabe besteht aber gerade darin, die lebensbejahenden Kräfte zu fördern und ihnen Gestaltungsmöglichkeiten zu geben.

Ich schließe mit einem Wort des Apostel Paulus:

"Darum lasset uns dem nachstreben, was dem Frieden und zum Aufbau der Gemeinde dient". (Rö 14,19)".

Es ist ein lebendiger, lebensschaffender Friede gemeint, den uns Gott allein schenken kann, dem wir aber mit Geduld und Phantasie nachspüren sollen.

Es grüßt Sie herzlich

Ihr Martin Kruse

Brief von Bischof Kruse an die Christen in Berlin, Oktober 1981

Liebe Schwestern und Brüder,

1. Wir stehen in diesen Wochen in einer harten Bewährungsprobe, als Stadt, als Kirche, als Christen. Keiner kann sich einfach heraushalten und so tun, als gingen ihn die Entwicklungen und die Auseinandersetzungen in unserer Stadt nichts an. Stärker als in irgendeiner Stadt der Bundesrepublik ist uns bewußt: wir sitzen hier in einem Boot, es geht um unsere gemeinsame Zukunft. Weil jeder sich betroffen fühlt, weil jeder - allerdings auf ganz unterschiedliche Weise - die Zukunft gefährdet sieht, darum wird ja so leidenschaftlich diskutiert und Stellung bezogen.

2. Viele haben sich an mich gewandt, haben mich gerufen, haben mir Resolutionen und Briefe geschickt und Erwartungen "an die Kirche" ausgesprochen. Sicher, jeder einzelne soll seine Antwort erhalten; aber immer klarer ist mir geworden, daß ich Sie eigentlich alle um einen Tisch versammeln müßte, damit wir als Christen mit unterschiedlichen Positionen doch miteinander nach einem gemeinsamen Weg fragen. Christen sind wir, weil wir dem einen Herrn, Jesus Christus gehören, der uns als Brüder und Schwestern um Seinen Tisch versammelt.

Ich wage es also, Ihnen einen gemeinsamen Brief zu schreiben, an ältere und jüngere Christen, an Christen als Hausbesetzer, als Paten, als Polizisten, als Politiker, als Hausbesitzer und Wohnungssuchende, als Eltern usw. ... Ich möchte also nicht eine öffentliche Erklärung abgeben, die dann mit einigen Zitaten über die Medien zu Ihnen käme, sondern möchte Sie um die Zeit und Geduld für einen ausführlichen Brief bitten. Und ich wäre froh, wenn es dadurch zu Gesprächen zu Hause, mit Arbeitskollegen und in den Gemeinden käme.

3. Es geht um die Frage: wie sollen wir uns als Christen in diesen harten Auseinandersetzungen verhalten? Was steht in diesem Konflikt auf dem Spiel? Wie können wir unseren Glauben gemeinsam bewähren? "Suchet der Stadt Bestes und betet für sie", dieses Wort aus dem Propheten Jeremia ist in den letzten Jahren oft zitiert worden, was bedeutet es für uns jetzt im Oktober 1981?

4. Christen können bei ihrem Urteil über Menschen nicht beim Vordergründigen stehen bleiben. Sie dürfen nüchtern, geduldig und barmherzig urteilen.

In der Hausbesetzerfrage geht es zunächst um das Verlangen nach ausreichendem Wohnraum zu preiswerten Bedingungen. Im Hintergrund aber steht die Frage nach der Möglichkeit, in einer Großstadt wie Berlin offenen Raum zur freien Gestaltung eines anderen Lebensstils zu gewinnen. Man will nicht nur die Wahl haben zwischen dem Dasein als Mieter oder als Eigentümer, man will nicht nur abhängig oder Verfügungsberechtigt sein. Und man will nicht nur "für sich" leben. Man fürchtet die Isolierung. Die Leitvorstellung ist die Möglichkeit der Teilhabe, ja der Eigenbestimmung und Eigengestaltung des Lebens.

5. Die Widersprüchlichkeit, die schwer durchschaubare Vielfältigkeit und die teilweise Chaotik der "Szene" spiegelt die Buntheit unserer Gesellschaft und zugleich den unabgeklärten, noch nicht "ausgegorenen" Zustand dieser Lebensbewegung.

Viele Sehnsüchte und Wünsche werden da artikuliert, die mehr oder weniger unbewußt von der "Mehrheit der Berliner Bevölkerung" auch empfunden werden. Die Sehnsucht nach Gemeinschaft, nach Selbstgestaltung, nach Geborgenheit, nach Freude am Leben, nach weniger Eingezwängtheit.

Es sind doch im Grunde nicht Kräfte der Zerstörung und der Lebensverweigerung, die sich da zu Wort melden, sondern zukunftswillige und zukunfts-fähige Kräfte.

Ich möchte noch einen Schritt weiter gehen: könnte es nicht sein, daß sich evangelische Mitarbeiter, Pfarrer und Gemeindeglieder darum für die "Hausbesetzer" einsetzen, weil sie a) verhindern möchten, daß die guten Ansätze dieser Lebenspraxis in Resignation und von da aus in Gewalt umschlagen, und weil sie b) auf ein Lebenskonzept treffen, das dem biblischen Zeugnis näher stehen könnte als das normale egoistische Lebenskonzept der Wohlstandsgesellschaft?

6. Den Kreis der von diesen Auseinandersetzungen "Betroffenen" darf man also nicht verengen auf den Senat und die Hausbesetzer oder auf den Kreis derer, die durch den Konflikt direkt in Mitleidenschaft gezogen werden. In unterschiedlicher Weise sind alle Menschen in dieser Stadt "Betroffene". Wichtig ist, daß es darüber zum offenen Gespräch kommt, daß nicht jeder nur unter seinesgleichen bleibt! Nur so kann eine Verständigung über ein gemeinsames friedliches Leben aller Gruppen in dieser Stadt, über unsere gemeinsame

Zukunft sich entwickeln. Das ist ein langer, schwieriger Weg, der vor uns liegt, für den wir alle einen langen Atem, d.h. die biblische Tugend Geduld gebrauchen.

7. Weil es so schwer ist, alle gleichzeitig anzusprechen, möchte ich versuchen in verschiedene Richtungen einige Fragen und Bitten zu äußern.
8. Der Senat muß deutlicher machen, daß er wirklich gewillt ist, das Gespräch mit den z.Z. speziell Betroffenen, den Hausbesetzern, Hausbesitzern und Mietern mit dem Ziel zu führen, solchen, die eine andere Form der Lebensgestaltung suchen, den dafür nötigen Gestaltungsraum zu gewähren und zu schaffen.
9. Das z.Z. abgebrochene Gespräch mit den Hausbesetzern kann wohl nur dadurch wiederhergestellt werden, daß Fehler, auch wo sie ungewollt oder unbewußt gemacht worden sind, offen zugegeben werden. Auch staatliche Autorität gewinnt niemals durch ihre Unfehlbarkeit.
10. Der Senat und das Abgeordnetenhaus müssen deutlich zu erkennen geben, nicht nur die akuten Wohnungs- und Bauprobleme technisch und administrativ zügiger zu lösen, sondern auch die bestende Rechtsordnung so weiter zu entwickeln, daß Formen alternativer Lebensgestaltung in unserer Stadt eine legale Basis erhalten. Die Möglichkeit der Vielfalt von Lebensformen innerhalb eines einheitlichen Rechtsrahmens muß gesichert bleiben und sollte, wo sie z.Z. noch nicht besteht, gesetzlich entwickelt werden.
11. Der gegenwärtige Mißstand beruht bekanntlich auf einer langen Fehlentwicklung. Vordergründige Schuldzuweisungen zwischen den Parteien helfen nicht weiter. Zeichen gemeinsamer Verantwortung aber sind wichtig. Grundsätzlich müssen die Organe des Staates, der Senat, das Abgeordnetenhaus und die Verwaltungen in ihrem Handeln erkennen lassen, daß sie für alle in Berlin lebenden Menschen verantwortlich sind und daß sich kein Organ, vor allem nicht der Senat, als Partei verstehen darf, auch wenn er durch Vertreter einer Partei gestellt wird. Das umfassende Mandat des Senats wird gerade dadurch wahrgenommen, daß er das Existenz- und Lebensrecht von Minderheiten gegenüber der Mehrheit interpretiert und schützt, daß er, um es mit Luther zu sagen, "die Schwachen tröstet und die Starken dämpft".
12. Gegenüber den "Hausbesetzern" müssen wir deutlich sagen, daß wir ihren Wunsch, andere Gestaltungsformen des Lebens zu suchen, verstehen und uns für die Verwirklichung ihrer Vorstellungen mit den der Kirche gegebenen Mitteln auch in Zukunft einsetzen werden.

13. Eine tragfähige Lösung wird aber nur dann zu finden sein, wenn auch das Recht der anderen anerkannt wird, nicht in diesem Lebensstil leben zu wollen. Sie sollten auch sehen, daß das Reden von "mächtigen Regierenden" und "ohnmächtigen Hausbesetzern" nur vordergründig stimmt und die "Ohnmacht der Regierenden" gerade darin deutlich wird, daß sie, oft gegen ihren eigenen Willen, sich gezwungen sehen, als Ordnungsmacht aufzutreten, statt den Weg der Verständigung im Gespräch zu finden. Die Glaubwürdigkeit des neuen Lebensstils wird von vielen gerade daran gemessen, ob es den "Kindern gelingt, barmherzig mit ihren Eltern" zu sein. Gerade weil die ältere Generation bedrückt ist, daß sie den Nachwachsenden nicht einen besseren Weg in die Zukunft hat eröffnen können - dies sich selbst aber nur schwer eingesteht - erhofft sie von der Jugend einen neuen Stil des offenen Umgangs miteinander und reagiert um so heftiger, wenn sie vorwiegend Anklage, Ironie, Gewaltandrohung oder sogar tätliche Gewalt zu spüren bekommt.

14. Den Hausbesetzern und den sich mit ihnen solidarisierenden jüngeren und älteren Menschen muß bewußt sein, daß sie nicht nur ihren berechtigten Anliegen durch Gewaltanwendung selbst schaden - dies wird schon jetzt immer wieder gesagt und von vielen auch bejaht -, sondern daß sie gegenüber denen, die Gewalt anwenden, eine große Verantwortung tragen. Die "Mehrheit der Bevölkerung" und der Senat sehen offensichtlich die einzige Möglichkeit zur Befriedung in der Isolierung der Gewalttätigen von den gewaltlosen Demonstranten, in der Erwartung, daß dann die Gewalttätigen um so leichter bestraft werden können. Die Bibel mutet der staatlichen Gewalt zu, "die Bösen" zu strafen, aber sie mutet den Christen und der christlichen Gemeinde zu: "Überwindet das Böse mit dem Guten". In beiden Fällen kann das letzte Ziel nicht die Isolierung und Bestrafung, sondern die Überwindung des Bösen sein.

Wer sich ohne Vorbehalt mit Gewalttätern solidarisiert, bestätigt sie in ihrem zerstörerischen, letztlich auch selbstzerstörerischen Tun. Er gibt ihnen keine Chance, das Böse in sich selbst zu erkennen und zu überwinden. Wir sollen immer daran denken, daß wir auch und gerade für die "gewalttätigen Schwachen" da sein müssen, denn ihre Gewaltausbrüche sind ja letztlich verzweifelter Ausdruck dessen, daß sie alleine mit den Fragen nach der Zukunft ihres Lebens nicht fertig werden.

15. Schließlich sollten die "Hausbesetzer" verstehen lernen, daß sie nicht für sich allein leben und leben können, auch wenn sie dieses verständlicher-

weise gern möchten. Die Vorstellung einer neuen Lebensgestaltung in völliger Autonomie ist ein Traum, den viele geträumt haben, unter ihnen nicht selten Gruppen überzeugter Christen. Sie alle mußten sich, wenn sie auch nur Ansätze ihrer Vorstellungen verwirklichen wollten, selber verbindliche Spielregeln für ihr gemeinsames Leben geben und diese auch kommunikationsfähig zu der Umwelt machen, in der sie leben und von der sie mitgetragen werden. Ist es nicht an der Zeit, daß sich die Hausbesetzer so konstituieren, daß sie, ohne "Paten" und "Vermittler" nötig zu haben, direkt und verbindlich mit denen sprechen können, die letztlich alleine die Vollmacht haben, ihnen im Rahmen des ganzen Gemeinwesens eine Lebensgestaltung zu ermöglichen, wie sie ihnen vorschwebt?

16. Den Mitarbeitern unserer Kirche, die an dieser Stelle durch ihren Dienst oder aufgrund ihrer Entscheidung besonders engagiert sind, muß gesagt werden, daß sie eine schwere und wichtige Verantwortung bekommen oder übernommen haben. Sie sind, ob gewollt oder ungewollt, zu Seelsorgern von Menschen geworden, die aus den unterschiedlichsten Gründen bei der Suche nach Gestaltung ihres Lebens in den Gegensatz zu breiten Schichten der Bevölkerung und zum Staat geraten sind. Gerade weil es darum geht, eine tragfähige Form für die Gestaltung eines anderen Lebensstils im breiten Umfeld unserer urbanen Gesellschaft zu finden, muß der Seelsorger in dieser Situation nach mehreren Seiten hin als Helfer zum Leben und als Fürsprecher tätig sein. Er muß den Hausbesetzern deutlich machen, daß ein Leben ohne oder gegen die Gesamtgesellschaft, gegen das Gemeinwesen, krank macht und letztlich nicht möglich ist; er muß zugleich den anderen, Bevölkerung und Regierung, einsichtig machen, daß sie selbst ein Stück ihrer Lebenshoffnung und ihrer Lebensbasis vernichten, wenn sie den Hausbesetzern langfrisitig keinen Raum zur Gestaltung ihrer Vorstellung vom Leben geben würden. Wer Minderheiten unterdrückt, unterdrückt die "Minderheit" in sich selbst und raubt sich die Spannung, die die Resignation immer wieder in Hoffnung verwandeln kann.
17. Ein kirchlicher Mitarbeiter gefährdet jedoch seine Aufgabe, ja wirkt ihr geradezu entgegen, wenn er die, an die er gewiesen ist, nicht mehr dort abholt, wo sie stehen, sondern sie, ohne mit ihnen zu sprechen, öffentlich anklagt und verurteilt. Anklage und Verurteilung führen in der Regel zur Verhärtung und nicht zur Öffnung der Herzen. Wir als Mitarbeiter der Kirche sind jedoch weder Staatsanwalt noch Richter. Wir brauchen uns, Gott sei Dank, mit der Ausübung dieses Amtes nicht zu begnügen, sondern wir dürfen im Auftrag dessen reden und handeln, der oft gegen alle Er-

wartung Menschen zur Änderung ihres Sinnes und zur Versöhnung befreien kann und will. Wir werden uns aber auch nicht davor scheuen, den Menschen, an die wir gewiesen sind, unbequeme Wahrheiten zuzumuten.

18. Kirchliche Mitarbeiter bitte ich herzlich, sich nicht an der Erstellung von Feindbildern zu beteiligen. Wer selbst das 8. Gebot (Du sollst nicht falsch Zeugnis reden) ins Feld führt, darf es nicht gleichzeitig durch sein eigenes Tun außer Kraft setzen. Auch gegenüber staatlich Verantwortlichen gilt es, den Unterschied notwendiger Kritik und Verurteilung zu beachten.
19. Kirchliche Mitarbeiter, die über einen längeren Zeitraum oft unmittelbar solchen besonderen Belastungen ausgesetzt sind, sind verständlicherweise in der Gefahr, die von der Schrift her gebotene Parteinahme für den jeweils Unterdrückten durch eine grundsätzliche Parteilichkeit zu ersetzen.
20. Wir müssen bekennen, daß wir die kirchlichen Mitarbeiter, die sich um die Menschen in den besetzten Häusern gekümmert haben, zu sehr alleingelassen haben. Wir brauchen aber dringlicher denn je das Gespräch miteinander, damit für jedermann deutlich wird, daß wir als Kirche gemeinsam, aber mit unterschiedlichen Aufgaben im Namen Christi unseren Dienst tun.
21. Aber nun werden die meisten von Ihnen fragen: Wo ist denn in diesem Brief von meinem Recht, von meiner Angst, von meinem Leben und von meinem Verantwortungsbereich die Rede? Unsere Stadt mit ihren 2 Millionen Einwohnern ist doch ein komplizierter Lebenszusammenhang. In der Tat, das Ganze darf nicht aus dem Blick geraten. Und da wäre noch sehr viel mehr zu sagen.
Aber mir scheint, die Hausbesetzerfrage ist nur ein besonders auffälliges Beispiel einer Gesellschaft im Umbruch. In anderen Bereichen, etwa in der Familie, in der Schule, in der Arbeitswelt ist das gleiche Drängen nach Teilhabe, Mitbestimmung und Selbstbestimmung zu spüren. Auch dort ist die Aufgabe nach ständiger Weiterentwicklung unserer Rechtsordnung deutlich, damit der soziale Friede in einem Leben der Vielfalt in Einheit gewährleistet wird.
22. Eine gemeinsame Zukunft kann es nur geben, wenn das Recht aller geachtet wird, wenn es gesichertes praktiziertes, gelebtes Recht gibt, das für alle verbindlich gilt. Der unverantwortliche Leerstand ist nur ein Exempel unter anderen, wie der Gemeinschaftsfriede gefährdet wird, wenn das Recht willkürlich gehandhabt wird.

23. Der Gemeinschaftsfriede ist zutiefst auch von innen bedroht. Was geht in den Herzen vor? Nur mit tiefem Erschrecken kann ich auf die Verrohung der Sprache, auf die Gefahr der Wiederkehr einer faschistischen Sprache hinweisen. Es gibt nicht nur die Gewalt der Steine, es gibt auch die Gewalt der Worte, die auf Vernichtung der anderen aus sind. Das Gebot "Du sollst nicht töten" bedeutet nach dem Verständnis Jesu für jeden Christen: Wer zu seinem Menschenbruder sagt: Du Nichtsnutz, dein Leben sollte ausgetilgt sein, der ist einem Mörder gleichzuachten (Matthäus 5, Vers 22). Uns sind vernichtende Worte verboten, nach welcher Seite sie auch gesprochen werden. Oft ist die treibende Kraft hinter solchen Worten die Angst. Wirklich helfen kann hier nicht einer, der Menschen bloß in ihre Schranken weist, sondern der ihnen die Angst nimmt. "Der Friede Gottes, der höher ist als alle Vernunft, bewahre eure Herzen und Sinne." Das ist für uns Christen der einzige Weg zur Heilung.
24. Und schließlich bewegt mich die Frage, ob nicht die gegenwärtigen Auseinandersetzungen nur Vorboten kommender noch größerer Schwierigkeiten sind. Ich denke hierbei vor allem an die von Jahr zu Jahr drängender werdende Frage des Zusammenlebens der Menschen verschiedener Nationalität, Sprache und Religion in unserer Stadt. Sie wird ohne die Weiterentwicklung unserer gegenwärtigen Rechtsordnung kaum friedlich zu lösen sein und ein hohes Maß an Bereitschaft zum Hören und Umdenken von uns allen fordern. Ob wir nicht gut daran täten, mit der relativ kleinen, überschaubaren und grundsätzlich dialogfähigen Gruppe der "Hausbesetzer" einzuüben, was wir in wenigen Jahren mit sehr viel schwierigeren Partnern wahrscheinlich ohnehin tun müssen?

Ich muß wohl zum Ende kommen. Ich habe Ihnen, liebe Brüder und Schwestern, mit diesem langen Brief viel zugemutet und empfinde doch gleichzeitig, daß wichtige Fragen beiseite gelassen werden mußten.

Gott gebe uns allen den Geist der Kraft, der Liebe und der Besonnenheit.

Es grüßt Sie herzlich

Ihr Martin Kruse, Bischof

I. Vorbemerkung

1. Voraussetzung

Die erste Hausbesetzung hat es als demonstrativen Akt im Herbst 1979 gegeben. Sie war von der "Bürgerinitiative SO 36" in Berlin-Kreuzberg bei einem leerstehenden Haus einer städtischen Wohnungsbaugesellschaft vorgenommen worden. Erklärtes Ziel dieser Form des Protestes war es, die staatliche Wohnungspolitik demonstrativ anzugreifen. Die ersten Hausbesetzungen, bei denen die Besetzer im Haus wohnen blieben, begannen im Herbst 1980. Bis zum Sommer 1981 sind insgesamt 167 Häuser ganz oder teilweise besetzt worden. Zu diesem Zeitpunkt, im Sommer 1981 hat es insgesamt 10 000 Wohnungen im Land Berlin gegeben, die leerstanden.

Anlaß für den Leerstand und die Besetzungen waren insbesondere der Versuch, mit hohem finanziellen Einsatz des Staates gleichzeitig eine sehr große Zahl von Häusern abzureißen oder stehenbleibende Häuser instandzusetzen. Die Kritik an diesem Vorhaben läßt sich wie folgt zusammenfassen:

- a) Schleppender bürokratischer Fortgang und langer Leerstand von Wohnungen,
- b) überhöhte Standards an die instandzusetzenden Häuser und die damit verbundenen höheren Mieten
- c) Zerstörung der städtebaulichen und sozialen Struktur der Wohnquartiere durch zu zahlreiche Abrisse von Häusern
- d) Vertreibung von Kleingewerbe
- e) Vernichtung von besonders billigem Wohnraum
- f) die mangelnde Beteiligung der Bewohner an der Planung
- g) die Finanzierung der Maßnahmen mit hohem staatlichem Einsatz zugunsten von privaten Unternehmern.

2. Die Besetzung des Wohnraums hat eine erhebliche Unruhe in der Stadt zur Folge gehabt. Einerseits wurde die in den Hausbesetzungen gesehene Rechtsverletzung und einige Begleiterscheinungen der Besetzungen scharf abgelehnt. Andererseits hat eine relativ große Zahl der Bevölkerung, insbesondere bei den jüngeren Menschen, großes Verständnis für die inhaltliche Kritik der Hausbesetzer gehabt. In der Folge hat es eine erbitterte Auseinandersetzung über die Einschätzung der Hausbesetzer gegeben. Bei Demonstrationen für wohnungsbaupolitische Ziele hat es große Solidarisierungen von jungen Menschen gegeben, so daß viele tausend, manchmal über zehntausend Menschen zu Demonstrationen zusammengekommen sind.

Bei einigen Demonstrationen hat es im Anschluß an die ursprünglich friedliche Demonstration zunehmend aggressivere Auseinandersetzungen mit der

Polizei und eine große Zahl von Zerstörungen, Steinwürfen und Beschädigungen von Geschäften, insbesondere Bankfilialen, gegeben.

Im Herbst 1981 hat es nach großen unfriedlichen Auseinandersetzungen in der Stadt in der Folge einer Hausräumung einen Abwahantrag gegen den Innensenator Lummer gegeben. Dieser Abwahantrag ist von der antragsstellenden Fraktion der SPD zurückgezogen worden, nachdem der Regierende Bürgermeister Dr. von Weizsäcker eine sogenannte "Friedensrunde" einberufen hat, in der neben den Parteien Vertreter der Kirchen und Gewerkschaften, des Landesjugendrings und anderer Verbände eingeladen waren. Im Zusammenhang dieser Gespräche hat der Regierende Bürgermeister die Kirche um sachliche Beiträge zur Lösung des Konflikts um Hausbesetzungen gebeten.

3. Im Zusammenhang mit diesem Gespräch hat Bischof Dr. Kruse im September 1981 einen Brief an die Gemeinden und Glieder der Evangelischen Kirche gerichtet. In diesem Brief hat er alle Beteiligten um Verständnis für berechnigte Anliegen gebeten und zu friedlichen Lösungen des Konflikts aufgerufen.

Auf der Herbstsynode 1981 ist ein Appell an die Öffentlichkeit beschlossen worden, der diese Forderungen unterstützt hat. In diesem Zusammenhang ist dann an die Kirchenleitung die Aufforderung gerichtet worden, konkrete Schritte für einen Beitrag der Kirche für solche Lösungen zu unternehmen.

Im Oktober 1981 hat Bischof Kruse mich beauftragt, Gespräche im Konflikt um die Hausbesetzungen zu führen.

II. Beginn der Arbeit

1. Ausgangssituation

Die Hausbesetzungen betrafen vornehmlich die Kirchenkreise Kreuzberg, Schöneberg und Charlottenburg, daneben auch Wedding, Neukölln und in drei Fällen Zehlendorf. Die Gemeinden, in denen besetzte Häuser lagen, wurden unterschiedlich in Anspruch genommen und fühlten sich auch unterschiedlich betroffen und gefordert. Die Pfarrer und Gemeindeglieder, die Ende des Jahres 1981 Kontakt mit Besetzern hatten, haben diesen Kontakt häufiger auf einen Vermittlungswunsch der Polizei hin aufgenommen, als auf Anforderungen durch Besetzer. Dies hat sich im späteren Verlauf geändert.

Zu Beginn der Arbeit im Ende des Jahres 1981 war der Anteil der Oberschüler, Studenten und fertig Ausgebildeten unter den Besetzern größer als er heute ist. Die Hausbesetzer waren damals der festen Überzeugung, daß der Senat

ihren Forderungen für eine veränderte Stadtpolitik und die Erhaltung billigen Wohnraums nachgeben müsse, wenn sie zusammenhalten und die Bevölkerung ihre Forderung unterstützen würde. Der ganze überwiegende Teil der Besetzer war der Überzeugung, daß ihre Solidarität ausreichend "power" zur Durchsetzung ihrer Forderungen bringen würde. Es gab außer in Kreuzberg mehr beschränkte Kontakte zum Wohnumfeld und auch sonst zur Außenwelt, kaum Kontakte zu Verwaltungsbehörden. Die Besetzer lehnten Kontakte zu Verwaltungsbehörden genauso ab, wie die Verwaltungsbehörden sich weigerten, mit Besetzern zu sprechen.

2. Konzeption

Im Gespräch zwischen Pfarrern, kirchlichen Mitarbeitern und Besetzern entstand die Idee, einen neuen Träger zu schaffen, der als Mittler zwischen den scheinbar unversöhnlichen Gruppierungen tätig werden sollte. Er sollte keine eigenen Interessen verfolgen, mit Zustimmung und in Vertretung für die Bewohner in den Häusern arbeiten und, seriös und sachkundig genug, um von der Verwaltung akzeptiert zu werden, mit der Verwaltung die rechtlichen und finanziellen und bautechnischen Fragen zu klären. Die Schwierigkeit bestand zunächst darin, einerseits deutlich zu machen, daß ein solcher Träger für die Bewohner in den Häusern vertrauenswürdig sein kann und gleichzeitig für die Senatsbehörden vertrauenswürdig wäre. Aus diesem Grund ist die Zusammenarbeit mit "NETZWERK" gesucht worden. Netzwerk hatte Erfahrungen in der rechtlich einwandfreien und finanziell übersichtlichen Abwicklung von alternativen Projekten und war in der Szene der Hausbesetzer zumindest toleriert.

Gegenüber dieser Einrichtung gab es bei den Senatsbehörden eine gewisse Unsicherheit und einige Vorbehalte. Durch Information und durch Unterstützung der Kirche gelang es, diese Vorbehalte bei der Staatsseite abzubauen.

3. Vor der Umsetzung dieser Konzeption hat es ein Gespräch zwischen dem Bischof, Dr. Flor und Herrn Reihlen sowie dem Beauftragten und Herrn von Weizsäcker, dem Bausenator und dem Innensenator gegeben, wo die Konzeption geschildert wurde und gefragt wurde, ob von Seiten des Senats eine solche Konzeption unterstützt werden würde. Herr v. Weizsäcker hat dies nach einer Diskussion zugesagt und Herrn Rastemborski als Kontaktperson für den Senat mit der Umsetzung auf der Senatsseite beauftragt.

III. Umsetzung

1. Netzbau

Voraussetzung für die Gründung von NETZBAU war zunächst die Bereitschaft von Hausbewohnern, solchen Träger zu unterstützen und mit ihm gemeinsam zu arbeiten.

Diese Zustimmung ist zunächst von den Bewohnern der der GrundAG gehörenden Häuser in Schöneberg gekommen. Die Hausbesetzer mußten, um zu Verträgen mit einem solchen Träger überhaupt in der Lage zu sein, zunächst klären, ob diese Verträge von den Besetzern als Einzelperson oder in einer rechtlichen Organisationsform anderer Art geschlossen werden würden. Nach intensiven Diskussionen haben die Hausbesetzer sich geeinigt, je Haus einen Verein zu gründen. In einigen Fällen sind später Genossenschaften gegründet worden. Der Verein sollte als juristische Person die Nutzungsverträge mit dem Träger schließen, wenn der Träger, entsprechend der Konzeption, vom Senat oder mit Hilfe des Senats von den Eigentümern der Häuser die Häuser zu Erbpacht oder in Einzelfällen auch zu Eigentum übertragen erhalten hätte.

Der Träger wurde in der Rechtsform einer GmbH gegründet. Die Kirche sollte nicht selbst Träger und auch nicht Gesellschafter dieser GmbH sein, hatte sich aber zum Ziel gesetzt, von dem Gründungskapital in Höhe von 50.000 DM einen Beitrag von 30.000 DM als zweckgebundene Spende für diesen Träger zur Verfügung zu stellen. In einem Rundbrief des Bischofs, im Frühjahr 1982, wurden die Gemeinden und Gemeindeglieder gebeten, für diesen Zweck Spenden zur Verfügung zu stellen. Diese Spenden sind auch in der erhofften Höhe eingegangen.

Das NETZWERK hat sich seinerseits bereit erklärt, 20.000 DM zur Verfügung zu stellen. Die rechtliche Konstruktion des Trägers ist einerseits wegen der Frage der Beteiligung von Kirche, gesellschaftlichen Gruppen und auch Vertretern der Besetzer an den Aufsichtsgremien vor allem aber wegen der Voraussetzung nach dem Städtebauförderungs-Gesetz für eine Anerkennung als Träger schwierig gewesen.

Durch notariellen Vertrag vom 24.6.1982 ist der Träger NETZBAU gegründet worden. Zum Geschäftsführer wurde Herr Steuerberater Gert Behrens ernannt.

Dieser Träger ist bis zum Herbst 1982 als Sanierungsträger und Treuhandträger anerkannt worden. Die Anerkennung als gemeinnütziger Wohnungsbau-träger ist nicht zu Ende geführt worden.

2. Umsetzung in den besetzten Häusern

In der Hausbesetzerszene hat es eine heftige Auseinandersetzung über die Frage der Beteiligung an dem Netzbau-Träger gegeben. Die Zahl der besetzten Häuser, die dazu bereit war, hat jedoch kontinuierlich zugenommen. Insbesondere hat sich zunehmend die Erkenntnis durchgesetzt, daß die Selbstorganisation zu irgendeiner Rechtsform führen muß, damit die besetzten Häuser rechtlich überhaupt handlungsfähig wurden.

Deshalb sind im Verlauf des Jahres 1982 fast in allen Häusern Vereine gegründet worden, in einzelnen Fällen Genossenschaften. Allerdings sind nicht in allen Häusern die neugegründeten Vereine zur Eintragung im Vereinsregister gediehen.

Parallel zum Aufbau des neuen Trägers NETZBAU haben die Vertreter der besetzten Häuser, die der Neuen Heimat Berlin gehörten, sich zusammenschlossen, und mit der Neuen Heimat getrennte Verhandlungen begonnen, mit dem Ziel, mit einem eigenen Träger Verträge über alle besetzten Häuser der Neuen Heimat zu schließen. Dieser Träger ist gegründet worden und hat sich sehr früh an NETZBAU angelehnt. Am Ende dieser Phase bestand Übereinstimmung, daß im Falle eines Vertragsabschlusses die Betreuung und Bearbeitung durch NETZBAU erfolgen sollte.

3. Verhandlung mit der Neuen Heimat

Die Verhandlung mit der Neuen Heimat wurde vom Senat besonders gefordert und auch gefördert. Sehr früh hat jedoch der Senator für Bau- und Wohnungswesen erklärt, daß Zahlungen im Zusammenhang mit solchen Verträgen von der Senatsseite nicht zu erwarten wären, insbesondere hat er bei mehreren Gesprächen später unter Beteiligung der Vertreter von Hausbesetzern darauf hingewiesen, daß er der Auffassung sei, daß der Senat Planungsschäden oder Kostenerstattungen wegen der Veränderung von Sanierungszielen nicht übernehmen werde. In dieser Phase hat es bei allen Häusern, insbesondere auch bei Häusern, die konkrete Verhandlungen begonnen haben, ständig polizeiliche Untersuchungen gegeben, in einzelnen Fällen auch Räumungen. Im ersten Halbjahr 1982 wurden vornehmlich solche Häuser geräumt, die außerhalb Kreuzbergs lagen und deren Bewohner Verhandlungen ablehnten. In den meisten Fällen wurden diese Räumungen von der Hausbesetzerszene stillschweigend akzeptiert. Sie wurden häufig vorher angekündigt, so daß es in kaum einem Fall zu Auseinandersetzungen kam. Die Bewohner solcher Häuser sind in anderen Häusern, meist in Kreuzberg untergekommen.

In einer Antwort auf eine große Anfrage der Sozialdemokraten im Abgeordnetenhaus über Sachstand der Lösungsbemühungen des Konflikts um die besetzten Häuser, erklärte der Bausenator Rastemborski Ende August 1982 seine Bereitschaft zum Abschluß von Verträgen und sicherte seine Unterstützung

für Verhandlungslösungen zu. In der Antwort heißt es wörtlich:
"Der Senat hat die Gründung der "NETZBAU - Gemeinnützigen Stadtentwickelungsgesellschaft mbH" unterstützt und will dies auch in Zukunft tun. Die von NETZBAU getragenen Initiativen sind ein beachtenswerter Weg zu neuen modellhaften Formen der Stadterneuerung."

Die im Mai 1982 begonnenen Verhandlungen mit der Neuen Heimat sind seit Beginn des Oktobers 1982 auch mit den Senatsvertretern und den Bezirksämtern geführt worden. Im Oktober 1982 erklärte Herr Rastemborski für den Senat, daß er den vorgesehene Erbbauverträgen zustimmen werde und dafür auch Sanierungsziele ändern lassen wolle. Er erklärte jedoch gleichzeitig, daß eine Kostenübernahme nicht erfolgen würde. Zwei Tage vor Abschluß von Verträgen für die Häuser in der Maaßenstraße 11/13 wurden diese Häuser dann geräumt. Dies hat zu einer erheblichen Ernüchterung in der Besetzerszene geführt, und der zunehmenden Überzeugung, daß Verhandlungen von der Senatsseite nicht mit dem Willen geführt werden würden, tatsächlich Verhandlungslösungen zu erreichen.

Unmittelbar nach der Räumung hat es im Hause des Bausenators Verhandlungen gegeben, an denen der Unterzeichner, Vertreter der Besetzer und Vertreter der Neuen Heimat teilgenommen haben. In diesen Gesprächen hat der Bausenator wiederum seine Unterstützung zugesagt, sie dann jedoch später zurückgezogen.

Im Verfolg dieser Räumungen ist auf einer Vollversammlung des Vereins NETZWERK der Beschluß gefaßt worden, NETZBAU aufzulösen, weil dort die Überzeugung bestand, daß wegen des Verhalten des Senats eine erfolgreiche Arbeit dieses Trägers nicht möglich sei.

Diese Auflösung konnte auch durch^{die} Intervention fast aller Kirchenvertreter, des Unterzeichnenden und eines Teils der Vermittler nicht verhindert werden.

IV. Stattdbau

1. Ablösung von NETZBAU

Nach der Entscheidung, NETZBAU aufzulösen, bestand zunächst eine große Unsicherheit, was weiter geschehen könnte, um Verhandlungslösungen voranzubringen. Neben der Gründung eines Selbsthilfeträgers in Kreuzberg in Form einer Genossenschaft, an der besetzte Häuser und einige Kirchengemeinden beteiligt waren, gab es den Verein für selbstverwaltetes Wohnen, der die Verhandlungen der Besetzer mit der Neuen Heimat betreute.

Keine dieser beiden Organisationen hatte bisher die Anerkennung der Bauverwaltung oder einer sonstigen Verwaltungsbehörde erreichen können. Eine Möglichkeit als Sanierungsträger oder Treuhandträger tätig zu werden, war deshalb für beide nicht gegeben.

In den Fällen, in denen einzelne Eigentümer Nutzungsverträge mit Besetzern geschlossen haben, ging es ganz überwiegend um zeitlich befristete Verträge, in denen die Instandsetzung mit öffentlichen Förderungsmitteln gerade für die Besetzer nicht möglich sein sollte.

Die früheren Gegner der Selbstauflösung von NETZBAU, und zunehmend die Bewohner in den Häusern haben deshalb gefordert, daß ein neuer Träger geschaffen werden sollte, der nach dem Muster von NETZBAU organisiert sein sollte. Die Senatsbauverwaltung hat nach anfanglichem Zögern auch zugesagt, einen solchen neuen Träger in einem abgekürzten Verfahren anzuerkennen, wenn die erforderlichen Voraussetzungen gegeben sein würden.

2. Verein "Leben im Stadtteil"

Nach heftigen Auseinandersetzungen innerhalb der Hausbesetzerszene aber auch unter den Verhandlern und Vermittlern, ist am 4.3.1983 der Trägerverein "Leben im Stadtteil" gegründet worden, der im wesentlichen aus Personen des öffentlichen Lebens gebildet sein sollte. Er wird im wesentlichen getragen vom Martinswerk, von Vertretern der evangelischen Akademikerschaft, Sozialdemokraten, kirchlichen Mitarbeitern und Gewerkschaftlern.

3. STATTBAU-GmbH

Noch im März 1983 hat der Verein die STATTBAU-GmbH gegründet. Vom NETZWERK ist in notarieller Vereinbarung die Übertragung der Gesellschafteranteile auf STATTBAU erfolgt. Das NETZWERK hat die von der Kirche erhaltenen zweckgebundenen Gelder an die Kirche zurückgezahlt. Die Kirche hat ihrerseits diesen Betrag in Höhe von 30.000 DM an die STATTBAU-GmbH überwiesen.

Im April 1983 sind vom Geschäftsführer der neuen GmbH, Gert Behrens, alle für die Anerkennung dieses neuen Trägers erforderlichen Unterlagen und Verträge an die Senatsbauverwaltung überreicht worden. Bis heute sind, trotz einer Zusage des Bausenators, die Verfahren nicht abgeschlossen. Nach meiner Information liegen die Unterlagen bereits seit 6 Wochen unterschriftsreif beim Bausenator vor.

V. Parallele Aktivitäten

1. Zehlendorf

In Zehlendorf war eine Brauerei besetzt worden. Es handelt sich nicht um eine typische Hausbesetzung insofern, als dort kein billiger Wohnraum ver-

nichtet werden sollte, vielmehr ging es den Besetzern zunächst darum, die alten Gewerbegebäude zu erhalten und dort ein kulturelles Jugendzentrum zu gründen. Sie haben eine breite Unterstützung erhalten, insbesondere durch einen extra zu diesem Zwecke gegründeten Verein, an dessen Spitze Pfarrer Eggers stand. Der Verein hat erhebliche Geldmittel aufgebracht, um das Ziel der Errichtung eines kulturellen Jugendzentrums zu fördern.

Die Kirche hat der Neuen Heimat Tauschgrundstücke angeboten. Es kam zu keiner Einigung, weil die Neue Heimat der Auffassung war, daß die Tauschgrundstücke nicht in gleicher Weise zur Bebauung geeignet wären und erheblich Zuzahlungen gefordert hat. Zu diesen Zuzahlungen sah die Kirche sich nicht in der Lage.

Nach mehreren Anläufen sind die Versuche der Besetzer, eine eigene Organisation zu gründen, weitgehend fehlgeschlagen. Es besteht zur Zeit die Absicht, gemeinsam mit Herrn Ehrlinger, eine Aktivität des "Kreuzwerk" in Zehlendorf zu gründen und die Gebäude zur Errichtung einer Lehr- ausbildung für Jugendliche zu erhalten. Es wird versucht, durch Kreuzwerk mit Hilfe öffentlicher Zuschüsse das Gelände zu erwerben. Dieses Projekt wird jetzt vom Bezirksamt Zehlendorf und auch von dem Förderverein unterstützt.

2. Gossener Mission

Die Gossener Mission hat nach langen Diskussionen beschlossen, vorhandene Mittel für den Erwerb eines besetzten Hauses einzusetzen und mit den Bewohnern zu arbeiten. Nach vielen Rückschlägen ist es gelungen, sowohl bei den Bewohnern als auch bei dem Eigentümer Bereitschaft und Einverständnis zum Erwerb des Hauses zu gewinnen. Es ist ein konkretes schriftliches Kaufangebot und die Erklärung der Zustimmung des Eigentümers zustande gebracht worden. Die Bauverwaltung hat, entgegen früherer Zusagen, den Vertrag längere Zeit nicht genehmigt. Kurz vor einem möglichen Abschluß ist dann das Haus geräumt worden. (Weil ich den Vorfall für typisch halte, füge ich in der Anlage die Beschreibung des gesamten Ablaufs durch den Geschäftsführer der Gossener Mission, Herrn Kriebel bei).

VI. Aktuelle Situation

1. Die Möglichkeiten von "STATTBAU"

Es ist nicht völlig ausgeschlossen, daß STATTBAU als Träger noch anerkannt wird. Zur Zeit hat die Verwaltung die Absicht, Teile der Sanierungsaufgaben, die früher der IBA übertragen worden sind, einem neuen Träger zu übergeben. Dieser Träger soll von der Planungsgruppe Martin Kirchner aus

Hamburg gegründet werden. Es gibt bereits Kontakte zwischen STATTBAU und dieser neuen Trägergruppe. Die Senatsverwaltung wäre bereit, in Zusammenarbeit mit diesem Träger der STATTBAU den Block 103 in Kreuzberg zu übergeben, wenn gleichzeitig der Verzicht auf die Arbeit für die "GrundAG-Häuser" erklärt wird. Ob eine solche Zusammenarbeit zustande kommt, ist noch nicht völlig zu übersehen. Meine Einflußmöglichkeit ist gering. Der Trägerverein und die GmbH werden von sachkundigen Personen geführt, die die begonnene Arbeit nach besten Kräften fördern.

2. Inwieweit die Organisation "Selbsthilfe in Kreuzberg" in der Lage ist, Häuser zu erwerben, ist von hier aus nicht zu übersehen. Möglicherweise können einzelne Nutzungsverträge geschlossen werden.
3. Die frühere Aufgabe, zwischen Besetzern und Verwaltern zu vermitteln, ist nicht mehr erforderlich. Sowohl die verhandlungswilligen Besetzer als auch die Verwaltung haben in relativ großem Umfang Kontakt miteinander und auch die Möglichkeit, jederzeit Kontakt aufzunehmen. Frühere Ablehnung von Gesprächen erfolgen heute nicht mehr aus prinzipiellen Gründen.
4. Bleibende Aufgaben

Die Verhandlungslösungen, die unter Einschaltung eines selbstständigen Trägers eine neue Form des Zusammenlebens und Zusammenarbeitens ermöglichen sollten, scheinen mir zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht mehr sehr aussichtsreich. Die Erfahrung, daß die Innenverwaltung auch bei legalisierten Häusern nachhakt, wie das Schreiben des Innensenators Lummer vom 27. Mai 1983 an das Bezirksamt Kreuzberg ausweist, macht deutlich, daß mindestens Teile der Verwaltung die Hausbesetzung ausschließlich unter dem Gesichtspunkt eines Kampfes gegen das Recht sehen.

Die gleiche Vermutung drängt sich auf bei den Abläufen Maaßenstraße und zuletzt Wilibald-Alexis-Straße, im Fall der Gossener Mission.

Dennoch sollten von kirchlicher Seite und allen in diesem Bereich engagierten die Angebote zu Verhandlungen und zu Lösungen weiter aufrechterhalten bleiben. Unabhängig davon wird auch in Zukunft die persönliche Betreuung und Beratung der Bewohner erforderlich sein, wenn, wie abzu-sehen, in den nächsten Monaten in größerem Umfang besetzte Häuser geräumt werden. Es wird für viele Bewohner eine unmittelbare soziale und persönliche Hilfe erforderlich werden. Die Möglichkeit, in anderen besetzten Häusern Unterkunft zu finden, nimmt naturgemäß stark ab.

Eine Reihe von Jugendlichen, die mit großem Einsatz versucht haben, Verhandlungslösungen zu ermöglichen, ist tief enttäuscht. Die Bereitschaft zu aggressiven Aktionen nimmt wieder stark zu. In den letzten Wochen hat es eine Reihe von unfriedlichen Demonstrationen gegeben. In mehreren Fällen hat es brennende Barrikaden gegeben. Die Öffentlichkeitswirkung ist gering, weil die Medien, im Gegensatz zu früheren Jahren, über derartige Vorfälle entweder gar nicht oder nur mit einem einfachen Satz berichten.

Auf der Senatsseite hat sich die Auffassung durchgesetzt, daß finanzielle Leistungen im Zusammenhang mit Verhandlungslösungen in keinem Fall erfolgen dürfen. Dies ist nach meiner Auffassung ein falsches Argument, weil in solchen Fällen nur Kosten für veränderte Planung erstattet werden würden, die auch dann zu zahlen sind, wenn es eine Verhandlungslösung mit Besetzern nicht gibt. Ich bin davon überzeugt, daß Zahlungen im Zusammenhang mit Verhandlungslösungen keine zusätzlichen Kosten für den Senat bedeuten würden. Aus prinzipiell politischer Auffassung wird diese Möglichkeit jedoch abgelehnt. Ohne Zahlung sind Eigentümer in der Regel nicht bereit, Verhandlungslösungen zuzulassen. Daneben sind Polizei und Staatsanwaltschaft offensichtlich von den Verhandlungsversuchen völlig unbeeindruckt. Sie neigen dazu, auch anonyme Anzeigen für Häuser zu sammeln, obwohl nach unserem Strafrecht nur die Taten von Personen zu verfolgen sind. In mehreren Häusern haben die Besetzungen in den letzten zwei Jahren mehrfach gewechselt. Dennoch werden auch den jetzigen Bewohnern Anzeigen als Straftaten zugerechnet, für die es keine Beweise, sehr häufig nicht einmal den Namen eines Anzeigenden gibt.

Zusammenfassend bin ich der Auffassung, daß die evangelische Kirche durch den Versuch, die jungen Menschen im Hausbesetzerbereich ernst zu nehmen, ohne ihnen nach dem Munde zu reden, dort und in einem breiten Umkreis dankbar anerkannt worden ist. Die Kirche hat dazu beitragen können, daß Gespräche zwischen diesen Menschen und den Verwaltungen zustande gekommen sind. Insgesamt hatte die Situation sich wesentlich entkrampft.

Auch der Einsatz der Kirche hat nicht dazu geführt, daß die Formen neuen Lebens und Arbeitens unter Verantwortung der Besetzer selbst zustande gekommen sind. Die Aufgabe der Betreuung der einzelnen Menschen in ihrer persönlichen und sozialen Not bleibt.

3. Ein offener Brief zwischen Brüdern

Manfred Bahmann ist seit 1981 Pfarrer in der Kreuzberger St. Thomas - Gemeinde im Gebiet um den Mariannenplatz in Kreuzberg SO 36, nachdem er vorher in den USA tätig gewesen ist.

Obwohl er damit ja sozusagen als Neuling in die Kreuzberger und Berliner Auseinandersetzungen um die Hausbesetzungen gekommen ist, konnte er sich dem Druck der Probleme nicht entziehen, sondern mußte Stellung beziehen und wurde, ähnlich wie der Kreuzberger Superintendent, eine Art Vertrauensperson für die Hausbesetzer in seinem Gemeindebezirk.

Die Gemeinde, St. Thomas, ist die am stärksten von Problemen der Sanierung betroffene Kreuzberger und wahrscheinlich auch Berliner Kirchengemeinde. In den letzten 20 Jahren schrumpfte dort, im wesentlichen durch den Prozeß der Sanierung verursacht, der Anteil der evangelischen Bewohner des Stadtteils um mehr als 70 Prozent (von ca. 14000 auf ca. 4000 Menschen); der Ausländeranteil beträgt jetzt etwa 50 Prozent. Zeitweise lagen im Gebiet der Gemeinde so viele besetzte Häuser wie in keiner anderen Berliner Kirchengemeinde. Daß diese Ballung so massiver Probleme nicht spurlos an der Gemeinde und ihren Aktivitäten vorübergehen konnte, liegt auf der Hand.

Pfarrer Bahmann selbst ist durch seine langjährige Arbeit in Lateinamerika und den USA theologisch wie praktisch für soziale Probleme sensibilisiert und kennt die Schwierigkeiten, die in einer Gemeinde entstehen, wenn dort auch Randgruppen Raum finden. Sein aktiver Einsatz für Anliegen der Instandbesetzer, unter ihnen viele Punks, bleibt in seiner Gemeinde nicht unumstritten.

Der folgende Beitrag schildert exemplarisch diesen Konflikt. Es ist die Antwort Bahmanns auf einen (hier nicht abgedruckten) Brief, in dem ihm sein Einsatz für die Hausbesetzer aus theologischen Gründen streitig gemacht wird.

Pfr. Manfred Bahmann schreibt an Sup. i.R. Wulf Thiel, Februar 1983

Lieber Bruder Thiel!

Zunächst möchte ich Ihnen sagen, wie sehr ich mich gefreut habe, daß Sie meinem Artikel aus dem Thomasboten (Oktober 1982) so viel Platz in den Berliner Kirchenbriefen eingeräumt haben. Ich bin Ihnen sehr dankbar, daß Sie dadurch meine Gedanken über den weiteren Weg unserer Thomas-Gemeinde einer breiten Öffentlichkeit zugänglich gemacht haben.

Ganz besonders begrüße ich aber auch die kritischen Fragen, die Sie nun in dieser Sache an mich gerichtet haben. Ihre Kritik ist gerade deshalb so wertvoll, weil Sie ja über die Jahre an dem Schicksal unserer Gemeinde hier in St. Thomas in der einen oder anderen Form Anteil genommen haben. Wenn wir uns als Christen nicht mehr kritisieren und unter Umständen auch ganz scharf und ganz ehrlich befragen können, dann können wir den Laden ohnehin zumachen. So viel Kraft müssen wir schon aus dem Wort Gottes und der Gemeinschaft in "Seinem Namen" empfangen, um derartige Belastungen auszuhalten. Deswegen möchte ich Ihre Initiative "Alle Christen an einen Tisch" ganz stark unterstützen und dabei mithelfen, so etwas wie eine Gesprächsrunde in unserer Berliner Kirche in Gang zu bringen, bei der die verschiedenen Gruppierungen und ideologischen Ausrichtungen innerhalb unserer Kirche einen kritischen Austausch miteinander führen können. Ich würde mich sehr freuen, wenn der zwischen Ihnen und mir stattfindende Dialog ein Beitrag zu einem solchen Unternehmen sein könnte.

Nachdem ich nun über zwanzig Jahre in Nord- und Südamerika als Pfarrer und Professor der Theologie tätig war, bin ich vor einem Jahr in das Berlin meiner Kindheit "zurückgekehrt". Bei dieser Rückkehr war ich von der Aufsplitterung unserer Berliner Kirche in viele verschiedene Denkrichtungen, Ideologien und Weltanschauungen nicht überrascht. Schließlich ist ja heute die gesamte christliche Kirche in der Welt in dieser Weise aufgesplittert. Ich bin jedoch zutiefst betroffen von der Abkapselung, mit der sich die hier vorhandenen Gruppierungen in der Kirche gegenüberstehen, und auch von der Feindseligkeit, mit der sie sich oftmals bekriegen oder - schlimmer noch - gegenseitig ignorieren. Diese Teilnahmslosigkeit erschreckt mich. Dieses kalte Schweigen füllt mich mit Grausen und Angst. Ich sehe auch kein anderes Mittel dagegen als das offene, kritische Gespräch und einen lebendigen Austausch. Die Übungen einer formalistisch verstandenen Demokratie bei den syno-

dalen und anderen kirchlichen Zusammenkünften helfen uns da nicht weiter. Ohne diesen lebendigen Dialog kommen wir nicht voran.

Allerdings teile ich nicht Ihre Hoffnung, lieber Bruder Thiel, daß dieser Dialog nur unter der Führung des Bischofs gelingen kann. Ich glaube doch, daß dies eine Sache ist, die wir zunächst unter uns selbst erst einmal in den Griff kriegen müssen mit anderen Gleichgesinnten zusammen. Das ist eine Kiste, die von unten nach oben fahren muß. Sonst kommt sie einfach nicht an.

Aber nun zu Ihren konkreten Fragen an mich, Bruder Thiel! Ihre erste Frage scheint mir den Kern der Sache zu treffen. Sie wollen wissen, ob ich "nicht doch die weithin ideologiebestimmten Antworten und Programme der alternativen Gruppen unmittelbar in mein missionarisches Konzept aufnehmen". Ein bißchen später machen Sie die Anklage, daß ich "es mir einfach 'parteilich' zu leicht mache". Zum Schluß kommen Sie noch einmal auf diesen Kernpunkt zurück mit Ihrem wohlgemeinten und von mir als brüderlich verstandenen Rat: "Helfen Sie an Ihrem Platz dazu, daß die 'Alternativen' der Zeit und ihrer Ideologie nicht unversehens an die Stelle Seines Evangeliums rücken! Auf ihre Fragen - auch an die Kirche Christi - zu hören, ist etwas anderes, als ihre Antworten zu übernehmen".

Nein, ich mache es mir keineswegs leicht weder "parteilich" noch "ideologisch". Ich habe nicht für einen Augenblick die Antworten der "Alternativen" - wie Sie es nennen - an die Stelle des Evangeliums von Jesus Christus gerückt. Ich möchte allerdings für mich in Anspruch nehmen, daß ich vielleicht etwas aufmerksamer und intensiver auf diese Fragen als manche andere gehört habe.

Um das richtige Hören, Fragen und Antworten geht es hier. Aber bevor ich diesen Strang weiter verfolge, muß ich erst ein kurzes Wort über die "Alternativen" einschieben. Die "Alternativen" gibt es ja in Wirklichkeit überhaupt nicht so. Für uns als Christen sind sie wenigstens zunächst erst einmal Menschen, von Gott geschaffen wie alle anderen und deswegen des Zuhörens wert. Darin unterscheiden wir uns als Christen von allen jenen anderen, die aus Prinzip nur auf ganz bestimmte Menschen oder Gruppen hören wollen.

Das andere muß auch erst noch gesagt werden. Das "alternative Leben schlechthin" - ein Ausdruck, den Sie benutzen - gibt es genau so wenig. Die "alternative Szene" existiert nicht als eine geschlossene Einheit. In ihr werden viele verschiedene und oft widersprüchliche Stimmen laut. Ich bin allerdings

fest davon überzeugt, daß in der Vielfalt und auch der Widersprüchlichkeit der Stimmen und Antworten in dieser "Szene" das Evangelium eben doch gehört wird und genauso bruchstückhaft wie anderswo in die Tat umgesetzt und wirklich gelebt wird.

Als Gemeinde Jesu Christi fällt uns hier jedoch eine ganz besondere Aufgabe des Zuhörens zu. Die vielen unterschiedlichen Menschen in der "alternativen Szene" sind weit davon entfernt, ihre Antworten und Überzeugungen der Kirche aufzuzwingen. Sie haben in der Regel viele kritische Fragen an die Kirche. Aber meistens haben sie aufgehört, diese Fragen noch zu stellen oder zu formulieren, weil sie nicht ohne Grund meinen, dort kein Gehör zu finden. Nicht alle Alternativen sind "Chaoten". Aber einige von ihnen schmeißen dann doch einmal ein paar Fensterscheiben ein, weil sie endlich einmal gehört werden wollen, auch wenn sie sich mittlerweile daran gewöhnt haben, daß sie bei den Institutionen von Staat, Kirche, Partei, Gewerkschaft usw. vorwiegend auf taube Ohren stoßen.

"Menschen sterben, und ihr schweigt! Scheiben klirren, und ihr schreit!" Das ist der Spruch, den man an vielen Kreuzberger Wänden lesen kann. In ihm drückt sich die Ratlosigkeit, der Ärger und die verzweifelte Wut vieler Menschen heute und ganz besonders vieler Jugendlicher aus, die eine Gesellschaft nicht mehr verstehen können, die wie die unsrige den Massenmord ganzer Völker und Stämme in Latein- und Zentralamerika oder in Palästina ignoriert oder nur mit einem leichten Tadel bedenkt.

Das sind Fragen an die christliche Kirche, an denen ein Seelsorger nicht vorbeigehen kann. Aber das wissen wir auch als geschulte Theologen. Jedes aufmerksame Zuhören auf einen anderen Menschen bedeutet zwar nicht ein Gutheißen alles dessen, was er getan und angestellt hat. Aber es schließt eine Stellungnahme und eine gewisse Parteilichkeit für den anderen von vornherein mit ein. Sonst kann man ja doch die wirklichen Fragen des anderen nicht begreifen. Das gilt natürlich auch für die "Alternativen", wie Sie sie nennen. Das gilt sogar für die "Chaoten" und "Steineschmeißer" unter ihnen.

Dabei setzt man sich sehr bald der Gefahr aus, persönlich als "mitschuldig" für die Taten des anderen erklärt zu werden nach jenem allzu billigen Motto "Mitgegangen, mitgefangen!" Die Leichtigkeit, mit der sich viele Berliner und viele Berliner Kirchenmitglieder zu derart billigen und oberflächlichen Ur-

teilen verleiten lassen, ist der Grund tiefster Besorgnis für mich, lieber Bruder Thiel. Wir wollen doch bitte im Jahr 1983 nicht so tun, als ob Massenmord und Rassenmord für uns unbekannte Größen wären!

"Als einer, der im Kirchenkampf ein gebranntes Kind war und mit Schrecken erlebte, wie - über Nacht! - 'mitgemacht' wurde", warnen Sie, lieber Herr Superintendent Thiel, uns heute: "Das Mitmachen war immer die Gefahr Seiner Kirche!" Sie haben dabei völlig Recht. Die Kirche hat immer wieder bei sehr viel Bösem mitgemacht und tut es oft noch unter Aufrufung Seines Namens. Um das zu wissen, brauchen wir nicht das ganze traurige Sündenregister aus der Kirchengeschichte noch einmal aufzurollen. Bloß um das Mitmachen kommt die christliche Kirche nicht herum. Sie muß Stellung nehmen und Farbe bekennen. Das haben wir von Dietrich Bonhoeffer gelernt, der ja bei der Beseitigung des Hitler-Regimes auch mitmachte, weil ihn das Evangelium dazu zwang.

Vor dem falschen Mitmachen müssen wir uns hüten! Aber mit dem fleischgewordenen Wort, das unter uns "wohnte" und noch "wohnt" müssen wir mitmachen. Gerade weil die Inkarnation jene eine Aktion Gottes ist, von der wir heute noch leben, müssen wir mitmachen. Bloß wir als Christen haben das fleischgewordene Wort nicht in Monopolbesitz, nicht einmal in Monopolverwaltung. Dieses Sein Wort und Evangelium kann auch unter anderen wohnen und Wirklichkeit werden, die sich nicht Christen nennen und die keine Kirchensteuer zahlen.

Ohne Risiken und Gefahren geht es dabei nicht ab. Aber die größeren Gefahren werden dabei meiner Meinung nach von jenen Predigern heraufbeschworen, die nur das reine Wort verkünden wollen ohne Ideologie, ohne Gesellschaftskritik, ohne Politik und ohne alle diese anderen ärgerlichen "Unreinheiten" und die in ihrer Naivität nicht merken, daß ihre Verkündigung schon längst vereinnahmt und in der Dienst einer bestimmten Gesellschaftsordnung oder eines politischen Systems gestellt worden ist. Diese ideologiefreien Prediger richten hier den größten Schaden an, weil sie die Frage des richtigen und falschen Mitmachens überhaupt nicht stellen. Da schenke ich mein Vertrauen viel lieber jenem Prediger, der sich redlich abmüht, das Wort Gottes zu verkünden, aber dabei seine eigene gesellschaftliche und politische Gebundenheit eingesteht, bekennt und sich daraufhin auch befragen, hinterfragen und kritisieren läßt. Das richtige Mitmachen ist auch bei solchen Menschen nicht garantiert. Aber ein ehrliches Mitmachen ist mit ihnen möglich. Das ist schon erst einmal ein guter Anfang.

Als einer, der selbst nach seinen Erfahrungen in Lateinamerika nach links tendiert, werde ich manchmal von wohlmeinenden, andersgesinnten Kollegen gefragt, ob ich denn nicht merkte, daß ich ein nützlicher Idiot in den Händen bestimmter Ideologien sei. Meine Entgegnung darauf ist immer: "Doch das merke ich schon. Aber sind Sie sich bewußt, daß Sie das auch sind nur, vielleicht in den Händen anderer?"

Wie Sie bereits wissen, lieber Bruder Thiel, weisen dann Christen und Theologen meines Schlags darauf hin, daß Jesus selbst ganz klar sich auf die Seite der Armen, der Leidtragenden, der Gewaltlosen, der Hungernden und Dürstenden, der Barmherzigen, der Friedensstifter und der um der Gerechtigkeit willen Verfolgten gestellt hat. Dieser Einsatz brachte ihn in engste Berührung mit den "Sündern" der damaligen Gesellschaft und führte zu seinem Gerichtsprozess und seiner Verurteilung, bei denen sich religiöse und politische Elemente unvermeidlich und unteilbar vermischten. Er ging seinen Weg konsequent an das Kreuz. Aber er ist nicht tot geblieben. Er lebt fort in der Gemeinde und ihrem Zeugnis und auch in vielen anderen.

So weit, so gut! Ich glaube nicht, daß Sie mir an diesem Punkt heftig widersprechen werden. Aber was noch offen bleibt, ist die Frage der "notae ecclesiae", der Merkmale, die uns auf seine Praesenz und Gegenwart heute hinweisen. Es geht um die Kennzeichen, die uns klar anzeigen, daß Er hier heute unter uns "wohnt" und dort eben nicht. Das war ein ganz vertracktes Problem schon für Martin Luther, der bei der Reformation immer wieder an diesen Merkmalen in verschiedener Weise herumbastelte.

Vielleicht hat uns da die katholische Kirche im heutigen Lateinamerika ein Stück des rechten Weges in die Zukunft gezeigt mit ihrer Erklärung einer Bevorzugung des Armen vor dem Reichen - *opción preferencial para el pobre* -, die von der Bischofskonferenz in Puebla (1979) abgegeben wurde. Die Kennzeichen Seiner Gegenwart unter uns heute sind unter denen zu sehen, die auch jetzt in der Welt arm im Geist und Körper, leidtragend, gewaltlos, hungernd nach Gerechtigkeit und auch nach Essen und Trinken, Friedensfanatiker und um der Gerechtigkeit willen verfolgt sind.

Da ist wenigstens für mich der Knackpunkt in unserer Diskussion heute. Die Buße, Umkehr, Metanoia oder Sinnesänderung der sogenannten Christen wird heute von vielen als falsch und verlogen angesehen, wenn sie an dieser Bevorzugung des Armen vor dem Reichen vorbeigeht. Aber gerade das ist auch die Forderung der "alternativen Szene". Bei aller Vielfalt gegensätzlicher Stimmen und Meinungen verdichtet sich an diesem Punkt ihr Zeugnis in eine klare und unmißverständliche Botschaft, die auch der heutigen Kirche gilt. Das ist die Forderung nach einem einfacheren Lebensstil, als wir es im Augenblick gewöhnt sind. Das ist die Forderung, daß wir nicht mehr sinnlos produzieren, konsumieren und dann wegwerfen können, wie das heute Usus geworden ist. Das ist die Forderung, daß wir einen ganz neuen Dreh finden müssen, unseren Besitz, unser Eigentum, unser "Brot" und unsere Gehälter und Einkommen miteinander zu teilen und unter uns

aufzuteilen, damit ein Minimum von Ruhe und Frieden bei uns eintreten kann.

Hinter diesen Forderungen steht jedoch der radikale Anspruch der Bibel, daß wir uns gegenseitig als Menschen voll respektieren und annehmen müssen, als solche, die von Gott geschaffen sind und sein Ebenbild tragen, auch wenn wir im einzelnen aufmotzende Jugendliche oder grollende Eltern sind oder Punks mit provozierender Frisur in Rot, Grün und Violett oder Arbeiter oder Hausbesetzer mit einem bestimmten politischen oder ideologischen Auftrag oder Ärzte, Sozialarbeiter, Studenten an der FU usw.

Diese radikale Forderung der Bibel, die im Tode und in der Auferstehung von Jesus Christus kulminiert und ihre Spitze findet, ist auch der geheime Wunsch vieler Menschen hier in unserem Kiez, die seit vielen Jahren mit einer Kirche gebrochen haben, die an sozialer Gerechtigkeit unter den Menschen heute nicht wirklich interessiert ist. Sie haben mit Jesus noch nicht gebrochen und dem, was er wollte und durchzusetzen versuchte. Aber mit der Kirche, so wie sie heute ist, ist ihr Bruch im Augenblick komplett und in der Tat vollzogen. Aber gerade sie verdienen es, jetzt von der Kirche Jesu Christi angesprochen zu werden. Ihre alternativen Wertvorstellungen sind mit der Metanoia nicht gleichzusetzen. Aber echte Buße und Umkehr wird an ihren Forderungen nicht vorbeigehen können.

Sie werfen mir vor, daß die "vorfindliche, oft noch in der Überlieferung ihrer Kirche stehende Gemeinde schlecht weg kommt" bei mir. Das stimmt nicht ganz. Als ich vor einem Jahr hier anfangte, gab es schon nicht mehr eine "vorfindliche, in der Überlieferung ihrer Kirche stehende Gemeinde". Die etwa 25 Besucher bei meinem ersten Gottesdienst bestanden aus einer Gruppe von Senioren, einer Handvoll Jugendlicher, drei Vertretern der Gemeinde - nämlich einem Kirchenältesten und zwei Mitarbeitern, die an jenem Morgen Dienst hatten - und ebenso vielen, also drei Hausbesetzern. Als ich darüber meine Verwunderung ausdrückte, wurde mir vom GKR zwei Tage später erklärt, daß sie als Gruppe die Teilnahme am gottesdienstlichen Leben dieser Gemeinde nicht als Teil ihres Auftrages ansahen, obwohl einige von ihnen manchmal zur Kirche gingen. Das tun in der Tat die Hälfte der Kirchenältesten. Die andern bleiben weg. Unter den Mitarbeitern sieht es genauso aus. Die Mehrzahl der Eltern, die ihre Jugendlichen zu mir in den Unterricht schicken, sind am Inhalt der Konfirmation und meiner Unterweisung nicht interessiert, sondern nur an der Familienfeier nach der sogenannten "Einsegnung".

Das ist traurig, aber letztlich nicht verwunderlich. Schließlich hat diese Gemeinde aufgrund einer katastrophalen Wohnungspolitik in den Jahren von 1941 bis 1981 über 70 % ihrer Mitglieder verloren, die vorwiegend weggezogen sind, und ist von ehemals 14.000 auf 3.979 in 1981 abgesunken. So ist hier das Ende der

flächendeckenden bürgerlichen Kirche erreicht worden. Deswegen geht es ohne einen radikalen Neuanfang nicht weiter. Auf den alten Schienen läuft es nicht. Deswegen die Frage nach alternativer Verwendung des Kirchraums, der im Augenblick sechs Monate im Jahr nicht genutzt werden kann, weil die Heizung pro Gottesdienst im Winter DM 450,- betragen würde und eine solche Auslage sich für die 40 bis 50 Besucher nicht lohnt, die wir jetzt haben.

Deswegen auch das Suchen nach neuen liturgischen Formen, nicht weil die Liturgie der Altpreußischen Union für mich persönlich nichtssagend wäre, sondern weil die Menschen, die wir ansprechen möchten, oftmals nicht viel mit ihr anfangen können.

Es gibt noch viel mehr zu sagen. Aber ich darf Ihre Großzügigkeit, mir Raum in Ihrer Zeitschrift zu gewähren, nicht überstrapazieren und auch nicht die Geduld unserer Leser und Leserinnen. Meine Hoffnung ist jedoch, daß dieser Austausch der Beginn eines Gespräches sein möge, das sich in verschiedenen Formen fortsetzen kann.

Freundliche Grüße

Manfred K. Bahmann

4. Beiträge von Betroffenen

Die hier in einem Kapitel zusammengefaßten Beiträge sind nur ein kleiner Ausschnitt der im Zusammenhang mit den Hausbesetzungen gemachten Erfahrungen. Es sind Äußerungen von Betroffenen im Gespräch mit Leuten von der Kirche bzw. in Auseinandersetzung mit der Kirche. Unterschiedlich Betroffene:

- Die Mutter einer Hausbesetzerin schreibt in einem Brief(hier anonymisiert, d. Her.) an den Kreuzberger Superintendenten über ihre Befürchtungen und Sorgen, ausgelöst durch das wohnungspolitische Engagement ihrer Tochter. Die Sorge um ihre Tochter wird darin zur Ursache der Sorge, ob ein gesellschaftliches Problem von Politikern und Polizei konstruktiv oder destruktiv angegangen wird und welche Rückwirkungen das auf eine "Jugend" hat, deren Zukunftsaussichten nicht allzu rosig sind.
- Karin Attner, Hausbesetzerin und zugleich Theologiestudentin gibt Auszüge aus ihrem Tagebuch wieder: Parallel zu einer Übung an der Kirchlichen Hochschule Berlin zum Thema "Wohnen in der Großstadt. Soziologische und theologische Gesichtspunkte der Berliner Wohnungssituation" geht sie in ein Gemeindepraktikum in der Schöneberger Zwölf - Apostel - Gemeinde. Sie schreibt ein Tagebuch, in dem sie überall ihre persönliche Wohn- und Lebenssituation in dem besetzten Haus mit ihrer Wahrnehmung der konfliktreichen und desolaten Situation im Wohn- und Straßenbereich und der Frage in Beziehung bringt, was darin "Gemeinde" ist und sein könnte.
- Eine Hausbesetzerin und die Mitarbeiterin einer Kirchengemeinde, die eine Patenschaft für ein besetztes Haus übernommen hat, geben Auskunft über ihre Gedanken im Beziehungsfeld "besetztes Haus - neues Leben in der Nachbarschaft". Es sind zwei Redebeiträge, die während des Bußtagsgottesdienstes 1982 der Kreuzberger Taborgemeinde im besetzten "Kerngehäuse"(Cuvrystr. 20) vor mehr als 150 Teilnehmern aus der Gemeinde, dem besetzten Haus und der Nachbarschaft gehalten wurden.
- Guido Wohlatz, Pfarrer in der Kreuzberger Heilig - Kreuz - Gemeinde, in deren Einzugsbereich sich Auseinandersetzungen um Hausbesetzungen abspielten und Konflikte eskalierten, Demonstrationen mit sich anschließenden Straßenschlachten im Gemeindegebiet, beschreibt dabei gemachte Erfahrungen, wie sich Feindschaften bilden und Feindbilder entstehen, deren Sogwirkung sich kaum einer in der Gemeinde entziehen kann und angesichts derer sich auch ein Amtsträger der Kirche nicht einfach unparteiisch daneben stellen kann.

Brief der Mutter einer Hausbesetzerin an Sup. Roth

"Sehr geehrter Herr Pfarrer Roth!

Das Schreiben als solches an Sie macht mich schon etwas frei von meinen quälenden Gedanken. Zufällig hatte ich heute den Fernseher gerade auf dieses Programm eingeschaltet, als das Interview mit Ihnen gesendet wurde. Dadurch fühlte ich mich angesprochen, da auch ich eine Tochter habe, die sich gezwungen sieht, in der Hausbesetzerszene mitzumachen.

Dazu muß ich sagen, daß ich eine überalterte Mutter bin, die mit allen Mitteln versuchte, ihren Nachkömmling, frühzeitig zur Selbständigkeit zu führen. Ich habe vor Jahren meinen Mann verloren, an den Tod. Als Hälfte kann ich zwar existieren, aber nicht leben! So war es nötig, das Kind fit zu machen für den Lebenskampf, weil mein Verweilen in dieser Welt für mich nicht mehr lange währen konnte. Ich habe die Krise überstanden, fühle mich aber nach wie vor überflüssig. Doch meine Tochter hat verstanden, daß unsere Welt dem Untergang zustrebt. Sie will sich damit nicht einverstanden erklären und möchte retten. Vor allem die Gesellschaft, daß sie sich nicht bedingungslos "verwalten" läßt, sondern die Initiative ergreift, bevor unsere Polizei sie in den Abgrund treibt. Aus diesem Grund versucht sie ihr ganzes Sein in die Rettung zu werfen. Sie besetzt ein Haus, versucht Stadt-, d.h. Sozialpolitik zu betreiben, ein Miteinander der Menschen, der Nachbarschaft zu initiieren. Dabei merkt sie, daß sie überfordert ist. Sie weiß, daß sie erst ihr Abitur schaffen muß, daß sie wissenschaftlich das Bestmögliche erreichen muß, um nach ihren eigenen besten Möglichkeiten wirklich helfen zu können. Von all diesen Aufgaben ist das "Kind" überfordert. Es stimmt mich traurig, daß dieser Elan falsch angewendet ist und irgendwann leerlaufen muß. Meine Tochter hat irgendwo Mitleid mit mir, ihrer veralteten, unmodernen Mutter und nimmt deswegen die Mahnungen der Erfahreneren nicht wahr. Ich habe Angst, daß dieses Kind, das in friedlicher Absicht die Menschen und die Natur zueinander bringen will, durch die Verwaltung und die Politik in unserer Stadt zum Radikalismus gezwungen wird! Kann man diesen jungen Menschen, meine Tochter steht ja nicht alleine da, wirklich nicht helfen???

Ich selbst bin am Ende meines Einflußbereiches. Ich habe versagt und keinen Menschen mit dem ich reden, mich auseinandersetzen kann. Ich habe das Gute gewollt und vielleicht das Böse heraufbeschworen. Aber sollte all das Gute, was in dieser unserer Jugend schlummert, durch Verwaltung, Polizei, mehrdeutige, nach Willkür auszulegende Gesetze kaputtgemacht werden?

Warum schaltet sich die Kirche so spät ein? Sie haben doch einen Pfarrer, und gerade in Kreuzberg, der schon seit 6 Jahren mit Senator Ulrich wirklichkeitsnahe Renovierungen berät. Warum müssen erst Steine fliegen, warum muß mit Radikalismus die Umwelt auf Gefahren des Lebens, des Bestehens einer Stadt aufmerksam gemacht werden? Die Hausbesetzer, im allgemeinen gesehen, wollen doch nur Umweltgegebenheiten lebensfähig machen. Die wenigen Radikalinskis, die sich dabei einschleichen, sind doch leicht herauszufinden. Ist es nicht schön, gibt uns es nicht ein wenig Hoffnung, daß sich gerade unsere Jugend, der wir nicht fähig waren, ein lebenswertes Ziel vor Augen zu stellen, nun dafür einsetzt, ein lohnendes Lebensziel zu setzen?

Seit 1945 hat sich keiner gefunden, außer Ernst Reuter, uns einen Hoffnungs-schimmer zu finden, erkennen zu lassen. Kann sich nicht die Kirche dafür einsetzen, daß Möglichkeiten gefunden werden, die der Jugend zeigen: Es lohnt sich zu leben! Es lohnt sich, dafür zu kämpfen, was Gott uns gegeben hat.

Jeder Staat steht und fällt mit der Jugend. Doch bisher hat der Staat wenig, ja fast gar nichts für diese Jugend getan. Mit schönen Worten ist nichts getan. Unsere Kinder hören nicht darauf. Sie sind leider zu oft enttäuscht worden von einem Staat, der nichts als schöne Worte findet! Und dabei tun alle Verantwortlichen, von uns Gewählten nichts weiter als diese Posten als Pfründe, statt als Aufgabe, zu empfinden. Warum werden die Verantwortlichen erst wach, wenn Steine fliegen??? Der Staat, unsere Regierung ist es doch, der die Kriminalität hervorruft, weil er sonst nicht verstehen will! Eventuell sind die Diäten in Gefahr??? - Ich finde, es sollten mehr Pfarrer den Mut haben, sich mit der Jugend zu verbinden, um sie zu unterstützen auf ihrem Weg der Nächstenliebe, in "practica" zu fördern.

Ich selbst muß meiner Tochter auf ihre Initiative, "preiswerten Wohnraum" zu erhalten, beipflichten. Doch meinem Gewissen nach, finde ich es nicht richtig, einfach fremdes Eigentum zu besetzen, um sozialen Aufgaben gerecht zu werden. Wer gibt mir Hilfe, hier den richtigen Weg zu finden, zu beraten? Am meisten beunruhigt mich, daß die Polizei, der die Jugendlichen ohne Zwangsmaßnahmen freiwillig die Türen öffnen, zurechtgestellte Verteidigungsmaßnahmen (in den besetzten Häusern, d. Red.) als kriminelle Gegenstände, gegen den Staat gerichtet, beschlagnahmt. Das ist so ein großer Irrtum. Unsere Jugend muß sich nicht vor der Polizei schützen, sie müssen sich vor den Angriffen der Neofaschisten wappnen. Sieht denn keiner, was hier geschieht? Es ist ein "tausendjähriges Reich" vorbeigegangen. Denkt keiner an den Anfang? Soll das noch einmal geschehen? Sind alle blind?

Es haben sich schon einmal kriminelle Schlägertrupps ausleben können. Soll eine Wiederholung stattfinden? Haben so viele Menschen vergessen, was geschah?

Ich habe Gott gesucht und nicht gefunden. Dennoch geht mein abendliches Gebet an ihn: "Gott, gib der irrenden Seele nicht so viel Freiraum! Verhindere um der Menschheit willen, die Du nach Deinem Abbild geschaffen hast, eine Vernichtung all Deines Seins."

-Oder ist es die Vernichtung dieser Erde, die Gott geschaffen hat und der die Menschen sich nicht würdig gefunden haben? -

Ich habe sovielen Fragen. Keiner gibt mir Antwort. Wer hilft mir, meiner Tochter den rechten Weg zu weisen?

Ich lebe nur als Automat, als materielle Hilfe meiner Kinder. Meine Zeit ist begrenzt. Wer hilft ihnen weiter?

Lieber Herr Pfarrer Roth! Wer hilft unseren Kindern? Wir sind "keine" Zeugen Jehovas. Wer hilft unseren Kindern, daß sie sagen können: Unser Leben war lebenswert! Wir haben uns eingesetzt, unser Leben dafür eingesetzt, daß unser Dasein lebenswert war???

Meine nachgeborene Tochter möchte diese Welt lebenswert gestalten und ist in ihrem Tun dem Staat gegenüber im Unrecht. -

Wie soll ich, als alte Frau, damit fertig werden? Wastut der Staat, was tut die Kirche, die mit ihren Geboten den Staat in der Justiz untermauert, dafür?

-Viele Fragen, - viele Antworten! - Bitte - redet nicht soviel! - Handelt!"

Tagebuchnotizen einer Theologiestudentin, die auch Hausbesetzerin ist
- von Karin Attner

1. Situation der Gemeinde

Ich kam in die Zwölf-Apostelgemeinde in Berlin-Schöneberg. Die Gemeinde hat 8.700 Mitglieder, davon sind 3.300 über 70 Jahre alt und noch einmal 2000 zwischen 60 und 70. Im Gemeindebezirk befinden sich auch mehr als ein Dutzend Alten- und Siechenheime. Diese Überalterung macht sich natürlich auch extrem in der Arbeit bemerkbar, man könnte sich allein mit Begräbnissen und Geburtstagsbesuchen ausreichend beschäftigen. Im Gottesdienst sitzen etwa 50 Leute, auch überwiegend ältere Menschen, wenig Konfirmanden und einige Mitarbeiter. Im Gemeindebezirk befindet sich zudem die "Potse", Potsdamerstraße, bekannt für Bordelle und Straßenstrich. Dazu hat sich hier die Fixerszene angesammelt und damit auch der "Babystrich", sehr attraktiv für die ständig umherfahrenden Freier. Kebabuden bestimmen das Straßenbild in der Potse, sehr viele Türken wohnen hier, auch ein Asylantenheim gibt es. Um den Kreis der sozialen Probleme in diesem Bezirk vollständig zu machen, gibt es auch mehrere besetzte Häuser. Am Winterfeldplatz gab es schon mehrere Straßenschlachten, an der Potsdamer-Ecke Bülowstraße starb im September letzten Jahres ein Demonstrant. Der Häuserbestand ist recht unterschiedlich, es gibt viele Altbauten, teilweise leerstehend und verkommen (und dementsprechend dann auch besetzt), fertig sanierter Altbau und neuere Betonburgen. Die beiden Pfarrer der Gemeinde sind noch nicht sehr lange da, Anfang des Jahres kam auch ein neuer Vikar in die Gemeinde.

2. Meine Situation

Ich wohne selber in einem besetzten Haus, gleich in der Nähe, bin von daher auch sehr an der Wohnproblematik allgemein und natürlich den speziellen Problemen in meiner näheren Umgebung interessiert. Ziel des Praktikums war für mich einerseits ein Kennenlernen der Menschen, die hier wohnen, von einem völlig anderen Blickwinkel aus, und andererseits mitzubekommen, wie sich die Wohnsituation auf das Gemeindeleben auswirkt. Um einen Einblick in meine Erfahrungen und Gedankengänge zu geben, schreibe ich am besten auszugsweise von meinem Praktikumstagebuch ab, das ich in der Zeit regelmäßig geführt habe.

3. Praktikumstagebuch

Für Montag bin ich mit Pfr. Moser verabredet. "Für Pfr. Moser bitte bei Klemm klingeln", Pfr. Klemm hatte gerade Predigtbesprechung mit dem neuen Vikar. Ich stell mich als Karin vor und er sich als Stephan. Zur Begrüßung bekomme ich ein griechisches NT in die Hände gedrückt. War aber gar nicht so schlecht. Ich bekomme auch Informationen über die Gemeinde und die Probleme. Die Probleme sind nah. Zu nah. Nach der Predigtbesprechung mit zugehört bei der Besuchsdienstrunde. Lauter alte Leute, die das machen. Meine Mutter ist Altenpflegerin, die würde sagen, daß das 'ne gute Beschäftigungstherapie ist, sie tun etwas Sinnvolles und das gibt ihnen selber Sinn. Sie kommen sich nicht mehr überflüssig vor. Da muß man dann auch ganz vorsichtig sein, wenn man etwas ändern will, das geht ihnen schnell an die Existenz. So wollte Frau Buus (Gemeindehelferin) und Herr Klemm mehr Auswahlmöglichkeit bei den Heften zum Mitbringen oder eben teilweise auch nix mehr mitbringen. Es war unheimlich zäh, schwierig und langweilig.

Dienstag war Besichtigung des Gemeindebezirks mit Stephan und Elke. Bülowstr. Potse mit den Nutten; vor fünf Tagen hat auch die Kebabbude dichtgemacht, in der sich seit neuestem die Fixer treffen, bzw. ist dichtgemacht worden. Vorher war das Problem nur auf der anderen Straßenseite. Und die zwei Wannen (Hausbesetzerjargon für Mannschaftswagen der Polizei) bringen auch niemand von der Nadel runter. Mit Strafen und behördlichen Schließungen von Lokalen läßt sich das Problem wirklich nur verlagern. Es heißt, daß es wohl auch eine politische Sache ist, das Heroin nach Kreuzberg zu bringen, um dort den Widerstand zu brechen (so wie in Zürich im AJZ); ich frage mich, wer daran Interesse hat, vielleicht dieselben, die es von hier wegbringen wollen. Naja, ist alles nur Spekulation. Zu sehen gab es noch die besetzten Häuser in der Potse, auch den Ort des Geschehens vor der Goeben 7, wo es den letzten Zoff (Ärger mit der Polizei) gegeben hatte; auch da sind wieder Leute voll in den fließenden Verkehr getrieben worden. Über die Sachen konnte ich mehr erzählen, das ist schließlich meine Sicht von Berlin, das Berlin der besetzten Häuser, des Widerstands, der Leute auf der Straße, der Demos und Straßenschlachten. Wir sind dann noch in ein Hochhaus in der Pallasstraße gegangen, wirklich frustrierend, kein Ort um da zu leben. Aufzüge und Beton, und der Geruch in den Gängen, widerlich, er erinnert mich an das Studentenwohnheim in Erlangen, wo ich

zwei Jahre gewohnt habe, auch so'n steriles Betonding, wo man die Stockwerke nicht voneinander unterscheiden kann und alle Zimmer genauso aussehen. Da kann man gar nicht mehr konstruktiv sein, nur noch destruktiv, etwas beschmieren, zerkratzen, ankokeln, jaja, die Jugend von heute. Dann noch ein Blick in einen schönen Hinterhof (der war aber auch relativ groß) und in einen Hinterhof, wo gerade modernisiert und abgerissen wurde.

In der Bülowstraße haben wir noch einmal versucht, von so 'nem Betonklotz aus einen Überblick zu haben. War genauso eklig. Danach kamen wir an dem hübschen Häuschen vorbei, in dem der Herr Luft wohnt (bekannter Theaterkritiker). Ja, das war's eigentlich im Wesentlichen. Danach hat mich Stephan noch gefragt, was ich von seiner Predigtvorbereitung halte, etwas über konkrete Schwierigkeiten in der Gemeinde zu sagen und doch gleichzeitig dem Text gerecht zu werden. Es geht um 1. Petrus 1, 18-21, ein ziemlich abgehobener Text. Auch im Haus kommen die Fragen nach meiner Religiösität, vorher mit der Uni ist das mit der Theologie nicht so sehr aufgefallen, das mach ich ja nicht nur aus religiösen Gründen, und die können sie verstehen. Praktikum ist was anderes, das mach ich ja freiwillig.

Kirche wird hier abgelehnt, das ist sowieso klar (obwohl erstaunlich viele bei uns im Haus aus der kirchlichen Jugendarbeit kommen). Ich werde gefragt, ob ich mit meiner Mitgliedschaft in der Kirche nicht auch den ganzen Mist unterstütze, den die Kirche zweifelsohne auch baut. Oder was mir der Glaube bringt, ob's nicht der Kommunismus genausogut sein könnte. Aber beim Kommunismus oder sonst irgendeiner Ideologie fehlt mir einfach was. Über Gewalt brauchen wir uns hier nicht streiten; im Wesentlichen hab ich mehr Angst als moralische Bedenken, das muß ich mit mir und dem lieben Gott abmachen (bezieht sich bei uns eigentlich nur auf Sachen, net auf Personen). Es ist schon irgendwo ein Interesse da, aber die Leute hier sind sehr weit weg von der Kirche, fast so weit wie ich. - Puh, Gela hat Röteln, hoffentlich geht das jetzt nicht im ganzen Haus rum; 39,5 Fieber, alle 10 Minuten die Wadenwickel wechseln.-

Abends ist nochmal Predigtvorbereitung mit Stephan und Herrn Klemm. Es interessiert mich, ich kann 'ne Menge lernen dabei, auch der Text wird langsam lebendig. Vorher essen wir noch zusammen Abendbrot und plaudern ein wenig dabei, über Eigentum, GKR, wo wir so herkommen. Aber das bleibt alles irgendwo innerhalb der Aristokratie. Mit Gemeinde an sich hatte ich bis jetzt noch nichts zu tun, es dreht sich im Wesentlichen um die Mitarbeiter und dann gibt's noch Geburtstage, Beerdigungen und Konfirmandenunter-

richt. Gemeinde im erlauchten Kreise, und was ist mit den anderen? Stephan meinte auch in dem Altenheim an der Bülowstr. sind 80 % evangelisch, aber es besteht keinerlei Kontakt zur Gemeinde. Vielleicht vertragen manche Menschen auch nicht so'ne ewige Gemeindeverpflanzung durch Umsetzung, Umzug, Altenheim. Gemeinde kann man nicht einfach wechseln, das hat doch nicht nur mit in die Kirche gehen zu tun, sondern mit den Menschen, die man da trifft.

Am Mittwoch war ich mit Herrn Klemm bei Stephan und Uli zum Essen eingeladen. Sie wohnen ganz gut in 'nem Altbau, Seitenflügel mit drei Außenwänden, aber viel Licht. Das Gespräch bei Tee war so eigentlich recht belanglos über Besetzerrat, Perspektiven etc. Ich bin immer noch etwas unfrei im Zusammensein mit den Leuten, net so ungehemmt, wie ich mich sonst bewege, rede. Die leben in einer anderen Welt, die mir ziemlich fremd ist, alles aufgeräumt und in Ordnung und bei mir das reine Chaos, was ich eigentlich will, keine Perspektive für die Zukunft. Rumlaufen tu ich genauso schlampig wie immer, alles andere wäre bei mir nur aufgesetzt, da sagt auch keiner was, die gewöhnen sich schon dran. Es ist nicht einfach, meine Schwierigkeiten zu vermitteln, die ich mit ihrer Art von Leben habe, überhaupt mit der Theologie und dem ganzen Praktikum.

Donnerstag bin ich nur mit Widerwillen zur Bibelstunde. Anwesend: 9 alte Damen, 2 Gemeindeschwestern, noch 'ne Mitarbeiterin, Elke und ich, und Herr Klemm natürlich. Für mich war's langweilig, für die alten Damen war's wohl gut.

Freitag war ein langer Tag, er begann morgens mit der Predigtvorbereitung. Wir sind dabei dem Text ein ganzes Stück näher gerückt. Danach hatte ich endlich auch ein Gespräch mit Herrn Klemm. Ich erzählte über die Schwierigkeiten, die ich mit dem Praktikum habe, daß ich eigentlich mit den Leuten hier was machen will, aber nicht weiß, wo ich ansetzen soll. Wir fanden dann einige punktuelle Ansätze, z.B. Gespräche mit Mietern in teilbesetzten Häusern. Ich erzählte auch von meinen Schwierigkeiten, daß zwischen dem Haus und draußen doch eine ziemliche Schwelle liegt, ein Nest irgendwo in einer feindlichen Welt, und daß man unheimlich stark aufpassen muß, daß es nicht zum Ghetto wird. Auch ist es ziemlich schwer, so eine Verbindung herzustellen, zwischen dem, was im Haus abläuft und dem, was an der KiHo: oder eben in der Gemeinde abläuft. Ich komme mit dieser Trennung von Leben, Wohnen und Arbeit nicht zureicht. Gerade in diesem Praktikum bin ich auf

der Suche nach einer Art Harmonie. Auch von meinen Schwierigkeiten mit dem Studium konnte ich reden.

Wichtig war für mich, daß Herr Klemm Besetzerfragen sehr gut verstehen kann, daß ich da nicht von vorne anfangen muß, zu erklären, da er in der ständigen Auseinandersetzung steht, sein Sohn wohnt auch in 'nem Haus in Kreuzberg. Das Gespräch war für mich sehr wichtig und ich seh auch wieder mehr Perspektive in dem Praktikum und hab damit auch mehr Motivation. Herr Klemm hat mich dann gefragt, ob ich net zu 'nem Gespräch mit einer alten Frau mitkommen will. Das war dann auch ganz toll. Die Frau hat im 3. Reich ihre Freundin, eine Jüdin 3 Jahre lang versteckt. Mit der Frau hat sie dann wohl zusammengewohnt, bis sie vor einem halben Jahr gestorben ist. Sie lebt in einer 3-Zimmerwohnung in einem alten Haus. Eines ist ihr Zimmer, dann hat sie noch eine Küche, eines war das gemeinsame Zimmer der beiden Frauen, und eines ist das Zimmer ihrer Freundin gewesen, das sie liebevoll instandhält und mir auch gerne gezeigt hat. Da dacht ich mir auch, die Frau kann man nicht wegreißen, auch wenn es nach außen hin so scheint, als ob sie die Zimmer gar nicht alle braucht. Sie ist auch ziemlich stark behindert und braucht eine Hilfe, aber ich denke sie da rausreißen, das würde sie kaum verkraften, es ist schon so schwer genug, wenn sie nicht auf die Straße gehen kann und am Leben nicht mehr teilnehmen kann ("Sie müssen das doch wissen, Herr Pfarrer, Sie stehen doch im Leben"). Ihre Vermieterin wollte, daß sie eine Gasheizung bekommt, das ist auch recht zwiespältig. Einerseits ist es für die Frau ein Unding, Kohlen zu schleppen, andererseits wird mit der Gasheizung auch die Miete teurer. Sie hat jetzt 320 DM im Monat zu zahlen, und da hat sie schon Angst, daß das Geld nicht reicht, obwohl sie finanziell recht gut dasteht. Ein Teil Angst kommt wohl durch den Verlust der Freundin, vielleicht auch durch die Erfahrung, daß man nie weiß, ob eine Inflation oder sonst irgendwas kommt. Die Frau hat mir jedenfalls unheimlich gut gefallen. Die nächste Station an diesem Tag war ein Krankenhaus in der Gettiner Straße. Herr Moser brauchte noch Leute für den Gottesdienst. Es sind dort hauptsächlich alte und ziemlich kaputte Leute. Auf einem Flur wurde ich dann von einer Frau in Beschlag genommen, ein liebes Wesen an sich, aber halt etwas verdreht, aber was soll man in so einem Haus, wo es nach Pisse und Spülmaschine riecht, schon werden. Sie hat auch nicht einfach völligen Unsinn geredet, irgendwo bekommt sie ihre Situation doch recht klar mit. Die Menschen da sind ein einziger Jammer, abgeschoben in ein Ghetto.

Nichts haben sie mehr von dem, was sie früher hatten, alles weg, da muß man verrückt werden oder sterben. Im Gottesdienst waren außer uns noch 5 Männer und eine Frau, es lief irgendwie ganz gut. Ich mag die Leute einfach gern. Altenpflegerin, so wie meine Mutter, wär mir dann aber doch zu einseitig und zu anstrengend. Danach war ich erst einmal erledigt, es war unheimlich viel diese acht Stunden.

Aberds bin ich nochmal in die Gemeinde zu einem Treffen der BI Verkehrsberuhigung. (Es ging um den starken Verkehr durch Endhaltestelle der BVG und durch umherkurvende Freier, zudem in einer Straße, in der eine große Kita und gegenüber die Fürsorgestelle ist.) Auch das Fixerproblem wurde angeschnitten. Es wurde zwar vom Bülowbogen weggebracht, aber das Problem ist nur verlagert, und ist jetzt auch in der Gegend zutagegetreten. Der brave Bürger der BI wünschte sich doch eine Säuberung von den Problemen, am besten wegschieben, woanders hin, wo man es nicht mehr sehen muß und es die Kinder nicht tagtäglich vor den Augen haben. Von Seiten der AL und dem Pfarrer wurde dann noch darauf hingewiesen, daß man da sehr wohl auch nach den Ursachen suchen muß und die Symptome nicht einfach wegschieben kann. Morgen nach der Demo wollt ich mich mit Stephan noch mal treffen, so zum Klönen. Ansonsten bin ich für diesen Tag restlos bedient. Es ist zwar spannend so viel, und so viel verschiedenes zu machen mit Menschen, aber es ist halt auch saumäßig anstrengend.

Sonntag um 10 Uhr Gottesdienst. Ganz pünktlich hab ich's natürlich nicht geschafft. Aber ich wußte ja, worum es in der Predigt geht. Herr Klemm spricht die eigentliche Aktualisierung nicht aus, das darf jeder selber tun, aber die Tendenz war doch so ziemlich eindeutig. Unter bestimmten Umständen kann Eigentum zum Diebstahl werden, wenn ich's sozusagen Gott wegnehme. Auf jeden Fall lag der Gedanke an Hausbesetzungen sehr nahe (Wenn es auch Besetzer gibt, die ihrerseits wieder Diebstahl am Eigentum begehen). Darüber wurde dann auch so im Predignachgespräch geredet. Auch die Frage der Verantwortung vor Gott wurde angeschnitten. Eine Frau sagte da recht treffend, wenn man von irgendwas die Folgen nicht absehen kann, dann läßt sie lieber die Finger davon, weil sie nicht weiß, ob es richtig ist. Ich meinte, ich tu das, was ich für richtig halte, sollte es sich als Fehler herausstellen, hab ich nach bestem Wissen und Gewissen gehandelt, und da hilft mir Gott bei der Last der Verantwortung, und dann hab ich auch Mut, was zu machen, auch wenn ich nicht absehen kann, ob's nicht vielleicht falsch sein könnte.

Man muß ja nicht gleich besetzen, es gibt für andere Leute bestimmt viele andere Möglichkeiten. Herr Klemm meinte, nur das, was ich tu, muß ich verantworten, net das, was ich nicht tu. Das Abnehmen der Verantwortung ist kein Freifahrtschein für Drückebergerei, wie es wohl ein jüngerer Typ meinte, aber der hatte sowieso 'nen Knacks weg. Der meinte auch, er hätt den Heiligenschein gepachtet. Einem anderen jüngerem Typen hab ich anschließend noch unser Haus gezeigt, sonst waren wenig Leute da, aber mehr jüngere und noch eine Pfarrersfrau aus der DDR, die von drüben berichtet hat, das war auch ganz interessant.

Montag Mittag Gottesdienst in einem Altenheim in der Winterfeldtstraße. Mir gings schon den ganzen Tag nicht besonders gut. Ich wußte auch nicht so genau, was auf mich zukommt. Es waren sechs ältere Leute, darunter ein Ehepaar, noch ein Mann vom Büro da wohl und Schwester Anne-Marie. Meine Kleidung war schon etwas unpassend, aber so lauf ich immer rum, und ich will mir, solange ich das Praktikum mache auch keinen abwurschteln, sondern will es nur einfach ausprobieren. Die Situation war schon ganz schön gespannt, irgendwie trotzdem konnt ich mich auf den Gottesdienst konzentrieren, soweit es halt ging wegen meinem Kopfweg, ich war dann nicht mehr ganz da und fühlte mich schon auf Grund dessen etwas unwohl; da ist es dann nochmal doppelt so schwierig, wenn ich's dann nicht packe auf Leute zuzugehen, weil die Sachen dann auch bereinigt werden können, aber dazu muß ich in mir wohl fühlen. Nach dem Gottesdienst gabs dann noch Kaffee und Kuchen, da hat mich die eine Frau auch angesprochen, weil die Haare über der Kaffeekanne hingen, is' ja auch ihr gutes Recht, wenn's sie stört. Ihr Mann hat erzählt von ihrer beiderseitigem gutem Glauben. Gott ist im Himmel, der Teufel auf der Erde und der macht den Menschen zu schaffen und macht sie schlecht. Aber hier kennen sie keine schlechten Menschen mehr. Eine Frau war wohl im Krieg ausgebombt worden, eine andere hat auch angefangen, von ihrer Geschichte zu erzählen, von den Häusern hier, ihrem Laden vor dem Krieg. Ich bin dann noch mit Herrn Klemm hoch, um einer kranken Frau das Abendmahl auszuteilen. Das ist echt wichtig für die Leute, wenn sie selber nicht mehr in die Kirche können. Die Frau hat gearbeitet nach dem Krieg, als Hauswartsfrau, kurz nachdem sie aufgehört hatte, hat sie einen Herzinfarkt bekommen, und danach ging's los mit den ganzen Krankheiten. Sie schluckt eine ganze Apotheke, aber die Mittel wirken zum Teil schon nicht mehr. Das Zimmer in dem Heim ist winzig, gerade Platz für Bett, Couch, Tisch, Schrank mit einem schmalen Durchgang zur Kochnische, vorne noch eine Toilette. Gebadet wird in 'nem Wannenraum, davon hat sie zumin-

dest erzählt. Auch von ihrer Angst, irgendjemand Fremdes würde kommen (von den Angehörigen wird sie relativ oft besucht), man kann ja nie wissen. Irgendwie ist mir das auch bei den anderen aufgefallen, sie sind auch im Gottesdienst lieber unter sich, es ist ja auch ganz schön so im trauten Kreise. Wenigstens scheinen sich die Leute in dem Heim wohl zu fühlen. Von den Krawallen in der Straße werden sie sich wahrscheinlich bedroht fühlen, man kann ja nie wissen, ob nicht so'n Chaot 'ne alte Oma ausrauben will. Aber darüber konnte ich nichts fragen heute, dazu gings mir zu schlecht. Ich bin dann auch gleich heimgegangen. Bei meiner Kleidung, meinem Stil, den ich so auch mal ausleben möchte in der Gemeinde, hab ich auch Unterstützung von Herrn Klemm, das tut auch gut. Der Frust ist dann wieder meine Sache, das nehm ich auch gerne auf mich, um mich 'net zu verstellen. Das seh ich auch gerade als Sinn für mich in dem Praktikum, auch Leute, die so aussehen, wie ich, können ganz nett sein.

Dienstag. Heut war ein schöner Tag. Um 10 Uhr Treffen zur Vorbereitung von einem Familiengottesdienst zum Thema Frieden. Leider können Elke und ich nicht, wenn der Gottesdienst stattfindet, weil da die Auswertungstagung ist. Aber der Ansatz war schon ganz gut, es soll nicht um den Nato-Doppelbeschluß gehen, da haben die meisten eh schon ihre feste Meinung dazu, sondern um die Ursachen des Unfriedens, wie die Erziehung in der Kinderstube, die notwendige Lehre der Anpassung in der Schule, die Schreckgespenster der Erziehung, die Feindbilder in unserer Gesellschaft, wie kommt es zur Ausländerfeindlichkeit, wie diese Situation erst einmal durch kurzfristiges Profitinteresse entstanden ist, daß nun ein Sündenbock herhalten muß, und selbstverständlich taucht hier die Frage nach den Asylananten auf und der unwillkürliche Vergleich zu den Juden. Soweit zum Thema Frieden. Kurze Pause mit Frühstück zuhause, um 15 Uhr war ein Besuch angesetzt bei Herrn und Frau B. in der Winterfeldstraße, die sich auf ihre goldene Hochzeit vorbereiten. Das Gespräch war sehr interessant. Die beiden haben schon eine lange Geschichte hinter sich mit immer neuen Anfängen, nach dem Motto "Wem Gott will rechte Gunst erweisen, den schickt er in die weite Welt". Mut zum Leben, sonst kann da gar nichts draus werden. Drei Kinder und sieben Enkelkinder gibt es, die wohl auch ganz unterschiedlich geworden sind. In der Winterfeldtstraße wohnen sie schon länger, dort hatte er auch eine Firma, Schlosserei - Klempnerei oder so was, später bekam er da die Hauswartsstelle. In den 15 Jahren, seit sie da wohnen, haben sie aus dem ziemlich verfallenen Gartenhaus eine ganz tolle Wohnung gemacht.

Bad und WC gekachelt und gefliest, eine Ölzentralheizung, Doppelfenster sind fast überall. Er macht auch viel im Haus, Rohre, Elektrik, was halt so anfällt. 1978 übernahm die Grundag das Haus. Die Planungen bezogen sich im wesentlichen auf eine Erweiterung der Schule, die hinter dem Gartenhaus ist, aber das ist jetzt weggefallen. Mit den Besetzern verstehen sie sich gut, beide helfen, wo's nur geht. Ja, angepöbelt sind sie auch mal worden, von 'nem Grünhaarigen, aber der gehörte nicht zum Haus, der war nur zu Besuch. Mit anderen Leuten in der Straße gibt's schon mal Schwierigkeiten, wenn man da wohnt und dann vielleicht auch noch zu denen hält. Die ganze Misere, die da getrieben wurde, daß an den Häusern seit dem Krieg nichts mehr gemacht wurde, der Vorbesitzer immer nur Geld rausgezogen hat und nix gemacht hat, das alles sehen diese jungen Leute doch auch, das ist nur richtig, was die machen, nur mit der Gewalt nicht (hat er ja recht, aber manchmal ist es anscheinend nötig, und verständlich find ich's sowieso). Mietverträge haben die Besetzer angeboten bekommen, die haben sie nicht angenommen, das weiß er ja nicht, ob das nicht verkehrt war. Über die Mietverträge, die Türken für besetzte Wohnungen bekommen haben, ist er sauer; so geht es nicht, und er ist auch nicht informiert worden von Herrn Schubrick, so Mauscheleien mag er nicht, unter solchen Bedingungen kann er nicht für die Grundag arbeiten (er betreut die Häuser, weil die keine Ahnung haben, was denn nun noch bewohnt ist). Als Lied für die Hochzeitsfeier (Goldene) wurde "Wer nur den lieben Gott läßt walten" herausgesucht.

Danach heim und gleich beim Tapezieren eingespannt.

Um 19.30 Uhr ein Treffen mit Netzwerk, BSM und den fünf Grundaghäusern. Es ging dabei um die zwei Mietverträge für besetzte Wohnungen und um einen Brief an den Senat zur Aufnahme von Verhandlungen über ein Trägermodell mit Netzwerk. Morgen soll auch mit der Grundag gesprochen werden. Die Leute von der BSM (Beratung für Sanierung und Modernisierung) fingen dann noch an, daß wir irgendeine Organisationsform finden müssen, und alles noch möglichst schnell, das dauert eh so lang, einen Verein zu gründen; am besten erst einmal einen langjährigen Nutzungsvertrag abschließen und dann verhandeln. Da kam aber dann doch Protest. Die glauben doch nicht im Ernst, irgendeiner wolle mit den Häusern noch verhandeln, wenn sie legalisiert sind. Das ist doch der letzte Druck, den wir haben. Wieso kapieren denn die nicht, daß es um mehr geht als um das eigene Haus für 15 Jahre. Ein besetztes Haus läßt sich schlecht verkaufen, und ein CDU-Senat kann sich illegale Zustände nicht erlauben. Wieso haben die anderen Leute immer mehr Angst vor einer Räumung als die Besetzer selber? Sicher, so etwas wie am 22.9. soll nie wieder vorkommen. Trotzdem kam mir zu Hause das große Unbehagen durch einen taz-Artikel. Der Senat solle doch die Häuser kaufen und Instandsetzungsgelder vergeben, das würde dann 121 Mio. kosten, 185 Mio. an unnötigen Subventionen

könnten gespart werden, Gelder, die der Senat sowieso nicht hat; wenn er so weitermacht mit der Wohnungspolitik, bricht der Finanzhaushalt zusammen. Selbsthilfegruppen heißt das Zauberwort. Wir Besetzer also letztlich als Stütze des Systems - nein danke!

Donnerstag ganz früh morgens Mitarbeiterversammlung, na ja, war ganz nett. Zu Hause dann Holz gehackt, gefrühstückt, Milch geholt, einkaufen gegangen fürs Müslizeug.

Abends Bibelstunde noch in denselben Klamotten, unter 13 alten Frauen, einem älteren Mann und sonst nur noch Mitarbeitern. Ich bin fast eingeschlafen, obwohl das gar nicht so uninteressant war. Konnte fast spüren, was die Leute über mich gedacht haben. Nicht Ablehnung, sondern Unverständnis.

Für Samstag hab ich 'nen Gesprächstermin bei Klemm vereinbart, eigentlich sollte Elke mit dazukommen, aber ich hab vergessen, ihr Bescheid zu sagen. Abends mußte ich dann zum Volleyball, duschen (geht bei uns gerade nicht, weil wir keine Kohlen mehr haben).

Danach hab ich 'ne Razzia in der Kurfürstenstraße mitgekriegt gegen die Fixer, ich hab mich halb tot geärgert.

Freitag Praktikumstreffen in der Gropiusstadt. Elke hat da erzählt, daß sie ziemlich frustriert gewesen wäre, was ich auch verstehen kann. Sie will jetzt aber mit Frau Buus zusammen eine Einheit für die Kindergruppe zum Thema "Wohnen" machen, und wenn sie das Gemeindeblatt austrägt, die Unterschriftenlisten gegen die Aufhebung der Mietpreisbindung mitnehmen. Ich hab halt erzählt, wo ich so ansatzweise dran bin. Und daß ich mir überlegt habe, in der Gemeinde zu fotografieren, außerdem will ich mir einen Stadtplan besorgen, von dem Bezirk halt und den selber ausfüllen. Einen Fragebogen haben wir noch mitbekommen, den kann ich ja zumindest, was die Gemeinde angeht mit Elke zusammen ausfüllen. Dann sind wir noch so'n bißchen in Gropiusstadt rumgelatscht. Da ist nichts Rundes dabei, alles eckige Formen und zunächst einmal könnt' ich die Häuser nicht voneinander unterscheiden, sie haben keinen Charakter. Die Ansätze sind je manchmal nicht schlecht, man muß auch keine Kohlen schleppen und keine Treppen laufen. Der Pfarrer sagte nicht Leute oder so was, sondern immer Menschen, das muß man in der Umgebung wahrscheinlich auch betonen, sonst könnte man es vergessen. Sicher kann man dort leben und wohnen mit vielen Sachen, die man wohl auch verbessern könnte. Ich kann auch nicht so genau fassen, was mich daran stört. Soziale Probleme gibt es in Kreuzberg bestimmt mehr und viel mehr zu kritisieren und viel kaputte Leute und schiefe Wände und Ratten und versiffte Clos, vielleicht ist es wirklich das, daß man betonen muß, daß da Menschen wohnen.

Von dem Gespräch mit Herrn Klemm am Samstag kann ich hier nichts wiedergeben, da es schnell sehr persönlich geworden ist. Es bringt 'ne ganze Menge für mich, Sachen auf so 'ne Art aufzuarbeiten, wo das, was ich erlebe, nicht von meinen eigenen Schwierigkeiten und den Sachen im Haus getrennt abläuft, von dem was ich bin, oder was ich sein will und nicht schaffe, von meinen Ansprüchen und Ängsten. Eigentlich ist das der einzige Weg, um Theologie zu lernen, an den Punkten nachzuhaken, wo ich mich dran reibe, ausprobieren, und mit jemand aufarbeiten, der vielleicht auf seinem Weg schon ein ganzes Stück weitergegangen ist.
Scheißküchendienst!

Sonntag zum Gottesdienst verpennt. Rainer fährt morgen weg. Plenum war noch und am Abend Frauenfest im Kuckuck und sonst wollt ich lieber mit Rainer zusammensein.

Montag, 8.3., meine Schwester hat heute Geburtstag. War nicht da, wo ich anrufen habe, geschrieben hatte ich auch nichts. Ungut. Abends war dann Gemeindegemeinderat. Im ersten Punkt ging es um Haushaltsfragen, so Bausachen und Heizung, dann gings noch um die Vermietung des Saales. Im wesentlichen ging es um die Abendmahlfrage nach einer Anfrage des Bischofs an die Gemeinden. Es wurde dann über einen Antwortvorschlag diskutiert, auch wenn der GKR selber nicht beschlußfähig war.

Solche Anfragen sind eigentlich nicht schlecht, es ist wohl auch wichtig, sich nicht nur über Haushaltsfragen etc. zu beraten. Die Diskussion war auch recht spannend, fand ich, und gelernt hab ich auch was dabei. Dann kam noch ein Punkt, der auch recht heikel war, und zwar ist im Gottesdienst oft ein behindertes Kind anwesend, das vor allen Dingen während der Predigt erheblich stört und letzten Sonntag hatte eine ältere Frau sehr feindselig um Ruhe gebeten. So was sollte in Zukunft vermieden werden. Aber Behinderte einfach rausschmeissen ist ja auch nichts. Vielleicht sollten die, die etwas hören wollen, vorne zusammenrücken, oder ein anderer Vorschlag war, den Betreuer zu bitten mit dem Kind währen der Predigt kurz rauszugehen. Schließlich ist es auch für den Pfarrer sehr schwierig, sich zu konzentrieren. Herr Klemm hatte schon überlegt, die Predigt zu unterbrechen.

Dienstag war wieder ein langer Tag, elendlang, ziemlich k.o. Morgens waren zwei Besuche bei älteren Damen zu einer Abendmahlsfeier. Beide wohnten in Altbauwohnungen. Beim ersten Besuch hab ich nicht viel gesagt, ich wollte auch die feierliche Stimmung nicht stören, wo die Frau dann auch sehr ergriffen war und an ihren verstorbenen Mann gedacht hat. Sie hatte mehrere

Herzinfarkte und kann auch nicht mehr richtig laufen. Auch die andere Frau war an ihre Wohnung gefesselt. Sie hat auch gesagt, daß sie Angst vor draußen hat, weil sie da so hilflos ist, sie ist ja auch schwerkrank, kann kaum sehen, hat auch schon einen Schlaganfall gehabt. Es war auch wirklich wichtig für die beiden Frauen, die beste Tischdecke wurde aufgetan, sie können ja nicht mehr in die Kirche kommen. Von den Wohnungen her gesehen würd ich schon sagen, daß die nicht zu groß waren, 2-3 Zimmer und Küche. Man mag vielleicht sagen, jeder braucht nur ein Zimmer, wie im Heim. Aber wenn ich mir vorstelle, nur auf die Wohnung beschränkt zu sein, kaum draußen zu sein, nur in Ausnahmefällen, dann fällt einem in einem einzigen Zimmer bestimmt die Decke auf den Kopf, da stumpft man bestimmt viel mehr ab als wenn man mehrere Räume hat, wie Schlafrum, Aufenthaltsraum und Küche, wo viel Platz ist für irgendwelchen Krimskrams, mit dem man sich beschäftigen kann. Man ist nicht so eingesperrt, hat sozusagen Auslauf. Hat die Möglichkeit zu gestalten. Auf engem Raum geht das überhaupt nicht mehr.

Dann bin ich kurz heim, Holz hacken, was einkaufen für mich (bin jetzt für die Zeit vom Praktikum aus der Küche oben raus, weil ich das nicht mehr pack. Für 'ne Freundin 'ne Strafe bei der BVG gezahlt.

15 °° Uhr Predigtbesprechung. Uli (Frau von Stephan) war auch mit dabei. Es war ziemlich schwierig, da sich die Meinungen, von Klemm und Stephan irgendwie nicht finden konnten, das macht Stephan auch große Probleme. Er hat mich dann auch nochmal danach gefragt, aber ich konnte auch schlecht weiterhelfen an dem Punkt. Wir sind dann zur Konfaprüfung gegangen, es war äußerst zähflüssig, Herr Moser hat auch zuviel geredet. Es zog sich ewig hin und ein paar von den Eltern haben mich böse angeschaut, weil ich angefangen habe, mir lauter kleine Zöpfchen zu flechten.

Danach ein wenig Auslauf mit Kebab und weiter gings mit Netzwerk, erst die Besetzer unter sich über Autonomie, Enteignung, Loswerden der Grundag, dann wurde kurz gesagt, was der Typ von Netzwerk Rasty (Rastemborski) morgen erzählen soll, weil der auf den Brief reagiert hat. Dann wurde noch über Netzbau geredet. Viele haben doch Angst, daß Netzbau zu einer alternativen "Neuen Heimat" wird, daß sich das Ganze zu 'nem Alternativkonzern aufplustert. Ist ja vielleicht nicht die Absicht, der Leute, die jetzt mit dabei sind, aber am Anfang war die "Neue Heimat" ja auch anders. Die Besetzer wollen sich halt im Notfall vor Netzbau schützen können, zumindest gibt es noch einiges zu klären. 10 Stunden waren es diesen Tag gewesen.

Eigentlich sollte Mittwoch früh das Praktikantengespräch stattfinden, aber ich war noch zu erledigt, ich bin nach dem Wecker gleich nochmal eingeschlafen; Elke kam aber auch erst später und Frau Buus konnte auch nicht.

Abends war noch ein Treffen in der Wile 31 (Winterfeldtstraße). Der Typ vom Netzwerk hat von dem Gespräch mit Rasty erzählt. Daß der halt schon recht angetan war von der ganzen Idee mit dem Träger. Schwierig wird es nur mit der Frankenstraße. Er wollte auch wissen, wie ernst es den Besetzern ist und hätte sich gerne mit ihnen getroffen. Für ihn ist es wirklich schwierig, weil die Leute Selbstverwaltung wollen und auch selber bestimmen wollen, wer in dem Haus wohnt, anders ziehen sie nichts gegen die anderen Häuser durch, nicht für poplige Mietverträge. Und da hat er natürlich seine Partei gegen sich. Aber es soll ja eh wieder geräumt werden, da kann man sich die ganzen Gedanken auch sparen.

Danach bin ich noch zum Besetzerrat. Es war tödlich. Ging 'ne ganze Weile um Überfälle von Skinheads, dann störten die normalen Kneipengänger im KOB ganz erheblich, das wesentliche, nämlich die anstehende Räumung in der Schulstraße wurde nicht besprochen, ist auch keinem was Gutes dazu eingefallen. Ich kann es auch noch nicht glauben, daß die Kacke schon wieder von vorne losgehen soll.

Donnerstag früh nur ganz kurz Mitarbeiterbesprechung. Das wesentliche war für mich, daß wieder öfter Spritzen und Besteck auf den Clos gefunden wurden, die Fixer geh'n halt ins Gemeindehaus, wenn sie woanders nicht mehr hinkönnen. Es wurde einfach kurz abgehandelt. Clos zu, aus. Ich wollte nichts mehr sagen, nachdem Herr Klemm das auch so abgehandelt hat, fühlte ich mich zu sehr auf verlorenem Posten. Ich weiß ja selber nicht, was jetzt richtig ist, ob man sie nicht nur unterstützt, aber so einfach sollte man es sich doch wieder nicht machen. Außerdem war ich tierisch k.o., weil ich die Nacht durchgemacht hab. Bin auch gleich wieder heim, nach einem kurzen Gespräch mit Stephan über die Predigt.

Freitag morgen wieder Praktikantentreffen. Es hat sich nichts wesentlich neues ergeben. Nur das mit den Fixern hab ich noch mit Herrn Klemm geklärt.

Nachmittag sollte ich dann wieder kommen zur Predigtvorbereitung, ich bin dann viel zu spät losgegangen und keiner hat mir aufgemacht. War auch nicht besonders unglücklich darüber, mein Kopf war eh woanders.

Teilweise bei der Demo morgen und die anderen drei Viertel bei Rainer.

Am Abend sind wir dann gut ausgerüstet mit Augenspülungen etc. nach Frank-

furt losgefahren. El-Salvador-Demo. Hoffentlich geht das gut da drüben, die habens ganz schön hart. Aber auch 'ne Power ist da, da sind wir echt Waisenkinder dagegen. Vaterland oder Tod. Und ich hab schon höllischen Schiß vor so 'nem Knüppel.

Sonntag Gottesdienst. War ziemlich stressig, ich hab mich mit 'nem Konfirmanden angelegt, der ständig geredet hat, und die Predigt von Stephan wollt ich nun wirklich hören. Erst hab ich gefragt, ob er nicht aufhören könnte, dann hab ich gesagt, er soll endlich die Klappe halten. Dann hab ich mich neben ihn gesetzt und gemeint, daß der demnächst eine fängt oder ich ihn rausschmeiße. Dann hat er aufgehört, aber angefangen, mit den Fingern zu trommeln, da bin ich ihm weiter auf den Pelz gerückt und wollt mit ihm vor die Tür gehen, da sind dann aber alle Konfis eh raus. Ich bin ihm hinterher und hab nochmals versucht, mit ihm zu reden, warum ich so stocksauer war und daß er seinen Frust gefälligst nicht an mir auslassen soll, wenn er sich konfirmieren läßt und keinen Bock dazu hat.

Nach dem Gottesdienst war noch ein alter Mann da, der von den Sanis geholt werden mußte, der war auch ganz gut drauf. Er war mal in 'nem Altersheim, aber da hat er sich 'ne Wohnung gesucht, weil es gräßlich da war, mit den anderen auf dem Zimmer. Auch wenn er so aussah, als hätte er überhaupt kein Zimmer. Immer diese Vorurteile, gräßlich. Danach bin ich heim. Meine Gedanken waren auch schon nicht mehr bei dem Praktikum, sondern in Südfrankreich und bei Rainer.

Montag sollte um 15 °° Uhr ein Praktikumstreffen sein, selbiges hat natürlich nicht stattgefunden, statt dessen gab es Ärger in der Wife 31 mit Bauarbeitern.

Es gab dann noch Tee und Kuchen bei Herrn Klemm mit Stephan, die waren in der Wife gewesen. (Herr Klemm ist da ganz gut drauf, die Besetzer kennen ihn und er kann mit denen quatschen, aber er kann auch mit dem Einsatzleiter so seine Zigarette rauchen, und von beiden Seiten ist diese Vermittlerrolle doch irgendwo akzeptiert. Ein Vorteil der Rolle "Pfarrer") Wir haben so ein bißchen den Gottesdienst nachbesprochen, alles mögliche halt, irgendwie hab ich mich wohl gefühlt, nicht gestresst, ich müßte jetzt das sagen, oder könnte etwas falsch machen oder irgendso ein Blödsinn. Manchmal geht's mir im Praktikum fast besser als im Haus, grade wo Rainer nicht da ist und ich auch noch oben in meiner WG nicht mehr klar komme. Danach kamen drei Polen an, die irgendwo in 'ner alten Kapelle ein Mysterien-

spiel aufführen wollten. Ein Beruf mit sehr weit gestreutem Spektrum. In der Wife hatte sich dann alles beruhigt, als wir nochmal hin sind. Mit einer Frau noch ganz gut gequatscht über die vielen Sachen, die im Besetzerleben einfach zu kurz kommen, der Terminkalender ist einfach zu voll, ständig Sachen, die so von außen auf einen zukommen, zu wenig Zeit im Haus mit den Leuten.

Dienstag morgen in Zehlendorf den bürokratischen Teil der Uni für's nächste Semester erledigt, bin dann noch in der Gegend von der Schulstraße spazieren gegangen. Nachmittags wurde die Wife 31 durchsucht, war aber nicht so wild. Abends fühlte ich mich ziemlich krank, und bin nicht mehr hin zu dem Netzwerktreffen.

Mittwoch gab's nichts, wo ich hätte dabei sein können, hab dann ausgemacht, auch mal alleine was zu machen. Für Freitag ist ein Termin ausgemacht mit der Frau Amelang. Die ist Mieterin in dem teilbesetzten Haus Wife 37, und zwar hat die einen Tag ungefähr vor der Besetzung 'nen Mietvertrag bekommen, die Besetzerinnen haben das aber nicht geglaubt und gesagt, der Vertrag ist zurückdatiert. Sogar der Besetzerrat hatte der Frau Recht gegeben. Die hat's auch verdammt schwer, 'ne Wohnung zu kriegen, sie hat 'nen farbigen Freund, und zwei Kinder von ihm, ist aber nicht verheiratet. Die eine alte Frau wollte ich dann noch besuchen, aber die war telefonisch nicht zu erreichen. Hatte eh noch ein paar Sachen zu erledigen, bin also wieder abgezogen. Bei uns im Haus waren grade Stadtplanungsreferendare zu einem "Instandbesetzungsrundgespräch".

Da waren dann so die Fragen, wann ein Haus abgerissen gehört. Wir haben ja schließlich auch nur 6,10 m zwischen den beiden Seitenflügeln, und im 1. Stock, wo ich mein Zimmer hab, geht's nach Norden raus, da brauch ich auch den ganzen Tag Licht an. Aber dafür hab ich oben schöne helle Gemeinschaftsräume, außerdem streichen wir die Fassade weiß, das macht auch 'ne Menge aus. Nur die dunkle Bude zu haben, wäre gräßlich. Bei vielem, was verkorkst scheint, kann man immer noch was draus machen mit Phantasie, aber die fehlt ja grade den Leuten, die von oben herab über so 'n Haus bestimmen, sei es Senat, Neue Heimat, Architekten oder sowas.

Donnerstag früh wieder Mitarbeiterbesprechung. Ich kam wie üblich zu spät, obwohl ich um sieben aufgestanden bin. Irgendwie hatte ich ein gutes Gefühl, daß mich die Leute ein bißchen kennen, nicht mehr so mißtrauisch sind, sondern viel freundlicher. Ich bin halt anders, aber gehör ein bißchen dazu.

Danach Praktikantengespräch mit Stephan, Lemm und Elke, der Rest fehlte. Ich hab nach der Netzwerksache gefragt, da hat Herr Klemm ziemlich ausführlich erzählt. Ich hab so gefragt, welche Mitarbeiter im Gemeindebezirk wohnen. Stephan ist dabei aufgefallen, daß die Mitarbeiter, die zum Friedhof gehören, nie dabei sind und bei dieser Frage auch gar nicht in Erwägung gezogen wurden.

Nachmittags wurde die Schulstraße geräumt. Ich bin dann noch zur Bibelstunde, hab aber nichts mitgekriegt. Danach noch ein bißchen mit Stephan und Klemm geredet, bin auch wieder ruhiger geworden.

Freitag war ich noch zu dem Gespräch bei Frau Amelang, das war ziemlich gut, ich wollt da auch auf jeden Fall noch mal hingehen. Wir haben halt so im wesentlichen darüber geredet, wie sie kurz vor der polizeilichen Räumung doch noch in die Wohnung konnte, wie das so abgelaufen ist, daß so die Beziehung zu den Besetzerinnen trotz allem gut war und gut ist, das hat das ganze auch so schwierig gemacht. Im einzelnen möcht ich aber nichts über das Gespräch sagen.

Sonntag bin ich dreiviertel abwesend doch noch in den Gottesdienst. Da war ein total verkorkstes Nachgespräch, die Meinungen kamen nicht ansatzweise auch nur dahin, daß man sich vernünftig unterhalten konnte. Eigentum ist ein heikles Thema. Ich wollt erst schweigen, dann muß ich doch irgendwas sagen, aber das hat überhaupt nichts gebracht, wir sind dann auseinandergegangen. Die Meinungen waren genauso extrem wie die ganze Gemeinde und der Pfarrer quatscht dazwischen. Hier muß man sehr viel Geduld haben und die Hauptaufgabe ist wohl die, die Gräben nicht zu groß werden zu lassen und es nur geht, Brücken zu bauen, solange es noch nicht zu spät ist.

Montag bin ich erst mal in Urlaub gefahren, das war dringend nötig, der lange dunkle Winter in Berlin hat mich ziemlich fertig gemacht. Danach hab ich das Praktikum fortgesetzt, wenn auch nicht mehr ganz so intensiv.

4. Auswertung

Das Wichtigste in dem Praktikum waren für mich die Gespräche, auch wenn ich viele andere Sachen auch gemacht habe. Nur so wurden diese ganzen Aktivitäten auch aufgearbeitet. Ohne so 'ne Gesprächsmöglichkeit möchte ich so 'nen Job eigentlich nicht machen, die Arbeit wird dann irgendwie hohl. Auch die Vielfalt, die Unberechenbarkeit dessen, was so auf mich, bzw. den Pfarrer zukam, hat mir Spaß gemacht, aber es kann auch zum Stress werden,

wenn nicht genug Zeit ist, über das Erlebte nachzudenken.

Was mir auch aufgefallen ist, ist, daß ich es vom Zeitaufwand her im wesentlichen mit Mitarbeitern zu tun hatte. Dann gab es noch Hausbesetzer und alte Leute. Andere Leute hab ich nur vereinzelt gesehen, so in der BI Verkehrsberuhigung oder im GKR. Gemeinde an sich war nicht faßbar, es gibt nur diese oder jene Aktivität, zu der bestimmte Leute hingehen (darunter fällt auch der Gottesdienst), aber kein großartiges Zusammengehörigkeitsgefühl. Dazu kommt noch verstärkend, daß die alten Leute gehbehindert sind und die Jungen nicht freiwillig in die Kirche gehen, die Kirche muß in die Häuser gehen, wenn sie Leute erreichen will. Dazu kommen hier diese extrem verschiedenen Leute in der Gemeinde. Der einzige Verbindungspunkt ist der Pfarrer. Es ist sehr schwierig, das auch nur auf einen ganz kleinen Nenner zu bringen, jede Gruppe lebt für sich in ihrem Nest, das sie sich gegen eine feindliche Umwelt aufgebaut hat. Mit Schuld an diesem Zustand ist sicher auch die fortschreitende Sanierung, viele werden aus ihren ursprünglichen, vielleicht gemischteren Lebenszusammenhängen herausgerissen und tun sich zusammen (Altenheim z.B.), oder sie bekommen nach der Umsetzung einfach keinen Kontakt mehr zu Nachbarn oder Kirche.

Teilweise ist der Kiez aber auch schon länger kaputt. An den Häusern wurde ewig nichts mehr gemacht, die ganze Wohngegend verslump so ein wenig, bzw. sozial schwächere Schichten, die häufig auch soziale Probleme mit sich bringen, ziehen hinzu, weil die Mieten noch erschwinglich sind. Für Familien mit Kindern ist die Gegend hier auch nicht gerade attraktiv mit zwei großen Hauptverkehrsstraßen, Fixern, Straßenstrich usw.

Nur die Alten bleiben. Der außergewöhnlich hohe Altenanteil und die massiven sozialen Probleme im Gemeindebezirk sind einfach für eine Gemeinde nicht zu verkraften, das trägt sicher zu dem speziellen Charakter dieser Gemeinde ganz erheblich bei. Die Probleme sind nur zu offensichtlich, aber kaum zu bewältigen, also schließt man sich ab dagegen in seine eigene kleine Welt und will nix mehr wissen davon, die einzelnen Gruppierungen bauen sich ihr eigenes Ghetto. Die Besetzer haben wohl versucht, hier was draus zu machen, aber die Leute sind schon ganz schön zugeknöpft und sie sind jetzt auch ganz schön unter sich, viel schlimmer als in Kreuzberg, weil die Gegend hier auch anders ist, eine andere Geschichte hat, und so kam noch mal eine neue Gruppierung mit neuen Problemen dazu, gewachsen auf dem Boden von alten Problemen.

Die Hauptaufgabe der Kirche ist hier wohl zumindest ansatzweise zu vermitteln. Dazu muß sie zu den Leuten hingehen, die bleiben sonst in ihren Häusern hocken und schimpfen auf die schlechte Welt. Wo man sich nicht kennt, ist es auch leicht, Feindbilder aufzubauen.

Hier im Bezirk gab es auch nach dem Tod von Klaus-Jürgen Rattay die härtesten Sprüche gegen uns, wir durften nicht mehr in die Bank und bekamen keine Brötchen mehr verkauft. An der Todesstelle bekamen wir zu hören, daß man noch ein paar von uns umlegen sollte, dann wär schon irgendwann Ruhe. Grabesruhe. Trotzdem denk ich, gibt es hier schon noch die Möglichkeiten, den Kiez hier etwas freundlicher zu gestalten, weil noch nicht alles tot-sanisiert ist, wie in der Nollendorfstraße, da ist schon fast Totenstille in der Straße (find ich zumindest, der Gerechtigkeit halber muß ich sagen, daß es in der Steinmetzstraße ganz gut ist.).

Für mich selber hat das Praktikum 'ne ganze Menge gebracht. Ich bin mir klarer geworden in Bezug auf mein Unbehagen gegenüber dem Studium. Ich kann 'net so theoretisch vor mich hinstudieren, andererseits möchte ich aber auf ein bißchen Theorie auch nicht ganz verzichten. Die Theorie muß ich jedoch irgendwie mit dem, was ich erleb, in Zusammenhang bringen, sonst ist es für mich leeres Gefasel. Ich hab versucht, das für mich zunächst so zu lösen, daß ich ganz wenig nur mach im Semester, aber dann halt auch kein Geld mehr nehme von zuhause, finanziell auf eigenen Füßen stehe; dafür brauch ich keine Hektik machen mit der Uni und geh nur hin, wenn's mir was bringt ohne das Ziel Examen zu haben. Den Beruf Pfarrer werd ich wahrscheinlich sowieso nicht ausüben, es sei denn, mich würde eine Stelle ganz besonders reizen, meine Fähigkeiten liegen auch glaub ich weniger im normalen Gemeindebereich, als dort, wo ich, so wie ich bin, mit Haut und Haaren drinhänge und engagiert bin. Ohne den Zusammenhang Leben/Wohnen und Arbeit bzw. Praxis und Theorie mag ich nix machen. Auch für meine persönlichen Schwierigkeiten haben mir die Gespräche mit Herrn Klemm 'ne Menge gebracht.

Bußtag - Gottesdienst der Taborgemeinde im besetzten "Kerngehäuse",
Cuvrystraße - 2 Ansprachen - 18.11.81

Ansprache einer Nachbarin

Jede Nachbarschaft bringt Veränderung - sie kann sehr sichtbar werden - sie kann verborgen bleiben - aber eine Wirkung ist immer da.

Es können Nachbarn neben mir wohnen, bei denen es so ist, als wären sie nicht da. -Zugemauert - eingemauert in ihrer Behausung. Schade, sie verändern mein Leben auch möglicherweise dahin, daß ich den Rückzug antrete.

Bevor die Leute hier im Kerngehäuse eingezogen sind, mußten zugemauerte Türen aufgeschlagen werden. Dahinter lagen leere, hohle Räume. Räume, in denen es keine Nachbarn gab. Wie mancher hatte vorher geseufzt: "Nur noch ein paar Leute wohnen in meinem Haus ...". Die lieben, alten, vertrauten Nachbarn waren weggezogen oder verstorben, waren hinausgegrault worden. Die Türen wurden hinter ihnen zugemauert - nichts da. Keiner, mit dem man reden konnte, der einem zu viel Krach gemacht hätte - oder zu wenig. Keiner, der eine Zeitung mitgebracht - und keiner, der einem im Krankheitsfall beigestanden hätte.

Der drohende Abriß - gähnende Leere, Neubauten, wo einer den anderen nicht kennt - Arbeitsstellen weit abseits - das schien die Zukunft.

Und dann werden da zugemauerte Türen mutig geöffnet. Es wird nicht gehindert, weil es nicht rechtens gewesen war, sie überhaupt zuzumauern. Leben zieht ein - Nachbarn sind da! Ich glaube, jede Nachbarschaft bringt Veränderung.

Wenn ich erlebe, wie meine Nachbarn leben, wenn ich mit ihnen sprechen kann, wir uns austauschen können, wenn wir einander besser kennenlernen, werden wir Bereicherungen in unserem Leben erfahren.

Das kann das neue Kochrezept sein, das kann aber auch viel mehr sein. Ich denke darüber nach, wie meine Nachbarn leben, was sie anders machen mit ihren Kindern, mit ihren Partnern, ihren Freunden. Manches werde ich gut finden, vielleicht so gut, daß ich etwas davon lernen will - manches werde ich bewußt machen wie bisher. -Das Nachdenken allein wird mein eigenes Leben bewußter sein lassen.

Ich freue mich über das Gespräch mit den Nachbarn, über das Getrappel der Kinder im Treppenhaus. Ich freue mich darüber, daß wir uns so gut kennen, daß man auch ernsthafte Dinge miteinander besprechen kann. Ich bin dankbar, daß jemand da ist, der meine Blumen gießt, wenn ich verreist bin, - der aber auch bereit wäre, meine Kinder zu hüten, wenn ich krank bin.

Meine Nachbarn sind anders als ich - vielleicht auch viel jünger oder älter als ich, vieles ist mir fremd, vielleicht unbegreiflich.

Manchmal ist es schwer, miteinander auszukommen - aber es lohnt sich, nicht die Türen voreinander zu verschließen. -Und wenn sie einmal zugeknallt sind, sie wieder aufzumachen.

Es lohnt sich, einander verstehen zu lernen.

Ansprache einer Besetzerin

Ich möchte mich ganz kurz fassen und spreche zu Ihnen als eine, die hier zweieinhalb Jahre wohnt und die immer noch froh ist, gerade in dieser Ecke der Berliner Mauer gelandet zu sein.

So wie's hier aussieht, so wie die Häuser hier aussehen, das ist für mich auch ein Bild für den Zustand unserer Kiez-Gesellschaft - das Haus mit den Rissen in den Mauern.

Es gibt viel unterschiedliches Altes, zwischendurch explosiv klotziges Neues und manches, das "wie neu" ist. Überall Stolpersteine, überall offene Enden, Ungerades, Ungereimtes, überall stimmt was nicht, sowohl im Umgang mit den Häusern - ihr besonders schlechter Zustand ist Ausdruck dafür - als auch mit den Zusammenhängen, in denen sich die Menschen bewegen, wie wir uns bewegen.

Und in dem Haus mit den Rissen und drumherum gibt es die Tausenderlei Zustände und Bewegungen, wie wir miteinander umgehen, welche Spuren unsere Lebensweise zeichnet, welche Kreise Einzelne und Gruppen ziehen, sich gegenseitig berühren oder annähern oder antickern, in Bewegung setzen oder wiederum stille stehen, ruhig sind, für sich sind. Hinter diesem Eindruck steht die Vermutung und mein Wunsch, daß dies ja auch der Dauerzustand sein kann. Perfektion, Vollendung, Vollkommenheit, neue Häuser - daß immer alles in Ordnung ist - das ist der Schein oder unser Glaube an den Schein. Und wir glauben gerne!

Bei einer meiner Taxifahrten habe ich eine alte Frau gefahren. Als wir an einem leeren und ausgeschlachteten Haus vorüberkamen, meinte die alte Dame: "Die Leute, die sowas machen, müßten die Auflage kriegen, ihre Häuser mit den eigenen Händen abzureißen!"

Das hat mich sehr beeindruckt.

Beim Abriß mit der Hand und dem Handwerkszeug ist der Abriß kein Abriß mehr, sondern ein Abbruch, stückchenweise wird gebrochen und nicht flächenmäßig gerissen. Bei der mit dem Brechen einhergehenden Mühsal überlegt jeder angesichts der Anstrengung, ob diese Arbeit denn wirklich notwendig sei. Supermann und Übermensch - das sind wir selber angesichts des Knopfdrucks dessen es bedarf, um tonnenweise Mauersteine mit einem Schaufelbagger hin- und wegzuschieben!

Risse in den Mauern - wenn sie stören, wenn 's zieht oder feucht ist, dann gehen wir eben daran, das zu beseitigen, auszubessern. Das schaffen wir doch, mit der Hand und mit dem Handwerkszeug.

Ungener, der die Welt nur noch vom Bagger aus wahrnimmt und dement-sprechend rumbaggert, hat kein Gespür mehr für den Boden unter den Füßen, kein Gefühl für seine eigenen Kräfte.

Und es sei daran erinnert, wie früher Häuser gebaut wurden. Da halfen die Menschen sich gegenseitig. Innerhalb eines Dorfes packten alle mit an, wenn ein neues Haus dazukam. Das war Gemeinschaftsarbeit und eine große Sache, etwas Außerordentliches, wo es etwas zu erleben gab, wovon alle noch lange Zeit danach erzählen konnten.

Mir gefiele es gut, kämen wir endlich wieder mehr in die Lage, unsere ureigenen, unmittelbaren Belange, das Lebensnotwendige, in die eigenen Hände zu nehmen - selbst dafür die Verantwortung zu übernehmen -. Aus diesem Grunde will ich, daß das Kerngehäuse und die Nachbarschaft zur Selbstverständlichkeit werden. Deswegen bin ich froh, wenn immer mehr Menschen den Wahnsinn der militärischen Aufrüstung nicht mehr so ohne weiteres hinnehmen und sich darüber aufregen, deswegen auf die Straßen ziehen, darüber lautstark reden. Deswegen bin ich froh, wenn viele Menschen merken und sich partout nicht damit abfinden wollen, daß ihr Wohlbefinden, ihre körperliche, geistige und seelische Gesundheit durch Luftverpestung, Radioaktivität und Schwermetalle, Atomkraftwerke, Atomraketen, Naturzerstörung, Wälderrodung von Tegel über Frankfurt bis Brasilien nur noch und immer konzentrierter zerstört wird.

Wenn wir damit nicht leben wollen, wenn wir so nicht leben wollen, dann ist unter den jetzigen Zeichen der Zeit Frieden schaffen eine gefährliche Angelegenheit.

Feindbilder - Erfahrungen eines Pfarrers mit der Gewalt - von Guido Wohlatz

Um ein Feindbild aufzubauen, darf man sich den Feinden nicht zu stark aussetzen. Sie müssen etwas in der Distanz bleiben, verschwommen, nebulös. Doch klar muß sein, was schlecht an ihnen ist, eindeutig klar.

Bei dem Feindbild "Hausbesetzer" ist sehr wenig eindeutig gewesen. Der sogenannte Chaot mit Turnschuhen und Pflastersteinen und vermummtem Gesicht. Na schön. Nur, das Feindbild "Krawallmacher" und das "Hausbesetzer" war nicht immer deckungsgleich.

Die Chaoten sind die Westdeutschen, hieß es oft an unserer Ecke in Kreuzberg. Die Zeitungsfrau mit der Kölner Mundart, seit Jahrzehnten in Berlin, brachte das schwer in Rage. "Ohne Westdeutsche wären die Berliner doch glatt verkümmert." Westdeutscher Chaot, vom Innensenator Lummer oftmals in die schon erregte Debatte eingespeist, hatte als Feindbild nur Achtungserfolge, selten Gewicht, nie ernsthaft Wirksamkeit.

Doch - eines trüben Morgens waren vor dem Gemeindehaus und in der Nostitzstraße alle westdeutschen Autoreifen zerschlitzt. Mit Vorliebe offenbar VW-Busse, Enten und dergleichen Fahrzeuge sogenannter westdeutscher Reisechaoten. Schlimm durchaus, aber auch nicht die scharfe Kontur eines eindeutigen Feindbildverhaltens. Die Kampagne hielt sich nicht. Zuviel Westdeutsche ohne chaotische Neigungen bevölkerten die einstige Frontstadt Berlin.

Als besonders wirksam in der feindbildigen Abstempelung erwies sich die Gewaltfrage. Zeitweise täglich wurden die Fensterscheiben der Banken in der Gneisenaustraße zerstört. Ein eindeutiges Markenzeichen der Chaoten. Signal und Symbol. Als solches auch verstanden. Die Erkenntnis, daß erst dann die politisch Verantwortlichen in Hektik versetzt werden, wenn Fensterscheiben zu Bruch gehen, hat sich in der Bewegung der "Hausbesetzer" bitter als wahr erwiesen.

Daß Steine keine Argumente sind, verhindert nicht, daß Argumente, wie die Erhaltung billigen Wohnraums, erst dann gehört werden, wenn sie von Steinwürfen begleitet werden. Jedenfalls, die gewalttätigen Straßenschlachten haben der Hausbesetzerbewegung zwar Gehör verschafft, aber ihnen auch zugleich die Feindschaft der Mitbetroffenen an der Wohnungsmisere in Kreuzberg eingebracht. Bestenfalls, und nicht selten, hörte man in der Gemeinde die feine Differenzierung, Hausbesetzen ist berechtigt, Krawallmachen schlecht.

Nicht von der Hand zu weisen ist der Zusammenhang von polizeilichem Vorgehen und folgender gewaltsamer Auseinandersetzung auf der Straße. Der Makel der Gewalttätigkeit lastete auch der Polizei an. Dies besonders eindrücklich bei

Beteiligten an direkten Konfrontationen. Die Trennung zwischen Demonstrant und Passant war häufig nicht mehr möglich. Diese Erfahrung machte man eben nicht am Fernseher, sondern auf der Straße.

Nach einer Räumung bildete sich spontan ein Demonstrationszug mit gewalttätigem Ende in einer Straßenschlacht auf der Gneisenaustraße. Im nahen Gemeindehaus unserer Gemeinde tagte gerade der Gemeindekirchenrat mit anderen "öffentlichen" Persönlichkeiten über der Frage, ob die Wohnungsnot einer türkischen Familie durch die symbolische Besetzung einer lange leerstehenden Wohnung durch Mitarbeiter der Gemeinde beendet werden kann. Die Diskussion mußte abgebrochen werden, weil Mannschaftswagen, Blaulicht und Sirenen die heiße Phase der Demonstration einleiteten. Im Umkreis solcher Auseinandersetzungen ist Betroffenheit unvermeidbar. Die wurde für einige aus unserer Runde an diesem Abend sehr handgreiflich. Durch kurzzeitiges Blockieren der Straßenkreuzungen zog sich die Auseinandersetzung über Stunden hin. Bei dem zaghaften Versuch, nach Hause zu gehen, gerieten einige Mitglieder des Gemeindekirchenrats in den Strudel der Fliehenden vor einem Polizeieinsatz in der Nostitzstraße. Mit knapper Not einem knüppelnden helm- und lederbehängten Ordnungshüter entkommen zu sein, läßt über die Frage des Ursprungs der Gewalt anders nachdenken. Sicher sind Pflastersteine keine Notwehrwaffen, aber oft Reaktion auf die staatliche Gewalt. Das Monopol der Gewalt lag nicht bei den Demonstranten, obwohl ihnen immer wieder die Gewalttätigkeit vorgeworfen wurde.

Kurioserweise kam die Gemeinde während der beschriebenen Demonstration nur knapp an dem Vorwurf der Unterstützung krimineller Gewalt vorbei. Am besagten Abend beschlossen wir, zum Schutz fliehender Passanten, das Gemeindehaus zu öffnen. Mehrmals wurde der Raum zum Fluchtpunkt für Menschen von der Straße, darunter auch Konfirmanden der Gemeinde. Nach mehreren Räumungen der Straße versuchte die Polizei, gewaltsam in das Gemeindehaus einzudringen. Sie beriefen sich dabei auf die Verfolgung von Straftätern. Nur der energische Protest von uns anwesenden Pfarrern verhinderte die Fortsetzung der treibjagdartigen Verfolgungszustände ins Gemeindehaus hinein. Das Bestehen auf Hausverbot für bewaffnete Polizisten brachte einen anwohnenden sozialdemokratischen Bezirksverordnetenvertreter dermaßen in Rage, daß er nur mit Mühe davon abgehalten werden konnte, die Gemeinde wegen "Beihilfe zu schwerem Landesfriedensbruch" anzuzeigen.

Nach dem Motto, daß die Freunde meiner Feinde auch meine Feinde sind, hatte er vom sicheren Wohnzimmer aus die Randalen auf der Straße beobachtet und am Feindbild gebastelt.

Eine Kirchengemeinde, die Hausbesetzern hilft, wird zwangsläufig in die innerstaatliche Feinderklärung mit einbezogen.

Am selben Handlungsort trug sich zur selben Zeit die Umkehrung der Verteufelung zu. Ein Mitglied des Gemeindekirchenrats, unübersehbar gehbehindert, mußte wegen der Demonstration mit dem Auto warten. Aus dem Auto steigend und auf die demonstrierende Menge zugehend, wurde er von einem Demonstranten niedergeschlagen. Die Polizei konnte den Täter schnell dingfest machen. Trotz heftigen Drängens erreichte sie aber nicht, daß unser Gemeindekirchenratsmitglied Anzeige erstattete. Auch Krankenhausaufenthalt und erhebliche Schmerzen konnten ihn nicht dazu bewegen, die Fehlhandlung im Affekt gerichtlich zu belangen.

Gerade die Mitglieder unserer Gemeindeleitung wurden durch die Erlebnisse und Auseinandersetzungen erheblich sensibilisiert, die Ursachen und Konflikte um Hausbesetzungen wahrzunehmen. Vorschnelle Feinderklärungen waren nicht mehr möglich. Der Abbau von Feindbildern zwang zur Parteilichkeit.

5. Die "Kultur - Brauerei" in Zehlendorf

Auch der Berliner Bezirk Zehlendorf, der sogenannte "grüne Bezirk", blieb von dem Problem der Hausbesetzungen nicht verschont:

Beinahe 10 Häuser wurden dort besetzt, unter ihnen eine ehemalige Schultheiß-Brauerei, die "Kultur-Brauerei".

Waren die anderen besetzten Zehlendorfer Häuser schicke Villen, z. T. sogar mit ausgedehnten Gartenflächen, die sich fast ausschließlich nur zum Wohnen eigneten, so bot sich in den alten Gemäuern der Brauerei den Besetzern die Möglichkeit, das Anliegen des Erhalts eines leerstehenden alten Gebäudes mit einem Wohn- u n d Kulturprojekt zu verbinden und so einen autonomen Treffpunkt für Zehlendorfer Jugendliche entstehen zu lassen.

Recht schnell stellten sich viele Zehlendorfer Bürger, Kirchengemeinden und auch der Kirchenkreis, vertreten durch den Superintendenten, Manfred Karnetzki, hinter dieses Anliegen. In der Konstruktion eines Bürgervereins nahm diese Unterstützung eine konkrete Form an; außerdem wurde auf Anregung des Kirchenkreises Zehlendorf im Sommer 1981 ein Gottesdienst in der Brauerei veranstaltet, wahrscheinlich die erste traditionelle kirchliche Veranstaltung in einem besetzten Berliner Haus.

Die folgenden Artikel sind die Beschreibung des Projektes "Kultur-Brauerei", des kirchlichen Engagements und seine Bewertung durch den Zehlendorfer Superintendenten, Manfred Karnetzki, sowie 2 Redebeiträge für diesen Gottesdienst: die Ansprache eines der Besetzer(Reinhard Müller) und die Predigt von Sup. Karnetzki.

Die "Kultur-Brauerei" in Zehlendorf

Beitrag von Superintendent Manfred Karnetzki

Die "Brauerei" - genauer gesagt die "Niederlage" der Schultheiss-Brauerei - in der Königsstraße: für mich eine Kindheitserinnerung, ist das am längsten besetzte Haus in Zehlendorf. Zur Kindheitserinnerung gehört das Ausfahren der vier- oder sechsspännigen Brauereiwagen aus dem Hof Ecke Anhaltinerstraße. Zur Vorgeschichte der Besetzung gehört, daß die Brauerei die Niederlage seit Jahren aufgegeben hatte. Die Gebäude standen lange unbenutzt. Die "Neue Heimat" hatte das Grundstück zum Abriß erworben, um hier Einfamilienhäuser für Führungskräfte zu errichten. Zwar besteht - zugegebenermaßen - kein Bedarf für solche Häuser. Aber für die "Neue Heimat" ist Leerstand immer noch einträglich. Die Gebäude der Brauerei sind in einwandfreiem Zustand: ein großes Kühlhaus, ein Wohnhaus, ein Stallgebäude mit hohem Dachstuhl und ein weiter Hof. Ein Gebäude-Ensemble - wie geschaffen für die Phantasie junger Leute! So wurde das Wohnhaus und das gesamte Gelände im April 1981 von 20 bis 25 jungen Leuten besetzt. Die meisten von ihnen sind Zehlendorfer. Sie brachten eine Idee mit, für die sie schon seit Monaten einen Ort gesucht hatten (z.B. die alte Feuerwache in Nikolassee, aus der sie wieder vertrieben worden sind): nämlich die Idee eines autonomen Kulturzentrums. Sie nennen ihr Projekt "autonomes Kommunikations- und Kulturzentrum" oder kurz "die Kultur-Brauerei". Das Stichwort "autonomes Zentrum" kennen wir aus Zürich, aber auch aus einigen westdeutschen Städten. - Die Besetzung des Geländes dient also nur bedingt einem Eigeninteresse. Gemeint und gewollt war und ist ein Zehlendorfer Kommunikationszentrum - nicht nur für Jugendliche, sondern für Jung und Alt - und zugleich ein Ort, wo Kultur - vorbei an kommerzieller Vermarktung - hautnah erlebt und ermöglicht werden soll: Open-air- Konzerte, Theaterspiel, Ausstellungen. Ein Übungsraum für Rock-Gruppen im Kühlhaus stand sofort zur Verfügung. Der Beginn war faszinierend: Der große Boden über den Stallungen wird zu einem Kaffee ausgebaut. Im Hof entstehen Reparaturwerkstätten für Fahrräder und Autos sowie eine Tischlerei für den eigenen Bedarf. Eine große Küche ist ein beliebter Treffpunkt für Gespräche in kleinen Gruppen und die Räume des Wohnhauses werden von den Besetzern phantasievoll ausgestaltet.

Für viele Zehlendorfer wie für mich hatte der Gedanke der jungen Leute etwas unmittelbar Einleuchtendes: warum sollten ein städtebaulich ansehnlicher Komplex und damit sowohl ästhetische wie materielle Werte vernichtet werden, um teure Einfamilienhäuser an der falschen Stelle zu bauen? Von der Zehlendorfer Jugend jedenfalls wurde das Projekt sofort angenommen: Zu Hunderten strömten sie zu "festivals" und Konzerten in die "Brauerei".

Viele engagierte Jugendliche verließen die städtischen Jugendheime, wo es seit langem Konflikte mit den Heimleitungen und der Bezirksverwaltung gegeben hatte, um sich in der "Brauerei" zu engagieren. Der Gedanke des autonomen Zentrums lag ohnehin in der Luft und zündete in Zehlendorf sofort.

Wie aber stehen die gesellschaftlich relevanten Kräfte in Zehlendorf zu dem Projekt? Ich meine zunächst die Parteien, das Bezirksamt, sodann die Gewerkschaften und die Kirche? Einige Kommunalpolitiker der SPD, der Zehlendorfer Wählergemeinschaft (WUB) und der FDP, insbesondere soweit sie Kontakt zur Evangelischen Kirche haben, engagieren sich für die Legalisierung des Projektes. Entsprechendes versuchen die Fraktionen der SPD, der WUB und der AL in der Bezirksverordnetenversammlung. (Die FDP ist nicht mehr in der BVV vertreten). Die Mehrheitsfraktion der CDU dagegen steht der Besetzung und allen Plänen eines Kommunikationszentrums strikt ablehnend gegenüber. Der Zehlendorfer Bürgermeister polemisiert offen gegen alle Sympathisanten der Besetzer, insbesondere gegen die Evangelische Kirche Zehlendorf. Er hält es für unverantwortlich, die Illusionen der jungen Menschen zu nähren, statt sie zum Aufgeben zu bewegen. Aus gewerkschaftlichen Kreisen heraus gibt es Bemühungen, die "Neue Heimat" zu einer Legalisierung des Projektes zu bewegen. Aber der Berliner DGB insgesamt hält sich heraus. Dagegen faßt die Zehlendorfer Kreissynode Beschlüsse, die die Besetzer und ihr Projekt unterstützen. Am 26. und 27. Juni 1981 tritt die Kreissynode in einer außerordentlichen Tagung zusammen, die aus anderen Gründen notwendig geworden war. Eine Stellungnahme zur Besetzung der Brauerei und damit offenkundigen gesellschaftlichen Konflikt erscheint unumgänglich zu sein, zumal auch die Regionalsynode im Mai Christen, Gemeinden und Kirchenkreise zum Verständnis der Besetzer und zur Vermittlung in den Konflikten aufgerufen hatte. So fordert die Kreissynode Senat, Bezirksamt und "Neue Heimat" auf, "so schnell wie möglich eine dauerhafte Lösung im Sinne einer Fortführung der jetzigen Ansätze zu entwickeln." Außerdem ruft die Kreissynode die Zehlendorfer Bürger auf, einen "Trägerverein" für das autonome Kultur- und Begegnungszentrum zu gründen und zu unterstützen. Der Kirchenkreis will selbst Gründungsmitglied des Vereins werden. - Zugleich beschließt die Kreissynode, nach Absprache mit den Besetzern auf dem Gelände der Brauerei in der darauffolgenden Woche einen Gottesdienst durchzuführen. Ziel des Gottesdienstes soll es sein, die Lebenshoffnung, die sich in dem Projekt des Begegnungszentrums im Widerstand gegen die lebenszerstörenden Kräfte in unserer Gesellschaft und in uns ausdrückt, auszusprechen und unter der Ver-

heißung des Evangelisums zu prüfen. Ich stelle mich zur Verfügung, die Predigt zu halten. Ich halte das für angemessen, nachdem die Kreissynode diesen Gottesdienst beschlossen hatte. Es ist außerdem zu vermuten, daß es Kritik geben wird. Die möchte ich auf keinem anderen sitzen lassen. -

Eine Vorbereitungsgruppe aus Synodalen und Besetzern wird gebildet. Für mich ist die Vorbereitung bewegend: Ich treffe ehemalige Konfirmanden wieder und einige Leute, die aus der kirchlichen Jugendarbeit kommen. Ich habe den Eindruck, daß sie in ihrem Projekt etwas von dem realisieren möchten, was sie in der Kirche gelernt haben. Sie möchten ihre Wünsche und Forderungen im Gottesdienst aussprechen und in ein Gebet bringen. Außerdem schlagen sie vor, einen Abendmahlsgottesdienst zu feiern. -

Zum Gottesdienst wird der Hof geschmückt. Besetzer und Gottesdienstbesucher füllen den weiten Hof. Ich bin sehr froh, daß viele Christenmenschen aus den Zehlendorfer Gemeinden gekommen sind und den Gottesdienst spürbar mittragen. (Das ZDF gibt einige Wochen später in der Sendung "Kennzeichen D" Zusammenhang und Atmosphäre des Gottesdienstes gut wieder.) Ich gehe in der Predigt nicht nur auf die Hoffnungen der jungen Menschen ein, sondern auch auf die Möglichkeit des Scheiterns und auf die Aufgaben, die ein solches Scheitern stellt.

Der Gottesdienst hat offensichtlich eine gewisse Signalwirkung. Der von der Kreissynode Zehlendorf vorgeschlagene Verein konstituiert sich - glücklicherweise nicht als "Trägerverein", denn der wäre eine Bevormundung der jungen Leute, sondern als "Förderverein". Pfarrer Claus Eggers, stellvertretender Superintendent - erfahren im Umgang mit jungen Menschen ebenso wie mit Behörden und Politikern - übernimmt den Vorsitz im Vorstand des Vereins. Durch ihn bleibt der Kontakt zwischen Kreiskirchenrat und Förderverein eng. Die organisatorische Arbeit des Vereins übernimmt z.T. der "Kirchliche Dienst in der Arbeitswelt" im Kirchenkreis. -

Der Kontakt mit den Besetzern gestaltet sich von vornherein nicht einfach. Diese haben - entsprechend ihren Zielvorstellungen und ihrem Alter - einen Widerwillen gegen alles Organisieren und Strukturieren. So tun sie sich noch schwer mit einer verbindlichen Meinungsbildung in ihrer eigenen Gruppe. Ihr Traum sind vielmehr spontane Entschlüsse und organische Entwicklungen. Dennoch gelingen in Absprache zwischen Verein und Besetzern mancher Ausbau (z.B. des Daches am Stallgebäude, des Kaffees wie einer Galerie) und verschiedene Programmangebote. Die Verhandlungen des Vereins mit Politikern, der "Neuen Heimat" und dem Bezirksamt dagegen sind äußerst mühsam. Die "Neue Heimat" sieht sich nicht in der Lage, das Projekt zu legalisieren, und stellt für den Verkauf uns ihre Planungskosten und die Bankzinsen in Rechnung. Dennoch kommt es schließlich - wenn auch nur zögernd und halbherzig - zu Verhandlungen zwischen der Kirche und der "Neuen Heimat" über

einen möglichen Grundstückstausch. Der aber scheitert u.a. an den hohen Forderungen der "Neuen Heimat", die selbst in wirtschaftlichen Schwierigkeiten zu keinen Zugeständnissen bereit ist. Vom Bezirksamt schließlich ist ebenso wie von dem neuen CDU Senat weder Unterstützung noch produktive Phantasie zu erwarten. Das Bezirksamt verstärkt eher die Abwehr und das Unverständnis großer Teile der Zehlendorfer Bürgerschaft und der irritierten Nachbarschaft der Brauerei.

Im Januar 1982 kommt es erneut zu einem Beschluß der Kreissynode zu dem Projekt des Begegnungszentrums in der Brauerei. Der Kernsatz dieses Beschlusses lautet: "Die Kreissynode hofft, daß die Erhaltung des Jugend- und Begegnungszentrums ein Zeichen dafür wird, daß viele Mitbürger den Wunsch junger Menschen nach neuen Lebens- und Gemeinschaftsformen verstehen. Sie hofft, daß die konstruktive Lösung des Hausbesetzerproblems an einer Stelle zu einem geduldigen Aufarbeiten dieses Konfliktbereiches im ganzen beiträgt." Im einzelnen entwickelt die Kreissynode Zielvorstellungen für die Verhandlungen zwischen Verein, Kirchenleitung und "Neuer Heimat".

Zu einer Intensivierung des Gespräches zwischen Kirche und gewerkschaftlicher Siedlungsgesellschaft kann dieser Beschluß allerdings nicht beitragen.

Derweil zeigen sich in der Brauerei selbst Entwicklungen, die ich u. a. als Verschleiß durch die Illegalität ansehe. Denn sie vermindert die ohnehin geringe Fähigkeit der jungen Leute, die gesellschaftliche Wirklichkeit und ihre eigenen Möglichkeiten realistisch und differenziert einzuschätzen. Deshalb schreibe ich im März 1982 einen Brief an den Vorstand des Fördervereins, in dem ich ihm vorschlage, seinen Kontakt mit den Besetzern stärker zu strukturieren. Der Verein darf den Besetzern nicht die Auseinandersetzung mit der Wirklichkeit abnehmen. Der Vorstand teilt meine Einschätzung. So kommt es denn unter dem Druck des Fördervereins zur Gründung eines Vereins der Besetzer.

Aber die Auflösungserscheinungen in der Brauerei sind dennoch nicht aufzuhalten. Wichtige und aktive Leute verlassen das Projekt unter dem Eindruck, daß sich die ungewissen Aussichten nicht mit ihrer eigenen Lebensperspektive vereinbaren läßt. Die Anzahl der Schwachen und Labilen, die einen Schutzraum ohne Anforderungen oder Verurteilungen suchen, nimmt zu. Die Gespräche zwischen den Besetzern und dem Verein werden schwieriger, bleiben aber freundschaftlich.

Schließlich setzt sich Anfang des Jahres 1983 - also nach 2 Jahren - im Förderverein die Einsicht durch, daß das Projekt des autonomen Begegnungszentrums gescheitert ist. So entschließt sich im März 1983 der Vorstand

des Vereins, seinerseits - in Verhandlungen mit "Netzwerk" - ein neues Projekt ins Spiel zu bringen: nämlich den Ausbau einer Ausbildungsstätte für arbeitslose Jugendliche.

Der Rückblick auf die Entstehung, die Entwicklung und das Scheitern des Projekts eines autonomen Begegnungszentrums in der besetzten Brauerei gibt zu einigen kritischen Fragen Anlaß:

- Hat der Einsatz der Kirche für dieses Projekt - von Gemeindegliedern und Mitarbeitern der Kirche - gelohnt?
- War die Identifikation der "Kirche" in Zehlendorf mit dem Projekt nicht zu stark? Hat sie vielleicht die Besetzer mit ihren Ideen und Aktivitäten eher überfremdet als gefördert?
- Hätten wir Älteren nicht das Scheitern voraussehen und es den Jüngeren beizeiten ankündigen müssen? -

Was sind wir Älteren insgesamt den Jüngeren schuldig geblieben?

ad 1.) Tatsache ist, daß das Projekt nach 2 Jahren gescheitert ist. Im Rückblick läßt sich leicht sagen, daß es scheitern mußte. Ich selbst hatte mit einer Dauer von 3 Jahren gerechnet - freilich nicht unter den Bedingungen der Illegalität! Was ist zurückgeblieben? Die Besetzer hatten nach der glücklichen Anfangssituation geäußert, daß sich für sie der Einsatz um ihrer Erfahrungen willen schon gelohnt hat. So ist zu hoffen, daß die Starken unter ihnen ohne Schaden davongekommen sind. Ich ahne allerdings nicht, wie sie die Schwierigkeiten, die im Laufe der Zeit vermehrt in der Gruppe selbst aufgekommen sind, verarbeiten. Sicherlich geht das nicht ohne Enttäuschungen und Ernüchterung ab. Nach außenhin haben sie wenig davon zu erkennen gegeben.

Die Schwachen wiederum werden aus dieser Erfahrung nicht schwächer hervorgegangen sein. Allerdings konnte ihnen auch nicht nachhaltig geholfen werden. Ich denke vor allem an einige Alkoholgefährdete.

Insgesamt denke ich, daß der Einsatz der "Kirche" für dieses Projekt nicht umsonst war, wenn auch letztlich nur deutlicher zutage trat, was wir ohnehin schon wußten: nämlich wie stark die destruktiven Kräfte der Gesellschaft - und zwar in Institutionen wie in Menschen - sind. Umso wichtiger war und bleibt zu erkennen, daß es unter uns - und besonders unter den jungen Menschen - auch konstruktive Kräfte der Phantasie und Kreativität, der Toleranz und elementaren Hilfsbereitschaft gibt. Es wäre sehr schmerzlich, wenn wir die Phantasie

für das Gemeinwesen und die Offenheit für Schwache, wie sie die Besetzer der Brauerei praktiziert haben, von vornherein für eine Illusion halten, obwohl wir sie in der Kirche predigen.

- ad 2.) Der Einwand lautet - schlicht formuliert: Die Besetzer hatten doch mit der Kirche gar nichts im Sinn! Warum habt ihr euch denn so für sie eingesetzt? - Ich antworte darauf: daß die Kirche ein Element unserer staatlich-gesellschaftlichen Ordnung ist, beweist sie jeden Tag. Das weiß jederman. Dafür wird sie auch gerne in Anspruch genommen. Aber daß sie auch ein Raum des offenen Gesprächs und des Verständnisses für elementare Lebenshoffnungen ist, das galt es hier zu praktizieren. Es sind ja unsere Kinder und Konfirmanden, die uns auf einmal als protestierende Hausbesetzer gegenüber treten! Vielleicht haben sie einiges, was wir ihnen gesagt haben, ernster genommen, als wir zu hoffen gewagt haben. Vielleicht konfrontieren sie uns auch mit unseren eigenen Inkonssequenzen. Warum sollten wir uns gerade in diesem Augenblick ihnen versagen? Im Konsistorium wurde uns gesagt: Ihr habt in Zehlendorf die Kirche ins Zwielflicht gebracht. Ich denke: Sie ist es ohnehin - nämlich im Zwielflicht ihrer "Bürgerlichkeit". Warum soll sie nicht einmal aus diesem Schatten treten? Warum soll sie nicht einmal wagen, das Evangelium nicht nur in ihren eigenen Mauern, sondern auch auf dem Platze unter Gläubigen, Skeptikern und Spöttern zu verkündigen?
- ad 3.) Insbesondere der Zehlendorfer Bürgermeister hat die Kirche kritisiert: Ihr solltet nicht die Illusionen der Besetzer nähren, sondern sie ihnen ausreden! - Gewiß: Schon als ich die Predigt in der Brauerei hielt, war mir die Möglichkeit des Scheiterns wahrscheinlicher als das Gelingen. Deshalb habe ich auch versucht, vom Scheitern und gegen die schnellen Feindbilder und Schuldzuweisungen zu sprechen. - Voraussehbar war für mich auch, daß unter unseren gesellschaftlichen Bedingungen ein Projekt ohne Strukturierung - d.h. ohne den Mut zur Abgrenzung - zum Scheitern verurteilt ist. Dennoch habe ich nicht das Recht, den jungen Leuten die eigenen Erfahrungen zu verwehren. Wichtiger ist es, sie dabei - in der notwendigen Zuwendung und Distanz - zu begleiten. Ich gebe gerne zu, daß in dieser Frage ein Rest an Einsicht oder Trauer übrig bleibt, den ich nicht aufzulösen vermag. Ich kann diesen "Rest" auch so formulieren: Warum haben es bei uns die neunmalklugen Skeptiker so leicht, recht zu behalten? Warum ist es bei

uns so leicht, auf dem Boden dieser Skepsis Politik zu machen - oder besser: das Gemeinwesen zu verwalten? - Dennoch: Wir haben uns auf die jungen Leute eingelassen und haben ihre Pläne unterstützt! Wir haben damit eine Mitverantwortung für ihren Weg übernommen. Wer in kritischer Distanz abwartet, hat es scheinbar leichter.

Ich will weder die Trauer über das Scheitern noch unsere Mitverantwortung wegre-den. Sie lassen sich auch als Potential der Kritik gegen die "Kirche" in Zehlendorf gebrauchen. Dennoch bejahe ich sie, denn sie gehören mit zu der Lebendigkeit unseres Zusammenlebens. Und die soll nicht verschüttet werden.

Manfred Karnetzki

Am 1.7. 1981 veranstaltet der Kirchenkreis Zehlendorf einen Gottesdienst in der besetzten Brauerei; Thema: Leben geht vor Eigentum. Die Predigt hält der Zehlendorfer Superintendent Dr. Manfred Karnetzki:

"Liebe Freunde!

Zu einem Gottesdienst gehört in der Regel eine Predigt. Deshalb will ich jetzt auch eine Predigt halten.

Es gibt Skeptiker, die meinen: In einer Brauerei-Niederlage und gar in einer besetzten Brauerei-Niederlage könne man gar keinen richtigen Gottesdienst feiern. Sie sollen nicht recht behalten.

Und nun gehört zu einer richtigen Predigt auch ein Predigt-Text aus der Bibel. Den hab ich mir aber nicht ausgesucht. Der ist mir vielmehr zugefallen.

Das kam so: Ich saß mit den Freunden, die den Gottesdienst vorbereitet haben, in einem Eurer schönen Zimmer auf dem Boden. Da fiel mein Blick auf einen Tauf- und Konfirmationsschein mit der Schlachtenseer Kirche. Den hatte einer der Besetzer auf seinen Sachen liegen. Ich war neugierig und las nach. Ich sah, daß ich ihn selber unterschrieben hatte. Dann las ich den Konfirmationsspruch:

"Laß dich nicht vom Bösen überwinden,
sondern überwinde das Böse mit Gutem"

Und das soll jetzt der Predigttext sein.

I. Was denkt sich wohl ein fünfzehnjähriger Konfirmand, wenn er einen Spruch von der Überwindung des Bösen wählt? Inzwischen hat er ein paar Erfahrungen gemacht mit der Macht des Bösen in unserem Leben. Damit sind wir schon bei den Hausbesetzungen.

Nicht die Hausbesetzungen sind böse - auch wenn sie illegal sind - sondern das, worauf sie aufmerksam machen.

Böse ist, wenn das Leben zerstört wird;

böse ist, wenn Lebenszusammenhänge zerstört werden;

böse ist, wenn Menschen aus Geschäftsinteressen aus ihrer Nachbarschaft vertrieben werden;

böse ist, wenn unbezahlbare Werte an Wohnlichkeit und Beheimatung brutal und gewaltsam vernichtet werden;

böse ist, wenn Menschen in seelenlosen Wohnsilos aufwachsen müssen; wenn Kultur und Kommunikation zwischen Menschen den Interessen des Kapitals geopfert werden.

Die Bewegung der Besetzer hat uns dafür die Augen geöffnet:

Wir haben in den letzten Monaten gelernt, unsere Stadt mit anderen Augen zu sehen. Wir haben gelernt, daß diese nicht so kaputt sein müßte, wie sie gemacht wird. Wir haben durch Euch gelernt,

den Unsinn zu erkennen, unverkäufliche oder viel zu teure Wohnungen zu bauen und dafür wohnliche Häuser zu vernichten.

Wir haben eingesehen, daß es einfach unsinnig ist, diese Gebäude der Brauerei abzureißen, die von euch belebt worden sind und die genau der Treffpunkt sein können, den Zehlendorfer Bürger brauchen, - sie abzureißen, damit ein paar Häuschen für Führungskräfte gebaut werden können, die auch woanders stehen können.

Deshalb sind wir jetzt hier, weil wir mit euch dem Bösen, das in der Stadt geschieht, widerstehen wollen.

Damit wir uns nicht falsch verstehen: Ich sage nicht:

Dieser oder jener ist böse - diese oder jene Baugesellschaft, dieser oder jener Senat, dieses oder jenes Bezirksamt.

Ich sag erst recht nicht, die Polizei ist böse, die die Häuser räumen muß!

- Das Böse steckt im System, wenn Menschen dem Geschäftsinteresse geopfert werden; es steckt in uns, wenn wir uns anpassen und in diesem Spiel mitmachen; wenn auch wir Menschen zu Gegenständen, zu Faktoren unserer Rechnungen machen.

II. "Laß dich nicht vom Bösen überwinden!"

Darum also geht es:

Wir müssen das Böse erkennen und durchschauen. Denn es tritt ganz unauffällig auf

als sei es das Selbstverständliche, das Ordentliche, das Rechtmäßige; - oder gar: das einzig Machbare!

Und wir müssen uns vor der Anpassung an das Böse hüten; als sei sie die einzige Möglichkeit zu überleben.

Deshalb ist es wichtig, daß es die Bewegung der Hausbesetzer gibt; daß sie nicht kaputt gemacht wird und daß sie sich nicht selber kaputt macht. Sie kann helfen, daß unsere Stadt lebendiger und wohnlicher wird; daß der Umgang unter den Menschen menschlicher wird;

Wir müssen uns vor der verzweifelten Lust hüten, alles zu zerstören (wie vor einer ansteckenden Krankheit).

-Aber wie macht man das nun?: das Böse überwinden!?

- im System und in uns!?

Ich kann hier keine Strategie für die anstehenden politischen Auseinandersetzungen liefern. Das kann keine Predigt leisten.

Das gibt auch der Bibeltext nicht her.

Aber er gibt eine Richtung an: "Überwinde das Böse mit Gutem!"

Was kann das heißen?

Gut ist, wenn Menschen menschenfreundlich miteinander umgehen;
gut ist, wenn Menschen in dem anderen zunächst mal einen Menschen
sehen - und nicht einen potentiellen Feind, auch wenn er eine Uni-
form trägt.

Gut ist z.B., wenn ihr in Peter W., eurem Kontaktbereichsbeamten,
(und in den anderen Polizisten des Abschnitts) den duften Kumpel
seht, der er ist.

Gut ist z.B., wenn ihr seht, daß die Nachbarn auch Menschen sind und
ihr sie gewinnt, in euch ihre Freunde zu sehen.

Gut ist aber vor allem, wenn ihr das, was ihr angefangen habt, in
politische Arbeit umsetzt.

Das Gute muß in politische Arbeit umgesetzt werden!

Denn wer das Gute will, aber keine politische Arbeit leistet, der
ist entweder ein Träumer oder ein Egoist.

Politische Arbeit bedeutet:

- Menschen gewinnen und überzeugen
- Bündnisse schließen
- miteinander lernen
- nicht aufhören zu lernen
- vor allem: positive Veränderungen für möglich halten.

Denn:

Es reicht nicht aus, recht gehabt zu haben und dann vor den Trümmern zu
stehen - mit einer Wut im Bauche.

Wer politische Veränderung will, der muß einen langen Atem haben und
auch Niederlagen hinnehmen können.

Keiner von uns kann ausschließen, daß diese Gebäude zerstört werden.

Wie werdet ihr das durchstehen? Damit kann doch der politische Kampf
nicht beendet sein. Es kann doch nicht der Sinn der Sache sein, dann
in der Wut genau das zu zerstören, was ihr angefangen habt aufzubauen -
nämlich ein menschlicheres Leben.

Ich war bei der Räumung der Kaunstr. dabei. Ich habe den Baum gesehen
an der Tür und das Wort von Luther:

"Wenn morgen der jüngste Tag käme, würde ich heute noch mein Apfel-
bäumchen pflanzen."

Ich habe die Tränen in den Augen gesehen, als das Haus zerstört wurde.
Das kann nicht das Ende sein. Aber wie geht es weiter?

Vielleicht hilft es, wenn ich euch sage: Wir möchten nicht, daß ihr kaputt geht. Darum bitten wir euch, laßt euch nicht provozieren.

Vielleicht hilft es euch, wenn ich sage: Ihr habt nicht nur Gegner; Ihr habt auch Freunde - Schwestern und Brüder.

Zuletzt aber will ich euch sagen: Wer sich für das Gute unter den Menschen einsetzt, wer dabei sich selbst auf das Spiel setzt, wer das Risiko nicht scheut, der arbeitet nicht vergeblich.

Das sage ich euch um Jesu willen, der sich für das Leben hingegeben hat, der gescheitert ist und doch lebendig ist; der uns Mut macht, das Menschenfeindliche unter uns durch Menschenfreundlichkeit zu überwinden.

In seinem Namen halten wir diesen Gottesdienst.

In seinem Namen feiern wir dann auch die Mahlgemeinschaft.

Amen."

Auch einer der Besetzer hält bei diesem Gottesdienst eine Ansprache:

Ansprache von Reinhard Müller beim Gottesdienst in der Brauerei

Mittwoch, den 1. Juli 1981 (Besetzer)

Wir wehren uns gegen die Berichterstattung der Medien, in denen zum Teil gelogen wird, und aus Knallkörpern Bomben gemacht werden, in denen nicht erklärt wird, daß es sich bei dieser Art von Gewalt nicht um pure Freude am Zerstören handelt, auch nicht um gesteuerte Krawalle aus dem Osten. Daß bei der Berichterstattung zufällig die Gründe der Krawalle in Vergessenheit geraten, die Demonstranten als arme Irre oder verirrte Jugendliche dargestellt werden, die wahllos durch die Straßen randalieren und unser schönes teuer erspartes Deutschland kleinhausen wollen. Bei der Rathausbesetzung in Zehlendorf Mitte erschien der Rias und die Abendschau. Der Grund war nicht etwa der, eventuelle Ziele der Besetzung rauszufinden, sondern um über eine angebliche Bombe zu berichten.

Wenn man die Presse nur noch mit Bomben dazu bekommt zu berichten, ist es dann ein Wunder, wenn hier Krawalle sind? Es wurde erst dann von Hausbesetzungen berichtet, als Steine geflogen sind, weil Politiker erst die Ohren und die Augen öffnen, wenn es laut klirrt.

Ich bin auf vielen friedlichen Demos mitgelaufen zusammen mit Tausenden anderer Demonstranten. Glaubt Ihr im Ernst, daß sich die Politiker durch eine 100 000 Leute - Demonstration und ein paar Kirchentage vom Wettrüsten abhalten lassen? Wieviel ist von so einer Demonstration in der Presse die Rede, und wie lange?

Diese Krawalle sind der verzweifelte Versuch, die mit ihrem vollgefressenen Bauch schlafend vor dem Fernseher hängenden Deutschen zu wecken. Wir können nicht tatenlos zusehen, wie Lebensraum und Wohnraum vernichtet wird, wie Wälder kleingemacht werden und Tiere ausgerottet werden, wie über unsere Köpfe hinweg Atomkraftwerke gebaut werden und die Erde Tag für Tag der Vernichtung einen Schritt näher kommt.

Das ist Gewalt, und dagegen sind eingeworfene Scheiben ein schlechter Witz. Die Deutschen wachen erst auf, wenn die Bäume in ihrem Garten braun werden. Uns sie wachen dann auf, wenn ihr Auto dran glauben muß, und vielleicht begreifen sie irgendwann, daß es Leute gibt, die noch nicht mal 'ne Wohnung haben, und dies nicht drauf haben, sich von den Chemiewerken vergasen zu lassen und von Neue-Heimat-Klötzen ersticken zu lassen.

Nur wer hier in diesem Haus lebt und es mit aufgebaut hat, versteht, was es heißt, nach viermonatiger Arbeit, Hoffnung und Träumen vor den Trümmern seines Hauses zu stehen. Ich sage jetzt ganz bewußt 'unser Haus', denn wir sind anscheinend die einzigen, die ein Gefühl für dieses Haus entwickelt haben. Für uns ist das hier unser Zuhause und Arbeit und Freizeit, für die Neue Heimat ist es ein Aktenzeichen.

Nur einer, der hier oder in einem anderen besetzten Haus wohnt, kann die Wut verstehen, die man kriegt, wenn man sich mit einer Paragraphenmaschine unterhält, die einen Bürgermeister darstellen soll, und die einem erzählt, leider nichts tun zu können, um den Abriß dieses Hauses zu verhindern. Aber mit "Pech gehabt" lassen wir uns diesmal nicht abspeisen, wir haben uns genug verarschen lassen, und wir wissen ganz genau, daß es kein Zufall ist, warum wir geräumt werden sollen.

Es ist der Neid darauf, daß dieses Jugendzentrum besser läuft, als die, die vom Senat für Millionen von Mark aus dem Boden gestampft werden, serienmäßig mit Sozialarbeitern, Psychologen und Kickern bestückt werden. Es ist die Angst davor, die Jugend könne sich nicht mehr in Formen pressen lassen und sich nicht mit Geld abfinden lassen.

Die Räumung ist ein ganz gezielter Schlag auf unsere Kultur, unsre Art, miteinander zu leben, und unser Denken. Wir haben keine Lust, in Einzimmerwohnungen dahinzusiechen und als Angestellter zu arbeiten. Wir lassen uns nicht verwursten.

Wir akzeptieren keine Gesellschaft, in der alles so verkalkt ist, daß es niemanden mehr gibt, der bereit ist, Gesetze zu ändern, die falsch oder total veraltet sind, in der alles seinen Trott - Schule, Lehre, Heiraten, Fernsehen kaufen, Auto kaufen, Plastikpuppen kaufen - geht.

Es gibt hier Krawalle, damit dem guten Berlin der Kalk aus den Knochen rieselt. Wir haben keine Lust, nach dem Abriß von besetzten Häusern Kaffeeklatsch mit Herrn Klemann zu haben, weil wir wütend und verzweifelt sind; und die Verzweiflung wird immer größer, noch jedem Abriß eines Hauses, nach jeder Lüge der Politiker und Presse, und jedem Verletzten.

Die Krawalle sind Notwehr gegen eine knüppelnde Polizei, die durch ihren Lohn abhängig gemacht werden und zum Teil nicht hinter dem stehen, was sie tun.

Sie sind Notwehr gegen Politiker, die nur an Macht denken, und gegen Bau-firmen, die Häuser für Geld und nicht für Menschen bauen.

Und genauso wenig wie die Medien objektiv berichten, genauso wenig probiert dieser Staat etwas an den Ursachen zu ändern. Statt geldgierige Spekulanten durch neue Gesetze einzuschränken, werden bald Gummigeschosse und Lähmungsgas eingesetzt.

Uns wird erzählt, es ist kein Geld für uns da, und gleichzeitig werden Eigenheime für Führungskräfte hoch subventioniert.

Ich sehe leider keine Hoffnung darin, Flugblätter zu schreiben und mich von Politikern verarschen zu lassen, Petitionen zu schreiben, die als Schmierpapier benutzt werden und Unterschriften zu sammeln.

Noch eine Frage:

Ist der, der ein Munitionsdepot in die Luft sprengt, ohne daß Menschen verletzt werden, ein Pazifist oder nicht?

6. "W o r t e z u m T a g e" d e s T o d e s v o n
K. J. R a t t a y

Als der Innensenator Heinrich Lummer am 22. September 1981 acht besetzte Häuser mit einem Polizeiaufmarsch ohnegleichen räumen ließ, als er in einem der besetzten Häuser sogleich nach erfolgter Räumung in Feldherrenpose eine Pressekonferenz abhielt und als zum gleichen Zeitpunkt wenige hundert Meter entfernt auf der Straße der jugendliche Hausbesetzer und Demonstrant Klaus-Jürgen Rattay von einem BVG-Bus unter ungeklärten Umständen überfahren wurde, da hatte die tatsächliche und psychologische Aufrüstung gegen Hausbesetzer in der Stadt ihren traurigen, unüberbietbaren Höhepunkt erreicht.

An diesem Tage von "anständigen Bürgern" aufgenommene Äußerungen klangen so: "Arbeitsdienst, arbeiten. Arbeit und nochmals Arbeit! Rausschmeißen aus der Stadt! Ich würde mitmischen, wenn dazu aufgerufen wird, gegen diese Leute mal vorzugehen, auch mit Stock und Knüppel! Bürgerwehr, jawohl. Am besten wäre hier, 'nen militärischen Notstand auszurufen und bei Plünderungen an die Wand stellen und abknallen. Erschießen mit Schnellurteil, jawohl! Das sind die neuen Nazis, die Chaoten, das ist vollkommen klar! Die leben doch von Stütze oder Sozialhilfe. Laufen hier rum dreckig und verlaust! Ich würd' sie rausschmeißen, die sollen arbeiten gehen. Der Rattay genauso!"

Gegen diese Worte zum Tage aus völkischer Seele ließen sich kaum andere Worte finden. Deshalb zogen erst einmal auch weit über 20 000 Menschen am Abend schweigend, ihre Trauer bekennd durch die Stadt.

Die kirchlichen Äußerungen zu diesem Ereignis vermitteln etwas von dem Erschrecken darüber, wie weit ein Gemeinwesen, das von starker Hand geführt wird, außer Rand und Band geraten kann.

Brief von Pfr. Christian Müller an Bischof Kruse

Sehr geehrter Herr Bischof,

als Augenzeuge der Ereignisse, die sich um die Räumung des Hauses Bülowstr. 89 in Schöneberg heute abspielten, wende ich mich an Sie, um Sie davon zu informieren und mit der Bitte, Ihren ganzen Einfluß geltend zu machen, damit sich Ähnliches nicht wiederholt.

Im Haus Bülowstr. 89 wohnten seit Anfang März auch einige Obdachlose. Von daher bin ich mit der Entwicklung im Haus vertraut. Doch ich will mich hier nicht zu der Frage der Hausbesetzung äußern, sondern zu den heutigen Vorgängen. In der Beratungsstelle des Diakonischen Werkes in der Levetzowstr. erfuhr ich heute vormittag, daß die Bülowstraße 89 geräumt werde. Daraufhin fuhr ich dorthin. Die Situation dort war ruhig. Die eine Fahrbahn war durch Polizei abgesperrt. Nach und nach wurden Besetzer und Paten aus dem Haus geführt, ihre Personalien aufgenommen und dann freigelassen. Nach deren Aussagen verlief auch die Räumung innerhalb des Hauses relativ ruhig. Jede Gewaltanwendung von Seiten der Bewohner unterblieb. Einige ließen sich heruntertragen. Dabei sei die Polizei teilweise nicht gerade zimperlich vorgegangen.

In zwei Situationen kam es zu einer gereizten Stimmung. Einmal fuhr ein Wasserwerfer auf der anderen Straßenseite vorbei, der mit der Räumung der Bülowstr. nichts zu tun hatte und richtete total unmotiviert seinen Wasserstrahl auf die Leute, die unter der Hochbahn standen.

Das zweite Mal wurde einer der Bewohner, der nicht laufen wollte, von zwei Polizisten quer über den Bürgersteig bis hinter die Absperrung geschleppt. Insgesamt aber eine äußerst ruhige und nicht aggressive Stimmung.

Der letzte Bewohner war eben aus dem Haus gebracht, da ich traute meinen Augen nicht, tauchte Herr Lummer mit Fernsehkameras und Presseleuten vor dem Haus auf und ging in das Haus. Dies empfand ich wie alle Umstehenden als eine einzige Provokation. Man konnte Herrn Lummer ab und zu durch die Fenster des Hauses sehen, Fernsehleute gingen auf den Balkon und filmten die Menschenmenge, die sich nun hinter der Absperrung sammelte. Es gab Sprechchöre, jedoch kam es zu keinerlei Gewalttätigkeiten; es flogen keine Steine.

Allerdings holte die Polizei nun auch wieder die Hunde hervor, die sie vor dem Auftauchen des Herrn Lummer eingeschlossen hatte. Ich stand recht dicht von der Polizeikette entfernt (ca 2 m), als plötzlich ohne jede Vorwarnung und ohne daß ein Grund ersichtlich war, die Polizei mit Schlagstöcken auf uns zustürmte und uns auf die nicht abgesperrte Gegenfahrbahn trieb.

Die Folge war, daß eine kleine Panik ausbrach, die Menschen teilweise übereinander stürzten und vor den anstürmenden Polizisten in Richtung Potsdamer Straße flohen. Da der Fahrzeugverkehr nicht gestoppt worden war, sahen sich plötzlich hunderte von Menschen zwischen fahrenden Autos. Ein BVG-Bus, der anfangs noch jenseits der Kreuzung in der Potsdamer Straße gestanden hatte, versuchte noch durch die Menschenmenge auf die andere Seite zu kommen. Einige vereinzelte Steine flogen nun auch in Richtung der herankommenden Polizisten.

Folge dieser Panik: ein Mensch wurde von dem Bus überrollt, nach Auskunft von Leuten, die unmittelbar in der Nähe waren, wurde der Verletzte noch einige Meter mitgeschleppt und soll tot sein. Beim Bus wurden einige Fenster durch Steine eingeworfen.

Mir geht es nicht darum, dem Busfahrer die Schuld zu geben, die Panik hatte wahrscheinlich auch ihn ergriffen.

Die Verantwortung für das, was heute nachmittag an der Bülowstraße geschah, trägt allein Herr Lummer. Es ist m.E. nicht nur instinktlos, unmittelbar nach der Räumung eine Pressekonferenz im geräumten Haus abzuhalten.

Ich kann mich des Eindrucks nicht erwehren, daß er im vollen Bewußtsein, Körperverletzungen von Polizisten, beteiligten und unbeteiligten Menschen in Kauf genommen hat, um sich zur Schau zu stellen.

Ich hoffe immer noch, daß der vom Bus überfahrene Mensch nicht tot ist.

Ich weiß sonst nicht, wie Herr Lummer dies verantworten kann.

So bitte ich Sie, Herr Bischof, nochmals, bei Ihren Gesprächen mit dem Senat, diese für mich noch vor kurzem unvorstellbaren Ereignisse anzusprechen.

Morgenandacht von Pfr. Helmut Giese

Dieser schreckliche Tag gestern, diese furchtbare Nacht heute müßte uns allen, liebe Zuhörer, als heilsamer Schreck in die Glieder fahren, nicht nur in die Glieder, nein, auch in's Herz und in den Verstand und überall dahin, wo wir noch menschliche Regungen spüren! Da dürfte keiner mehr auf dem hohen Ross sitzen und Recht behalten wollen; da sollte keiner mehr mit dem Finger auf den anderen zeigen und sagen: du bist Schuld. Da sollten wir endlich alle begreifen: so sind wir dran - in einer schon seit langem verfahrenen Situation; geprägt von Widersprüchen, Sprachlosigkeiten, Mißtrauen, Haßgefühlen, Taub- und Blindheiten. Aus dieser Situation kommen wir nur gemeinsam heraus oder gar nicht.

Gemeinsam: das hieße zuallererst miteinander reden und nicht übereinander. Denn wenn wir nur übereinander reden, fallen wir auch übereinander her und dann bleiben am Ende nur Steine, statt Argumenten; nur Gewalt, statt Worten; nur Krawalle, statt guter Gedanken.

Gemeinsam: das hieße, wieder aufeinander hören und nicht bloß vom Hörensagen übereinander hören. Denn wenn wir nur übereinander hören, überhören wir einander und am Ende bleibt nur das Gerücht, die üble Nachrede, das böse Gefühl, die gehässige Dauerbeschimpfung.

Gemeinsam: das hieße, einander wieder in's Gesicht sehen - in dieses uns von Gott gegebene menschliche Antlitz. Damit wir merken, was wir da schreckliches tun, wenn wir uns gegenseitig Funktionsmasken überstülpen, um einander nicht wirklich zu sehen - als wären Polizisten keine Menschen; als wären Hausbesetzer keine Menschen; als wären Politiker keine Menschen.

Gesicht zeigen - damit wir einander als Menschen erkennen.

Gemeinsam aus dieser Situation herauskommen: das hieße alle Weisheit, alle Liebe, alle Geduld zu mobilisieren, die ja unter uns sicherlich da sind, wenn uns nicht alle guten Geister verlassen haben. Und auf jeden Rat hören, der sich an Weisheit, Geduld und Liebe messen lassen kann!

Gemeinsam aus dieser Situation herauskommen: das fängt da an, wo wir auch gemeinsam trauern: um den Toten, die Verletzten, die Verzweifelten, die Verängstigten; alle, die Schaden genommen haben an Leib und Seele und um geliebte Menschen weinen. Alle, liebe Hörerinnen und Hörer, niemand ausgenommen. Diejenigen unter uns, die noch beten können, bitt ich: betet um Gottes guten Geist der Weisheit, Liebe und Geduld, damit unsere Stadt durch ihn wieder zum Frieden findet.

Predigt von Pfr. Rolf Thoma

Liebe Gemeinde,

ich lese noch einmal einen Vers aus dem Abschnitt des Galaterbriefes, den wir eben gehört haben. Es ist jener Vers, den ihr sicher alle wiedererkannt habt. Ich lese ihn jetzt - endlich in der Sprache Martin Luthers:

Einer trage des andern Last,

so werdet ihr das Gesetz Christi erfüllen. Gal. 6,2

Vier Jahre ist das nun her. Da war dies die Losung des Berliner Kirchentages 1977. Ich erinnere mich, wie wir damals vor der Berliner Kongresshalle standen: an den Händen gefaßt, haben wir einander die Seligpreisungen Jesu zugesprochen. Und die da mit uns standen, - damals Ehrengäste des Kirchentages - leben jetzt mit uns in dieser Stadt und tragen die entsetzliche Last politischer Ämter.

Vier Jahre! - Der kühn geschwungene Himmel der Kongresshalle ist inzwischen über uns herabgestürzt. Die Konfirmanden von damals sind die Achtzehnjährigen von heute. Der Berliner Kirchentag galt damals schon als der Kirchentag dieser jungen Leute. Viele von ihnen wohnen heute nicht mehr zu Hause. Die Gesichter von damals - heute finden wir sie in den kaputtgewirtschafteten Häusern dieser Stadt: in Kreuzberg, Charlottenburg, im Wedding und auch bei uns, z. B. in der alten Brauerei in Zehlendorf.

Einer von ihnen, den wir dort wiedergetroffen haben, hatte sich seinen Konfirmationsspruch mitgenommen. - Eins der wenigen Dinge offenbar, die ihm wichtig genug waren im Bündel unter seinem Schlafsack aufbewahrt zu werden.

Ja, liebe Gemeinde, es sind unsere jungen Leute, Schlachtenseer junge Gemeinde von damals, die heute zusammen mit ihren Freunden mit in den besetzten Häusern wohnen: Ekki und Lee, Chris und Alix, Reinhard, Uwe, Jörg, - Johanna und Dorle! Sie haben ja alle Namen, diese Hausbesetzer und Demonstranten, Paten und Sympathisanten. Unsere Namen!

Auch der tote Junge vom Dienstagmittag hat einen Namen: Klaus Jürgen heißt er. Es hat eine Weile gedauert, bis sie ihm das zugestanden haben, einen Namen zu tragen. - Nicht nur ein "Achtzehnjähriger", "Getöteter", "Demonstrant" oder gar "Chaot", sondern: Klaus-Jürgen, - vielleicht sogar mit Bindestrich. So rührend bürgerlich hat sein Leben einmal begonnen. Und ein Berliner Pfarrer sagte mir, sein Sohn habe ihn gekannt.

Ich selbst habe den toten Jungen nicht gesehen. Vermutlich hat sich Klaus-Jürgen eine Gesichtsmaske übergezogen, auf seine Jacke die Buchstaben R A F gemalt. Ich sage "vermutlich", denn es wird entsetzlich gelogen in diesen Tagen, in dieser Stadt.

Aber wir sollten bei allem, was wir über ihn sagen, schon damit rechnen, daß es so war.

Vermutlich hat Klaus-Jürgen Steine geschmissen, auch wenn er im Augenblick seines Todes auf der Flucht war. Und vielleicht war es nicht erst der demütigende Hohn in der Siegerpose des Staatsgewaltigen, der ihn militant gemacht hat. Wir müssen damit rechnen, daß Klaus-Jürgen schon vorher gewalttätig geworden war. Denn jedenfalls gibt es sie, diese verummten Jungen. Sie finden, daß ihnen die Gesellschaft den Krieg erklärt hat, und sie sind bereit, den Krieg zu führen. Mit Pflastersteinen und brennenden Barrikaden, mit Brandsätzen und anderem, mit dem man seine Wut in Muskelkraft umsetzen kann. - Aber sie haben alle einen Namen, so wie Klaus-Jürgen. Können wir diese Last tragen? - Gewalt ist unerträglich, heißt es.

Ja, liebe Gemeinde, sie ist wirklich unerträglich. Und wir alle sollten dafür einstehen. Unerträglich! - Heißt das auch, Klaus-Jürgen ist unerträglich? - Oder trägt er an einer Last, die wir mittragen könnten? Wer hat sie ihm auferlegt? - Er selbst?

Bleibt das eine Lösung für erhebende Kirchentage? - Zu wenig, um damit in dieser Stadt zu leben: Einer trage des anderen Last, so werdet ihr das Gesetz Christi erfüllen?

Das Gesetz! - Da ist es, unser Stichwort. In der Sprache der politisch Verantwortlichen heißt es "Rechtsstaatlichkeit". Das ist die Raison staatlichen Handelns geworden! Es geht der Stadt nicht um Klaus-Jürgen, nicht um Jörg und nicht um Uwe, sondern um Rechtsstaatlichkeit; - nicht um Menschen, sondern um ein abstraktes Hauptwort. "Wir haben ein Gesetz, und nach dem Gesetz muß er sterben". - So haben sie schon einmal geschrien, denn sie wähten sich im Recht.

Bitte versteht mich jetzt nicht falsch! Daß in unserer staatlichen Ordnung das Recht gelten soll, mehr als es in unserer Geschichte jemals gegolten hat, das sollten wir gemeinsam verteidigen. Daß Macht und Gewalt nicht vor Recht gehen darf, dafür sollten wir eintreten, als Bürger dieser Stadt und als Gemeinde Jesu von Nazareth. Wenn wir das wirklich tun, - wenn wir das endlich entschieden tun, dann werden wir lernen, warum Klaus-Jürgen und seine Freunde Steine schmeissen. Sie tun es nämlich, weil sie zweifeln daran, daß dies noch gilt: Recht vor Gewalt. Sie haben von uns gelernt "Privatleute" zu sein. *privatum*, das heißt: "das Geraubte". Wir leben von dem, was wir für

uns gesichert haben und damit anderen vorenthalten. Eine Jugend, für die wir nicht genug Lehrer bezahlen wollen, die statt der Freiheit zu Bildung den Zwang von Ausbildung erlebt, die sich von unserem Umgang mit der Welt um ihre Zukunft und um ihr Recht auf Leben gebracht sieht, - sie sucht einen Freiraum für sich. Ein Dach über dem Kopf. Natürlich haben die meisten von ihnen ja eins. Aber sie wollen nicht in den Einzelzimmern und Jugendfreizeit-Einrichtungen verkümmern, die wir ihnen, den Richtlinien gemäß, ausstaffiert haben. Sie suchen Wohnraum, wo sie mit Freunden zusammenleben und sich ausprobieren können. - Sie finden keinen.

Sie finden nur leerstehende Häuser, Tausende von Wohnungen, kaputtgewirtschaftet. Die meisten Leute, die heutzutage Häuser bauen, tun dies ja nicht um selbst zu wohnen, sie tun es, um damit Geld zu verdienen. Und sie verdienen am besten, wenn sie die Häuser kaputtmachen. Für das Kaputte gibt es Steuergelder, die dann in ihre Taschen fließen.

Klaus-Jürgen und seine Freunde erleben am eigenen Leibe, daß dies gute Recht von Privatleuten und Baugesellschaften, Geschäfte zu machen mit staatlichen Machtmitteln durchgesetzt wird. Ihr eigenes Recht aber findet keine Lobby, keinen Schutz, kein Geld. Wir sind unglaublich geworden mit unserer Rede vom Rechtsstaat. Und deshalb kämpfen die jungen Leute - nicht gegen den Rechtsstaat, das ist barer Unsinn! - sie kämpfen gegen uns!
Ja, das tun sie, und sie tun es mit Gewalt.

Das Gesetz Jesu Christi!

Das Gesetz Jesu Christi ist etwas anderes als der Ruf nach dem Staatsanwalt. - Einer trage des anderen Last! -

Liebe Gemeinde, gilt das noch für uns? - Gilt das noch für diese Stadt, in deren oberster, schier nicht zu tragender Verantwortung der Kirchentagspräsident von Hamburg steht?

Einer trage des andern Last! - Ja, auch seine, auch seine!

Wer hier Verantwortung mittragen will, wer die, die in der Verantwortung stehen, nicht alleine lassen will, der muß anfangen zu fragen, uns alle fragen: Was wollt ihr denn nun mit den Freunden von Klaus-Jürgen tun?

Sie sind da, und sie sind unsere Kinder! Sie legen Brände und scheinen für jedes Gespräch unerreikbaar. - Wollt ihr sie alle tot machen? - In die Knäste sperren?

Was heißt der Satz: "Die überwiegende Mehrheit unserer Jugend sieht anders aus". - Wollt ihr diese Minderheit, wenn es denn wirklich eine Minderheit ist, wollt ihr sie einfach abschreiben? Wollt ihr deren Last nicht mehr mittragen, sondern sie isolieren und ausschalten?

Es gibt in unserer Stadt Hunderte leerstehender Häuser. Sie gehören überwiegend öffentlichen Gesellschaften. - Warum ist es nicht möglich eine neue Wohnungspolitik dort zu beginnen? Warum müssen es ausgerechnet diese acht sein? Warum müssen es besetzte Häuser sein, um den Anfang zu machen? - Weil es gar nicht um Wohnungen geht, sondern um das Prestige von Politikern? Ist das die Antwort?

Einer trage des anderen Last! - Warum habt ihr solche Berührungsangst? Warum redet ihr nur über sogenannte "Vermittler", mit Präsidenten, Vorsitzenden und anderen Funktionären, nicht aber mit den Besetzern selbst. Hat es wirklich nie eine Zeit gegeben, zu der diese dazu noch bereit gewesen wären?

Wann war der Regierende Bürgermeister, der Bausenator in einem besetzten Haus? Wann war dort ein Bischof?

Und darf man dann noch hingehen, nachdem das Haus geräumt worden ist? - Und darf man dabei so die Unwahrheit sagen, wie es dort geschehen ist?

Einer trage des anderen Last! Fangt endlich damit an! Versucht, die Fremde auszuhalten, die zwischen den Generationen eingezogen ist!

Donnerstagmittag: Nähe Winterfeldplatz sitzt ein 16-17-jähriger Junge. Er hat eine große Trommel, auf die er einschlägt: er ist ein "peace-drummer". - Aber er macht Lärm. Nachbarn beschwerten sich. Der leitende Beamte vom Abschnitt 41 geht hin, - derselbe Chef übrigens, der all die schrecklichen Einsätze hat leiten müssen. Er redet mit dem Jungen. Der Junge sagt: wir demonstrieren für den Frieden! Wir tun es gewaltlos. Wir feiern ein Fest. Er ist ein peace-drummer!

Der Beamte sagt: Aber die Leute beschwerten sich! Sie können nicht schlafen. Dem Jungen scheint dies ziemlich gleichgültig. Der Polizist eindringlicher: - Die hatten Schicht, haben 12 Stunden Arbeit hinter sich. Der Junge sagt: Wie kann man so blöd sein und 12 Stunden hintereinander arbeiten? - Es ist ihm wirklich, "ehrlich" unfaßbar. Aber von dem offenen Unverständnis des Jungen bekommt der Beamte nichts mehr mit. In ihm kocht es. Denn er ist selbst schon bald 48 Stunden im Dienst.

- So laufen sie ab, die Begegnungen in dieser Stadt! So schwer ist das! So weit sind wir voneinander entfernt!

Wer hat denn nun recht, von den beiden? - Was sagt ihr dazu? -

Ich sehe es euren Gesichtern an! Und ich nehme es euch nicht übel, denn auch ihr müßt arbeiten.

Aber könntet ihr euch einen einzigen Augenblick dies vorstellen: euch hineindenken in den Jungen! War er wirklich nur rotzig und frech? - Nur gleichgültig? - Könntet ihr euch einen einzigen Moment lang einmal vorstellen, daß einer nicht mehr versteht, warum wir das wirklich tun, was wir da machen? - 12 Stunden am Tag, wochenlang, jahrelang, - lebenslang! Könnt ihr euch vorstellen, daß dieser Junge nicht so leben will? - Daß er ein Recht hat, nicht so leben zu wollen? - Könnt ihr verstehen, daß er jetzt zu uns sagt, was viele über den toten Klaus-Jürgen sagen: "Selber schuld!"

Einer trage des anderen Last!

Am Winterfeldplatz, donnerstagmittag, hat dies folgendes bedeutet:

Der Beamte hat sich mehr oder weniger wortlos abgewendet. Er war in diesem Augenblick wütend und gleichzeitig ziemlich hilflos, dieser mächtige Polizeihauptmann! Aber er hat sich diesen Augenblick gefallen lassen, hat ihn auf sich genommen. Und vielleicht hat es ihm gut getan, ihn auch wieder los zu werden, indem er das alles einem anderen erzählte.

Was der Junge am Winterfeldplatz aus diesem Erlebnis gemacht hat, weiß ich nicht. - Vermutlich ein Fest. Sein "Fest für den Frieden". Sicher noch kein Fest an dem alle anderen hätten teilnehmen wollen. Aber immerhin, liebe Gemeinde: ein Fest! Versteht ihr? Ein Fest und nichts anderes! Er lebt schon in einer Welt in der noch oder in der wieder dafür Platz ist!

Wie mag es den Nachbarn ergangen sein mit diesem Fest? Ob sie es haben ertragen können? - Was denkt Ihr? - Ob wir wohl lernen könnten, das zu ertragen? Ob es wohl möglich würde, daß ihr jetzt, wo ich dies alles euch gesagt habe, antworten könntet, wie es die uralten Ordnungen unserer Gottesdienste nach der Predigt vorsehen:

Nämlich mit A m e n : Das ist: So soll es sein ! ? !

Kommentar von Reinhard Henkys

(Gastkommentar für die Berliner Stimme vom 28.9.81)

Am vergangenen Dienstag wurden acht Häuser geräumt, mit den bekannten Folgen. Die evangelische Kirchenleitung West-Berlins, zufällig zusammensitzend, appellierte an Politiker und Journalisten, zur Versöhnung zu reden und zu handeln. Und an die eigenen Reihen ging der Hinweis, daß alle Christen sich daran bewähren und messen lassen müssen, "wie wir in dieser Stadt Konflikte und Auseinandersetzungen austragen und aushalten".

Tags drauf erläuterte Bischof Kruse im Rias: Es gibt gegensätzliche Interessen. Die kann man nicht verkleistern. Es gibt die Gewalt der Steine, aber auch die derharten Worte. Daraus wird keine Zukunft. Es muß zum gemeinsamen Nachdenken kommen. Selbstbetroffenheit ist der Ausgangspunkt für das nötige Gespräch in der Stadt, nicht das Verharren in Selbstrechtfertigung hier, Anklage dort.

Am nächsten Abend, donnerstags, verzichtete die SPD-Fraktion auf den Mißtrauensantrag gegen Lummer, die Gesprächsrunde des Sonnabend im Rathaus wurde vereinbart.

Es soll hier kein Kausalzusammenhang behauptet werden. Die Erinnerung mag nur verdeutlichen, daß die evangelische Kirche sich in die Pflicht gebracht hat. Sie trat dafür ein, die parlamentarische Machtprobe durch den Versuch zu ersetzen, nicht über- und gegeneinander, sondern miteinander zu reden.

Das scheint im ersten Gang trotz aller positiven Kommentare nur sehr begrenzt gelungen zu sein. Aus dem Abgeordnetenhaus fehlte die AL. Und den Vertretern von CDU, SPD und FDP saßen aus der Gesellschaft nur die Repräsentanten der klassischen "Relevanten" gegenüber. Selbst "Paten" und "Vermittler" aus den Reihen der Kirche verzichteten darauf, Bischof Kruse zu begleiten.

Die Gründe dafür, daß etwa der Kreuzberger Superintendent Gustav Roth fehlte, sind bekannt, wurden zum Teil auch verstanden. Auch ohne ihn, Gollwitzer, Albertz und wer sonst noch genannt werden könnte, orientierte sich die evangelische Delegation nicht an der vermuteten Mehrheitsmeinung der Berliner (Schluß mit der Rücksicht auf Chaoten!), sondern versuchte, in die Lücke zu treten.

Diese Rolle zu übernehmen, fällt auch Kirchenleuten schwer, die nicht wie die Parteien Wähler-abhängig, nicht wie Gewerkschaften und Unternehmer mit der Interessenvertretung ihrer Mitglieder beauftragt sind. Denn die Mehrheit der

Bevölkerung ist auch die Mehrheit der Gemeindemitglieder, und noch so geistliche Vermahnung bewirkt am Ende nichts, wenn sie in den Gemeinden keine Resonanz findet.

Aber die Pluralität der Kirche, die den Pluralismus der Gesellschaft widerspiegelt, ist auch ihre Chance. Sie hat Übung darin, Konflikte, die sich nicht ohne weiteres lösen lassen, auszuhalten, also zu streiten, ohne auseinanderzubrechen, ohne die Grundübereinstimmung aufzukündigen. Und sie hat immer wieder die Fähigkeit gehabt, einzelnen oder Gruppen, die einen eigenen, von der Mehrheit nicht geteilten Weg gehen, Freiheit zu geben, nach ihrer Erkenntnis zu handeln, und trotzdem nicht nur im Gespräch, sondern in verbindlicher Gemeinschaft zu bleiben.

Es wird in nächster Zeit darauf ankommen, daß sich in der Berliner evangelischen Kirche die in den unterschiedlichen Lagern engagierten Kräfte auf diese Tradition besinnen und zunächst in kirchlichem Rahmen das Gespräch führen, das im Rathaus in der nötigen Breite noch nicht stattfand.

Vielleicht lassen sich dann - direkt oder indirekt - die Kräfte in den Parteien und in der breiteren Öffentlichkeit stützen, die in der Hausbesetzerfrage nicht nur ein Problem der gestörten Rechtsordnung sehen, das am Ende nur durch Erneuerung des Law-and-Order-Prinzips zu lösen ist.

Vielleicht läßt sich Schritt für Schritt nicht nur rhetorisch, sondern auch im praktischen politischen Handeln der Erkenntnis Raum schaffen, daß an der Rechtsordnung einer Gesellschaft etwas nicht in Ordnung ist, wenn sie z.B. zuläßt, daß am Leerstand von Wohnungen - auf Kosten des Steuerzahlers! - mehr zu verdienen ist als an ihrer bedürfnisgerechten Reparatur und erschwinglichen Vermietung.

Vielleicht gelingt es schließlich, gesellschaftliches Bewußtsein dafür zu gewinnen, daß soziale Interessenkonflikte bisher ungewohnter Form auch legitim sind, daß also die derzeitigen Auseinandersetzungen der Beginn einer Bemühung um konstruktive Formen ihres Austrags werden können. Es sei daran erinnert, daß in den Anfängen der Arbeiterbewegung deren Protest durch Streiks von der herrschenden Meinung auch als Chaos und ihre Duldung als Preisgabe jeder Rechtsordnung empfunden wurde.

7. E i n B e i t r a g v o n " a u ß e n "

"Kirche und Besetzer" von Gerd Behrens

Gerd Behrens, Steuerberater und einer der wenigen Finanzsachverständigen, die sich der alternativen Szene in Berlin verbunden fühlen, hatte beinahe von Beginn der Hausbesetzungswelle an mit den Besetzungen zu tun. Durch seine Arbeit beim Berliner Netzwerk Selbsthilfe e. V. war er an der Ausarbeitung von Legalisierungsvorschlägen beteiligt, die auch von der Evangelischen Kirche unterstützt wurden. Die Gesellschaft Stattbau GmbH ist das Ergebnis solcher Legalisierungsbemühungen. Gerd Behrens ist heute einer der beiden Geschäftsführer dieser Gesellschaft. Wegen seiner vielfältigen Berührungspunkte und gemeinsamer Gespräche mit kirchlichen Amtsträgern und Mitarbeitern im Zusammenhang mit den Instandbesetzungen sind die folgenden Seiten der Beitrag eines "Spezialisten und Sympathisanten von außen", von außen deshalb, weil Gerd Behrens selbst nicht primär an der innerkirchlichen Diskussion der Probleme beteiligt war.

Das Engagement der Kirche im Zusammenhang mit den Hausbesetzungen in Berlin war das hervorstechendste gesellschaftspolitische Moment - neben der Überreaktion der öffentlichen Gewalt mit Beginn der CDU-Regierung in Berlin. Ich will hier die breite journalistische Resonanz, die die Hausbesetzerbewegung relativ ungebrochen von ihrem Anfang bis zu ihrem jetzt absehbaren Ende als interessante Merkwürdigkeit begleitet hat, ausnehmen, da die Journalisten, als Chronisten von Ereignissen, sicher auch gespürt haben, daß sich etwas "Ungewöhnliches" tat. Kirche und Staatsgewalt sind, jeder auf ihre Weise, auf die Besetzerbewegung "abgefahren".

Bei der Staatsgewalt, im wesentlichen repräsentiert durch Staatsanwaltschaft und Innensenat, war dies relativ naheliegend und unzweideutig. Auf einer bürokratischen Ebene hatte die Hausbesetzerbewegung für diese Institutionen sicher systemerhaltende Funktion bis hin zur Stellensicherung, auf einer ideologisch konservativen Ebene gab es eine willkommene Gelegenheit, für Recht und Ordnung, und das heißt im konservativen Sinne im wesentlichen Eigentumsrecht und Ordentlichkeit, zu sorgen. Daß da auch auf ein Instrumentarium zurückgegriffen wird, das zumindest seit dem Nationalsozialismus vergessen schien, soll hier geschildert werden, weil ich glaube, daß sich daraus auch ein Teil des Engagements der Kirche erklärt:

1. Was allgemein wohl nicht bekannt ist, daß es einen § 5 des Meldegesetzes gibt, der den Wohnungsgeber als Nebenmeldepflichtigen nach Auffassung des Polizeipräsidenten in Berlin nicht nur verpflichtet, den Anmeldeschein für den Mieter zu unterschreiben, sondern sich auch durch Einsicht in die Meldebestätigung oder durch Rückfrage bei der Meldebehörde davon zu überzeugen, daß der Hauptmeldepflichtige (zu Deutsch: der Mieter) die Meldung tatsächlich erstattet hat. Diese Bestimmung, die verdächtig an die Institutionalisierung eines "Reichblockwartes" erinnert, wird nach meiner mehr als 20jährigen Erfahrung in der Verwaltung von Mietwohngrundstücken in der Regel nicht angewandt. Daß diese Bestimmung in aller Schärfe in Bezug auf besetzte Häuser praktiziert wird, zeigt die deutliche Einäugigkeit der öffentlichen Gewalt, die mich stets an das schöne Beispiel der Grenzkontrollen bärtiger Personen mit alten Autos erinnert, wo zwischenzeitlich jeder weiß, daß Terroristen-soweit man diese im Auge haben sollte - mit Messerhaarschnitt und Maßkon-

fektion durch die Lande reisen.

2. Eine der größten kreativen Leistungen der Innenverwaltung ist sicher die Schaffung des neuen Begriffs der "kriminellen Fluchtborg". Der Öffentlichkeit ist dabei nicht bekannt, daß gerade bei einigen dieser "Hochburgen" die "Besetzungen" häufig wechselten, was die Polizei natürlich auch genau wußte, die Straftaten, häufig bedeutungsschwer wie ruhestörender Lärm und Diebstahl eines Einkaufswagens, von Beginn der Besetzung an aufgelistet wurden, so daß zum Schluß eine stattliche "Latte" herauskam, was dann irgendwann auch die Legimitation zur Räumung bot. Nach diesem Verfahren wäre sicher jedes Internat, auch konservativer Prägung, binnen weniger Jahre eine kriminelle Hochburg.

Unter diesem Hintergrund ist das Verhältnis der Kirche zur Hausbesetzerbewegung in seiner Differenziertheit erklärbar. Mir ist zunächst aufgefallen, daß von dem Interesse der Kirche ihr Mittelbau, ihre Administration, ihr Apparat völlig ausgespart war. Eingesetzt für die Hausbesetzerbewegung haben sich entweder die Betroffenen vor Ort, um einige Namen zu nennen: Gustl Roth, "Manne" Bahmann, die Pfarrer Klemm und Eggers und die Kirchenspitze, allen voran Bischof Kruse und sein Beauftragter für Besetzerfragen, Rechtsanwalt Rainer Papenfuß. Dies ist in der Tat eine merkwürdige Konstellation: "Basis und Kirchenspitze" haben gemeinsam zu der Hausbesetzerbewegung gehalten und - darauf muß in dem Zusammenhang auch einmal ausdrücklich hingewiesen werden - es war nahezu ausschließlich die evangelische Kirche, die agiert hat. Die Kirchenspitze dadurch, daß sie Möglichkeiten für Gespräche auf "höchster Ebene" geschaffen hat, z.B. die sogenannte Friedensrunde mit dem Regierenden Bürgermeister oder durch eine "Türöffnerfunktion", die die Gesprächsbereitschaft vieler Personen in Politik und Verwaltung geschaffen hat. Vor Ort haben die Pfarrer durch das Bereitstellen von Räumen, in denen Gespräche stattfinden konnten, durch Rat und Tat, bis hin zur Bereitstellung von Grundstücksflächen für eine Zeltstadt an der Mauer, maßgeblich dazu beigetragen, daß die Besetzer Ansprechpartner fanden und damit überhaupt Wege aus ihrer Isolation.

Ich glaube, was gerade die Pfarrer vor Ort, mich aber auch, so fasziniert hat, und auch ihr Engagement in der Hausbesetzerfrage erklärt, war, daß hier zwei Momente eine Rolle gespielt haben, die ich als ein sehr protestantisches und ein sehr christliches bezeichnen würde. Das protestantische

Element war sicher die Wahrnehmung, daß die "Staatsgewalt" in vielen Fällen unangemessen, hart und unflexibel agiert und reagiert hat und daß die Kirchenfrauen und -männer ebenso wie die Hausbesetzer intuitiv gespürt haben, daß diese Reaktion der "Obrigkeit" nicht aus einer inneren Stärke erfolgte, sondern eher Unglaubwürdigkeiten des demokratischen Systems verdecken sollte, mit denen sich eine selbstsichere Demokratie auf andere Weise, nämlich durch Toleranz, Angebote und gewaltloser Konfliktfähigkeit hätte auseinandersetzen müssen. Reagiert wurde aber häufig (im übrigen nicht anders als zu den unseeligen hysterischen Höhepunkten der Terroristenfahndung unter einer SPD/FDP-Bundesregierung), als wäre durch die Besetzerbewegung das Abendland in Gefahr. Ich denke, daß dies alles die Kirche im Zusammenhang mit der Hausbesetzerbewegung sehr genau wahrgenommen hat, und sozusagen "lutherisch" reagiert hat. Vielleicht wird ein kluger Kopf einmal darüber reflektieren, was Luther mit der Hausbesetzerbewegung zu tun hat, ein Ansinnen, das im Lutherjahr vielleicht Herausforderung sein kann, ich glaube, daß es hier Beziehungen gibt.

Der zweite Berührungspunkt, den wohl viele Kirchenmenschen in Bezug auf die Hausbesetzerbewegung verspürt haben, war nach meiner Einschätzung eine Sache, die ich als das "christliche Moment" bezeichne: Die Hausbesetzerbewegung hat sich in ihrem Höhepunkt dadurch ausgezeichnet, daß sie spontan war, ungeheure Freiheitsphantasien hatte und ihre Apostel und Prediger auch ideologisch gegen jede formale Hierarchie und Institution waren. Ich glaube, daß die Vorstellungen der Hausbesetzer von ihrer "freien Republik Kreuzberg" nicht sehr weit von den Vorstellungen mancher Christenmenschen innerhalb und außerhalb der Amtskirche vom "Reich Gottes" entfernt waren. In diesem Zusammenhang war vielleicht ein weiteres Moment, daß manche Vertreter der Amtskirche, zu denen ich die Pfarrer vor Ort rechne, Sehnsüchte in sich aufsteigen sahen, und gleichzeitig auch von der Besetzerbewegung eine entsprechende positive Rückkopplung erhielten, als sie merkten, daß sie und ihre Kirche die einzigen Personen und Institutionen waren, die von den Besetzern noch als neutral akzeptiert wurden. Und auch hier hat sicher vielen Pfarrern das Erlebnis, nicht nur von alten und hilflosen Menschen als Zufluchtsort akzeptiert zu werden, sondern von jungen suchenden Menschen, ein Gefühl vermittelt, das die meisten von ihnen lange vermißt haben. So ist es wohl auch ein bemerkenswerter Vorgang, daß beispielsweise der Landesbischof wie seine Pfarrer vor Ort reagiert hat. So hat nach meiner Wahrnehmung die Kirche auf zwei Ebenen unter dem Hintergrund der Hausbesetzerbewegung eine emanzipatorische Aufgabe erfüllt, näm-

lich "vor Ort" war sie Tageshilfe, Berater und Schlichter, auf der Ebene der Kirchenspitze war sie kritischer Umsetzer und Förderer von emanzipatorisch angelegten Legalisierungsmodellen, wie z.B. NETZBAU/STATTBAU. Die spannende Frage für die Zukunft wird sein, ob das, was sich da an Auseinandersetzung, Übereinstimmung, Diskussionen, kurz also Kommunikation, in den Hochzeiten der Besetzerbewegung abgespielt hat, eine Fortsetzung finden wird; ob also Pfarrer vor Ort den langen Atem und die Toleranz haben werden, auch in einer Phase der alltäglichen Umsetzung das Maß von Bereitschaft aufzubringen, das sicher unter den Bedingungen einer aufgeheizten, spannungsgeladenen Situation leichter zu leisten war, als in der Phase des Kampfes mit dem alltäglichen Frust. Dies ist natürlich keine Frage, die sich nur an die Pfarrer richtet, sondern die wir uns alle stellen müssen, die wir beispielsweise im Rahmen eines "Legalisierungsmodells" wie STATTBAU in der Zukunft an der Umsetzung von Ideen der Hausbesetzerbewegung arbeiten.

Ich will für mich selbst sagen, daß ich aus meiner Tätigkeit in den letzten zwei Jahren Vertrauen zur Kirche gewonnen habe, allerdings - und das sehe ich sehr genau - ein Vertrauen, das sich zur Zeit immer noch mehr an den Personen und weniger an den Institutionen festmacht. Ich habe in dieser Zeit einzelne Menschen schätzen gelernt und wünsche mir, schon aus ganz egoistischen Motiven - daß diese Verbindungen, Verbindlichkeiten und Verbundenheit in der künftigen Alltagsarbeit erhalten bleibt.

8. Statt eines Schlußwortes

Brief von Pfr. Rolf Thoma an den Regierenden Bürgermeister
Richard v. Weizsäcker

Sehr geehrter Herr Dr. von Weizsäcker!

Nach der Räumung von sieben besetzten Häusern am Montag, den 27.6.83, wende ich mich persönlich als auch namens der anderen Mitglieder im Vorstand der Evangelischen Akademikerschaft, Landesverband Berlin, an Sie als denjenigen, auf dem die Verantwortung für die politischen Vorgänge in dieser Stadt lastet.

Durch die oben genannten Räumungen sind insgesamt mehr als einhundertfünfzig, nicht mehr ganz junge Bürger dieser Stadt wohnungslos geworden. Zu ihnen gehören, wie in der Danckelmannstraße, auch junge Leute, die aus der Kirchengemeinde Schlachtensee kommen, in der ich Pfarrer bin. Sie wohnten dort zugestandenermaßen illegal, weil sie sich genommen haben, was für sie anders in dieser Stadt nicht zu bekommen war: billigen Wohnraum, in dem sie zusammen mit ihren Freunden sich ihr Leben zu gestalten suchten, ein Leben, das die Fehlentwicklungen in den Lebensverhältnissen, die wir ihnen anzubieten haben, zu vermeiden trachtet. Der Grundvorgang, mit dem wir es bei den Haubesetzungen zu tun haben, ist ganz überwiegend der, daß aus Spekulationsobjekten für Wohnungsbauunternehmen wieder Häuser wurden, die dazu da sind, daß Menschen darin wohnen. Wir bewerten diesen Vorgang durchweg positiv, auch wenn dabei Eigentumsrechte von solchen Wohnungsbaugesellschaften verletzt werden, - ein Eigentumsrecht, das ursprünglich die materielle Lebensgrundlage von Bürgern schützen sollte, inzwischen aber längst dazu verkommen ist, die Beutezüge von mehrwertorientierten Wirtschaftsgesellschaften abzusichern. Jedenfalls haben Hausbesetzer in keinem Fall anderen Bürgern in der Stadt ihr Eigentum an Wohnraum streitig gemacht oder gar weggenommen.

In den vergangenen zwei Jahren haben Hausbesetzer mit viel Schwung, mit Können und erheblichen materiellen Mitteln von "Sanierungsträgern" baufällig gemachte Häuser wieder in Wohnungen verwandelt. Sie haben dazu große Opfer auf sich genommen, Verzicht auf Bequemlichkeit, Rechtsunsicherheit und nicht zuletzt die ungeheure Mühe, Ansprechpartner und Anlaufstelle für gescheiterte, verlorene, mit allen möglichen Problemen beladene Mitmenschen zu werden. - Jene Sorte verlorener, hoffnungsloser "Fälle", die unsere großen Städte hervorbringen; Menschen, die in den von uns hergestellten Lebensverhältnissen nicht mithalten können und "herausfallen", weil sie den gesetzten Normen nicht entsprechen können und deshalb von den Angepassten als asozial deklassiert werden. Während sonst niemand dabei etwas findet, daß wir diese Menschen aussondern und isolieren, haben Hausbesetzer solche Verlorenen unterstützt, sie bei sich aufgenommen, mit ihnen Gemeinschaft gehalten und so diese oft genug wieder stabilisiert, auch da, wo diese tendenziell kriminell und zu Straftätern ge-

worden waren. Es ist ein atemberaubender Vorgang mitanzusehen, wie nun ausgerechnet dieser Akt menschlicher Solidarität Hausbesetzern zum Fallstrick gemacht wird und den Anlass dafür hergeben muß, nun auch sie selbst zu kriminalisieren.

In den vergangenen zwei Jahren hat ein großer Teil der Besetzer versucht, Lösungen zu finden, die den illegalen Zustand ihrer Wohnverhältnisse beenden und durch einvernehmliche Regelungen, denen alle Beteiligten hätten zustimmen können, abzulösen. Nach der Zuspitzung der Situation in der Stadt im September 1981 hatten Sie sich persönlich für Gespräche eingesetzt und auch die Evangelische Kirche ausdrücklich gebeten, dabei vermittelnd tätig zu sein. Schon vorher, und seitdem verstärkt, haben Gemeindeglieder, Pfarrer, Synodale, auch wir von der Evangelischen Akademikerschaft, und immer wieder unser Bischof und sein Beauftragter Gespräche geführt, Kontakte aufgebaut, um Vertrauen gewonnen, Überzeugungsarbeit geleistet, Lösungsvorschläge eingebracht und mitgetragen, Gelder gesammelt, um entsprechende Einlagen in Trägergesellschaften zu finanzieren. In Zusammenarbeit mit dem NETZWERK e.V. und anderen Initiativen waren Lösungsmöglichkeiten ausgearbeitet, die letztlich alle daran gescheitert sind, daß der Senat, nachdem er laut mitverhandelt hat, schließlich seine erforderliche Zustimmung versagte. So im Falle der Häuser in der Maaßenstrasse und weiter bis zum jüngsten Beispiel in der Willibald-Alexis-Straße! Stattdessen hat der Senat durch fortdauernde Polizeieinsätze, Hausdurchsuchungen und Verhaftungen, an denen sicherlich die Staatsanwaltschaft ihr gerüttelt Maß an Mitverantwortung trägt, eine Atmosphäre der steten Beunruhigung geschaffen, in der immer neu Anlässe für Mißtrauen entstanden sind. Wo es zu vertraglichen Lösungen gekommen ist, verdankt sich dies in der Regel dem Umstand, daß eine Vereinbarung direkt zwischen den Eigentümern und Hausbesetzern / Mietern getroffen werden konnte, ohne daß Senatsstellen dabei gefragt werden mußten. Der Senat jedoch verhindert vertragliche Lösungen durch Räumungen, oft wenige Tage vor Vertragsabschluß und begründet dies mit Vorwürfen gegen die Hausbewohner, die einer anschließenden Prüfung in keiner Weise Stand halten. Schon werden in der Tagespresse die nächsten Räumungsadressen für das Wochenende vom 10. Juli gehandelt. Und der Fraktionsvorsitzende Ihrer Partei im Abgeordnetenhaus, Herr Diepgen, hat dementsprechend den Morgenpost-Berlinern das Ende der Hausbesetzeraffären zum Jahresschluß 1983 versprochen.

So ist eine Situation entstanden, in der die Haltung des Senats, entgegen allen kirchlichen Bemühungen um ein Gespräch, letztlich denen Recht gibt, die sich auf Seiten der Hausbesetzer von Anfang an gegen eine Verhandlungslösung ausgesprochen haben, weil sie befürchtet hatten, durch Verhandlungen nur hingehalten, schließlich aber ausgespielt und liquidiert zu werden. Es

wäre schlimm, wenn diese Entwicklung nur noch so zu verstehen wäre, daß sich der Senat dafür entschieden hat, gemeinsame Sache mit derjenigen Klientel seiner Wähler zu machen, die andere Lebensformen als die ihnen plausiblen in dieser Stadt nicht aufkommen lassen wollen. Dementsprechend geht es für die Hausbesetzer nicht allein um die Frage von Wohnraum, sondern längst und schon immer darum, ob sie als die, die sie sind und werden möchten, unter uns leben dürfen.

Die Stadt Berlin, in die wir, - wie ja auch sie selbst -, vor Jahren gezogen sind, weil wir hier leben und arbeiten und uns auf diese Weise für diese geprüfte Stadt einsetzen möchten, braucht die soziale Phantasie und die Einsatzbereitschaft gerade auch der Generation, die die Hausbesetzungen initiiert hat. Wer sie durchgängig als kriminell diffamiert, "aus Westdeutschland angereiste Chaoten" nennt, vergeht sich in nicht wieder gut zu machender Weise an diesen Menschen und der innovatorischen Substanz, die sie für unsere Stadt darstellen. Jedenfalls sind gerade unter Hausbesetzern diejenigen zu finden, die schon gelernt haben, mit Ausländern auszukommen, die "Randständige" nicht isolieren, sondern einbeziehen; die angesichts der zerbrochenen Familien, mit deren sozialen Folgen ein Zehlendorfer Pfarrer fast täglich zu tun bekommt, neue Formen von Partnerschaft und des menschlichen Zusammenlebens erproben; die für die Zerbrechlichkeit unserer natürlichen und künstlichen Umwelt sensibel geworden sind und mehr als jeder eingessessene Alt-Berliner gelernt haben, einen für die Umwelt erträglicheren Lebensstil zu praktizieren.

Es ist nicht abzustreiten, daß sie durch ihren Lebensstil auch anderen etwas zumuten. Wenn wir aber dieser Generation etwas von den Wertvorstellungen vermitteln wollen, die uns wichtig sind, fragt es sich, wieweit dies nach den Erfahrungen möglich ist, die die jungen Leute mit unserer Ordentlichkeit gemacht haben. Wie werden wir mit unserer Rechtsauffassung glaubwürdig? - Wie wird ein Recht glaubwürdig, das die Unverletzlichkeit der Wohnung, das persönliche Eigentum, die körperliche Unversehrtheit, das die persönliche Würde des Einzelnen schützen soll, - wenn ihre Wohnungstüren eingeschlagen, von Bull-
dozern gerammt werden, - wenn Polizeistiefel niedertrampeln, was sie sich mit Händen aufgebaut haben, - wenn ihre persönliche Habe von Bauarbeitern durch die Fenster in den Hof geschmissen und dort zertrümmert werden, - wenn ihre passive Weigerung, ihre Wohnung zu verlassen mit brutaler Gewalt gebrochen wird, - wenn sie hochsommers in Mannschaftswagen mit voll eingeschalteter Heizung gepfercht und herumgefahren, oft schon in den Wagen mißhandelt werden, - wenn sie auf dem Revier nach Ablieferung aller Tascheninhalte sich auch noch vor den Beamten ausziehen sollen, - wenn man ihnen die Schnürsenkel, weil's

worden waren. Es ist ein atemberaubender Vorgang mitanzusehen, wie nun ausgerechnet dieser Akt menschlicher Solidarität Hausbesetzern zum Fallstrick gemacht wird und den Anlass dafür hergeben muß, nun auch sie selbst zu kriminalisieren.

In den vergangenen zwei Jahren hat ein großer Teil der Besetzer versucht, Lösungen zu finden, die den illegalen Zustand ihrer Wohnverhältnisse beenden und durch einvernehmliche Regelungen, denen alle Beteiligten hätten zustimmen können, abzulösen. Nach der Zuspitzung der Situation in der Stadt im September 1981 hatten Sie sich persönlich für Gespräche eingesetzt und auch die Evangelische Kirche ausdrücklich gebeten, dabei vermittelnd tätig zu sein. Schon vorher, und seitdem verstärkt, haben Gemeindeglieder, Pfarrer, Synodale, auch wir von der Evangelischen Akademikerschaft, und immer wieder unser Bischof und sein Beauftragter Gespräche geführt, Kontakte aufgebaut, um Vertrauen gewonnen, Überzeugungsarbeit geleistet, Lösungsvorschläge eingebracht und mitgetragen, Gelder gesammelt, um entsprechende Einlagen in Trägergesellschaften zu finanzieren. In Zusammenarbeit mit dem NETZWERK e.V. und anderen Initiativen waren Lösungsmöglichkeiten ausgearbeitet, die letztlich alle daran gescheitert sind, daß der Senat, nachdem er laut mitverhandelt hat, schließlich seine erforderliche Zustimmung versagte. So im Falle der Häuser in der Maaßenstrasse und weiter bis zum jüngsten Beispiel in der Willibald-Alexis-Straße! Stattdessen hat der Senat durch fortdauernde Polizeieinsätze, Hausdurchsuchungen und Verhaftungen, an denen sicherlich die Staatsanwaltschaft ihr gerüttelt Maß an Mitverantwortung trägt, eine Atmosphäre der steten Beunruhigung geschaffen, in der immer neu Anlässe für Mißtrauen entstanden sind. Wo es zu vertraglichen Lösungen gekommen ist, verdankt sich dies in der Regel dem Umstand, daß eine Vereinbarung direkt zwischen den Eigentümern und Hausbesetzern / Mietern getroffen werden konnte, ohne daß Senatsstellen dabei gefragt werden mußten. Der Senat jedoch verhindert vertragliche Lösungen durch Räumungen, oft wenige Tage vor Vertragsabschluß und begründet dies mit Vorwürfen gegen die Hausbewohner, die einer anschließenden Prüfung in keiner Weise Stand halten. Schon werden in der Tagespresse die nächsten Räumungsadressen für das Wochenende vom 10. Juli gehandelt. Und der Fraktionsvorsitzende Ihrer Partei im Abgeordnetenhaus, Herr Diepgen, hat dementsprechend den Morgenpost-Berlinern das Ende der Hausbesetzeraffären zum Jahresschluß 1983 versprochen.

So ist eine Situation entstanden, in der die Haltung des Senats, entgegen allen kirchlichen Bemühungen um ein Gespräch, letztlich denen Recht gibt, die sich auf Seiten der Hausbesetzer von Anfang an gegen eine Verhandlungslösung ausgesprochen haben, weil sie befürchtet hatten, durch Verhandlungen nur hingehalten, schließlich aber ausgespielt und liquidiert zu werden. Es

Wer erklärt einer desinformierten Öffentlichkeit, daß die Geräumten auch dann wohnungslos geworden sind, wenn bei der "erkennungsdienstlichen Behandlung" eine Berliner oder westdeutsche Anschrift festgestellt wurde? - Die aus meiner Gemeinde stammenden Betroffenen sind z.B. immer noch bei ihren Eltern in Zehlendorf gemeldet. Als junge Erwachsene, die sich vom Elternhaus gelöst haben, können sie in der elterlichen Wohnung eine Couch für die Nacht, keinesfalls aber den benötigten Platz zum Wohnen finden. Ebensogut könnte man jeden von uns, die wir von Westdeutschland kommend drüben einen Wohnsitz behalten haben, der uns u.a. den Reisepass der Bundesrepublik Deutschland beschert, dorthin "nachhause schicken"!

Wie geht der Senat mit den aus den Häusern Vertriebenen um, die jetzt in Zeltlagern leben? Wird er sich bemühen, für Wohngruppen geeignete Häuser und die zur Herrichtung benötigten Mittel bereitstellen? Das Angebot von Turnhallen und Obdachlosenasylen, wie geschehen, wirkt jedenfalls wie eine Verhöhnung der Betroffenen.

Was schließlich geschieht eigentlich mit den sechs- bis achthundert Jungen (- und Mädchen!), die es ja tatsächlich gibt; die die Aussichtslosigkeit ihres Daseins in der physischen Auseinandersetzung mit allem zum Ausdruck bringen, was sie als unterdrückende Gewalt erleben? Was wollen wir eigentlich mit ihnen anstellen? - Sollen sie alle ins Gefängnis wandern? - Was wird dort aus ihnen? Auch wenn man immer mehr Menschen in den Untergrund drückt, wo sie keiner mehr sieht, - sie sind ja dort weiterhin vorhanden als ein Potential Verzweifelter, die nichts mehr zu verlieren haben. Sie sind da! Und sie sind irgendwie doch auch alle unsere Kinder!

Wer in der Stadt ist noch in der Lage, glaubwürdig und mit Autorität denjenigen Einhalt zu gebieten, für die es die durch die Hausbesetzungen an die Politik gestellten Fragen nicht mehr gibt, wenn das letzte besetzte Haus geräumt und den Verwertungsinteressen seiner Eigentümer wieder uneingeschränkt zur Verfügung gestellt ist?

Wir sehen Sie hier in einer Verantwortung, die Ihnen, solange Sie dieses Amt innehaben, niemand abnehmen kann. Ich schreibe Ihnen diesen Brief jedoch in der Hoffnung, daß es sinnvoll ist, auch weiter und nach allen Enttäuschungen das Gespräch zu suchen, und wo möglich, nach Auswegen zu forschen.

Für Ihre Geduld beim Lesen dieses lang gewordenen Briefes an jemand, der wenig Zeit hat, bedanke ich mich, auch im Namen meiner Freunde und verbleibe mit freundlichen Grüßen an Sie

Ihr Rolf Thoma, Pfarrer

IV. CHRONOLOGIE

von Pastor Ekkehard Gahlbeck und Ludger Kolhoff

1. Ansätze kirchlicher Gemeinwesenarbeit in Berlin-Kreuzberg 1969 - 1979

Das Engagement der Berliner Kirche im Konflikt um die Hausbesetzungen ist auch vor dem Hintergrund einer längeren geschichtlichen Entwicklung im kirchlichen Bereich, vor allem im Bezirk Kreuzberg, zu sehen.

Bereits Ende der 60er Jahre gibt es in verschiedenen Kreuzberger Kirchengemeinden Ansätze von Gemeinwesenarbeit, insbesondere anlässlich des durch Sanierung ausgelösten Veränderungsprozesses. So schreibt Pfr. Klautke, Heilig-Kreuz-Gemeinde in einem Artikel in der Bauwelt (41, Oktober 1969, S. 1409): "In Kreuzberg gibt es - jedenfalls im kirchlichen Bereich - längst Ansätze für Gemeinwesenarbeit ...", wobei ihr Erfolg aber entscheidend davon abhängt, daß "es gelingt, die Betroffenen zu aktivieren, ... Lösungsmöglichkeiten selbst mit zu erarbeiten und zu verwirklichen."

In den 70er Jahren gibt es neben einer großen Anzahl aktiver Gruppen, vor allem aus dem studentischen Bereich, auch eine Reihe von kirchlichen Aktivitäten in Kreuzberg, die hier nur ausschnittshaft genannt werden:

1970 - 1972: Das Kirchliche Engagement für die künftige Nutzung des ehemaligen Bethanien-Krankenhauses in Kreuzberg-SO 36.

Dezember 1973: Der Kreiskirchenrat Kreuzberg verfaßt eine Erklärung zur Stadterneuerung in Berlin - Kreuzberg, in der davor gewarnt wird, Kreuzberg durch Sanierung zum Slum verkommen zu lassen. In der Erklärung heißt es: "...Sanierung zeigt sich hier nicht als Stadterneuerung, die den Menschen eine bessere Lebensqualität verschafft, sondern als Kapitalverwertungsprozeß für Baugesellschaften und Privatleute, als Auftragsfeld für die Bauindustrie, als "Spielwiese" für die Stadtplaner und Architekten."

Herbst 1975: Die Kreissynode Kreuzberg beruft einen Ausschuß für Fragen der Stadtveränderung und Gemeindeplanung unter Vorsitz von Pfr. Duntze. Unter Mitverantwortung dieses Ausschusses wird ein Konzept entwickelt, wie die kirchliche Arbeit im Neubaugebiet Mehringplatz strukturiert werden soll. Der TAM (Treffpunkt am Mehringplatz) entsteht, eine Einrichtung (Gemeinwesenstreffpunkt) mehrerer Kreuzberger Kirchengemeinden und des Kirchenkreises, die auch heute, in veränderter Konzeption, noch Bestand hat.

Mit diesem Ausschuß und der Freistellung von Pfr. Duntze für diesen Aufgabenbereich sind die Möglichkeiten gewachsen, die Planungsvorstellungen der Verwaltung im Blick auf die Stadtentwicklung (kritisch) zu begleiten.

1977:

Nicht zuletzt deshalb gelingt es 1977, die "Strategien für Kreuzberg" auszuschreiben bzw. durchzuführen, die in Form einer Zwischenbilanz als Sonderprojekt des Evangelischen Kirchentages im Juni 1977 auch einer größeren (kirchlichen) Öffentlichkeit vorgestellt werden. Ebenfalls 1977 nimmt der Kirchenkreis-Ausschuß zu den vorbereitenden Untersuchungen im Gebiet um den Chamissoplatz Stellung und kritisiert umfassend die mangelnde Beteiligung der Betroffenen.

1979:

Im November 1979 werden die "Strategien für Kreuzberg" bilanziert. In einer Vor-Ort-Tagung der Evangelischen Akademie Berlin im Turm der Emmaus-Gemeinde wird festgestellt, daß viele Erwartungen und Hoffnungen zu hoch gespannt gewesen sind und daß vor allem die Verbesserung der Wohnverhältnisse und die Abstimmung mit den betroffenen Mietern, insbesondere bei Modernisierungen, zu langsam geht. Ein Projekt, das dort weiter entwickelt wird, dennoch aber bis heute nicht zum Tragen gekommen ist, ist die Einrichtung einer Trägergesellschaft, die Grundstücke übernimmt und modernisiert, aber unter Kontrolle von engagierten Bürgern und Betroffenen.

Natürlich war das kirchliche Engagement in allen diesen Fragen nicht unumstritten. Insbesondere führten die Auseinandersetzungen über die unterschiedlichen Ansätze von Gemeinwesenarbeit zu Konflikten, die bis heute nachwirken:

Auf der einen Seite eher Zusammenarbeit mit der Verwaltung, gemeinsame Arbeit mit Stadtplanern und Architekten und das beharrliche Eintreten für eine Änderung des ganzen Verfahrens der Stadterneuerung im Sinne der Betroffenen, auf der anderen Seite die vorsichtige Initiierung von Bewußtseinsprozessen vor Ort, in den Gemeinden, die oft nur langsam und zäh und mit vielen Neuansätzen möglich war. Zwischen den Vertretern dieser unterschiedlichen Ansätze, die im Idealfall miteinander verbunden sein müßten, blieben Konflikte nicht aus: War es wichtiger, einige wenige aus der Gemeinde für die Probleme wenigstens ihrer unmittelbaren Nachbarschaft zu interessieren und mit ihnen Neues zu versuchen oder war es dringender, die übergreifenden Sanierungsstrukturen zu verändern?

2. Erste Instandbesetzungen

Februar 1979: Im sogenannten Strategengebiet, dem östlichen Teil von Kreuzberg SO 36, kommt es im Februar 1979 zu den ersten Besetzungen (3 Wohnungen in der Lübbener Str 3 und Görlitzer Str. 74), die von der Bürgerinitiative SO 36 durchgeführt werden, um die Wohnungsgesellschaft BeWoGe zur Wiedervermietung ihrer vielen in diesem Bereich leerstehenden Wohnungen zu zwingen.

Anfang
November 1979: werden wiederum von der BI SO 36 drei Wohnungen in diesem Gebiet (Taborgemeinde), Cuvrystr., besetzt, um der weiteren Entmietung und Vertreibung der Bewohner aus der Cuvrystr. 20 - 27 entgegenzutreten und den Verfall der Häuser zu stoppen. Betroffene Unternehmensgruppe ist die Combau (Marx/Mewes/Oldenburger).

Ende
November 1979: Mieterversammlung in der Taborgemeinde mit Bewohnern aus der Cuvrystr.

Januar 1980: Weitere Besetzungen in der Cuvrystr. (Hinterhäuser Nr. 21 und 25).

13.3.80: Besetzung der Luckauer Str. 3 im Einzugsbereich der Kreuzberger Jacobigemeinde.

Ende
März 1980: Mit Leuten aus der Cuvrystr. und aus 6 anderen besetzten Häusern wird der Besetzerrat gebildet.

23.4.80: 2. Mieterversammlung von Mietern aus der Cuvrystr. in der Taborgemeinde: Vertreter der IBA (Internationale Bauausstellung) erläutern ihre Pläne für eine Kindertagesstätte in diesem Bereich. Dabei kommt es zum Streit um den geplanten Abriß der Seitenflügel Cuvrystr. 22 u. 23. Eine sechs Tage später von der CDU einberufene Mieterversammlung wird nur von 2 Mietern besucht.

Ende
Mai 1980: Als erstes Haus außerhalb von SO 36 wird das Haus Chamissoplatz 3 besetzt und am 4. Juni 1980 wieder geräumt. Es kommt zu Festnahmen und Prozessen.

2.8.80: Über den Tagesspiegel wird bekannt, daß die Polizei eine Sonderkommission für Instandbesetzungen eingerichtet hat.

- 8.9.80: Bausenator Ristock bezeichnet auf einer Pressekonferenz die Besetzungen als "kein Massenproblem". Er differenziert zwischen einer Gruppe von Idealisten, die die Häuser wirklich wieder herichten, einer zweiten Gruppe von Punkern und Rockern und einer dritten, die es nur auf Konfrontation mit dem Staat anlegt.
- 1.11.80: Der Gewerbekomplex Cuvrystr. 20/23 (Kerngehäuse) wird besetzt, da die Verhandlungen über Kauf/Vermietung ins Stocken gekommen sind und zu befürchten ist, daß das Haus während des Winters weiter verfällt. In der Cuvrystr. sind nun Gebäudeteile in den Nummern 20/21, 23/25 besetzt, Nr. 26/27 stehen weitgehend leer.
- 11.11.80: Bausenator Ristock hält vor der Regionalsynode der Ev. Kirche (Berlin West) eine Rede, in der er auf die Schwierigkeiten in der Wohnungsbaupolitik hinweist: Soziale Wohnungspolitik muß sich gerade an den Sanierungsbetroffenen und den Haushalten mit unteren Einkommen orientieren. Die Hauseigentümer werden von ihm aufgefordert, den Leerstand abzubauen, die Hausbesetzer zu Kompromissen aufgefordert. Allerdings werden auf dieser Synode weder die Probleme der Wohnungspolitik noch die aktuelle Situation besprochen.
- 27.11.80: Ausdehnung der Besetzungen auf Gebiete außerhalb Kreuzbergs durch Besetzung der Groninger Str. 50 im Wedding.
- 6.12.80: Besetzung Reuter-/Ecke Pflügerstr. in Neukölln

III. Das Engagement der Kirche im Konflikt um die Hausbesetzungen

Dezember 1980: Es kommt z.T. auch aus Anlaß von Instandbesetzungen zu verschiedenen Kirchenbesetzungen, u.a. der Gedächtniskirche, weswegen Bischof Kruse am 20.12.80 an den Beschluß der Synode vom Juni 1979 erinnert, in dem die Gemeinden und Gemeindevorstände darum gebeten werden, bei Besetzungen kirchlicher Räume Wahrnehmungsfähigkeiten für die Anliegen der Besetzer zu entwickeln, die Anwendung polizeilicher Gewalt zu vermeiden, eine Besetzung als Lernprozeß für beide Seiten zu verstehen und nach Beratung und Vermittlung zu suchen.

In diesem Monat gerät die Ev. Kirche, vor allem aus Anlaß gewaltsam verlaufender Demonstrationen, verstärkt in die Auseinandersetzungen um Instandbesetzungen und eine menschlichere Wohnungspolitik. Es kommt zu Solidarisierungen, Distanzierungen, Differenzierungen von Gemeinden, Einzelnen, Kirchenkreisgremien und Landeskirche.

12.12.80:

Ein Vermittlerkreis aus dem Umkreis des Pädagogischen Instituts Walter May der Arbeiterwohlfahrt wird zusammengestellt, um den Besetzern ein Verhandlungsangebot der Kreuzberger SPD zu übermitteln. Dieser Vermittlerkreis wird nur von wenigen Besetzern anerkannt. Er wird später von Vermittlern abgelöst, die auch das Vertrauen der Besetzer genießen.

Am Nachmittag beginnen z.T. gewaltsame Auseinandersetzungen mit der Polizei, die bis in die tiefe Nacht andauern. Anlaß ist die versuchte Verhinderung einer neuen Besetzung (Fraenkelufer 48) durch die Polizei und damit verbundene Mißverständnisse auf allen Seiten, ob noch weitere Häuser geräumt/besetzt werden sollen... Etliche Demonstranten werden verhaftet.

An den folgenden Tagen kommt es ebenfalls zu erheblichen Auseinandersetzungen, z.T. in der Innenstadt, z.T. in Kreuzberg, z.T. aber auch in den Außenbezirken, wo Scheiben zu Bruch gehen. Slogan der Demonstrationen ist meist: Eins - zwei - drei - laßt die Leute frei, da etlichen der festgenommenen Demonstranten keine Haftverschonung gewährt wird, so daß am

15.12.80

noch 18 Demonstranten auf unabsehbare Zeit einsitzen.

Während die Presse von militanten Chaoten und guten Besetzern schreibt, kursieren Flugblätter, auf denen es heißt: Sollten die Verhafteten nicht bis Weihnachten freigelassen werden, "tragen Innensenator Ulrich und Polizeipräsident Hübner die Verantwortung, daß in Berlin Weihnachten nicht nur die Weihnachtsbäume brennen".

15.12.80

Angesichts dieser Situation gibt der Kirchenkreis Kreuzberg am ein Votum in die Öffentlichkeit, in dem es heißt:

- 1.1. Es muß deutlich darauf hingewiesen werden, daß die Bau- und Wohnungsaufsicht die P f l i c h t zur Instandhaltung von Häusern nicht in dem Maße einfordert, wie das den gesetzlichen Grundlagen entspricht.

- 1.2. Die Wohnraumzweckentfremdungsverbotsverordnung legt fest, daß ein Leerstehen von Wohnungen nicht länger als drei Monate erlaubt ist.

Das Landesamt für Wohnungswesen hält sich selbst nicht genügend an diese Verordnung und überprüft ihre Einhaltung nicht ausreichend.

Anfragen aus der Bevölkerung werden zum Teil nicht wahrgenommen und auch nicht beantwortet.

- 1.3. Der Senat von Berlin hat noch keine Maßnahmen entwickelt, nach denen die Modernisierung von Wohnraum durch den Mieter in demselben Maß gefördert wird wie Modernisierung durch den Vermieter.

Eine solche Förderung der Mietermodernisierung wird in Österreich schon lange mit gutem Erfolg praktiziert.

2. Abgesehen von der äußerst negativen Begleiterscheinung stehen hinter der Instandbesetzung von Häusern gesellschaftliche Probleme. Bei Problemen dieser Art stellen aber Polizeiaktionen keine inhaltliche Lösung dar. Die Polizei wird an dieser Stelle zum Lückenbüßer gemacht, wo die Politiker gefordert sind.
3. In einer in den letzten Wochen schwieriger gewordenen Situation sind die Kreuzberger Gemeinden bereit, bei Gesprächen zu helfen, die zur Versachlichung führen, damit für den Kreuzberger Lebensbereich keine weiteren schweren Belastungen entstehen."

Der Kreuzberger Superintendent Roth äußert am selben Tag, daß sein-er Meinung nach die Instandbesetzer beim überwiegenden Teil der Kreuzberger Bevölkerung volle Sympathie haben.

16.12.80:

Vor dem Hintergrund der Instandbesetzungen und gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen Demonstranten und Polizei gibt auch die Kirchenleitung eine Erklärung ab:

"Sitzung der Kirchenleitung am 16.12.1980

1. Die seit Monaten, besonders im Bezirk Kreuzberg, stattfindenden Besetzungen leerstehender Häuser weisen auf schwerwiegende Mängel in der Wohnungsversorgung, vor allem mit preiswertem Wohnraum, hin. Die dabei auftretenden sozialen Spannungen sind nur mit politischer Vernunft zu überwinden.

2. Gewalt ist kein Mittel, die entstandenen Konflikte zu lösen. Berechtigte Anliegen der Instandbesetzer drohen dabei ebenso unterzugehen wie das Vertrauen in angemessene Reaktionen der staatlichen Organe.
3. Die Kirchenleitung bittet den Senat, sein Verhandlungsangebot unter allen Umständen aufrechtzuerhalten. Sie ist bereit, bei allen Maßnahmen, die der Vertrauensbildung dienen, mitzuwirken. Denn nur auf der Grundlage von Vertrauen können die angebotenen Gespräche zustandekommen.
4. Die Kirchenleitung bittet die Bevölkerung, sich nicht an pauschalen Verurteilungen zu beteiligen; denn es kommt darauf an, daß die Sachfragen, die hinter den Konflikten stehen, verdeutlicht und bewältigt werden."

Beide Erklärungen finden in der Presse ein ziemliches Echo. Konsistorialpräsident Flor schreibt in der Frage der Haftverschonung für die inhaftierten Demonstranten an Generalstaatsanwalt Treppe. Die Antwort: Ein Haftüberprüfungstermin käme allenfalls in der nächsten Woche zustande.

21.12.80: Auch Prof. Helmut Gollwitzer (für die Gustav-Heinemann-Initiative) und Frau Dr. Gertrud Gumlich (für die Ev. Akademikerschaft) schreiben in dieser Frage an den Generalstaatsanwalt.

Nachdem dann bis Weihnachten 80 doch noch den meisten der Inhaftierten Haftverschonung gewährt wird, ist es über Weihnachten und Neujahr in Berlin relativ ruhig. Erst in der ersten Januarwoche kommt es dann wieder zu etlichen Neubesetzungen.

J A N U A R 1 9 8 1

6.1.81: Die im Strategiegebiet liegende Liegnitzer Str. 5 (Hexenhaus) wird von einer Frauengruppe besetzt. Am gleichen Tag veröffentlicht der Besetzerrat eine Erklärung, in der er die vom Senat ernannten Vermittler kritisiert: sie seien von keinem Hausbesetzer ernannt und würden gewissermaßen gegen die Besetzer arbeiten.

7.1.81: Wirtschaftssenator Lüder tritt zurück,

8.1.81: Bausenator Ristock tritt zurück; die Wahl neuer Senatoren wird erforderlich.

CDU und AL beginnen ein Volksbegehren, um Neuwahlen in Berlin durchzusetzen. Entscheidender Auslöser ist die Garski-Pleite.

Kurz vor seinem Rücktritt verkündet Bausenator Ristock ein Programm zur Mietermodernisierung, durch das auch Mieter staatliche Zuschüsse bekommen können, wenn auch in geringerer Höhe als die Vermieter. Kaum zu nehmende Hürde ist bei diesem Programm allerdings die erforderliche Zustimmung der Vermieter zu den Modernisierungsmaßnahmen der Mieter.

Ebenfalls am 8.1. heißt es in einer Erklärung des Kreiskirchenrates Kreuzberg, daß nicht nur die schon seit langem zu beobachtenden Sanierungs- und Modernisierungsmaßnahmen zu erheblichen Belastungen der Bevölkerung führen, sondern insbesondere auch die gewaltsamen Auseinandersetzungen von vielen als weitere Verschlechterung der Lebensqualität in Kreuzberg empfunden werden. Der Kreiskirchenrat fordert politische Lösungen für die in Kreuzberg entstandenen Probleme und warnt vor einer weiteren Kriminalisierung der Instandbesetzer. Er will selbst bei der Suche nach Lösungen mithelfen und bittet alle Kreuzberger Gemeinden ebenso wie die Kirchenleitung um Mithilfe.

Superintendent Roth bittet die Pfarrerinnen und Pfarrer in Kreuzberg um Abkündigung eines Briefes, in dem er auf diese Kreiskirchenrats-Erklärung hinweist und zu einer Informationsveranstaltung am 11.1. in der Heilig-Kreuz - Kirche einlädt, die von Bischof Kruse ausdrücklich begrüßt wird.

11.1.81:

Informationsveranstaltung in Heilig Kreuz mit über 500 Teilnehmern, unter ihnen viele Hausbesetzer. Es kommt dort zum Rücktritt der bisherigen Vermittlergruppe und zur Benennung neuer Vermittler, unter ihnen Superintendent Roth, Orlowsky und Schattner (beide Mietervertreter aus Kreuzberg).

Orlowsky äußert, daß mit dieser Veranstaltung die Kirche ihrer Aufgabe wieder gerecht wird, Heimstatt für die Entrechteten und Bedrängten zu sein. In der dort verabschiedeten Resolution wird eine grundlegende Veränderung in der Wohnungspolitik und eine Abkehr von der Kriminalisierung der Instandbesetzer gefordert. Es heißt u.a.:

"Am 11.1.1981 wurde in der Heilig-Kreuz-Kirche von der Heilig-Kreuzgemeinde auf Empfehlung des Kreiskirchenrates Kreuzberg eine Versammlung durchgeführt, an der teilnahmen: Vertreter von Kreuzberger Kirchengemeinden, der Aktionseinheit West-Berliner Mieterinitiativen, des Besetzerrates aller instand-

besetzten Häuser, der Alternativen Liste, des Vermittlerkreises, der sich bisher um Gespräche zwischen Instandbesetzern und Senat bemüht, sowie des Ermittlungsausschusses, der die Belange von Instandbesetzern und Demonstranten gegenüber der Justiz und Polizei vertritt, und die Betroffenenvertretungen der Sanierungsgebiete in Kreuzberg.

Ziel dieser Versammlung war es vor allem, der Angst und den Vorurteilen entgegenzuwirken, die in der Öffentlichkeit gegenüber den Instandbesetzern bestehen.

Es muß allgemein deutlich werden, daß die Instandbesetzer direkte Auseinandersetzungen mit Versäumnissen der Wohnungspolitik begonnen haben, die uns alle betreffen. Man kann diese Mißstände nicht durch eine Kriminalisierung der Instandbesetzer unter den Tisch kehren oder abservieren, denn es kommen Verfehlungen einer Politik zum Vorschein, die durch den Mangel an tatsächlicher Bürgerbeteiligung und -selbstbestimmung verursacht wurden. In dieser Situation sind Instandbesetzungen ein legitimes Mittel, diese Beteiligung und Selbstbestimmung und damit eine andere Wohnungspolitik durchzusetzen...

Zur Herbeiführung grundlegender Lösungen sind die Instandbesetzer wichtige Gesprächspartner. Allerdings können konstruktive Gespräche mit ihnen nicht von einer Vermittlergruppe, die einseitig vom Senat initiiert wurde, zustandegebracht werden. Solche Gespräche haben auch so lange keine Chance, wie einerseits Gesprächsbereitschaft verkündet wird und andererseits Instandbesetzer und ihre Unterstützer als Gewalttäter und Landesfriedensbrecher abgestempelt, inhaftiert und verurteilt werden. Die oben genannten Gruppen wollen sich darum bemühen, daß ... die Öffentlichkeit über Hintergründe und wohnungspolitische Ziele der Instandbesetzungen informiert wird. Ziel sollte sein, gemeinsame Betroffenheit in gemeinsames Handeln umzusetzen."

- 15.1.81: Die vom Reg. Bürgermeister Stobbe vorgeschlagenen Senatorenkandidaten im Abgeordnetenhaus fallen durch; Stobbe tritt zurück.
- 23.1.81: Vogel wird zum neuen Reg. Bürgermeister gewählt, aber schon einen Tag später
- 24.1.81: haben AL und CDU die für die Einleitung des Volksbegehrens notwendigen 80 000 Unterschriften zusammen.

In der zweiten Januarhälfte kommt es erneut zu weiteren Besetzungen, unter ihnen etliche im Gebiet um den Chamissoplatz.

28.1.81: Der neue Bausenator Ulrich gibt bekannt, daß er das Sozialpädagogische Institut (SPI) der Arbeiterwohlfahrt als Sanierungsträger für Selbsthilfegruppen anerkennen will (und damit auch als potentiellen Träger für besetzte Häuser). Allerdings zieht sich dann das formelle Anerkennungsverfahren bis Ende 1981 hin.

30.1.81: Die Pfarrer der Kreuzberger Passionsgemeinde schreiben an Bausenator Ulrich, u.a. über die Situation am Chamissoplatz: "Wir fordern Sie auf, die Instandbesetzungen zum Anlaß zu nehmen, ihre wohnungsbaupolitischen Konzeptionen zu überdenken... Setzen Sie ein Zeichen des Neubeginns, in dem Sie die Verfolgung der Instandbesetzer beenden, die Instandbesetzungen legalisieren und die instandbesetzten Häuser erhalten!"

Gemeinsam mit dem Mieterrat Chamissoplatz fordern die Pfarrer, eine Modernisierung durch die Mieter auch in diesem Gebiet zuzulassen.

Im Antwortbrief von SenBauWohn vom 5.2. heißt es, daß noch keine komplette Lösung der angesprochenen Probleme ausgearbeitet sei, daß aber beim Senat kein Zweifel bestehe, daß die Ausführungen der Pfarrer weitgehend "den Sorgen und Wünschen der überwiegenden Mehrheit der Bewohner im Bereich ihrer Gemeinde" entsprechen.

29.1.81: Der neue Wahltermin steht fest. Es ist der 10. Mai 81. An diesem Tag ergeht auch das erste Urteil zu den "Krawallen" vom 12.12.80: 14 Monate ohne Bewährung; abends kommt es zu schweren Ausschreitungen, der Sachschaden beläuft sich auf eine Mio. DM.

F E B R U A R 1 9 8 1:

1.2.81: In einem Brief von Pfr. Duntze an Bischof Kruse heißt es zu solch unverhältnismäßig harten Urteilen: "Die Justiz, vor allem die Staatsanwaltschaft, hat geglaubt, ein Exempel statuieren zu müssen, um ... abzuschrecken und so den gefährdeten Rechtsfrieden wiederherzustellen. Das Gegenteil ist erreicht worden: die neuen Unruhen drohen an Umfang und Dauer alles Bisherige zu übertreffen."

Das im Laufe des Januar entstandene Klima, das Verhandlungen möglich gemacht hätte, sei zerstört, selbst bei den Besonnenen und Friedfertigen. Es bedürfe nun zusätzlicher Anstrengungen, um das Vertrauen in den Staat und seine Organe wiederherzustellen

und der Bevölkerung die Angst vor weiterer Eskalation zu nehmen. Deshalb sei es nötig, keine weiteren Abschreckungs-urteile zu fordern, eine Amnestie zu ermöglichen, Angebote zum Abbau des Leerstandes und zur Förderung der Selbsthilfe zu machen und die Spekulation einzudämmen. Die Kirche sollte sich zu demonstrativen Schritten in Richtung Frieden und Vertrauensbildung entschließen.

2.2.81: Auch auf einer Pressekonferenz der Vermittlergruppe wird die Forderung nach Amnestie erhoben, um den Teufelskreis der Gewalteskalation zu durchbrechen. Auch bei den abendlichen Demonstrationen tauchen Flugblätter mit dieser Forderung auf.

Zur gleichen Zeit stellt die Staatsanwaltschaft Überlegungen an, inwieweit nicht bei Hausbesetzern der § 129 (Bildung einer kriminellen Vereinigung) Anwendung finden kann.

4.2.81: Ein weiteres Urteil zu den Ereignissen am 12.12.80: 18 Monate ohne Bewährung. In der Urteilsbegründung ist davon die Rede, es sei nicht gut, "dem Mob der Straße nachzugeben". Als Reaktion werden in diesen Tagen immer wieder Fensterscheiben eingeworfen, Schlösser von Banken mit Metallkleber unbrauchbar gemacht usw.

In einem Treffen der Vermittler mit Justizsenator Meyer äußert dieser, daß er eine Amnestie für grundsätzlich und praktisch nicht machbar hält.

7.2.81: Besetzung der Mittenwalder Str. 45 im Bereich der Heilig-Kreuz-Gemeinde (Kreuzberg).

Am selben Tag findet eine Demonstration mit mehr als 10 000 Teilnehmern statt, die eine andere Wohnungspolitik und Amnestie fordern.

6.2.81-10.2.81: Weitere 10 Häuser werden besetzt. Nach offiziellen Angaben laufen bereits 260 Ermittlungsverfahren im Zusammenhang mit den Auseinandersetzungen um Hausbesetzungen.

10.2.81: Erstes Urteil mit Bewährungsstrafe: 1 Jahr

12.2.81: Der Gemeindekirchenrat der Heilig-Kreuz-Gemeinde gibt eine Erklärung zur Instandbesetzung und drohenden Räumung des Hauses Mittenwalder Str. 45 ab. Er fordert: Nur gewaltfreie Lösungen sind zu suchen; kein Abriß des Seitenflügels, keine

Luxusmodernisierung. "Die wirtschaftlichen Interessen der Wohnungsbaugesellschaften und ihrer Kapitalanleger dürfen nicht länger den Vorrang haben vor dem Anspruch der Mieter auf billigen Wohnraum...". Im Gegensatz dazu fordert die Eigentümerin (APH-Projektgesellschaft) weiter den Abriß und die Räumung ihres Hauses.

Auf einer Veranstaltung, auf der diese Gemeindekirchenrats-erklärung verlesen wird, erinnert Sup. Roth noch einmal an die Forderung nach Amnestie, auch wenn dies von den politisch Verantwortlichen als unrealistisch eingeschätzt würde.

Auf Bitten der Besetzer erklären sich die beiden Pfarrer der Heilig-Kreuz-Gemeinde, Wohlatz und Quandt, bereit, auf Zeit in die Mittenwalder Str. 45 einzuziehen. In einem daraufhin Sup. Roth zugestellten Telegramm von Konsistorialpräsident Flor heißt es dazu: "Laut epd von heute wollen Pfarrer im besetzten Haus Mittenwalder Str. mit einziehen xxx Konsistorium raet dringend von solchem Schritt ab."

Die beiden Pfarrer werden von Vertretern der Kirchenleitung auf die dienstrechtlichen Konsequenzen hingewiesen. Über ihren Schritt wird in der Tagespresse ausführlich berichtet.

Dazu heißt es in dem Buch von Heinrich Albertz "Blumen für Stukenbrock":

"Nach Mitteilung des Präsidenten des Konsistoriums der Ev. Kirche, Flor, hat das Konsistorium zwei Pfarrern, die zeitweise in ein besetztes Haus in der Mittenwalder Straße in Kreuzberg eingezogen waren, "bei allem Verständnis für die Beweggründe" von einem solchen Schritt ausdrücklich und dringend abgeraten." ("Der Tagesspiegel" vom 22. 2.1981) Wie gut, daß der Herr Jesus Christus kein Evangelisches Konsistorium als Aufsichtsbehörde hatte! Sie hätten ihm "bei allem Verständnis für die Beweggründe" sicher "ausdrücklich und dringend abgeraten", in Jerusalem einzuziehen, um sich dort hinrichten zu lassen. Aber dann gäbe es heute auch kein Evangelisches Konsistorium in Berlin. Wohin ist unsere kirchliche Bürokratie verkommen? Und wo bleibt eine Kirchenleitung, die diese Bürokratie zur Ordnung ruft - zur evangelischen Ordnung? Aber dieses kleine Beispiel von heute morgen bestätigt nur meine Einschätzung, daß alle Erfahrungen des Kirchenkampfes längst vergessen sind, und daß der Versuch, nach 1945 die kirchlichen Bürokratien endlich durch gewählte, synodale Kirchenleitungen zu überwinden, gescheitert ist."

13.2.81

In einem Brief fordert "Kirche in der Verantwortung" den Senat auf, sich nicht von privatwirtschaftlichen Interessen und Regreßforderungen unter Druck setzen zu lassen, und erklärt ihre Solidarität mit den beiden Pfarrern, die eine geistliche Aufgabe wahrnahmen, wo Gegensätze Verständigung unmöglich zu machen drohen.

13.2.81: Ein Aktionskomitee für Amnestie wird gegründet; einen Tag später äußert der Reg. Bürgermeister Vogel im Hessischen Rundfunk, daß er sich nicht für eine Amnestie einsetzen werde.

18.2.81: Informationsgespräch des EPD mit den Pfarrern der Kreuzberger Gemeinden Ölberg, Heilig Kreuz, Passion und Tabor, in dem die Pfarrer ihr Engagement in der Sanierungs- und Hausbesetzerproblematik als Teil ihrer Seelsorge und Gemeindegarbeit begründen. Kirche könne nur glaubwürdig sein, wenn sie sich auch verantwortlich fühle für ein menschenwürdiges Wohnen.

19.2.81: Aufgrund einer Abendschauendung des SFB, in der es heißt, die kirchlichen Aufsichtsorgane hätten zum Einzug der beiden Pfarrer der Heilig-Kreuz-Gemeinde keine Stellungnahme abgegeben, erklärt Konsistorialpräsident Flor, daß das Konsistorium "bei allem Verständnis für die Beweggründe von einem solchen Schritt ausdrücklich und dringend abgeraten" habe.

Die Organisation der Richter und Staatsanwälte in der ÖTV kritisiert an dem Tag die harten "Krawallurteile".

22.2.81: Ebenfalls Kritik an den harten Urteilen wird auf einer Tagung der Evangelischen Akademie Berlin zum Thema "Gewalt in der Stadt" geäußert, auf der dann auch wieder die Amnestieforderung vertreten wird.

24.2.81: Die beiden Pfarrer der Heilig-Kreuz-Gemeinde erklären zu ihrem Aufenthalt in der Mittenwalder Str. 45, daß sie diesen auch aus ihrer Sicht ungewöhnlichen Schritt persönlich verantworten. "Er erfolgte aus der Überzeugung, dazu aus seelsorgerlichen Gründen und in Erfüllung des christlichen Auftrags zum Dienst an der Versöhnung genötigt gewesen zu sein. Wenn künftig derartige, die gültigen Normen überschreitenden Aktionen einzelner ausgeschlossen bleiben sollen, dann nur, weil alle Verantwortlichen in der Kirche und Gesellschaft zu

einer grundlegenden Neuorientierung in diesem Bereich der Gesellschaftspolitik bereit sind." Diese Erklärung ruft noch einmal heftige Pressereaktionen hervor, teils zustimmend, teils ab- lehrend.

Am gleichen Tag bezeichnet die Kirchenleitung dieses Engagement der beiden Pfarrer als eine von ihnen persönlich zu verantwortende Entscheidung, äußert sich aber nicht direkt zu dieser Aktion, sondern stuft Hausbesetzungen als "rechts- widrige Akte" ein und gibt nur allgemein von sich:

"Es gehört zum Auftrag der Kirche, Spannungen abzubauen und Mißverständnisse auszuräumen; soweit ihre Mitglieder an dieser Aufgabe mitwirken, wird die Kirchenleitung ein solches Handeln mittragen."

27.2.81: Mit der Prinzenallee 8 und der Dieffenbachstr. 27 werden das 99. und 100. Haus besetzt.

M Ä R Z 1 9 8 1 :

3.3.81: In Zehlendorf kommt es zur Besetzung der ehemaligen Schult- heiß-Brauerei Königstr./Anhaltiner Str.
Seit Anfang März kommt es in der Hausbesetzerszene verstärkt zu Solidarisierungen mit den in Hungerstreik getretenen Ge- fangenen aus der RAF (Rote Armee Fraktion).
Im kirchlichen Bereich werden in den ersten zwei März-Wochen eine Fülle von Stellungnahmen und Äußerungen zur Frage einer Amnestie für die im Zusammenhang mit Hausbesetzungen Inhaftier- ten geschrieben.

9.3.81: In einem Brief an den Justizsenator fordert der Vorstand der Ev. Akademikerschaft ein Amnestiegesetz als Grundlage für eine politische Lösung der Vorgänge um die Hausbesetzungen und kritisiert die bisherigen harten Urteile als "zweifel- haften Beitrag zum Rechtsfrieden". Ebenfalls an diesem Tag setzt sich der Gemeindegemeinderat der Kreuzberger Dreifaltig- keitsgemeinde in einer Stellungnahme für die Anliegen der Instandbesetzer ein. Er "hält es für eine Aufgabe der Kirche, Gewalt, wo es geht, zu verhindern, und bei der Lösung gesell- schaftlicher Konflikte mitzuwirken"; er begrüßt die Schritte des Kreiskirchenrats Kreuzberg und des Superintendenten in diese Richtung.

Auch in einem Offenen Brief der Charlottenburger Kirchenge-
meinde Neu - Westend an die Kirchenleitung wird die Forderung
nach einer Amnestie erhoben, für die die Kirchenleitung sich
einsetzen solle. Die Unterzeichner stellen "mit Bestürzung
und Beschämung" fest, "daß erst mehr als 10 000 Demonstranten
und sogar Ausschreitungen nötig waren, um erste Maßnahmen zur
Beseitigung von Mißständen anzukündigen". Die Gemeinde will
die Kirchenleitung ermutigen, sich in dieser wichtigen Frage
"nicht nach allen Seiten hin taktisch ausgewogen zu verhalten".
Die Kirchenleitung solle klar machen, daß das geltende Recht
einschließlich des Rechts auf Eigentum an Grund und Boden
nicht dazu berechtige, gegen die Bedürfnisse weiter Teile der
Bevölkerung zu verstoßen. Ein solcher Mißbrauch sei im christ-
lichen Sinne nicht zu rechtfertigen.

10.3.81:

Kopischstr. 4 und Obentrautstr. 44 werden geräumt, Osdorfer
Str. 11 (Steglitz) und Jungfernstieg 12 besetzt. Die Obentraut-
str. 44 wird gleich anschließend abgerissen. Am Nachmittag und
Abend kommt es in der Innenstadt wieder zu Demonstrationen
und Ausschreitungen, wobei u.a. die Auslage des Cafe Kranzler
verschwindet. Monate später entsteht am Beispiel der Oben-
trautstr. 44 eine Ton-Dia-Schau, die verdeutlicht, daß hier wie
im gesamten Sozialen Wohnungsbau durch staatliche Zuschüsse
Eigentum zum Nulltarif entsteht.

12.3.81:

Gruppen, Verbände, Initiativen und Einzelpersonen, unter ihnen
aus dem kirchlichen Bereich die Evangelische Akademikerschaft,
mehrere Berliner Studentengemeinden, Helmut Gollwitzer,
Heinrich Albertz, Klaus Duntze und Gustl Roth fordern in einer
Anzeige des Komitees für Amnestie eine generelle Amnestie für
alle in den Auseinandersetzungen um die verfehlte Wohnungs-
und Städtepolitik Verfolgten. "Die politischen Instanzen dieser
Stadt sind aufgerufen, ... umgehend ein Straffreiheitsgesetz...
zu verabschieden und damit auch den Weg zu konstruktiven Lö-
sungen in der Sanierungsfrage wieder freizumachen."

Ebenfalls an diesem Tage äußern; wenn auch in grundverschiede-
ner Weise, die Evangelische Studentengemeinde und die Evange-
lische Sammlung Berlin ihre Kritik an der Kirchenleitung, ins-
besondere an deren zu zurückhaltender Stellungnahme vom 24.2.
über das Verhalten der beiden Pfarrer der Heilig-Kreuz-Ge-
meinde.

In der ESG-Erklärung wird auf den Haupttenor der Kirchenleitungserklärung verwiesen, der darin bestehe, sich von den beiden Pfarrern zu distanzieren. Explizit würden nur die rechtswidrigen Aktionen der Hausbesetzer kritisiert. Dadurch würden nicht die Urheber der skandalösen Lage kritisiert, sondern diejenigen angegriffen, "die ihre Ohnmacht endlich überwunden und ihre Mitverantwortung für ein menschliches Leben in dieser Stadt erkannt haben". Offenbar sei es für die Kirchenleitung ein größeres Problem, auch nur im entferntesten mit der Verletzung von im Moment gültigem Recht in Verbindung gebracht zu werden, als sich gegen die Verletzung menschlicher Lebensbedingungen zu wenden. Kirche sei jedoch immer dort am "unmittelbarsten und wahrhaftigsten, wo sie sich nicht blind auf die Seite der Stärkeren stellt".

In der Erklärung der Evangelischen Sammlung wird das Fehlen eines klaren kirchlichen Wortes zu den rechtswidrigen Aktionen der Hausbesetzungen kritisiert:

"Wort der Evangelischen Sammlung Berlin an die
Evangelische Kirchenleitung in Berlin (West)"

Die Evangelische Sammlung Berlin als Organ bekennender Christen und Kirche in unserer Stadt erwartete bisher vergeblich ein klares kirchliches Wort zu den rechtswidrigen Aktionen der Hausbesetzungen. In der Öffentlichkeit entsteht so leider mehr und mehr der Eindruck, daß die Kirche diese Rechtsbrüche billige,

- weil Hausbesetzer in verschiedenen Gottesdiensten, u.a. im Rundfunkgottesdienst am Hl. Abend, ihre Parolen verlesen durften;
- weil Pfarrer unserer Kirche sich an Hausbesetzungen beteiligten, ohne daß bisher öffentlich erkennbar Maßnahmen eingeleitet wurden;
- weil auf einer Tagung der Evangelischen Akademie im Bildungswerk unserer Kirche nur in unklarer Weise zum Thema gesprochen wurde;
- weil im offiziellen Organ unserer Kirche, dem Berliner Sonntagsblatt, von Bischof und Kirchenleitung unwidersprochen unangemessenes Verständnis für die schwere

Störung des sozialen und politischen Friedens in unserer Stadt geäußert wurde.

Die Veröffentlichung der Kirchenleitung vom 24. Februar 1981 zum Verhalten zweier Kreuzberger Pfarrer in der Hausbesetzer-szene erfüllen diese Erwartung der weitaus größten Mehrheit der evangelischen Bevölkerung nicht. Sie ist vielmehr geeignet, die politische Urteils- und Willensbildung in unserer Stadt weiter zu verunsichern. Wenn davon gesprochen wird, daß das Konsistorium "Verständnis für die Beweggründe der beiden Pfarrer" habe und lediglich dringend in diesem Fall von einer Beteiligung abgeraten habe - mit welchem Recht soll künftig von Synoden und Kirchenleitungen auf die Herstellung von rechtsstaatlichen Verhältnissen in anderen Ländern und Erdteilen hingewiesen werden? Wenn durch Veröffentlichung solch undeutlicher Ansichten die Rechtswidrigkeit solcher Aktionen nicht eindeutig festgestellt wird, wie soll die Aushöhlung des Rechtsbewußtseins hier und an anderen Orten vermieden werden?

Um ein zunächst einziges Beispiel zu nennen, sei auf den redaktionellen Beitrag des Berliner Sonntagsblattes "Zum sozialen Frieden in der Stadt" (Ausgabe v. 1.3.1981) verwiesen, der alle Mutmaßungen, Mißverständnisse und Vorwürfe kirchlicher Mitarbeiter und Pfarrer im Zusammenhang mit den Hausbesetzungen zusammenfaßt,

indem Senat und Justiz in gleicher Weise für den jetzigen Zustand verantwortlich gemacht werden wie die Hausbesetzer;

indem "Steinwürfe und Katapultgeschosse der Demonstranten" gegen "Totschlagversuche von Polizeibeamten" (!) gegenübergestellt werden;

indem in (noch dazu schlechter) Kopie der national-sozialistischen Propaganda demokratisch gewählten Politikern unterstellt wird, "ihr Mandat zur Image-Verbesserung, Pfründen-Verteilung und Alterssicherung" zu mißbrauchen;

indem von einer "argen Gefährdung" der Menschenwürde in unserer Stadt gesprochen wird.

Derartige Argumente sind unverantwortlich und lassen jedes Augenmaß vermissen. Unsere Kirche muß jede Vollmacht zu verantwortlichem Reden und Handeln verlieren, wenn derartige Ver-

lautbarungen unwidersprochen bleiben und die notwendige Auseinandersetzung weiterhin belasten. Wir erwarten von dem für die Leitung der Kirche gewählten Organ bald ein eindeutiges Wort entsprechend der These 5 der Barmer Theologischen Erklärung (1934), in dem darauf hingewiesen wird, daß die Schrift und damit auch unsere Kirche unseren Staat verpflichtet, auch "unter Androhung und Ausübung von Gewalt für Recht und Frieden zu sorgen". Wir weisen darauf hin, daß die schweigende Geduld vieler Gemeindeglieder die Organe unserer Kirche nicht zu schweigender Duldung von Unrecht führen darf. Die Kirche hat Amt und Auftrag, "an die Verantwortung der Regierenden und Regierten" immer wieder zu erinnern. Schweigen darf sie nicht!

Für den Leiterkreis

der Evangelischen Sammlung Berlin

i.A. Dr. Motschmann, Prof.

Am gleichen Tag wird auf einer Pressekonferenz im Haus der Kirche durch das Aktionskomitee für Amnestie ein Rechtsgutachten von Prof. Wesel vorgestellt, in dem es heißt; "Der Berliner Gesetzgeber ist ohne Zweifel in der Lage, ein Amnestie-Gesetz zu erlassen ..."

Die beiden Stellungnahmen der Evangelischen Studentengemeinde und der Evangelischen Sammlung vom 12.3. führen in den nächsten Tagen zu weiteren Erklärungen kirchlicher Gremien und Einzelpersonen über das Verhalten der beiden Hl.-Kreuz-Pfarrer und die sich davon distanzierende Erklärung der Kirchenleitung vom 24.2.: So nennen Mitarbeiter der Kirchengemeinde Marienfelde in einem Offenen Brief an die Kirchenleitung vom 17.3.81 deren Erklärung ausgesprochen unbefriedigend. Die Kirche sollte sich fragen, "ob das Recht dem Menschen oder der Mensch dem Recht zu dienen habe". Eher schon würde ein Appell der Kirchenleitung an die zuständigen Stellen, sich auf Haftverschonung und Amnestie einzulassen, der von der Kirchenleitung genannten Aufgabe, Spannungen abzubauen, gerecht werden.

Auch in einer Erklärung der beiden Pfarrer der Kirchengemeinde St. Jacobi-Luisenstadt wird deren Unverständnis für die Kirchenleitungserklärung betont: "Das Handeln unserer Kollegen in "Heilig Kreuz" hat dazu beigetragen, Spannungen abzubauen und Mißverständnisse auszuräumen; sie haben damit den Auftrag der Kirche, wie die Kirchenleitung ihn selbst formuliert, verantwortlich wahrgenommen. Wir vermissen diese Verantwortung in der Stellungnahme der Kirchenleitung... Die Pfarrer von "Heilig Kreuz" waren in diesem Fall gerade als Amtsträger der Kirche angefragt und nicht etwa als Nachbarn oder als Privatpersonen. Wir, als Pfarrer von St. Jacobi-Luisenstadt, hätten nicht anders handeln können. Wir empfinden die Stellungnahme der Kirchenleitung, die an diesem Punkt Amt und Person trennt, als sachlich unangemessen und wenig hilfreich. - Sie ist unserer Ansicht nach auch nicht mit der Fürsorgepflicht der Kirche zu vereinbaren."

14.3.81:

Die BI SO 36 besetzt zusammen mit anderen Initiativen die Luisenstr. 22 a und 23 (Regenbogenfabrik). Ebenfalls an diesem Wochenende (13./14.3.) tagt die Kreissynode Neukölln. In einem Beschluß zeigt sie sich betroffen, "daß auch die Gemeinden Neuköllns erst durch Besetzungen, Räumungen und die damit verbundenen gewaltsamen Auseinandersetzungen auf die seit Jahren offenkundigen Wohnungsnot vor allem für sozial Benachteiligte aufmerksam wurden! ... Die Kreissynode warnt vor einer Kriminalisierung der Instandbesetzer, vor allem vor einer Gleichsetzung mit Terroristen, und sieht andererseits die schwierige Situation der Polizeibeamten, die zum Sündenbock für politische Fehlentwicklungen gemacht werden." Sie bittet die Gemeinden, zu einer friedlichen und gerechten Lösung beizutragen, will die Gemeinden in ihrem Bemühen unterstützen und bittet sie, "in ihrem Wohnbereich auf unverantwortlich lange leerstehenden Wohnraum zu achten und auf eine Wiedervermietung zu drängen."

15.3.81:

Der Justizsenator antwortet auf den Brief der Ev. Akademikerschaft vom 9.3., durch ein Amnestiegesetz die Grundlage für eine politische Lösung zu schaffen: Eine Amnestie sei nur möglich in Ausnahmefällen und wenn eine Beruhigung der Situation eingetreten sei. Schon allein deshalb würde keine Aussicht bestehen, "beim zuständigen Bundesgesetzgeber die notwendige gesetzliche Grundlage für eine Amnestie zu erreichen". Er äußert sich in dem Brief

nicht explizit zu der im Rechtsgutachten von Prof. Wesel vertretenen Ansicht, eine Amnestie falle in die Kompetenz des Landesgesetzgebers.

16.3.81:

In einem 'Wort zur gegenwärtigen Lage in Berlin (März 81)' äußern sich verschiedene konservative Theologen, unter ihnen die Superintendenten von Reinickendorf und Schöneberg, Schladebach und George, und einige Professoren der Kirchlichen Hochschule Berlin: Sie stellen fest, daß "für anstehende Entscheidungen in lebenswichtigen Fragen... den Menschen, vor allem der Jugend, keine wirklichen Orientierungshilfen gegeben" werden und beziehen das auf die Fragen der inneren und äußeren Sicherheit, der Energieversorgung, der Wohnungsbeschaffung u.a. Sie machen eine wachsende Minderheit anarchistischer Gruppen dafür verantwortlich, die Diskussion über diese Fragen durch gewalttätige Aktionen zu blockieren. "Das Demonstrationsrecht wird mißbraucht, rechtsfreie Räume werden geschaffen und toleriert, Sachwerte werden sinnlos zerstört und die Ordnungskräfte der Polizei verunsichert und lebensgefährdenden Situationen ausgesetzt." Deshalb bitten sie die Verantwortungsträger in der Regierung, ihr Amt jetzt nicht zögernd auszuüben: "Wir bezeugen darum zur Ermutigung der politischen Verantwortlichen, daß die Regierungsgewalt zu den Gaben Gottes gehört, mit denen Friede und Sicherheit für Alle verbürgt werden sollen... Wir stellen fest: die Regierungen haben die Zusage Gottes, daß sie zu Schutz und Recht Aller die Gewalt uneingeschränkt ausüben dürfen und sollen." Die Reaktion der Öffentlichkeit auf diese Erklärung fällt überwiegend negativ aus. Sie wird vielfach als Rückfall ins Mittelalter beurteilt. Dabei beziehen sich die Unterzeichnenden wie schon vier Tage zuvor die Ev. Sammlung ausdrücklich auf die Barmer Theologische Erklärung, These 5, in der es heißt:

"Der Staat hat nach göttlicher Anordnung die Aufgabe, in der noch nicht erlösten Welt, in der auch die Kirche steht, nach dem Maß menschlicher Einsicht und menschlichen Vermögens unter Androhung und Ausübung von Gewalt für Recht und Frieden zu sorgen."

Völlig in die entgegengesetzte Richtung zielen Erklärungen des Evang. Martinswerkes und des Gemeindekirchenrates der Ölberggemeinde (Kreuzberg) vom 14.3.81:

Das Martinswerk, ein gemeinnütziger Verein

zur Wohnraumbeschaffung für Studenten und andere bedürftige Personen, nennt das Angebot des Berliner Senates an die Bevölkerung, sie könne legal von den Wohnungsbaugesellschaften leerstehenden Wohnraum erhalten, eine Farce, da dies nicht einmal dem Martinswerk möglich sei. Da sich die Wohnungspolitik in Berlin also offenbar nicht geändert habe, dürfe sich niemand wundern, wenn "der nicht vorhandene Leerstand demnächst besetzt wird". Es sei anscheinend z. Zt. nicht möglich, auf legalem Wege leerstehenden Wohnraum für Studenten und andere Bedürftige zu erhalten.

Der Gemeindekirchenrat der Ölberggemeinde weist in seinem Beschluß auf seine bisherigen schlechten Erfahrungen mit der Sanierung im Einzugsbereich der Gemeinde hin: "Jahrelang haben wir als Gemeindekirchenrat zu der Vernichtung von preisgünstigem Wohnraum geschwiegen und mit ohnmächtigem Zorn die Wegsanierung unserer zumeist älteren Gemeindeglieder verfolgt; auch als die Pfarrerinnen der Gemeinde die Opfer der Sanierung beerdigen mußten, haben wir uns nicht zu einer öffentlichen Stellungnahme verstehen können. Erst durch die Unruhen im Zusammenhang mit den Hausinstandbesetzungen hat die Diskussion im Gemeindekirchenrat neu angefangen". Der Gemeindekirchenrat stellt dann fest, daß er die Anliegen der Besetzer unterstütze, sich aber nachdrücklich gegen jede Gewalt, auch die der Polizei, ausspreche. Er müsse allerdings eine voreilige Verurteilung der Besetzer bzw. ihres Anliegens als Rechtsbruch "so lange ablehnen, wie Hausbesitzer weiterhin Häuser bzw. Wohnungen widerrechtlich leer stehen lassen, aber mit psychischem Druck bzw. Gewalt zwangsweise "entmieten". Zum Schluß fordert der Gemeindekirchenrat die grundlegende Änderung der Baugesetze und Subventionspolitik zugunsten der Mieter und der Erhaltung preiswerten Wohnraums, die Förderung privater Modernisierungsmaßnahmen der Mieter mit öffentlichen Mitteln, die Legalisierung der Instandbesetzungen, eine generelle Amnestie und weist darauf hin, daß das Absinken der Zahl der Ölberggemeindeglieder von 8000 auf unter 3000 auch im Zusammenhang mit der bislang geübten Praxis der Sanierung/Modernisierung zu sehen ist.

21.3.81 die Liegnitzer Str. 7/8 und die Wederstr. 58/60 werden besetzt.

22.3.81:

Zur Unterstützung des Hungerstreiks der einsitzenden Mitglieder der RAF werden zwei Kirchen am Marheinekeplatz (Passion) und Dennewitzplatz (Luther) besetzt. Beide Kirchengemeinden verzichten auf einen Polizeieinsatz, weil sie dieser Herausforderung der Kirche nur gewaltlos begegnen wollen. Die Lutherkirche wird schon einen Tag später freiwillig verlassen, die Passionskirche am 28.3.81.

23.3.81:

Bischof Kruse schreibt einen Brief an alle Berliner Gemeindekirchenräte, in dem er zur Wohnungspolitik, Hausbesetzungen und vor allem zur Anwendung von Gewalt Stellung nimmt. Er fordert die Gemeinden auf, alle seelsorgerlichen Möglichkeiten zu nutzen und das Gespräch nach allen Seiten zu suchen. In der Hausbesetzerszene sieht er nicht eine Generation von Aussteigern und Verweigerern... sondern weithin junge Menschen, die mithelfen wollen, die Welt zum Lebensdienlichen zu gestalten, wobei es eine schwierige Aufgabe sei, diese lebensbejahenden Kräfte zu fördern und ihnen Gestaltungsmöglichkeiten zu geben.

- 24.3.81: Drei besetzte Häuser am Fränkelufer (Kreuzberg) werden geräumt. Es kommt zu abendlichen Demonstrationen und erneuten Ausschreitungen an diesem und dem folgenden Tag.
- 27.3.81: Gemeinsame Stellungnahme von fünf Kreuzberger Gemeindegliedern (Jesus, Jerusalem, Lukas, Christus, Melanchthon), in der zwar betont wird, Kirche müsse sich für größere soziale Gerechtigkeit, für das Recht auf angemessenen und preiswerten Wohnraum und die Abwehr von Spekulation einsetzen, dürfe aber andererseits nicht einseitig reden oder handeln. Grundlage für kirchliche Vermittlungsbemühungen in Kreuzberg müsse die Einsicht sein, Hausbesetzung sei Rechtsbruch, eine Lösung dieses Problems könne nur durch Räumung oder Erarbeitung von Mietverträgen möglich sein, eine allgemeine Amnestie würde nur weitere Gewaltaktionen provozieren...
- 30.3.81: Die Kreuzberger St. Jacobi-Gemeinde lädt zu einer Informationsveranstaltung mit Bezirkspolitikern, Instandbesetzern und Gemeindegliedern ein, um die Möglichkeit zu bieten, sich eine Meinung "aus erster Hand" zu bilden. Von den Besetzern der Luckauer Str.3 und Oranienstr. 45 wird geäußert, sie wollten ein Stück Lebensqualität im Kiez wiederherstellen und das weitgehend zerrissene Netz sozialer Kontakte im Sanierungsgebiet neu knüpfen. Von älteren Gemeindegliedern werden sie recht massiv angegriffen, da diese kaum Verständnis für den Lebensstil der Besetzer zeigen und vor allem zur Frage der Gewaltanwendung bei Demonstrationen gegensätzlicher Ansicht sind und eine Distanzierung der Besetzer von Gewalt fordern. Auch die Äußerung von Superintendent Roth, die Kirche müsse angesichts des Wunsches junger Leute nach Neugestaltung ihres Lebens "Dolmetscher", vor allem gegenüber Behördenvertretern sein, kann diese Auseinandersetzung nicht entschärfen.
- A P R I L 1 9 8 1
- 1.4.81: Auf einer Veranstaltung der Neuköllner Nikodemus - Gemeinde fordern Gemeindeglieder, Anwohner, Mietervertreter und Besetzer übereinstimmend die Wiederherstellung humaner Lebensbedingungen im Kiez und die Erhaltung der besetzten Häuser Pflüger/Reuterstr.

2.4.81:

Justizsenator Meyer wird von den Medien, der Staatsanwaltschaft und der CDU lautstark kritisiert, da er die Staatsanwaltschaft veranlaßt hat, Durchsuchungen besetzter Häuser für den 1.4. vorerst zu verschieben. Als Begründung nennt er das evtl. zeitliche Zusammentreffen des Todes von einem sich im Hungerstreik befindlichen Häftling und die zu erwartende Reaktion hierauf. Am gleichen Tag wird die Adalbertstr. 22 (Kreuzberg) besetzt.

3.4.81:

Das bisher härteste "Krawall-Urteil": 2 1/2 Jahre ohne Bewährung!

4.4.81:

Schulstr. 3 und Kleinaustr. 10 (Zehlendorf), im Besitz des katholischen Petruswerkes, werden besetzt.

In diesen Apriltagen wird von den Medien darüber spekuliert, daß sich die Besetzer spalten werden in Verhandlungswillige und "Chaoten", wozu es aber nicht kommt. Parallel dazu werden in verschiedenen Kreisen das weitere Vorgehen und verschiedene Legalisierungsvorschläge diskutiert, so das von Werner Orlowsky vorgeschlagene "Käseglockenmodell", das eine Art Schutzdach in Form einer juristischen Träger-Konstruktion über fast alle besetzten Häuser als vorläufige Lösung vorsieht (Treuhandgesellschaft).

In kirchlichen Kreisen werden zwei Dokumentationen zu den "Auseinandersetzungen um die Wohnungspolitik" veröffentlicht:

1. In einer Art Zwischenbilanz über "Hausbesetzungen und Ev. Kirche in Berlin-Kreuzberg vom Dezember 1980 bis März 1981" weisen Kreuzberger Pfarrer und kirchliche Mitarbeiter darauf hin, daß die Kirche sich der Bearbeitung der durch die Fehler in der Stadtentwicklung entstandenen Probleme einschließlich der Hausbesetzungen stellen müsse. Sie werde das "mit dem erforderlichen Sachverstand und einer eigenen Position tun müssen". Auch könne der Kreuzberger Kirchenkreis nicht der einzige Ort in der Berliner Kirche bleiben, wo diese Probleme diskutiert würden.
2. Pfarrer Klaus Duntze legt die im Auftrag der Kirchenleitung erstellte Dokumentation zum Thema "Die Berliner Wohnungspolitik, ihre sozialen Auswirkungen und die Aufgabe der Kirche" vor, in der eine Reihe von Forderungen zu kurzfristigen "Aktivitäten und Überlegungen zu mittelfristigen Maßnahmen der Kirche" vorgeschlagen werden. Duntze wirft der Kirche u.a. vor, daß sie ihr ökonomisches Potential (Grundstücke, Rücklagen, Kirchensteuermittel) überhaupt

nicht zur Veränderung der Rahmenbedingungen in der Wohnungs- und Mietenfrage nutzt und daß nicht einmal die kirchliche Hilfswerksiedlung auf diesem Sektor hinreichend aktiv wird...

3.4.81:

Auf einer Veranstaltung im Haus der Kirche zum Thema "Was hat die Kirche mit Wohnungspolitik und Hausbesetzungen zu tun?" wird erneut die Forderung nach Amnestie erhoben und insbesondere vor einer Anwendung des § 129 auf Hausbesetzer gewarnt. Ebenfalls auf dieser Veranstaltung verlangt Superintendent Roth eine intensive Beschäftigung der Kirche mit diesen Problemen, bei denen es sich nicht allein um Kreuzberger Lokalprobleme handele, sondern mindestens 6 Kirchenkreise mit schwerwiegenden Folgen für die Gemeindeglieder betroffen seien. Er stellt die Frage, ob die Landeskirche und andere kirchliche Instanzen noch wahrnähmen, welche unmenschlichen Folgeerscheinungen mit der Sanierung verbunden seien und wo die Bereitschaft bliebe, diesem Treiben Einhalt zu gebieten. Hier würde sich insbesondere die Frage stellen, wie Christen zum Eigentum stünden. Solange die Kirche nicht begreife, daß hier Seelsorge zur Sorge für und um die Stadt werde, habe sie nichts begriffen.

7.4.81:

Fünf besetzte Häuser werden durchsucht; es wird Hausrat demoliert und etliche Besetzer werden vorläufig festgenommen, darunter der zu diesem Zeitpunkt in der Luckauer Str. 3 tagende Besetzerat. Angesichts des dabei auftretenden riesigen Polizeiaufgebots und der dadurch entstandenen Situation schreibt Pfr. Vanselow-Schulz einen Brief an den Reg. Bürgermeister Vogel, in dem er seine Betroffenheit und Empörung mitteilt. Durch diese Polizeiaktion wird die Diskussion um die verschiedenen Legalisierungsstrategien vorläufig ausgesetzt. Ebenfalls am 7.4. findet in der Sendung "Dienstagsredaktion" des Südwestfunks zum Thema "Die Kirche und die Hausbesetzer" ein Gespräch mit Helmut Simon (Bundesverfassungsrichter) statt, in dem dieser die Forderung nach Amnestie aufgreift, sich aber auch grundsätzlich mit der Frage von Recht und Gerechtigkeit in unserer Gesellschaft auseinandersetzt.

- 8.4.81: Das Gesetz zur Beseitigung der Zweckentfremdung von Wohnraum tritt in Kraft, das die alte Zweckentfremdungsverbotsverordnung verschärft und auf eine sichere gesetzliche Grundlage stellt.
- 10.4.81: In einem Verwaltungsgerichtsurteil wird festgestellt, daß Eigentümer besetzter Häuser keinen generellen Anspruch auf Räumung ihrer Häuser durch die Polizei haben. Dieses Verfahren war von den Eigentümern der Mittenwalder Str. 45 angestrengt worden, um den Senat zur Räumung zu zwingen. Das Urteil wird auch wenige Wochen später in der Berufung bestätigt.
- 11.4.81: Unter dem Motto "Für eine Wende in der Wohnungspolitik und Solidarität mit den Hausbesetzern" beteiligen sich zwischen 20 000 und 30 000 Menschen an einer Demonstration. Sie verläuft friedlich; allerdings hält sich die Polizei auch im Hintergrund. Auf der Abschlußkundgebung spricht u.a. auch Superintendent Roth. Diese Demonstration findet in der Presse so gut wie keinen Widerhall, so daß sich vor allem in der Szene der Eindruck verstärkt, Öffentlichkeit sei nur dann herzustellen, wenn es wenigstens z.T. auch gewaltsam zugehe.
- 12.4.81: Aufgrund einer (Falsch-) Meldung über den Tod eines der Hungerstreikenden kommt es zu Demonstrationen am Kurfürstendamm, in deren Verlauf einige hundert Schaufensterscheiben zu Bruch gehen und bei denen die Polizei erst nach über einer Stunde präsent ist. Aufgrund der starken Pressereaktion wird von Innensenator Dahrendorf zugesagt, die Polizeipräsenz auf dem Kurfürstendamm ganz erheblich zu verstärken.

- 13.4.81: In einem Gespräch mit dem Evangelischen Pressedienst äußert der evangelische Polizeiseelsorger Joh. Meyer, daß sich etliche Poli-zeibeamte durch die Ereignisse der letzten Zeit in einem Zustand zwischen "Frustration und Demotivation" befinden.
- 15.4.81: Die öffentliche Diskussion über die Ereignisse am 12.4. hält noch an. Weizsäcker wirft dem Senat politisches Versagen vor, während Vogel einräumt, daß die Polizei die Ereignisse "objektiv unzu-treffend" eingeschätzt habe.
In dieser Situation schreibt Superintendent Roth noch vor Ostern 1981 einen Brief an die Kirchenältesten, Mitarbeiter und Pfarrer des Kirchenkreises Kreuzberg, in dem er ihnen seine Sicht der Probleme mitteilt und was er daraus gelernt hat.
- 16.4.81: In Charlottenburg wird die Danckelmannstr. 44 besetzt.
- 17.4.81: Es wird bekannt, daß Sigurd Debus nach über zweimonatigem Hungerstreik gestorben ist. Die anderen im Hungerstreik befindlichen Häftlinge der RAF brechen daraufhin ihre Aktion ab - die Justizbehörden erwägen eine Änderung der Haftbedingungen. Ebenfalls an diesem Tag geht Pfr. Jörg Zink in der Karfreitag-Morgenandacht des SFB auf die Bedeutung des Karfreitags für die Christen ein und mißt dieses Datum daran, welche Bedeutung für Christen das Recht hat: Christen seien durch die rechtmäßige Verurteilung Jesu von Anfang an dazu gemahnt, dem geltenden Recht kritisch gegenüberzustehen. Sie können wissen, was alles geschehen kann, an Quälerei, an Menschenfeindlichkeit durch das korrekte, geltende Recht. Gerechtigkeit jedenfalls gehe aus dem geltenden Recht alleine nicht hervor.
- 21.4.81: Aus der Senatsinnenverwaltung wird mitgeteilt, daß nunmehr in 142 Häusern Wohnungen besetzt sind.
In einem Gespräch zwischen Pfr. J. Vanselow-Schulz (St.Jacobi) und Berlins Reg. Bürgermeister Vogel macht dieser deutlich, daß er die Forderung nach Amnestie für eine Blockade der Verhandlungen hält. Er bezeichnet den Legalisierungsvorschlag des Vermittlerkreises (Treuhandgesellschaft) als praktikable Lösungsmöglichkeit und bekräftigt Angebote des Senats, Materialien für instand-besetzte Häuser kostenlos zur Verfügung zu stellen. Zu den Fragen Pfarrer Vanselows nach dem Polizeieinsatz vom 7.4. macht er deutlich,

daß dieser allein in den Zuständigkeitsbereich der Staatsanwaltschaft gefallen sei und der Senat nicht in der Lage gewesen sei, hier Einfluß zu nehmen, daß er aber fest entschlossen sei, an der "Linie der Vernunft", der sog. Berliner Linie, festzuhalten, auch angesichts von Rückschlägen.

22.4.81:

In einem Brief bietet der Präses der Regionalsynode, H. Reihlen, dem Kirchenkreis Steglitz seine Unterstützung für das vom Pfarrkonvent und Kreiskirchenrat unterstützte besetzte Haus Osdorfer Str. 11 an und regt insbesondere an, zu prüfen, ob sich der Kreiskirchenrat als "Träger" zur Verfügung stellen kann, um dem Projekt Osdorfer Str. 11 zu einem dauerhaften und rechtlich tragfähigen Rahmen zu verhelfen..."

25.4.81:

Das Netzwerk e.V. schaltet sich mit einem eigenen Vorschlag in die Diskussion um Legalisierung ein: Es will eine Stiftung gründen, die ca. 60 Häuser übernehmen könnte und von der aus dann später Verträge mit den einzelnen Häusern ausgehandelt würden. Vom Besetzerrat wird dieses Modell einen Tag später abgelehnt, weil es nicht alle Häuser umfasse; dennoch wird es noch wochenlang diskutiert.

28.4.81:

Besetzung der Danckelmannstr. 45 in Charlottenburg.

Bausenator Ulrich gibt auf einer Pressekonferenz bekannt, daß prinzipiell drei Möglichkeiten der Legalisierung denkbar seien: a. das Treuhandmodell, b. das Stiftungsmodell, c. Einzelverträge zwischen Besetzern und Eigentümern. Der Senat lasse sich jedoch nicht vom nahenden Wahltermin unter Druck setzen.

Bei den Besetzern stehen sich zu dieser Zeit etwa drei Positionen gegenüber: Die einen, die generell Verhandlungen mit dem Staat ablehnen, die anderen, die Verhandlungen nur auf gemeinsamer Basis aufnehmen wollen, die dritten, die eine Gesamtlösung für bereits gescheitert halten und Verhandlungen für einzelne Häuser anstreben.

M A I 1 9 8 1 :

Anfang Mai

geht im Besetzerrat bei der Verhandlungsfrage die Tendenz zu einer Treuhandlösung, so daß dem Vermittlerkreis grünes Licht zum Aushandeln eines Treuhändervertrages gegeben wird.

Auch der Berliner Senat hält weiterhin an seiner Verhandlungslinie fest, während die CDU vor allem im Rahmen des Wahlkampfes an ihrer These festhält, Verträge mit Besetzern seien ein Sich-Vordrängeln an der langen Schlange der Wohnungssuchenden.

1.5.-9.5.81: Inzwischen geht die Welle der Besetzungen in dem entstandenen politischen Machtvakuum unvermindert weiter, so daß z.B. am 1.5. weitere 5 Häuser besetzt werden, am 6.5. zwei Häuser, am 8.5. drei Häuser und am 9.5. noch einmal vier Häuser. Auf politischer Ebene gehen vor allem im Wahlkampf die Auseinandersetzungen um eine andere Sanierungs- und Wohnungsbaupolitik weiter.

5.5.81: In einem Interview äußert R.v. Weizsäcker, daß in einem von der CDU geführten Senat Instandsetzung vor der Modernisierung rangieren werde und die Mieter in ihren alten Wohnungen bleiben könnten. Währenddessen wird in SPD-Kreisen die Gründung von kleinen überschaubaren Mietergenossenschaften favorisiert. Vertreter der Alternativen Liste machen sich für eine gesetzliche Regelung stark, die den Abriß von Häusern vom Einverständnis der Bewohner abhängig macht.

10.5.81: Bei den Neuwahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus verfehlt die CDU nur knapp die absolute Mehrheit, die SPD verliert etliche Prozente, die FDP springt mit gerade 5 % noch über die 5 %-Hürde, und die AL feiert mit 7 % ihren Einzug ins Parlament. In Kreuzberg kommt sie sogar auf knapp 15 %.

11.5.81: Laut Senats-Innenverwaltung sind jetzt 162 Häuser ganz oder teilweise besetzt, 22 von den Besetzern freiwillig verlassen worden, davon 5 erst nach Aufforderung durch die Polizei.

12.5.81: Die Staatsanwaltschaft bricht noch vor Betreten des Hauses Mittenwalder Str. 45 die dort geplante Durchsuchungsaktion ab, weil die Besetzer vorgewarnt seien und sich im Haus etliche Unterstützer aufhalten. Es ist nicht auszuschließen, daß die der Polizei bekannte Anwesenheit von Pfr. Quandt (Heilig-Kreuz) im Haus zum Abbruch der Aktion geführt hat. In Polizeikreisen wird das Ganze als Verstoß gegen das "politische Einmaleins" bezeichnet, da die Polizei "nie zweiter Sieger" sein dürfe.

13.5.81: In der Berufungsverhandlung wird das erste Hausbesetzerurteil (4.2.: 18 Monate ohne Bewährung) bestätigt.

Die Polizei räumt das Nordufer 2 und durchsucht die Adalbert-str. 6. Abends kommt es in Kreuzberg wegen dieser Ereignisse zu Demonstrationen, in deren Verlauf Barrikaden errichtet werden und schwere Auseinandersetzungen mit der Polizei entstehen.

17.5.81: Die Görlitzer Str. 39 in Kreuzberg (Strategiengebiet) wird besetzt.

15.5.81: Bausenator Ulrich muß auf eine Anfrage des CDU-Abgeordneten Rauschenbach bestätigen, daß Hauserwerber, die Mietwohnungen in Eigentumswohnungen umwandeln, am Verkauf jeder Wohnung bis zu 100 % verdienen.

16.5.81: Von der Vollversammlung des Zentralrats der deutschen Katholiken wird auf "sehr bedenkliche Entwicklungen" im Zusammenhang mit den Hausbesetzungen und der schwierigen Wohnungsmarktlage mancher Städte verwiesen. Insbesondere nähmen die Mißachtung des Eigentums, Gewalttätigkeiten und Rechtsverletzungen zu, die auch durch den Verweis auf offensichtliche Probleme, Versäumnisse und verfehlte politische Entscheidungen nicht gerechtfertigt seien. Kurz vor der Tagung der Regionalsynode der Evangelischen Kirche (BerlinWest), die vom 19. - 24.5.81 stattfindet, wird von verschiedener Seite Kritik an der von Pfr. Duntze vorgelegten Dokumentation über Hausbesetzer, Wohnungspolitik und die Auswirkungen auf die Berliner Kirche laut.

Die Ev. Sammlung Berlin äußert, diese Dokumentation stelle alles in den Schatten, was an offiziellen Verlautbarungen von der Berliner Kirche zu gesellschaftlichen und politischen Problemen in den vergangenen 10 - 15 Jahren veröffentlicht worden sei. Sie sei an Einseitigkeit nicht mehr zu überbieten. Duntze rede in ihr nicht von einer raschen Befriedigung der Wohnbedürfnisse Wohnungssuchender, sondern von "Demokratisierung im Wohn- und Freizeitbereich", das heiße von Politik überhaupt. Sein Beitrag sei weder zum Abbau von Vorurteilen geeignet noch ein klares Wort der Orientierung verführter Jugendlicher und diene auch nicht der Förderung des friedlichen Zusammenlebens.

20.5.81: Auf der Regionalsynode kommt es zu einer ersten Diskussion über die Duntze-Dokumentation. Während von Sup. Roth betont wird, daß diese Dokumentation aus Kreuzberger Erfahrungen heraus verfaßt sei

und Pfarrer wie kirchliche Mitarbeiter in Kreuzberg der dringenden Unterstützung bedürfen, wird von anderen Synodalen geäußert, in einem Land, wo soviel Wohnraum zur Verfügung stehe wie nirgendwo anders auf der Welt, sei nicht einzusehen, warum Hausbesetzungen notwendig seien. Denn indem man das Faustrecht legalisiere und Mietverträge mit Besetzern schließe, würde man der Gefahr der Anarchie Vorschub leisten. Man müsse ja auch bedenken, was wäre, wenn nun andere kämen und wiederum diese Wohnungen an sich rissen. Am gleichen Tag fordert Bischof Kruse, Mietverträge für Hausbesetzer zu ermöglichen; er erwarte auch von einem Reg. Bürgermeister v. Weizsäcker, daß dieser an ihn herantrete, um die Problematik der Hausbesetzungen zu diskutieren.

Abschließend wird von der Regionalsynode ein Beschluß gefaßt, der sich vermittelnd an alle Seiten wendet und die Hilfe der Kirche in diesen schwierigen Fragen anbietet:

1. Die Synode hat eine Vielzahl von Stellungnahmen zur Kenntnis genommen, die sich anläßlich von Hausbesetzungen und Jugendunruhen mit der Situation der Jugend befassen. Sie hat die Überzeugung gewonnen, daß es sich nicht um kurzfristige Erscheinungen in einigen Randgruppen handelt, sondern daß Hausbesetzungen ein Symptom dafür darstellen, daß viele Menschen - und unter ihnen viele junge Menschen - aus dem kulturellen, ökonomischen, politischen und rechtlichen Rahmen unserer Gesellschaft auswandern. Es ist eine gefährliche Situation entstanden, in der Verständigung nahezu unmöglich geworden ist, weil grundlegende Gemeinsamkeiten verlorengegangen sind. Diese Entwicklung hat auf allen Seiten Ängste erzeugt. Soll es zu einer Versöhnung kommen, dann nur, wenn alle offen aufeinander zugehen und nicht Anpassung aneinander verlangen.
2. Die Synode möchte die Gemeinden zu solchen Schritten ermutigen. Sie nimmt mit Dank zur Kenntnis, daß eine Reihe von Gemeinden sich bereits nachdrücklich darum bemüht. Sie empfiehlt allen Gemeinden, darauf zu achten, wo in den Lebensformen der jungen Generation Ansätze zu finden sind, die wir bejahen können, weil in ihnen der Schöpfungsauftrag Gottes wahrgenommen und neue Wege in die Zukunft erprobt werden.

Wir sehen z.B.

- die Tatsache, daß Menschen für Ungerechtigkeit besonders sensibel sind und die Lebensrechte einzelner gegen übermächtige Strukturen sichern wollen;
 - die Tatsache, daß Menschen gemeinsames Leben und genossenschaftliche Arbeitsweisen für sich wieder entdeckt haben;
 - die Tatsache, daß Menschen sich bewußt in ihren Ansprüchen auf Bequemlichkeit und Luxus einschränken und dies als Gewinn betrachten können;
 - die Tatsache, daß Menschen miteinander und füreinander so etwas wie Heimat aufbauen möchten, etwas wonach sich viele von uns sehnen.
3. Die Synode sieht zugleich, daß durch gewaltsame und befremdliche Aktionen junger Menschen bei vielen Mitbürgern, vor allem Älteren, Verunsicherung und Angst entstanden sind. Sie fühlen sich nicht nur durch konkrete Handlungen bedroht, sondern auch durch die Konfrontation ganz verschiedener Lebensstile. Die Jüngeren müssen wissen, daß die Generationen bei allen Unterschieden aufeinander bezogen und für die Verwirklichung ihrer Lebensperspektiven aufeinander angewiesen sind.
4. Die Synode warnt mit Nachdruck davor, daß Teile der jungen Generation als Kriminelle abgestempelt werden, insbesondere durch eine fragwürdige Auslegung und Anwendung des § 129 StGB (Bildung einer kriminellen Vereinigung). Sie befürwortet die sorgfältige Erwägung, wo von der Möglichkeit des Verzichts auf den staatlichen Strafanspruch Gebrauch gemacht werden kann. Sie bittet Gemeindeglieder und Mitarbeiter, sich durch die schwierige rechtliche Situation nicht daran hindern zu lassen, das Gespräch zu suchen und die Chancen der Begegnung zu nutzen.
5. Die Synode erinnert daran, daß die Evangelische Kirche in Deutschland bereits vor 20 Jahren in ihrer Denkschrift "Eigentumsbildung in sozialer Verantwortung" wesentliche Ursachen und Zusammenhänge der jetzt sichtbar gewordenen Problematik erkannt und ausgesprochen hat.
- Wir müssen betroffen eingestehen, zu wenig dafür gesorgt zu haben, daß die dort vorgetragenen Erkenntnisse in Kirche und Öffentlichkeit zur Geltung gekommen sind.
- Wir bitten den Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland,

die Grundgedanken ihrer damaligen Denkschrift angesichts der gegenwärtigen Situation weiter zu entwickeln und Schritte zu ihrer praktischen Beachtung einzuleiten.

- 22.5.81: In einem Aufruf an den neu zu wählenden Senat von Berlin macht der Christliche Friedensdienst, Sekretariat Berlin West, auf die Unterversorgung der Bevölkerung West - Berlins mit angemessenem und bezahlbarem Wohnraum aufmerksam und bittet darum, einen 14-Punkte-Katalog zu berücksichtigen, in dem Forderungen wie: Abriß von Häusern nur noch in Ausnahmefällen; öffentlicher Ankauf von leerstehenden Wohnhäusern; keine weitere Förderung der sogenannten gemeinnützigen städtischen Wohnungsgesellschaften; Verschärfung und Anwendung der Zweckentfremdungsverbotsverordnung; Fortsetzung des Gespräches mit den Hausbesetzern u.a. enthalten sind.
- 23.5.81: Buttmannstr. 19 und Brochmannsweg 5 werden besetzt. Auch einen Tag später werden wieder zwei Häuser besetzt.
- 26.5.81: Es kommt anläßlich von Räumungen und Durchsuchungen wieder zu Demonstrationen mit sich anschließenden gewaltsamen Auseinandersetzungen, in deren Verlauf über 100 Demonstranten verletzt werden.
- Ende Mai werden die zwischen dem Senat und dem Vermittlerkreis ausgehandelten Verträge nach dem Treuhandmodell bekannt. Unter dem Eindruck der absehbaren Senatsneubildung hatte schließlich auch der Besetzerat zugestimmt, obwohl wesentliche Vorbedingungen (Stop der Kriminalisierung, Freilassung der Inhaftierten) noch nicht erfüllt waren. Doch die kurz vor ihrer Ablösung stehende SPD/FDP-Regierung ist nun zu einer Unterzeichnung nicht mehr bereit, da es schlechter politischer Stil sei, so kurz vor einer Regierungsneubildung in Berlin einen neuen Senat mit einer solchen Erblast zu versehen.
- J U N I 1 9 8 1: Auch in den ersten Junitagen wird weiter um die Legalisierung eines Großteils der besetzten Häuser verhandelt, ohne daß es zu Vertragsabschlüssen kommt:
- 9.6.81: Die GeWoBaG lehnt Mietverträge für "ihre" besetzten Häuser, vor allem im Gebiet um den Chamissoplatz, ab. Zwei Tage vor der Bildung des CDU-Minderheitssenats äußert Vogel gegenüber der Presse, er wolle dem neuen Senat keine "vorgreifenden Ratschläge" geben, habe aber die dringende Bitte, die

"Linie der Vernunft" in der Hausbesetzerproblematik beizubehalten. Zu dieser Linie gehöre die Unterscheidung zwischen militanten und gewaltlosen Hausbesetzern, das Angebot von Verträgen, wo das möglich sei, und Räumung nur dann, wenn anschließend sofort mit Bautätigkeit begonnen werde

Auch an diesem Tag kommt es nach den Durchsuchungen besetzter Häuser in Kreuzberg wieder zu Demonstrationen und Auseinandersetzungen im Bereich Oranienplatz und in der Gneisenaustr.

11.6.81: Im Berliner Abgeordnetenhaus wird mit Unterstützung von fünf FDP-Abgeordneten ein CDU-Minderheitssenat gewählt. Reg. Bürgermeister wird Richard von Weizsäcker. Heinrich Lummer wird Innenminister, Rastemborski Bausenator.

In der Bilanz der Regierung Vogel über die Hausbesetzungen wird geäußert, es seien 165 Häuser besetzt, davon 86 in Kreuzberg, 32 in Schöneberg, 12 in Charlottenburg, nur im Bezirk Reinickendorf kein einziges.

15.6.81: Das Stadtteilzentrum Kreuzberg übernimmt eine Patenschaft für die besetzten Häuser Lausitzer Str. 22 a und 23. Diese wollen ein Kiezbündnis mit mehreren Patenschaften aufbauen. Bei den Patenschaften sollen sich Organisationen und prominente Persönlichkeiten mit ihrem Namen für besetzte Häuser einsetzen, was auch als verstärkter Schutz gegen die befürchteten Räumungen unter dem neuen Berliner Senat dienen soll.

16.6.81: Die Kreuzberger Martha-Gemeinde übernimmt die Patenschaft für das von Frauen besetzte Hexenhaus (Liegnitzer Str.5). In der Erklärung des Gemeindegemeinderats zur Übernahme der Patenschaft bietet sich dieser als vermittelnder Gesprächspartner bei nötigen Verhandlungen an.

Am gleichen Tag erfährt der Vermittlerkreis vom neuen Berliner Innensenator, daß der neue Senat die "Berliner Linie" fortsetzen wolle, in der Lummer'schen Interpretation: 1. Keine weiteren neuen Besetzungen, 2. Räumung bei Strafantrag und Verwendungsnachweis, 3. Verfolgung von Straftaten aus besetzten Häusern heraus.

18.6.81: In einer Berufungsverhandlung wird eines der harten Urteile bestätigt, das auf die Ereignisse vom 12.12.80 zurückgeht: 14 Monate ohne Bewährung.

- 22.6.81: Räumung der Mittenwalder Str. 45. In der Presseerklärung der Besetzer wird die mit der Räumung verbundene Vernichtung von acht billigen und guten Wohnungen angeprangert und die viel zu aufwendige Modernisierung der Vorderhauswohnungen, die in der Verdreifachung der Mieten ihren Höhepunkt finden wird, kritisiert. In weiteren drei besetzten Häusern gibt es Durchsuchungen, an die sich Demonstrationen und abendliche Straßenkämpfe in Kreuzberg und Schöneberg anschließen: 173 vorläufige Festnahmen.
- Von Sup. Roth und W. Orlowsky wird auf einer gemeinsam mit den Hausbesetzern veranstalteten Pressekonferenz insbesondere die Räumung der Mittenwalder Str. 45 kritisiert. Dieses Gebäude sei eines der am besten erhaltenen in der Straße und mit geringem Aufwand instandzusetzen. Wenn es nun luxusmodernisiert würde, sei dies ein Zeichen dafür, daß der Senat in der Sanierungspolitik ohne jedes befriedigende Konzept vorgehe.
- 23.6.81: Berlins neuer Reg. Bürgermeister erklärt anlässlich der Ereignisse vom Vortage, auch weiterhin nach der "Berliner Linie" verfahren zu wollen. Währenddessen kritisiert der Oppositionsführer Vogel die Räumung der Mittenwalder Str. 45 als zwar rechtmäßig, jedoch als nicht geeignet, eine "friedliche Stabilisierung" zu fördern.
- Die geräumten Besetzer indes demonstrieren seit der Räumung auf ihre Weise, indem sie in der Innenstadt an der Tauentzien-/Rankestr. in Decken und Schlafsäcke gehüllt auf dem Bürgersteig campieren, nach ihrer Aussage so lange, bis sie neuen Wohnraum haben.
- 24.6.81: Abends kommt es erneut zum Barrikadenbau in Kreuzberg (Heinrichplatz). Ebenfalls an diesem Tag untersagt der Senat das Betreten der Bannmeile um das Rathaus Schöneberg für die am 25.6. geplante Demonstration.
- 25.6.81: Die AL bringt im Abgeordnetenhaus den Entwurf eines Amnestiegesetzes ein, der aber in die Ausschüsse verwiesen wird. Zur selben Zeit demonstrieren mehr als 10 000 Menschen für eine Amnestie und eine Wende in der Wohnungspolitik. Der Versuch der Demonstranten, in die Bannmeile um das Rathaus Schöneberg zu gelangen, wird von der Polizei vereitelt. Es kommt wieder zu Tränengas- und Schlag-

stockeinsatz auf der einen, Steinwürfen, Barrikadenbau und der Ausplünderung einer Bolle-Filiale auf der anderen Seite. Die Auseinandersetzungen dauern bis in die Nacht hinein. Der AL wird daraufhin von etlichen Politikern der anderen Parteien und dem überwiegenden Teil der Berliner Presse die politische Verantwortung für diese Ereignisse zugeschoben.

27.6.81:

Präses Reihlen macht in Vertretung von Bischof Kruse dem neuen Senat das Angebot, die Kontakte und Informationen der Kirche zur Vermittlung in Anspruch zu nehmen, was zu einer sachgerechteren Beurteilung der Lage verhelfen könne.

Ebenfalls an diesem Tag bricht der Vermittlerkreis seine Gespräche mit dem Senat vorläufig ab, bis dieser konkrete Angebote unterbreitet.

Auf ihrer Sitzung am 27.6. beschließt die Kreissynode Zehlendorf, Zehlendorfer Bürger aufzufordern, einen Trägerverein für das autonome Jugend- und Kulturzentrum in der ehemaligen, jetzt besetzten Schultheiß-Brauerei in der Königstr. zu gründen, und erklärt ihre Bereitschaft, dem Verein als Gründungsmitglied beizutreten. Die Kreissynode unterstützt die Bestrebungen der überwiegenden Besetzer, ein selbstverwaltetes Zentrum der Begegnung mit gemeinsamem Wohnen, Werkstätten, Musik und anderen Kulturgruppen zu machen und fordert alle zuständigen Stellen, insbesondere die Grundstückseigentümerin Neue Heimat auf, "so schnell wie möglich eine dauerhafte Lösung im Sinne einer Fortführung der jetzigen Ansätze zu entwickeln". Außerdem soll mit einem Gottesdienst am Mittwoch, 1.7., auf dem Brauerei-Gelände die Unterstützung durch die Kirche unterstrichen werden.

29.6.81:

Mit der Saßnitzer Str. 6 wird eines der am besten erhaltenen besetzten Häuser geräumt, um aufwendig modernisiert zu werden. Ebenfalls am 29.6. kommt es in der Taborgemeinde (Kreuzberg) zu einem Gespräch zwischen der Kirchenleitung und Vertretern des Kirchenkreises Kreuzberg. Nach einem gemeinsamen Besuch im besetzten Komplex Kerngehäuse (Cuvrystr.) geht es in dem sich anschließenden Gespräch um die sich häufenden Kreuzberger Probleme (Sanierung, Besetzung, Ausländer, kircheninterner Lastenausgleich zugunsten besonders belasteter Kirchenkreise). Auf die konkrete Kreuzberger Anfrage und Bitte, die Einrichtung einer besonderen

Arbeitsstelle zur effektiven Aufarbeitung der Fragen der Stadtveränderung und der damit verbundenen schwerwiegenden Konsequenzen für die Kreuzberger Gemeinden zu unterstützen, wird dabei von den Mitgliedern der Kirchenleitung nur ausweichend geantwortet. Konkrete Zusagen gibt es nicht.

30.6.81:

10 Professoren und ein Rechtsanwalt übernehmen die Patenschaft für das besetzte Haus Winterfeldtstr. 38.

Der parteilose Werner Orlowsky, von der AL vorgeschlagen, wird Baustadtrat von Kreuzberg.

Ebenfalls am 30.6. wird von Bausenator Rastemborski auf einer Pressekonferenz geäußert, daß es in Einzelfällen sehr wohl Verträge mit Hausbesetzern geben könne.

J U L I 1 9 8 1 :

Seit Anfang Juli kommt es verstärkt zur Anmeldung von Bewag-Zählern durch die Besetzer bzw. ihnen nahestehender Vertrauenspersonen, um wenigstens diesen Anlaß für Durchsuchungen und Kriminalisierungen auszuräumen.

Es verstärkt sich weiterhin der Trend zur Übernahme von Patenschaften für besetzte Häuser; so übernimmt die Taborgemeinde eine Patenschaft für das Kerngehäuse in der Cuvrystr.

1.7.81:

Der Kreiskirchenrat Zehlendorf veranstaltet einen Gottesdienst in der besetzten Brauerei; Thema: Leben geht vor Eigentum. Die Predigt hält der Zehlendorfer Superintendent Dr. Manfred Karnetzki.

Ebenfalls am 1.7. äußert Bausenator Rastemborski sein Mißfallen an der Räumung der Mittenwalder Str. 45 und nennt sie eine "objektive Mißlichkeit".

2.7.81:

R. v. Weizsäcker widmet in seiner Regierungserklärung den Themen Stadtentwicklung und Wohnungspolitik breiten Raum: In der Wohnungspolitik will der Senat die Mietpreisbindung bis 1990 weitgehend aufrechterhalten, dann aber durch das sog. soziale Mietrecht ablösen; als Richtlinien für die alten Wohnviertel soll gelten: Instandsetzung vor Modernisierung, Modernisierung vor Sanierung, also vor Abriß und Neubau; Sanierungsgebiete

sollen verkleinert werden; für jede leerstehende Wohnung soll ein Konzept erarbeitet werden; bis 1985 sollen insgesamt 50 000 Wohnungen neu gebaut werden. Die Sanierungstätigkeit der IBA in Kreuzberg soll auf einige wenige Häuserblöcke beschränkt werden.

6.7.81:

Der Jesuitenpater Werner Herbeck macht seiner Kirche den Vorschlag, einen ständigen Krisenstab der Kirche zum Thema Hausbesetzungen einzurichten; immerhin seien auch drei Häuser besetzt, die in katholischem Eigentum stünden. Dieser Vorschlag wird allerdings von der Katholischen Kirche nicht aufgegriffen.

7.7.81:

Gründung des Fördervereins für das autonome Jugend- und Kulturzentrum in der besetzten ehemaligen Schultheiß-Brauerei (Zehlendorf). 140 Zehlendorfer Bürger erklären sich spontan zur Teilnahme an diesem Verein bereit.

In der Kreuzberger BVV kommt es zur Debatte über die Räumung der Mittenwalder Str. 45, die dabei von vielen kritisiert wird. Die Durchsuchung von sechs besetzten Häusern in Kreuzberg und Wedding löst erneut abendliche Demonstrationen und gewaltsame Auseinandersetzungen aus.

9.7.81:

Es wird bekannt, daß das Bezirksamt Neukölln ein Konzept für die Nutzung zweier besetzter Häuser in der Wederstr. erarbeitet hat: Vorgesehen ist der Abschluß eines Hauptvertrages mit der Ev. Kirche, die dann ihrerseits Unterverträge mit den Besetzern abschließen soll. Demgegenüber fordern die Neuköllner Besetzer die Legalisierung aller neun besetzten Neuköllner Häuser.

Im Vorfeld der für den 12.7. angekündigten Demonstration in Grunewald "Besetzer besuchen Spekulanten" gibt es erhebliche Auseinandersetzungen darüber in der Presse, in deren Zusammenhang Heinrich Albertz vor Individualterror warnt, gleichzeitig aber Verständnis äußert für den "ohnmächtigen Zorn von jungen Menschen gegenüber dem Schwachsinn der offiziellen Wohnungspolitik und gegen bestimmte Machenschaften der öffentlichen Gewalt". In den meisten Medien wird dieser Aufruf nur als Stellungnahme gegen die geplante Grunewald-Demonstration aufgegriffen.

12.7.81: Etwa 10 000 Demonstranten ziehen durch den Grunewald, vorbei an den Wohnsitzen von mehr als 20 stadtbekannten Spekulanten. Einzelne Steinwürfe und Festnahmen ziehen in den nächsten Tagen ein gewaltiges Presseecho nach sich, wodurch dann auch die Auseinandersetzung über ein neues Demonstrationsstrafrecht und die weitere Aufrüstung der Berliner Polizei neue Nahrung findet.

13.7.81: Die Kirchenkanzlei der Evangelischen Kirche in Deutschland antwortet auf einige Anfragen des Ev. Arbeitskreises der CDU/CSU. Am 5.6. hatte dieser Arbeitskreis der EKD "Anfragen evangelischer Christen in politischer Verantwortung an ihre Kirche" übermittelt, die u.a. auch das Thema Hausbesetzungen betrafen. Es hieß darin:

"Viele Ereignisse der letzten Monate, vom friedlich verlaufenden Protest gegen bestimmte Mißstände bis zu den schweren Ausschreitungen bei Gelöbnisfeiern der Bundeswehr und zu den Tumulten im Zusammenhang mit Hausbesetzungen, zeigen, so unterschiedlich sie auch begründet sein mögen, eine erhebliche Unsicherheit im Verständnis des Staates, seiner Aufgaben und seiner Möglichkeiten. Diese Unsicherheit richtet sich auch gegen die Parteien und ihre Rolle im demokratischen Staat.

An dieser Unsicherheit haben auch die evangelischen Kirchen und ihre Glieder teil. Sie zeigt sich u.a. im Reden und Handeln von einzelnen oder Gruppen, das sich unter Berufung auf das Evangelium bewußt gegen die Ordnung des Staates richtet oder doch in der Konsequenz diese Ordnungen in Frage stellt. Für unsere Fragen ist dabei nicht entscheidend, daß sich die Kirchen und ihre Synoden bisher nicht in diesem Sinne geäußert haben. Schon daß sich Teile unserer Gemeinden so verhalten, fordert die ganze Kirche heraus und macht die Diskussion zwingend notwendig.

Beispiele mögen jeweils zu den Fragen hinführen, deren Beantwortung uns heute dringend erscheint.

1. In Berlin-Kreuzberg haben sich Pastoren, offenbar gestützt von Teilen ihrer Gemeinde, mit Hausbesetzern "solidarisiert". Unbeschadet der berechtigten Frage nach dem möglichen Mißbrauch von Wohnungseigentum durch Verweigerung der Vermietung besteht für uns

das Problem:

- Darf man - unter Berufung auf Jesu Gebot, dem Notleidenden zu helfen - um eines verständlichen oder sogar berechtigten Protestes willen die Ordnungen des Rechtes verletzen auf die Gefahr hin, daß dadurch eine alle Bürger bedrohende Unordnung und Rechtlosigkeit herbeigeführt wird?

Oder, grundsätzlicher gefragt:

Entschuldigt oder rechtfertigt eine verständliche Empörung über einen Mißstand, auch dann wenn sie im Gewissen begründet ist, die Gefährdung oder gar Zerstörung der - gewiß vorläufigen - Rechtsordnung?

.....

7. Unserer Ansicht nach lassen sich alle diese Fragen auf die Grundfrage zurückführen, wie heute in unserer Kirche das Verhältnis der Thesen 1 und 2 zur These 5 der Theologischen Erklärung von Barmen gesehen wird:

-Gilt der Staat noch als Einrichtung, die "nach göttlicher Anordnung die Aufgabe hat, in der noch nicht erlösten Welt nach dem Maß menschlicher Einsicht und menschlichen Vermögens unter Androhung und Ausübung von Gewalt für Recht und Frieden zu sorgen"?

- Oder werden der Gehorsam gegenüber Jesus Christus als "dem einen Wort Gottes" und "Gottes kräftiger Anspruch auf unser ganzes Leben" in der Weise einseitig verstanden, daß selbst die Chancen zur Veränderung von Verhältnissen, die die Institutionen des demokratischen Rechtsstaates anbieten, nicht mehr genutzt werden, sondern nur noch die konsequente Verweigerung gilt? ..."

In der Antwort der EKD - Kirchenkanzlei heißt es dazu: "Eine schlichte "Solidarisierung" von Pastoren mit Hausbesetzern, wo immer sie geschehen ist, können wir nicht gutheißen. Sie verträgt sich nicht mit der Absicht der Vermittlung in einem schweren Konflikt ... Parteiliche Solidarisierung zerstört nur zu leicht die Voraussetzungen zum Helfen. Dann wird nicht nur ein offensichtlicher Mißstand - die vergessene Sozialbindung des Eigentums - angeprangert, sondern die Rechtsordnung selber gefährdet."...

17.7.81:

In einer Stellungnahme zur Antwort der EKD - Kirchenkanzlei auf die Anfragen des Ev. Arbeitskreises der CDU/CSU beklagt sich der Kreuzberger Superintendent Roth darüber, daß weder der CDU -Arbeitskreis noch die Kirchenkanzlei Kontakte zu den betroffenen

Kreuzberger Pfarrern oder zu ihm aufgenommen hätten, wodurch die Stellungnahme der Kirchenkanzlei sich weder als sonderlich brüderliches Verhalten noch als brüderliche Hilfe zeige.

21.7.81:

Der Gemeinderat der Evangelischen Studentengemeinde an der TU/HdK Berlin übernimmt die Patenschaft für die beiden besetzten Häuser Fidicinstr. 43 und Winterfeldstr. 35. Die Wohnungen in beiden Häusern befinden sich zum überwiegenden Teil in gutem Zustand.

22.7.81:

Auch "Kirche in der Verantwortung" nimmt zur Erwidierung der EKD-Kirchenkanzlei vom 16.7. kritisch Stellung und nennt insbesondere die Passagen über parteiliche Solidarisierung von Pfarrern mit Hausbesetzern "ein Musterbeispiel dafür, wie die parteipolitische Zurückhaltung, die die Kirchenkanzlei in diesem Papier jedem kirchlichen Amtsträger dringend auferlegt, formal gewahrt wird und gleichzeitig die Politik der CDU/CSU einseitig unterstützt wird."

Ebenfalls an diesem Tag ziehen 43 Prominente, unter ihnen Hochschullehrer, Schriftsteller und Pfarrer, vorübergehend in zehn besetzte Häuser ein. Sie wollen damit die Räumung dieser Häuser erschweren und Druck auf die politisch Verantwortlichen ausüben. Gleichzeitig stellt die Neue Heimat den Besetzern der Knobelsdorffstr. 40/42 und der Bülowstr. 89 ein Ultimatum, innerhalb von drei Wochen die Häuser zu verlassen, und macht bekannt, daß eine Woche vorher den Besetzern der Danckelmannstr. 43 - 45 Nutzungsverträge angeboten worden seien. Zuckerbrot und Peitsche.

23.7.81:

Die EKD-Kirchenkanzlei reagiert auf den Vorwurf von Sup. Roth (... "kein brüderliches Verhalten"...), daß hier ein Mißverständnis vorliege, da man nur allgemein Stellung genommen habe und nicht zu speziellen Kreuzberger Vorgängen. Gleichzeitig wird kritisiert, daß Sup. Roth mit seiner Kritik an die Öffentlichkeit gegangen sei, ohne vorher "das klärende Gespräch zu suchen".

28.7.81:

In einem Interview mit dem Deutschlandfunk lehnt Bundesjustizminister Schmude die Forderung nach einer Amnestie im Zusammenhang mit Hausbesetzungen ab. Er macht deutlich, daß seiner Meinung nach Hausbesetzungen ganz eindeutig den Tatbestand des Hausfriedensbruchs erfüllen.

Ebenfalls am 28.7. wird ein Offener Brief der APH-Gesellschaft (Eigentümerin der besetzten/geräumten Mittenwalder Str. 45) an Württemberger Theologiestudenten bekannt, in dem die Modernisierung der Mittenwalder Str. 45 noch einmal ausdrücklich verteidigt wird. (Vorher hatten die Theologiestudenten die Praktik der APH öffentlich kritisiert.)

Den Studenten wird darin vorgeworfen, die Taktik aus der Hausbesetzerszene forzusetzen, welche die Kapitalanleger und die an der Modernisierung beteiligten Personen mit Psychoterror überschütten. Sie werfen zwar keine Molotow-Cocktails und schrecken die Menschen nicht mit nächtlichen anonymen Telefonanrufen auf. Sie wählen subtilere Methoden: Es ist doch recht verwerflich, mit falschen Argumenten das soziale Gewissen von Mitmenschen zu bedrängen. Ohne ausreichende Tatsachen und Sachkenntnis sollten angehende Theologen sich hüten, anderen Menschen Moralpredigten zu halten.

In einem Schreiben an Kirchenleitung und Konsistorium informiert der Zehlendorfer Superintendent Karnetzki über den Stand der Verhandlungen um die besetzte ehemalige Schultheiß-Brauerei und bittet um die Stellung eines Ersatzgrundstückes der Kirche, so daß die Kirche mit dem Land Berlin zusammen Eigentümer der Brauerei werden könne: "Die Kirche hätte hier die Möglichkeit, in Zusammenarbeit mit engagierten jungen Menschen und mit einer interessierten Bürgerschaft ein Lösungsmodell zu entwickeln, das ihrem Eigenanspruch entspricht, wie sie ihn auf der letzten Synodal-

tagung formuliert hat. Die Kirche würde in diesem Falle mit ihrem eigenen Grundbesitz ein Beispiel für die Realisierung der Sozialpflichtigkeit des Eigentümers geben."

31.7./1.8.81: Aus dem Hause des Bausenators werden drei wichtige Informationen zum Thema Wohnungspolitik bekannt:

1. Eine Luxusmodernisierung nach § 17 (II. Wohnungsbaugesetz) soll es künftig nicht mehr geben. Allerdings stellt sich in der Folgezeit heraus, daß es hiervon etliche Abweichungen gibt!
2. Die Mietermodernisierung soll künftig "breiter" gefördert werden. Darunter ist zu verstehen, daß a. nun auch in nach 1918 errichteten Wohnungen diese Förderungsmöglichkeit besteht und b. es keine Einkommensgrenzen mehr gibt, die Personen von dieser Förderung ausschließen. Um allen Bevölkerungsgruppen diese Förderungsmöglichkeit zu eröffnen, wie es in der Begründung heißt. Vorher waren kaum Mittel von den nicht sehr einkommensstarken Förderungsberechtigten in Anspruch genommen worden.
3. Gleichzeitig gibt der Bausenator bekannt, daß er in naher Zukunft neun besetzte Häuser räumen lassen werde.

AUGUST 1981

5.8.81: Von Besetzerseite wird die Räumungsankündigung für neun besetzte Häuser durch Bausenator Rastemborski als "Kriegserklärung an die besetzten Häuser" bezeichnet. Die Besetzer werfen dem Senat vor, er provoziere eine Eskalation der Gewalt. Als Gegenmaßnahme kündigen sie ein Treffen Gleichgesinnter aus dem In- und Ausland in Berlin an, das unter dem Motto "TUWAT" vom 25.8. mindestens vier Wochen lang stattfinden soll. In einem Flugblatt, das dazu einlädt, heißt es u.a.: "Wir werden Wehrdörfer auf allen Plätzen Berlins errichten, die Stadt mit Chaoten, Terroristen, Punks, Hippies, Gamlern, Alkis, Schwulen, Lesben, Kraakern, AJZ-Kämpfern, Schwarzen, Ausgeflippten usw. überfluten, die Stadt muß stinken und brodeln. Auch sollen Feste gefeiert werden, die die Mauern der Stadt erzittern lassen."

10.8.81: Der Gemeinderat der Evangelischen Studentengemeinde an der FU übernimmt eine Patenschaft für das besetzte Haus Wirtterfeldstr. 36. In seiner Erklärung bezeichnet er diesen Schritt als praktische Solidarität und macht sich für eine politische Lösung des Wohnungsproblems in Berlin stark.

13.8.81:

In einer Erklärung fordert "Kirche in der Verantwortung" Bause-nator Rastemborski auf, dem Druck der Erwartungen seiner Partei, der Staatsanwaltschaft und Teilen der Öffentlichkeit standzuhal-ten und Instandbesetzer nicht aus ihren Häusern auf die Straße zu treiben, sondern Zeichen der Versöhnung zu setzen.

Kritisiert wird insbesondere die Ankündigung, neun besetzte Häuser in absehbarer Zeit räumen zu lassen. Diese Maßnahme sei angesichts einiger hundert leerstehender Häuser nicht einsichtig.

14.8.81:

Innensenator Lummer präsentiert der Öffentlichkeit eine "Sta-tistik über im Zuge von Polizeimaßnahmen überprüfte Be-setzer". Nach dieser Statistik seien nur etwa ein Drittel der Hausbe-setzer Berliner, da die anderen entweder noch einen Wohnsitz in Westdeutschland hätten oder erst nach 1975 nach Berlin gekommen seien.

15.8.81:

Während eines Straßenfestes auf dem Chamissoplatz kommt es in der nahegelegenen Willibald-Alexis-Str. 42 zu einer Durchsuchung durch die Polizei. Die daraufhin entstehende Demonstration vor der ebenfalls nahegelegenen Polizeiwache Friesenstr. wird gewaltsam auf-gelöst. Es entstehen schwere Auseinandersetzungen, die auch das Straßenfest, an dem sich neben vielen anderen Gruppen auch die Passionsgemeinde beteiligt, schwer beeinträchtigen. In einer SFB-Sendung erhebt daraufhin einer der Pfarrer der Passionsge-meinde den Vorwurf, die Auseinandersetzungen seien ganz bewußt von polizeilichen Provokateuren, die Steine geworfen hätten, ge-steuert worden. Nach starkem polizeilichen Druck und einer Rechts-belehrung durch das Konsistorium nimmt der Pfarrer in den nächsten Tagen diese Äußerungen öffentlich zurück, hauptsächlich auch des-halb, weil er sie nicht beweisen kann.

18.8.81:

Die SPD verurteilt die von Innensenator Lummer am 14.8. präsen-tierte Hausbesetzerstatistik als Diskriminierung von Neu-Ber-linern. Ebenfalls an diesem Tag findet im Haus der Kirche eine Veranstaltung zum Thema "Politische Lösung der Wohnungsproble-matik" statt, bei der neben dem Kreuzberger Baustadtrat Orłowsky auch Altbischof K. Scharf teilnimmt. Scharf bekennt seine Sympathie zu den Hausbesetzern, die sich seiner Meinung nach nicht nur gegen Wohnraumnot und Spekulation einsetzen, sondern

auch für die eigene Menschenwürde eintreten, die sie mit einer alternativen Weise des Wohnen verwirklichen wollten. Er fordert die Besetzer auf, auf rohe Gewalt zu verzichten, billigt ihnen aber ausdrücklich ein ziviles, soziales Widerstandsrecht zu. Er berichtet über ihm vom Reg. Bürgermeister gegebene Zusagen, daß der Senat vor jeder Räumung besetzter Häuser diese individuell ankündigen werde und mit den Betroffenen ins Gespräch über ihre Vorstellungen kommen wolle. In der Diskussion wird dann ziemlich einhellig geäußert, daß auch solche Vor-Räumungsgespräche keine andere Konsequenz als die Räumung haben würden.

19.8.81: Der Zehlendorfer Bezirksbürgermeister lehnt öffentlich ab, die besetzte (ehemalige) Brauerei in irgendeiner Form mit öffentlichen Mitteln zu unterstützen. Die Ev. Kirche dürfe nicht, wie Superintendent Karnetzki in seiner Predigt im Juli in der Brauerei, falsche Erwartungen wecken.

20.8.81: Ein weiteres Urteil in einem Hausbesetzerprozeß: Die 2. Ferienstrafkammer des Landgerichts Berlin hebt in einer Berufungsverhandlung die Entscheidung im Strafmaß auf und erhöht die Strafe für eine in erster Instanz zu einem Jahr (mit Bewährung) verurteilte Studentin auf 18 Monate ohne Bewährung. Das Urteil ergeht wegen der Auseinandersetzungen am 12.12.80 wegen Landfriedensbruchs und Widerstand in einem besonders schweren Fall (Steinwurf). Der Richter: "Chaoten gehören nicht auf Berlins Straßen."

21.8.81: Veranstaltung in der Kreuzberger Passionskirche über Wohnungspolitik und Hausbesetzungen. In der völlig überfüllten Kirche treffen sich zum ersten Mal seit langer Zeit Hausbesetzer und andere Interessierte mit Berliner Politikern, unter ihnen Lummer, Rastemborski, Ulrich, Orlowsky sowie als Vertreter des Ev. Bildungswerkes Pfr. Duntze zu einer Podiumsdiskussion. In der Diskussion machen Lummer und Rastemborski deutlich, daß in Zukunft bestimmte besetzte Häuser (natürlich nach sorgfältiger Prüfung) geräumt würden, während die anderen Gesprächsteilnehmer alternative Vorstellungen entwickeln. Beide Senatoren wiederholen ihr "Angebot", in jedem Fall vorher mit den Besetzern zu sprechen und Ausweichquartiere zu suchen. Auf Vorhaltungen über die im Zusammenhang mit einer Wohnungsdurchsuchung zustandegekommene

Polizeiaktion vom 15./16.8. und die damit verursachte schwere Störung des Chammissoplatz-Straßenfestes betonen beide, nicht vorher informiert gewesen zu sein. Insgesamt gesehen geht die Veranstaltung erstaunlich friedlich über die Bühne.

- 24.8.81: Erneut bekräftigt der Bundesverfassungsrichter Simon in einem Interview seine Ansicht, daß der Rechtsfrieden in der Hausbesetzerzene nur durch eine Amnestie oder amnestieähnliche Lösungen hergestellt werden könne. Er fordert die Gegner des Amnestievorschlags auf, nun ihrerseits zu sagen, wie sie dieses Problem lösen wollen.
- 25.8.81: Beginn des TUWAT-Festivals. Von den erwarteten 50 000 auswärtigen Gästen treffen nur einige Hundert in Berlin ein. Dieses Festival bleibt bis auf einige wenige Ausnahmen auch in der Folgezeit auf die Szene beschränkt und wird öffentlich kaum beachtet, trotz der vorher ja starken Pressehetzkampagne.
- 26.8.81: Es wird bekannt, daß der Senat nun (im Gegensatz zur Regierungserklärung) nicht mehr beabsichtige, 50 000 neue Wohnungen zu bauen. Vielmehr sei es "Ziel des Senats... insgesamt 50 000 Wohnungen bereit-zustellen". Auch der Ausbau von Dachgeschossen, die Wiederherrichtung, Instandsetzung und Modernisierung längst vorhandener Altbauwohnungen fällt nun in diese Kategorie.
Ende August übernimmt die Ölberggemeinde eine Patenschaft für die besetzten Häuser Lausitzer Str. 22 und Reichenberger Str. 63 a. Nach Mitteilung der Geschäftsführenden Parrerin Pauschert - Thomas sei dies die Fortführung und der Ausbau der bestehenden Zusammenarbeit zwischen Gemeinde und Besetzern. Außerdem unterstütze die Gemeinde die Bemühungen der Besetzer, Verträge mit den Eigentümern abzuschließen, und will im Falle von Durchsuchungen als Beobachter und Vermittler zur Verfügung stehen.

S E P T E M B E R 1 9 8 1

In diesem Monat werden acht Häuser geräumt; bei den Polizeiaktionen anlässlich dieser Räumungen verliert ein Mensch sein Leben.

- 1.9.81: Während der TUWAT-Demonstration der Erfolg und die nötige Resonanz versagt blieb, wird die Friedensdemonstration der GEW und HBV zum Antikriegstag öffentlich wesentlich stärker beachtet. Zu ihrem Abschluß kommt es zu erheblichen Auseinandersetzungen zwischen der Polizei und Demonstranten, vor allem aus der "Szene". Elf der dabei Verhafteten droht der parteilose Justizsenator Scholz als "mutmaßlichen Störern" harte Strafanträge an. Damit

zeichnet sich ab, daß sich die "Hardliner" Lummer - Diepgen - Scholz immer mehr durchsetzen. Eine Abwägung zwischen sozialem Frieden und der Durchsetzung formaler Rechtspositionen wird nicht (mehr) vorgenommen. Allerdings werden die beabsichtigten und öffentlich angekündigten Räumungen besetzter Häuser sowie andere polizeiliche Maßnahmen vorerst zurückgestellt, um den für den 13.9. angekündigten Besuch des amerikanischen Außenministers Alexander Haig in Berlin nicht noch mehr zu belasten. Gleichzeitig sind in diesen Tagen im parlamentarischen Bereich einige wohnungspolitische Fortschritte zu verzeichnen:

8.9.81:

Die SPD fordert den Senat auf, eine Gesamtlösung für alle besetzten Häuser vorzulegen und vorerst von Räumungen abzusehen. Einen Tag später stimmen SPD, AL und FDP im Bauausschuß des Abgeordnetenhauses gegen eine von der CDU geplante vorzeitige Freigabe der Altbaumieten.

13.9.81:

Am
besucht der amerikanische Außenminister Haig Berlin. Der Repräsentant der "amerikanischen Schutzmacht" fährt durch menschenleere Straßen; statt jubelnder Zuschauer bekommt er nur Polizeikordons zu Gesicht. Derweil findet in der Berliner Innenstadt eine große Demonstration mit ca. 65 000 Teilnehmern gegen die amerikanische Rüstungspolitik statt. An deren Ende kommt es zu teilweise sehr heftigen Auseinandersetzungen zwischen Polizei und Demonstranten.

16.9.81:

Der Innensenator nutzt das durch diese Auseinandersetzungen und die empörte Pressereaktion entstandene Klima, um durch seinen Senatsdirektor dem Kreuzberger Superintendenten Roth eine Erklärung zukommen zu lassen, die für den Anfang der folgenden Woche die Räumung von acht Häusern ankündigt. Roth wird in seiner Eigenschaft als Mitglied des Vermittlerkreises aufgefordert, diese Erklärung den Häusern zukommen zu lassen. In einem Antwortschreiben an Lummer macht Roth auf seine Funktion als Vermittler aufmerksam, die es ausschließe, als Briefträger für die Innenverwaltung tätig zu werden.

In der Folgezeit kommt es zu verzweifelten Versuchen, diese Räumungen doch noch abzuwenden:

Schon am 7.9. wurde in einer Pressekonferenz eine Veranstaltung am 22.9. im Haus der Kirche angekündigt, auf der Überlegungen der

Besetzer zur Legalisierung und einer Gesamtlösung für besetzte Häuser vorgestellt werden sollten.

17.9.81:

16 Kreuzberger (und zum Teil auch Neuköllner) Pfarrer und kirchliche Mitarbeiter wenden sich an Bischof Kruse mit der Bitte, vermittelnd tätig zu werden und eine Eskalation zu verhindern:

'Sehr geehrter Herr Bischof Dr. Kruse!

Seit einigen Wochen wird über die Ankündigung des Bausenators, eventuell neun der besetzten Häuser in der Stadt räumen zu lassen, mit Erbitterung und Engagement diskutiert.

In dieser Situation, gekennzeichnet durch verhärtete Fronten, haben verschiedene Gruppen Patenschaften für besetzte Häuser übernommen mit dem Ziel, friedlich und konstruktiv Lösungen anzustreben. Eine Reihe von Kirchengemeinden hat sich an solchen wichtigen Versuchen beteiligt. Sie taten dies in Übereinstimmung mit dem Beschluß der Synode zum Thema Hausbesetzungen. Die Synode hat darin die Gemeinden ermutigt, Schritte zu unternehmen, die zu Gesprächen und gegenseitigen Begegnungen führen. Durch die unvermittelte fernmündliche und briefliche Ankündigung der Senatsinnenverwaltung vom 15.9.81 bzw. 16.9.81, innerhalb kürzester Frist acht der neuen bereits genannten Häuser polizeilich zu räumen, sind alle diese Bemühungen im Begriff zu scheitern, bevor es überhaupt auch nur ansatzweise zu Gesprächen und Begegnungen gekommen ist. Wir können nicht umhin, gerade auch den politisch Verantwortlichen ein erhebliches Maß an Schuld für diese bedauerliche Situation zuzuschreiben.

Was den kirchlichen Beitrag zur Entspannung betrifft, zeichnet sich in unseren Augen deutlich ab, daß die Versuche der Gemeinden vor Ort offensichtlich nicht entsprechend gewürdigt und gehört werden. Es erscheint uns daher dringend erforderlich, daß die Gesamtkirche stärker und entschiedener als bisher für eine Veränderung der Situation eintritt. Wir bitten die Kirchenleitung daher dringend, möglichst kurzfristig und direkt mit dem Senat Kontakt aufzunehmen und ihm die Beschlüsse der Synode und das dementsprechende Engagement von betroffenen Kirchengemeinden zu erläutern. Es kommt aus unserer Sicht der Dinge darauf an, die partiell vorhandene Bereitschaft des Senats zu konstruktiven Lösungen zu stärken und

deutlich zu machen, daß nur auf solch einem Weg, nicht aber auf dem Weg polizeilicher Räumungen, eine konstruktive Zusammenarbeit mit der evangelischen Kirche in dieser Stadt möglich ist. Die Anforderungen in Bezug auf Gesprächsbereitschaft, Hör- und Lernbereitschaft, die man in der Frage der Instandbesetzungen und der Wohnungsbaupolitik an die politisch Verantwortlichen stellen kann und stellen muß, sind noch lange nicht erfüllt.

Wir bitten Sie nochmals dringend, angesichts drohender Eskalation tätig zu werden und sich mit Nachdruck für Lösungen einzusetzen, die den Ausbruch offener Gewalt in der Stadt verhindern und die es einem bedeutsamen Teil der jungen Generation weiterhin ermöglicht, in dieser Gesellschaft zu leben, zwar in Auseinandersetzung mit herrschenden Normen und Werten, aber eben nicht im Untergrund und der Gesetzlosigkeit."

Die Fraktionen von SPD, AL und FDP sprechen sich, ebenfalls am 17.9., im Abgeordnetenhaus gegen die Räumungsabsichten des Senates aus. Von den Paten der besetzten Häuser wird "passiver Widerstand" für den Fall der Räumung angekündigt.

19.9.81:

Die Kreissynode Neukölln bittet den Innensenator, seine Entscheidung zurückzunehmen.

20.9.81:

Kirchliche Mitarbeiter und Pfarrer ziehen in das räumungsbedrohte Haus in der Dieffenbachstr. 27 (Kreuzberg).

Die gesamte demokratische und liberale Öffentlichkeit der Stadt, SPD, AL, FDP, Mietergruppen, Paten, andere Solidaritätsgruppen, auch aus dem gewerkschaftlichen Bereich, viele kirchliche Mitarbeiter und Pfarrer wenden sich gegen die geplanten Räumungen. Fast jede Organisation, die schon vorher einmal im Konflikt um die Hausbesetzungen Stellung genommen hatte, gibt eine Erklärung ab, nur der DGB nicht: Schließlich gehören 6 der 8 räumunggefährdeten Häuser dem zu diesem Zeitpunkt schon arg angeschlagenen gemeinnützigen Gewerkschaftskonzern Neue Heimat.

21.9.81:

R. v. Weizsäcker spricht sich gegen jede Fristverlängerung aus, da diese das Problem nur verzögern und auf die Dauer unlösbar machen würde.

22.9.81:

Acht Häuser werden geräumt. Es sind: Knobelsdorffstr. 40/42, Bülowstr. 89, Winterfeldstr. 20, 22, 24 (alle Neue Heimat), Hermsdorfer Str. 4 (GSW) und Dieffenbachstr. 27 (privat). Neben der Dieffenbachstr. 27 hatten sich auch für das Haus in der Bülowstr. viele kirchliche Mitarbeiter stark gemacht, da dort Nichtseßhafte, die in Kontakt mit der kirchlichen Nichtseßhaftenarbeit gestanden hatten, Wohnungen gefunden hatten. Nach erfolgter Räumung betritt Innensenator Lummer die Bülowstr. 89, um dort eine Pressekonferenz abzuhalten, und beschwert sich über den angeblich in diesem Haus gefundenen Schmutz. Durch den Auftritt Lummers angelockt bildet sich vor dem Haus schnell eine Menschenmenge, die nach ca. 15 Minuten von der Polizei unter Schlagstockanwendung zerstreut wird. Ein Teil der Menge wird in Richtung Bülow- bzw. Potsdamer Str. getrieben und flüchtet zum Teil durch den fließenden Verkehr, obwohl es sich bei den beiden Straßen um zwei der am meisten befahrenen Straßen Berlins handelt. Einer der Demonstranten kommt dabei ums Leben.

Die Spekulationen gehen in zwei Richtungen:

Die eine behauptet, daß der getötete Jugendliche, Klaus-Jürgen Rattay, auf einen anfahrenden BVG-Linienbus gesprungen sei, um die schon von Steinwürfen angeschlagene Frontscheibe vollends zu zerschlagen - das ist die offizielle Stellungnahme der Polizei. Die andere Version geht davon aus, daß Klaus-Jürgen Rattay zusammen mit anderen Demonstranten von der Polizei in die Potsdamer Str. getrieben wurde, dort in den fließenden Verkehr geriet und von dem BVG-Bus, dessen Fahrer (wohl in Panik) noch zusätzlich Gas gab, überfahren wurde.

K.-J. Rattay war, von beiden Seiten unbestritten, maskiert und rechnete sich (so in einem später veröffentlichten Interview mit ihm) zu denen, die in dieser Gesellschaft keine Perspektive mehr sehen. Er kam aus Kleve, 18-jährig, ohne geregelte Beschäftigung, also der Prototyp für ein Feindbild, welches auch prompt von der Presse - von Springer bis zum Tagesspiegel - aufgebaut wird: Ein Chaot.

Nur einige erkennen, daß es sich bei diesem Feindbild um einen Menschen handelt, der gewaltsam zu Tode gekommen ist: In einer Situation, wo Innensenator Lummer in "Siegerpose" in einem soben geräumten Haus vor der Kamera posiert, treiben die ihm

unterstellten Beamten junge Menschen, die durch seine Anwesenheit angelockt sind, zu einer der befahrensten Straßen der Stadt.

Die abendliche Trauerdemonstration bringt etwa 15 000 Menschen auf die Straße. Als ein Teil dieser Menge in die Richtung der Unglücksstelle zieht, kommt es zu neuen schweren Auseinandersetzungen mit der Polizei, die ihrerseits fast das gesamte Arsenal ihrer Bewaffnung einsetzt.

Die Kirchenleitung gibt noch am gleichen Tag eine Erklärung zu diesen Ereignissen ab:

"Erklärung der Kirchenleitung vom 22. September 1981

Unter dem Eindruck der heutigen Ereignisse in unserer Stadt erinnert die Kirchenleitung an das allen Menschen im Evangelium von Jesus Christus zugesagte und aufgetragene Werk der Versöhnung. Als Christen wissen wir, daß auch aus dem Willen zum Guten Situationen entstehen können, die sowohl Angst als auch Selbstgerechtigkeit hervorrufen. Wir müssen uns daran bewähren und messen lassen, wie wir in dieser Stadt und zwischen uns Konflikte und Auseinandersetzungen austragen und aushalten. Die Kirchenleitung ist sich des Auftrages des Staates bewußt, das friedliche Zusammenleben aller Bürger zu gewährleisten. Die Ausgestaltung staatsbürgerlicher Freiheiten und der sozialen Gerechtigkeit bedürfen der rechtlichen Verankerung.

Die Kirchenleitung ist besorgt, weil der Zusammenhang zwischen Rechtsfrieden und sozialem Frieden in unserer Stadt seit langem Schaden nimmt. Dieser Schaden läßt sich nur heilen, Vertrauen kann nur wachsen, wenn die Hausbesetzer und ihre Fürsprecher, der Senat und die Hauseigentümer miteinander den Weg des Gesprächs gehen.

Die Kirchenleitung bittet ihre Mitarbeiter, vor allem die Pfarrer, in ihrer seelsorgerlichen Verantwortung dahin zu wirken, daß die Eskalation von Erbitterung und Wut, der Teufelskreis sich ständig steigender Gewalt durchbrochen wird. Die Kirchenleitung warnt davor, über begreiflicher Betroffenheit die Gesamtheit der Gemeinde, an die die Mitarbeiter gewiesen sind, aus den Augen zu verlieren.

Die Kirchenleitung bittet alle Berliner, vor allem die Journalisten und die Politiker, zur Versöhnung zu reden und zu handeln. Die Kirchenleitung dankt allen, die sich bisher schon auf diese Weise um Verständigung bemüht haben."

Als Augenzeuge der Vorfälle in der Bülowstr. schreibt Pfarrer Christian Müller (Nichtseßhaftenarbeit) einen Brief an Bischof Kruse:

"Ich kann mich des Eindrucks nicht erwehren, daß er (Lummer) in vollem Bewußtsein Körperverletzungen von Polizisten, beteiligten und unbeteiligten Menschen in Kauf genommen hat, um sich zur Schau zu stellen."

Die Ereignisse am 22.9. bewirken eine Flut von Stellungnahmen. Auch im kirchlichen Bereich kann danach nicht einfach zur Tagesordnung übergegangen werden.

23.9.81:

Der Ausschuß für Inneres, Sicherheit und Ordnung des Abgeordnetenhauses dankt der Polizei für ihr "wirklich umsichtiges und insgesamt besonnenes Verhalten" bei der Räumung der acht Häuser und den anschließenden Krawallen.

Bei den Besetzern, Paten und auch bei einer Gruppe von kirchlichen Mitarbeitern wird die entstandene Situation ständig diskutiert. Beinahe jeden Abend (vom 23.9. an) trifft sich eine große Versammlung in den Räumen der Kreuzberger Heilig-Kreuz-Gemeinde und berät über die Situation an der Unglücksstelle, über Maßnahmen und Aktionen, darüber wie man die ins Negative umgeschlagene öffentliche Meinung wieder positiv beeinflussen kann, wie neue Räumungen zu verhindern sind usw. Dabei wird immer klarer, daß die (ja recht) friedlichen Mittel und Aktionen der Unterstützerszene als nicht ausreichend angesehen werden. Gewaltsame Aktionen (Motto: "Wir machen unseren Kiez dicht"...) allerdings finden nur verbal größere Resonanz. Insbesondere bei den auf herkömmliche Demonstrationen setzenden Gruppen macht sich eine tiefe Resignation breit, was die Veränderbarkeit dieses Staates angeht. Es gibt sogar Befürchtungen, daß im Falle weiterer Räumungen sich Besetzer in den Selbstmord ("vom Dach springen") treiben lassen.

24.9.81:

Im Abgeordnetenhaus werden Mißtrauensanträge diskutiert, die von den Fraktionen der SPD und AL gegen die Senatoren Rastemborski und Lummer gestellt wurden. Beide bleiben im Amt.

25.9.81:

In einer Stellungnahme von mehr als 100 kirchlichen Mitarbeitern und Pfarrern zur Räumung der acht Häuser und zum Tod von Klaus-Jürgen Rattay heißt es:

"Die Räumung von acht besetzten Häusern am 22. September hat zu schweren Straßenschlachten geführt. Ein Klima von Angst, Haß und Gewalt breitet sich in der Stadt aus.

Auch in unseren Gemeinden und Dienststellen erleben wir Menschen, die "rücksichtsloses Durchgreifen" fordern. Der Ruf nach Selbstjustiz wird laut. Und das angesichts von Polizeieinsätzen mit unvorstellbarer Härte.

Einige von uns waren dabei, als Polizisten unter Knüppelinsatz gewaltlos protestierende Menschen unvermittelt von der Bülowstr. in den fließenden Verkehr der Potsdamer Straße trieben. Die polizeiliche Gewalt hat dazu geführt, daß ein junger Mann sein Leben verlor. Wir sind entsetzt und betroffen, daß die Auseinandersetzungen um Hausbesetzungen und Wohnungspolitik ein Menschenleben gekostet haben....

Wir halten das Beharren des Innensenators Lummer auf Räumung der acht Häuser für unverantwortlich. Die Ignoranz, mit der er sich über alle beschwörenden Appelle und Vermittlungsangebote hinweggesetzt hat, macht ihn zu einer Gefahr für den Frieden in der Stadt. Wir meinen, daß Innensenator Lummer politisch verantwortlich ist für den Tod von Klaus-Jürgen Rattay. Wir meinen, daß er sein Amt zur Verfügung stellen muß.

Wir sind betroffen, daß der Präsident des Evangelischen Kirchentags und Regierende Bürgermeister von Weizsäcker sich hinter die Politik dieses Innensenators stellt. Wir kirchlichen Mitarbeiter halten diese Form der staatlichen Gewaltausübung für zutiefst unchristlich, und sie ist auch nicht mit dem Hinweis auf das staatliche Gewaltmonopol zu rechtfertigen. Wir kritisieren, daß die Berliner Kirchenleitung nicht entschieden gegen diese Form staatlicher Gewalt Stellung nimmt.

Wir haben die Erfahrung gemacht, daß kirchliche Versuche, die verhärteten Fronten zu überwinden, durch den Einsatz staatlicher Gewalt zunichte gemacht worden sind. Gesprächs- und Vermittlungsangebote in der jetzt entstandenen Situation sind heuchlerisch, solange staatlicherseits nicht die Bereitschaft erkennbar ist, auf Forderungen der Instandbesetzer einzugehen."

26.9.81:

Unter dem Eindruck der Ereignisse beruft der Reg. Bürgermeister eine Friedensrunde aller Parteien und gesellschaftlich relevanten Organisationen ein. An dieser Runde nimmt als Vertreter

der Evangelischen Kirche Bischof Kruse teil. Besetzer nehmen nicht teil. Außerdem auch kein Vertreter irgendeiner Gruppe, die sich im Vorfeld der Räumungen gegen diese ausgesprochen hatte. Selbst die angesprochenen kirchlichen Mitarbeiter bzw. Pfarrer verweigern ihre Teilnahme: Nach Meinung liegen weder die menschlichen noch die politischen Voraussetzungen für eine solche Friedensrunde vor. Damit werden auch Befürchtungen aus dem Kirchenkreis Schöneberg gegenstandslos: Dort wurde befürchtet, daß evtl neben dem Bischof nur noch der Kreuzberger Superintendent Roth eingeladen würde, weshalb in einem Brief an den Bischof geäußert wird, daß in diesem Fall negative Stellungnahmen dazu aus dem Kirchenkreis Schöneberg nicht zu vermeiden seien, die dann auch das Bild der Kirche in der Öffentlichkeit beeinträchtigen könnten. Das Gespräch bringt kein eindeutiges Ergebnis; es wird ein zweites Treffen vereinbart. Die kirchlichen Vertreter (Propst Hollm und Bischof Kruse) allerdings zeigen sich von der dort angetroffenen Hetz-Atmosphäre deutlich geschockt. Dennoch erklären sie, daß durch dieses Gespräch eine Atempause entstanden sei, wobei allerdings klar sei, daß der Spannungszustand nicht schnell befriedet werden könne.

30.9.81: Der Förderverein der Zehlendorfer Brauerei schreibt einen Offenen Brief an den Reg. Bürgermeister. Er fordert die Erarbeitung und Offenlegung eines Konzepts für die leerstehenden Häuser, das auch die Vorstellungen der Instandbesetzer einbeziehen müsse.

O K T O B E R 1 9 8 1

1.10.81: Die Ev. Akademikerschaft übernimmt eine Patenschaft für die Instandbesetzer im Hinterhaus Winterfeldtstr. 31. Ebenfalls an diesem Tag bekennt sich die Kirchenleitung zu dialogfördernden Maßnahmen: Es soll mit den Betroffenen geredet werden, um Eskalationen und Polarisierungen abzubauen. In einem Brief einer anonymen Bürgerwehr ("Bürgerwehr der Kaufleute Kurfürstendamm") an Superintendent Roth heißt es: "Es ist ja anzuerkennen, wenn sich Leute für hilflose, junge Leute einsetzen, wenn sich aber ein Kirchenfürst für Chaoten, Verbrecher, Mörder und Brandstifter einsetzt, dann haben wir dafür kein Verständnis... Wir ... sollen Kirchensteuer bezahlen, damit Sie und der Kommunistenführer Heinrich Albertz, der sich

selbst immer noch Pfarrer nennt, dieses Gesindel unterstützen können!... Es ist zwar traurig, daß ein junger Mensch sein Leben lassen mußte, aber in diesem Fall kann man nur sagen: Leider nur ein Rattay ist überfahren worden und nicht H u n d e r t und weitere 500 dieser Chaoten sind von der Polizei erschossen worden. ...P.S. für die Einstellungen der Zahlung von Kirchensteuern werden wir sorgen und Austritte veranlassen!"

2.10.81:

In einem Erläuterungspapier der Paten und Unterstützerguppen zu den Forderungen der Instandbesetzer, das in großer Auflage verteilt wird, wird versucht, die Forderungen der Besetzer zu begründen und ihre Machbarkeit zu beweisen: Kernforderungen für jede Art von Dialog und Verhandlungen sind: 1. Eine Lösung muß alle Häuser umfassen, 2. Für alle an den Konflikten Beteiligten muß Straffreiheit erwirkt werden, 3. Beseitigung des Wohnungsleerstandes und Änderung der Wohnungspolitik zugunsten der Mieter. Insbesondere heißt es zur 3. Forderung:

"Die Kernfrage der Besetzer in den Erneuerungsgebieten ist: Woher nehmen Staat und Eigentümer das Recht, so wie bisher über Menschen und Sachgüter zu verfügen? Warum sind die sichtbare Not der Bewohner und ihre Wünsche nicht der Ausgangspunkt staatlicher Aktivitäten? Die Forderungen an eine Änderung der Wohnungspolitik" würden sich deshalb zunächst auf die im Stadterneuerungsprozeß als unhaltbar erlebten Zustände konzentrieren:

- Das Verschieben von Menschen von Haus zu Haus
- Der Spekulationskreislauf: je umfassender die mutwillige Zerstörung, umso höher die staatliche Belohnung
- Leerstand von Wohnungen

Dagegen müßte die Mitsprache der Bewohner bei allen Entscheidungen über ihre Wohnung und ihr Haus der Ausgangspunkt sein; staatlich geförderte Modernisierungen dürften sich nicht so auswirken, daß die Mieter hinterher die Mieten nicht mehr tragen könnten; Eigentümer dürften nicht jahrelang Mieten kassieren, ohne ihre Pflichten zu erfüllen; leerstehende Häuser und Wohnungen, die zum überwiegenden Teil noch gebrauchsfähig seien, müßten an Wohnungssuchende vergeben werden oder sollten als Gemeinschaftseinrichtungen genutzt werden...

Ebenfalls am 2.10. wird - nicht zuletzt durch die Vermittler-tätigkeit der beiden Pfarrer Klemm (Zwölf-Apostel/Schöneberg)

und Thoma (Ev. Akademikerschaft) die Unglücksstelle, an der K.-J. Rattay ums Leben kam, von den meist jugendlichen Trauernden geräumt (jedenfalls im Fahrbahnbereich). Am selben Tag wird in einem Gespräch zwischen Bausenator Rastemborski, Konsistorialpräsident Flor und dem Direktor des Diakonischen Werkes, Backhaus, die Möglichkeit diskutiert, kirchliche Wohlfahrtsverbände als Träger besetzter Häuser fungieren zu lassen; zehn leerstehende Häuser könnten kirchlichen Wohlfahrtsverbänden schon jetzt angeboten werden.

3.10.81:

In einem Aufruf der Vermittlergruppe, dem sich auch andere Personen anschließen, heißt es: "In der spannungsgeladenen Situation dieser Tage, die unvermittelt zur Explosion von Gewalt und Gegengewalt führen kann, ist die wichtigste Aufgabe aller, jede weitere Eskalation zu verhindern." Gefordert wird deshalb der Verzicht auf weitere Räumungen, zumal ja noch Tausende leerstehender Wohnungen existierten, die wieder nutzbar gemacht werden könnten. "Erst damit entsteht die erforderliche Denkpause, in der ohne Druck Handlungsspielräume gewonnen werden können, um durch gewaltfreie Lösungen eine gemeinsame Zukunft aller Bürger wieder möglich zu machen..."

5.10.81:

In einem in der Kirchengemeinde Schlachtensee verfaßten Brief an die Christen in dieser Stadt heißt es, daß es jetzt darauf ankomme, sich der Woge des Hasses auf allen Seiten entgegenzustellen.

Ebenfalls an diesem Tag konstituiert sich als Gegenforum zu der von R.v. Weizsäcker initiierten Friedensrunde der Gesprächskreis "Wege zum sozialen Zusammenleben", dem etliche Organisationen und Einzelpersonlichkeiten angehören. In seiner ersten Presseerklärung hält dieser Gesprächskreis einen echten Dialog innerhalb der Stadt für unverzichtbar. Dazu seien Voraussetzung: "Der Senat erklärt verbindlich, daß er auf weitere Räumungen verzichtet, solange Gespräche geführt werden können." Gegenstand dieser Gespräche solle sein: Ein Gesamtkonzept für alle besetzten und leerstehenden Häuser, die Entkriminalisierung derjenigen, die sich aktiv an den Konflikten um Hausbesetzungen beteiligt haben, eine Wohnungspolitik im Interesse der Mieter, eine Untersuchung der Voraussetzungen, Vorgänge, Folgen und Konsequenzen der Räumung der acht Häuser am 29.9.

6.10.81:

Instandbesetzer aus rund einem Dutzend Häusern fordern einen Räumungsstop. Die Pressekonferenz dazu findet in den Räumen der 12-Apostel-Kirchengemeinde (Schöneberg) statt, die ihre Räume als einen "Beitrag zum Frieden in der Stadt" zur Verfügung gestellt hat.

7.10.81:

Aus Sorge um den inneren Frieden Berlins erklärt der Ökumenische Rat Berlin in einer Sondersitzung zur gegenwärtigen Situation des Leerstandes von Wohnungen und der Hausbesetzungen seine Betroffenheit darüber, "daß in großen Teilen der Bevölkerung Angst, Haß und Unversöhnlichkeit wachsen." Der Ökumenische Rat setzt sich für vertrauensbildende Maßnahmen ein, die nur möglich seien, "wenn in aller Offenheit über Fehler und Versäumnisse in der Wohnungspolitik sowie über Gewalttätigkeiten bei Demonstrationen und Polizeieinsätzen miteinander geredet wird."

Trotz des vom Reg. Bürgermeister abgegebenen Versprechens, vorläufig von weiteren Räumungen besetzter Häuser abzusehen, kursieren in der Stadt Räumungsgerüchte. Der Besetzerrat von Kreuzberg SO 36 lehnt das ebenfalls am 7.10. stattfindende zweite große Friedensgespräch beim Reg. Bürgermeister ab, zu dem wiederum etliche der Eingeladenen, vor allem aus den den Besetzern nahestehenden Kreisen, ihre Teilnahme absagen. Wieder wird ein Gesprächsergebnis nicht so recht greifbar: Der Senat ist zwar "weiterhin" zu Gesprächen bereit, lehnt aber zugleich ein zeitlich befristetes Räumungsmoratorium ab. Allerdings stünden in nächster Zeit auch keine Räumungen an...

Währenddessen kommt es in Kreuzberg zu greifbaren Beschlüssen: In der Kreuzberger BVV wird ein Antrag der Kreuzberger SPD angenommen, der sich um eine Konfliktlösung bei den Hausbesetzungen bemüht: Die Gründung eines BVV-Sonderausschusses zu dieser Frage, der auch die Vorschläge des Kreuzberger Besetzerrates einbeziehen soll.

Bis ein allseits befriedigendes Verfahren gefunden sei, will sich der Bezirk beim Bausenator dafür einsetzen, daß "für die Dauer des Verfahrens die widerrechtlichen Besetzungen von den öffentlichen und privaten Sanierungsträgern geduldet" und Strafanträge gegen Besetzer "zurückgestellt" werden. Damit ist die Grundlage für ein den Winter überdauerndes Räumungsmoratorium wenigstens in dem am meisten betroffenen Bezirk Kreuzberg gelegt, auch wenn es zur endgültigen Durchsetzung dieses Moratoriums noch zäher Verhandlungen vor allem mit den Sanierungsträgern bedarf.

8.10.81:

Die Unglücksstelle, an der K.-J. Rattay ums Leben kam, wird endgültig geräumt.

Am gleichen Tag wird eine unabhängige Untersuchungskommission gebildet, die die Vorgänge vom 22.9. untersuchen soll, da die staatsanwaltlichen Ermittlungen ziemlich unbefriedigend und einseitig ausfallen. Ihr gehören neben dem ehemaligen Bundesverfassungsrichter Hirsch unter anderem die Professorin Uta Ranke-Heinemann und Pfarrer Jörg Zink an. Die Initiative zur Bildung der Kommission hatten vor allem der Republikanische Anwaltsverein und die Humanistische Union ergriffen.

Ebenfalls am 8.10. werden die teilbesetzten Häuser Fidicinstr. 41 u. 43 und die Räume des Ermittlungsausschusses im Mehringhof polizeilich durchsucht.

Am Abend des 8.10. werden auf Einladung des Landesjugendringes im Tempodrom von Besetzern, Einzelpersonlichkeiten und Sympathisantengruppen und anderen Interessierten Lösungsvorschläge diskutiert und das weitere Vorgehen besprochen.

9.10.81:

Berlins Ev. Bischof Kruse wendet sich in einem langen Brief "an die evangelischen Christen in Berlin sowie an die Mitgliedskirchen des Ökumenischen Rats Berlin". Senat, Instandbesetzer und kirchliche Mitarbeiter werden darin zu partnerschaftlichen und gewaltfreien Lösungen und zum offenen Umgang miteinander auf der Grundlage gefestigter Rechtspositionen und zur Weiterentwicklung der Rechtsordnung aufgefordert, damit der "soziale Friede in einem Leben der Vielfalt in Einheit gewährleistet wird". Eine gemeinsame Zukunft könne es nur geben, wenn das Recht aller geachtet werde, wenn es gesichertes, praktiziertes, gelebtes Recht gebe, das für alle verbindlich gelte. Der unverantwortliche Wohnungsleerstand sei nur ein Beispiel unter anderen, wie der Gemeinschaftsfriede gefährdet werde, wenn das Recht willkürlich gehandhabt wird. Die wohnungspolitische Dimension der Konflikte wird in diesem Bischofsbrief allerdings kaum gestreift. Der Bischof bittet die Kirchengemeinden, seinen Brief in den Gemeinden auszulegen und bekanntzumachen. Er wird dann 10 Tage später allen Interessierten in einer großen Auflage zugänglich gemacht.

Während die Pressereaktion auf den Bischofsbrief insgesamt gesehen sehr schmal ausfällt - schließlich paßt eine differenzierte Betrachtung der Situation nur schlecht zu der vor allem von den Springerzeitungen entfachten besetzerfeindlichen Pressekam-

pagne - wird die innerkirchliche Diskussion dadurch sehr befördert. Hat sich hier doch der Amtsnachfolger von Bischof Scharf auch einmal zu einer gesellschaftlich brennenden Frage geäußert und nicht nur vornehm zurückgehalten.

10.10.81:

Konsistorialpräsident Flor spricht vor der Kreissynode Schöneberg. Seine Äußerungen unterscheiden sich dabei in etlichen Punkten deutlich von den Aussagen des Bischofbriefes. Flor ist u.a. der Ansicht, die Kirche habe zuerst große Freude zu verkündigen und nicht so sehr von großen Problemen zu sprechen. Insgesamt läßt er sich für unbefangene Zuhörer eher der Lummer'schen "Konfliktlösungslinie" zurechnen. Merkwürdigerweise heißt es auf Nachfrage zu den zutage getretenen Unterschieden in den Positionen Kruses und Flors, beide verträten eine in etwa gleiche Sichtweise der Probleme und wollten sich gerade nicht gegenseitig öffentlich an den Karren fahren.

12.10.81:

Propst Holzm, der zusammen mit Bischof Kruse an der Weizsäcker-Friedensrunde teilgenommen hatte, äußert sich ebenfalls in der Öffentlichkeit skeptisch zu Vorstellungen des Innensenators Lummer, des CDU-Fraktionsvorsitzenden Diepgen und des DGB-Vorsitzenden Sickert betreffs Ruhe und Ordnung.

14.10.81:

Der Tagesspiegel meldet, daß die Klaus-Jürgen-Rattay-Solidaritätsgruppe, die in einer Baugrube in der Potsdamer Str. campiert, in die Stettiner Str. 56 umziehen werde.

In Gesprächen zwischen Bausenator Rastemborski, Konsistorialpräsident Flor und dem Leiter des Diakonischen Werkes, Backhaus, wird die Frage einer kirchlichen Trägerschaft für dieses und andere Häuser besprochen, ohne daß es zu einer Klärung kommt. Währenddessen macht die Neue Heimat den Besetzern der Christstr. 42 (Charlottenburg) ein Umsetzangebot.

Senatssprecher Ade kündigt eine Aktion "Gespräch mit der Jugend" an.

15.10.81:

Der Demokratische Klub Berlin wirft Bischof Kruse ein einseitiges politisches Engagement vor. Ebenfalls an diesem Tag erklärt sich die Bürgermeister - Reuter - Stiftung bereit, eines der vom Bausenator angebotenen zehn leerstehenden Häuser als Träger zu übernehmen. Es sollen Studenten als Untermieter der Stiftung in das Haus einziehen.

- 16.10.81: Ein Informationsstand über Hausbesetzer auf der Preußenausstellung wird beseitigt, nachdem er vorher von CDU-Mitgliedern aus Hessen teilweise beschädigt worden war.
- 17.10.81: Die Kreissynode Wedding dankt Bischof Kruse für seinen Brief und stellt fest, daß durch die Räumungen besetzter Häuser die Probleme nicht beseitigt werden. Sie fordert die Bezirksverordnetenversammlung (BVV) Wedding auf, ähnlich wie die BVV Kreuzberg aktiv zu werden und einen Sonderausschuß einzurichten; außerdem fordert sie den Kreiskirchenrat Wedding auf, zusammen mit dem Kreiskirchenrat Kreuzberg eine wohnungspolitische Arbeitsgruppe zu bilden. Auch die Kreissynode Tempelhof dankt dem Bischof für seinen Hirtenbrief.
- 19.10.81: Innensenator Lummer legt dem parlamentarischen Innenausschuß eine Statistik zu den Hausbesetzungen vor. Es seien noch 150 Häuser besetzt. Außerdem seien, so Lummer, in Bälde die Räumungsvoraussetzungen für mehr als ein oder zwei Häuser gegeben.
- 22.10.81: Die Mitglieder des Landesjugendringes begrüßen den Hirtenbrief des Bischofs, auch die Mitarbeiterversammlung evangelischer Lehrer dankt Kruse für seinen Brief (Auflage zu diesem Zeitpunkt: 40 000).
- 23.10.81: Der Leiter der Offenen Tür Berlin, Pater Werner Herbeck, warnt in einem Brief an seinen Bischof vor den Folgen der vom (katholischen) Petruswerk angekündigten Räumung der Kleinaustr. (Zehlendorf).
- 26.10.81: Ein Polizeibeamter übernimmt - zusammen mit der Schulklasse, mit der er sich in Abendkursen auf das Abitur vorbereitet - eine Patenschaft für das besetzte Haus Wissmannstr. Dem Beamten wird vom Innensenat ein Verbot der Dienstausbübung in Aussicht gestellt, wenn er von der Patenschaft keinen Abstand nehme.
- 30.10.81: Bischof Kruse beauftragt den Rechtsanwalt Rainer Papenfuß, stellvertretendes Mitglied der Berliner Regionalsynode, zu seinem Gesprächsbeauftragten im Konflikt um Hausbesetzungen. Papenfuß soll im Auftrag des Bischofs in Gesprächen mit allen Beteiligten erkunden, in welcher Weise die Kirche in diesem Konflikt zu Lösungen beitragen kann.

- 31.10.81: Bischof Kruse warnt im SFB vor weiteren Häuserräumungen. Am gleichen Tag vertritt Innensenator Lummer auf dem Kreispartei-tag der Frankfurter CDU eine konsequente Fortsetzung der Räumungspolitik.

N O V E M B E R 1 9 8 1

- 5.11.81: Die Neue Heimat stellt den Besetzern der Christstr. 42 ein Ultimatum bis zum 16.11.81; bis zu diesem Termin sollen sie in ein Umsetzhaus ziehen.
- 6.11.81: Der Sanierungstreuhandvertrag für das SPI (Sozialpädagogisches Institut) der Arbeiterwohlfahrt wird unterschrieben. Das SPI betreut 13 Selbsthilfeprojekte, darunter einige besetzte Häuser. Am gleichen Tag berichtet Superintendent Roth vor der Kreuzberger Kreissynode über die in der Stadt und im Bezirk entstandene Situation und benennt Grenzen bürgerlicher Kirche, die dadurch sehr offensichtlich geworden seien. Im Verlauf ihrer Sitzung dankt die Kreissynode Bischof Kruse für seinen Hirtenbrief.
- 7.11.81: Die Wohnungsbaugesellschaften GSW und GeWoBag erklären sich zu einem Räumungsmoratorium bereit: Bis Ostern 1982 soll keines der ihnen gehörenden besetzten Häuser geräumt werden. Damit ist durch die intensiven Bemühungen des Sonderausschusses der Kreuzberger BVV die Grundlage für das Kreuzberger Räumungsmoratorium geschaffen. Ihm schließen sich auch andere Eigentümergesellschaften an, so daß dieses Moratorium dann schließlich auch auf die anderen Bezirke übergreift. Keine Wohnungsbaugesellschaft möchte Vorreiter einer neuen Räumungswelle und der damit verbundenen Verschärfung der Situation sein.
- 9.11.81: Die Staatsanwaltschaft schließt die Ermittlungen zum Tode Klaus-Jürgen Rattays ab.
- 10.11.81: Das Martinswerk e.V. unterschreibt einen Nutzungsvertrag für das Vorderhaus und den 1. Seitenflügel der Admiralstr. 17. In Form eines Selbsthilfevorhabens sollen die Gebäude wieder instandgesetzt werden. Ein langfristiger Erbbaurechtsvertrag wird angestrebt.

- 11.11.81: Vor der Regionalsynode (11.-14.11.) bezeichnet Bischof Kruse seinen Brief an die Berliner Christen vom 8.10. als seelsorgerlichen Versuch, Wege zur Verständigung und zu friedlichen Lösungen zu eröffnen. Es handele sich weder um eine umfassende Denkschrift noch um ein verbindliches Lehrschreiben, sondern um einen Hirtenbrief.
- Neben etlichen anderen Gruppen äußert auch der konservative Demokratische Klub auf der Synode Kritik am Brief des Bischofs: Es gehe alle an, wenn sich der Bischof kraft Amtes in die Auseinandersetzungen um die Tagespolitik einschalte.
- 13.11.81: Für diesen Tag kündigt die Besetzerbewegung den Tag X an; es sollen wieder neue Häuser besetzt werden. Allerdings kommt es nur zu Scheinbesetzungen.
- 14.11.81: Die Regionalsynode begrüßt ausdrücklich den Brief des Bischofs und seine Zielsetzung, dem Frieden und der Gerechtigkeit in dieser Stadt zu dienen. Währenddessen dauert der Tag X noch an. Es gibt 57 Scheinbesetzungen und schwere Ausschreitungen im Bezirk Kreuzberg.
- 18.11.81: Die Taborgemeinde verlegt ihren offiziellen Bußtagsgottesdienst in das Kerngehäuse. Er steht unter dem Motto "Als Nachbarn leben". Neben den Besetzern und ihren Freunden finden weit über 100 Gemeindeglieder den Weg in den Gottesdienst und nutzen die angebotene Gelegenheit, sich hinterher das Kerngehäuse anzuschauen, das Leben der Besetzer ein wenig kennenzulernen und ein großes Fest zu feiern.
- 20.11.81: Unter dem Motto "Suchet der Stadt Bestes! Krieg oder Friede?" als Frage nach der Zukunft Berlins findet in der Heilig-Kreuz-Kirche eine Veranstaltung zu den Hausbesetzungen statt. Als eingeladene Redner mahnen Bischof Martin Kruse und Pfarrer Heinrich Albertz zur Geduld bei der Lösung der Probleme und fordern dazu auf, alternativen Lebensmodellen eine Chance zu geben.
- 21.11.81: Der Reinickendorfer Superintendent Schladebach erklärt in seinem Ephoralbericht vor der Kreissynode, daß die Kirche von Wort und Sakrament lebe und nicht von ihrer zeitgeschichtlichen Aufgeregtheit und ihren Experimenten je nach Zeitströmung und Geschmack.

- 23.11.81: Die Bauverwaltung meldet den Leerstand von 8000 Wohnungen. Ein Rückgang um 20 % gegenüber dem September des gleichen Jahres ist damit zu verzeichnen

D E Z E M B E R 1 9 8 1

- 2.12.81: Das dem katholischen Petruswerk gehörende besetzte Haus Kleinaustr. 10 in Zehlendorf wird geräumt.
In einer gemeinsamen Erklärung bezeichnen die Politikwissenschaftler Fritz Vilmar und der Theologe Helmut Gollwitzer die Räumung als einen Akt extremer Unmenschlichkeit und Unchristlichkeit. Vilmar nennt es unverantwortlich, daß die Kirche Unfriedensstiftung treibt, wo der Senat Zurückhaltung übt.
Die evangelische Paulusgemeinde bietet den Besetzern in ihrem Gemeindehaus eine vorläufige Unterkunft an. Diese machen davon allerdings keinen Gebrauch, sondern besetzen die örtliche katholische Herz-Jesu-Kirche.
- 3.12.81: Die besetzte Herz-Jesu-Kirche wird geräumt. Die Besetzer ziehen in das Gemeindehaus der Paulusgemeinde. Am Abend des gleichen Tages kommt es zu Auseinandersetzungen auf dem Winterfeldplatz. Bischof Meisner äußert seine persönliche Betroffenheit über die Räumung; es wird vereinbart, daß eine vom Bischof und den Besetzern akzeptierte Person Alternativen für die geräumten Besetzer sucht.
Auf den katholischen Morus-Verlag wird - wahrscheinlich im Zusammenhang mit der Räumung der Kleinaustr. - ein Brandanschlag verübt.
- 4.12.81: Die Staatsanwaltschaft verneint ein Fremdverschulden am Tode Klaus-Jürgen Rattays. Das Ermittlungsverfahren wird eingestellt. Laut Staatsanwaltschaft liegt weder ein Fremdverschulden des Einsatzleiters der Polizei, der den Befehl gegeben hat, die Menge, die sich vor der Bülowstr. 89 gesammelt hatte, in Richtung der nicht abgesperrten Potsdamer Str. zu drängen, vor - noch bei dem Busfahrer, der Rattay überfahren und über die Kreuzung Potsdamer Str./Bülowstr. mitgeschleift hat. Die ursprüngliche Version der Polizei, daß Rattay auf die Stoßstange des Busses gesprungen sei,

wird von der Staatsanwaltschaft mit Sicherheit verneint.

Die Spuren und Aussagen zum Vorgang sind insgesamt zu dürftig bzw. zu widersprüchlich. Eine sonst übliche Spurensicherung am Tatort unterblieb in diesem Fall. Die Anwälte der Familie Rattays legen Widerspruch gegen die Einstellung der Untersuchung ein.

8.12.81:

Der Gemeindekirchenrat der Zehlendorfer Paulusgemeinde beschließt, das Asyl für die am 2.12. geräumten Besetzer der Kleinaustr. 10 bis zum 11. Dezember zu befristen, auch deshalb, um die Katholische Kirche nicht aus ihrer Verantwortung für die geräumten Besetzer zu entlassen.

Am gleichen Tag spricht Innensenator Lummer auf Einladung des Schöneberger Superintendenten George vor Vertretern Schöneberger Gemeinden. Lummer unterstreicht, auf Räumung auch künftig nicht verzichten zu wollen.

10.12.81:

Eine Gruppe evang. kirchlicher Mitarbeiter äußert in einem Brief an den Katholischen Bischof Meisner ihre Bestürzung darüber, daß es einer kirchlichen Wohnungsbaugesellschaft vorbehalten blieb, den nach dem 22.9. bestehenden Räumungsstop zu durchbrechen.

15.12.81:

Bischof Meisner antwortet darauf, daß die in seinem Auftrag erfolgten Bemühungen des bischöflichen Ordinariats zur Unterbringung der Besetzer in Räumen des Malteser-Hilfsdienstes geführt hätten.

J A N U A R 1 9 8 2

- 7.1.82: Der Senat teilt mit, daß bisher 3,4 Mio DM für Demonstrations-schäden gezahlt wurden.
- 8.1.82: Die Auseinandersetzungen um gewalttätig verlaufene Demonstra-tionen haben an diesem Tag erstmalig zur Folge, daß für eine De-monstration (anläßlich von Rodungen im Tegeler Forst) ein Ver-mummungsverbot erlassen wird.
Ebenfalls am 8.1. beantwortet der Senat eine Große Anfrage der AL-Fraktion zum Thema "Warmer Abriß" (Brandstiftung) ganz lapidar mit der Feststellung, daß darüber keine Statistiken vorliegen.
- 12.1.82: In der Charlottenburger Christstr. findet eine Neubesetzung statt; das Haus wird gleich anschließend wieder geräumt. Am gleichen Tag meldet der Christliche Friedensdienst, daß sein Angebot der Ver-mittlung zwischen Besetzern und privaten Eigentümern von Schöne-berger Besetzern angelehnt worden sei. Diese hätten das Angebot als einen "überflüssigen Akt nützlicher Idioten" bezeichnet. Der Christliche Friedensdienst hatte sich bereiterklärt, als General-mieter besetzter Häuser aufzutreten.
- Anfang/Mitte
Januar: Etwa seit Anfang Januar trifft sich bei der Bürgerinitiative SO 36 eine Arbeitsgruppe, die am Aufbau eines bewohnerkontrollierten Stadtteilträgers interessiert ist, der wenigstens im Bereich von Kreuzberg SO 36 - Strategiegebiet die Legalisierung der dort be-setzten Häuser ermöglichen könnte. Auch Kirchenvertreter (Tabor-gemeinde u.a.) arbeiten dort mit.
- 15.1.82: Die Besetzer des Fränkelufer 30 werden zur Räumung verurteilt.
- 19.1.82: Die Bülowstr. 54 wird durchsucht. Angeblich soll sich ein maskier-ter Einbrecher, der in einem Lebensmittelgeschäft ganz in der Nähe eingebrochen hat, dorthin zurückgezogen haben. Auch der Klaus-Jürgen-Rattay-Friedensgruppe, die durch persönliche Vermittlung des Bausenators in das leerstehende Haus Stettiner Str. 56 einziehen konnte, werden etliche Presseartikel gewidmet: Ein Tagesspiegel - Redakteur soll dort persönlich bedroht worden sein; das Haus wird auf richterlichen Beschluß hin durchsucht.
- 21.1.82: Die Unabhängige Kommission zur Untersuchung der Vorgänge um den Tod von Klaus-Jürgen Rattay kommt in einer Presseerklärung zu folgenden Schlußfolgerungen:

- "1. Die in Berlin über Jahre betriebene Wohnungspolitik hat weniger den Bedürfnissen der Menschen Rechnung getragen, vielmehr der Spekulation Vorschub geleistet. Sie ist damit eine wesentliche Ursache für Hausbesetzungen.
2. Die Jugendpolitik hat es versäumt, der Suche junger Menschen nach neuen Lebensformen Freiraum und Rückhalt zu geben. Sie ist deshalb von einer Mitverantwortung an der gesellschaftlichen Isolierung und Abdrängung großer Teile der Jugend - bis hin zu ihrer Kriminalisierung - nicht freizusprechen.
3. Die Kommission betrachtet die gewaltsame Räumung von Häusern am 22. September 1981 als töricht, das Erscheinen von Innensenator Lummer im Haus Bülowstr. 89 nach dessen Räumung als politisch instinktlos. Es mußte angesichts der herrschenden Umstände als Provokation wirken. Die Räumung der Bülowstr. unter Schlagstockeinsatz und mit Hunden in den fließenden Verkehr auf der Potsdamer Straße betrachtet die Kommission als unnötig, unverhältnismäßig, vorschrifts- und rechtswidrig. Ein ursächlicher Zusammenhang dieser Maßnahme mit dem Tod von Klaus Jürgen Rattay ist - von individuellen Schuldvorwürfen abgesehen - offensichtlich.
4. Auch im weiteren Verlauf des 22.9.1981 kam es zu mehreren schweren Übergriffen seitens der Polizei, insbesondere durch wiederholte gezielte Tränengaseinsätze gegenüber einer an der Unfallstelle sitzenden friedlichen Menschengruppe, Körperverletzungen durch auffahrende Polizeifahrzeuge und übermäßigen Schlagstockgebrauch.

Insgesamt kommt die Kommission zu der Auffassung:

Der ehemalige und der gegenwärtige Senat tragen die politische Verantwortung für die Versäumnisse, die zum Tod von Klaus Jürgen Rattay geführt haben.

Die derzeitige Regierung ist darüber hinaus für die Ereignisse am 22.9.1981 verantwortlich.

Die Kommission fordert den Senat insbesondere auf, zur Wahrung sozial- und rechtsstaatlicher Verhältnisse andere als im wesentlichen ordnungspolitische Vorstellungen zu entwickeln.

Der Einsatz polizeilicher Gewalt ist strenger zu kontrollieren.

Berlin, den 21.1.1982

Sophie Behr

Axel Jeschke

Uta Ranke-Heinemann

Jörg Zink"

- 23.1.82: Die Kreissynode Zehlendorf fordert einen Grundstückstausch zwischen der Neuen Heimat Berlin und der Evang. Landeskirche, um eine Lösung für die besetzte Brauerei zu ermöglichen. Bei einem Scheitern der Grundstücksverhandlungen sei mit einem baldigen Abriß des ehemaligen Brauerei-Geländes zu rechnen. Damit die Kirchenleitung nach Zustimmung zum Grundstückstausch nicht ständig mit den Problemen des Jugend- und Kulturzentrums zu tun bekommt, bittet die Kreissynode den Kreiskirchenrat, dafür auch rechtsgültig die Verantwortung zu übernehmen.
- 27.1.82: Die Evang. Sammlung Berlin kritisiert die unabhängige Rattay-Untersuchungs-Kommission und fordert den Bischof auf, in ihrem Sinne Stellung zu nehmen, da die Anhörung der Kommission einen sinnvollen Dialog in der Stadt und in der Kirche nahezu unmöglich mache. Obwohl der Sammlung bekannt sei, daß es sich bei "dieser tribunalartigen Aktion im Haus der Kirche nicht um eine Veranstaltung unserer Kirche gehandelt hat", bittet sie den Bischof, diesen Sachverhalt durch eine deutliche Erklärung in der Öffentlichkeit darzustellen.
- Am gleichen Tag läßt Bischof Kruse verlauten, daß er sich dazu nicht äußern wird.

F E B R U A R 1 9 8 2

Anfang Februar:

- Anfang Februar nimmt Bischof Kruse im Berliner Sonntagsblatt nun doch Stellung zu der Anhörung der Unabhängigen Untersuchungskommission im Haus der Kirche. Er betont, daß es keine Veranstaltung der Kirche gewesen sei. Insbesondere bedeute auch die Übernahme des Vorsitzes der Kommission durch Pfarrer Jörg Zink anstelle des erkrankten Bundesrichters a.D. Hirsch keine geistliche Absegnung.
- 3.2.82: Als eine der Gruppen, die die Arbeit der Rattay-Untersuchungskommission zu verantworten hat, äußert die Gustav-Heinemann-Initiative ihr Befremden über die Kritik der Evang. Sammlung. Die Anhörung sei selbstverständlich keine Veranstaltung der Kirche gewesen, "wohl aber der Versuch der Aufarbeitung eines politischen Geschehens mit tragischen Ausgang - eben dem Tod eines jungen Menschen - aus politischer und christlicher Verantwortung".

- 4.2.82: Der Gesprächsbeauftragte des Bischofs im Konflikt um die Hausbesetzungen, Papenfuß, erklärt, daß die Selbsthilfeorganisation Netzwerk e.V. in enger Kooperation mit der Evangelischen Kirche den Aufbau eines gemeinnützigen Treuhand- und Sanierungsträgers (Netzbau) plant. Der Bischof kündigt in diesem Zusammenhang eine Spendensammlung fürs Netzwerk an, die 30 000,- DM und damit 60 % des notwendigen Ausstattungskapitals für die Gesellschaft erbringen soll.
- 7.2./8.2.82: Die Jugendenquetekommission des Deutschen Bundestages besucht Berlin. Auf dem Programm steht auch ein Treffen mit dem Schöneberger Besetzerrat. Nach dem Treffen konstatieren Sprecher der Kommission Dialogbereitschaft auf seiten der Besetzer.
- 9.2.82: Superintendent Roth wird gebeten, als Vermittler zwischen der Niederlassung der Neuen Heimat in Hamburg und Schöneberger Instandbesetzern zu fungieren. Ein erstes "privates" Gespräch findet am 25.2.82 in der Wohnung Roths statt. Ebenfalls am 9.2. lehnt das Landgericht Berlin einen Versuch der Staatsanwaltschaft ab, Hausbesetzern eine Anklage wegen Unterstützung einer Kriminellen Vereinigung anzuhängen. Währenddessen fordert der immer noch zusammenkommende Gesprächskreis "Wege zu sozialen Zusammenleben" alternative Trägermodelle für besetzte Häuser und macht in einer Rechnung deutlich, daß bei 150 besetzten Häusern insgesamt 274 Mio DM öffentliche Mittel eingespart werden können, vor allem durch Reduzierung der viel zu aufwendigen Modernisierungskonzepte und durch Selbsthilfe.
- 12.2.82: Die Anwälte der Familie Rattays kündigen neues Material an, das der Staatsanwaltschaft vorgelegt werden soll. Es sei geeignet, "ein Fremdverschulden am Tod von Klaus-Jürgen Rattay nachzuweisen".
- 15.2.82: Bausenator Rastemborski droht der Neuen Heimat Berlin die Aberkennung als Sanierungsträger an, falls weiterhin leitende Manager des Unternehmens in BGB-Gesellschaften Sanierungsgrundstücke der Neuen Heimat erwerben.
- 20.2.82: Die Senatsbauverwaltung legt einen Mustervertrag für Selbsthilfegruppen vor. Er regelt die finanzielle Förderung der in Selbsthilfe zu verwirklichenden Modernisierungs- und Instand-

setzungsvorhaben in Altbauten, wobei die von den "Selbst-helfern" zu erbringenden Eigenleistungen wenigstens 15 % der Gesamtsumme betragen müssen. Sprecher verschiedener Selbsthilfegruppen kritisieren an diesem Mustervertrag vor allem die zu niedrige Höhe der Förderung und die zu kurze Förderungsdauer, durch die die Gruppen dermaßen unter Druck kommen können, daß Selbsthilfe zur Beschäftigungstherapie ausarte.

Ende Februar Ende Februar ist auch die Struktur des von Netzwerk-Selbsthilfe e.V. geplanten gemeinnützigen Treuhand- und Sanierungsträger klar. Geplant ist die Gründung einer gemeinnützigen GmbH, deren einziger Gesellschafter das Netzwerk und dessen Mitbestimmungs- und Kontrollinstanz ein Aufsichtsrat ist, in dem die betroffenen Besetzer/Bewohner über 50 % der Stimmen verfügen und auch Kirchengemeinden zusammen mit anderen Organisationen vertreten sein sollen.

M Ä R Z 1 9 8 2

- 5.3.82: Durchsuchung der Danckelmannstr. 13 und der Knobelsdorffstr. 46
- 9.3.82: Der Senator für Wissenschaft und kulturelle Angelegenheiten und der Kreuzberger Superintendent Roth besuchen das Selbsthilfeprojekt des Martinswerks in der Admiralstr. 17. Der Senator offeriert dabei die Bereitstellung eines oder auch dreier leerstehender Häuser für ähnliche Vorhaben. In der Folgezeit kommt es zu Gesprächen und nach zähen Verhandlungen des Martinswerks zu einem Vertragsabschluß für das leerstehende landeseigene Haus Lehrter Str. 11.
- 12.3.82: Besetzer von 15 Neue-Heimat-Häusern erklären ihre Verhandlungsbereitschaft. Sie können sich vorstellen, in dieser Frage mit dem Netzwerk oder der Evangelischen Kirche zusammenzuarbeiten, schließen aber ausdrücklich exemplarische Einzellösungen aus, die nur der Legitimation der Räumung anderer Häuser dienen würden.
- 13.3.82: Innensenator Lummer tritt mit einem Vorschlag bezüglich der Änderung des Demonstrationsstrafrechts an die Öffentlichkeit: § 125 StGB soll um die Tatbestände aktive und passive Bewaffnung sowie Vermummung erweitert werden.

- 14.3.82: Bischof Kruse ruft in einem Brief an die Gemeindekirchenräte die Gemeinden dazu auf, für das Netzbau-Trägerschaftsmodell 30 000,- DM zu sammeln. Dieses Geld soll dem Netzwerk- Selbsthilfe treuhänderisch als Teilausstattung der Netzbau-GmbH zur Verfügung gestellt werden. Es soll allerdings nicht aus Kirchensteuermitteln kommen!
- 16.3.82: In der Grünthaler Str. 66 werden zehn leerstehende Wohnungen zerstört; die Winterfeldtstr. 31 wird polizeilich durchsucht. Eine besetzte Wohnung in der Forster Str. 43 (Kreuzberg) wird geräumt. Das Bezirksamt Zehlendorf stellt Strafantrag gegen die Besetzer der Schulstr. 3 (Wannsee).
- 18.3.82: Die Schulstr. 3 wird geräumt und abgerissen. Es kommt nur zu kleineren meist auf Berlin-Zehlendorf beschränkten Demonstrationen.
- 22.3.82: Es wird bekannt, daß im Zusammenhang mit gewaltsam verlaufenen Demonstrationen der letzten Monate nur in einem einzigen Fall auch einmal Anklage gegen einen Polizeibeamten wegen gewaltsamer Übergriffe erhoben wurde.

Ende März 1982:

Das seit November 1981 geltende Räumungsmoratorium läuft aus.

A P R I L 1982

Anfang April 1982:

Superintendent Roth wird als Vermittler zwischen den Besetzern der Kottbusser Str. 8 und der Geschäftsführung der Eigentümergesellschaft GSW tätig. Von den Wohnungsgesellschaften zeigt sich die GSW noch am ehesten zu Kompromissen gegenüber den Besetzern geneigt.

- 1.4.82: Der Gemeindekirchenrat der Kreuzberger Taborgemeinde begrüßt in einer Erklärung die bei der Bürgerinitiative SO 36 begonnene Trägerdiskussion und erklärt sich, ausgehend von den seit längerer Zeit bestehenden Nachbarschaftskontakten zwischen Gemeinde und Kerngehäuse, grundsätzlich bereit, sich an einer Trägerschaft zu beteiligen.

- 7.4.82: Nach Angaben des Senatsdirektor der Bauverwaltung, von der Lancken, seien seit Juli 1981 für insgesamt 37 besetzte Wohnungen Verträge abgeschlossen worden.
- 16.4.82: Nach Angaben des Senats wird in Kürze die Caritas die sogenannte Rattaygruppe betreuen und für das dieser Gruppe zur Verfügung gestellte Haus die Trägerschaft übernehmen.
- Es kommt zu Auseinandersetzungen am Kreuzberger Oranienplatz zwischen Polizei und Hausbesetzern. Der Grund liegt in der Räumung zweier besetzter Wohnungen.
- 20.4.82: Die Kreuzberger SPD tritt mit einem ungewöhnlichen Kostensenkungsvorschlag für den Neubau an die Öffentlichkeit: Mieter sollen Rohbauwohnungen fertigstellen und durch die Eigenarbeit Kosten und Mietsenkungen erreichen. Die Einsparungen an der Kostenmiete würden etwa 4,- bis 6,- DM betragen.
- 21.4.82: Das SPI erklärt, daß es 10 Häuser als Sanierungstreuhandträger übernehmen will und Erbbaurechtsverträge mit Selbsthilfegruppen schließen will.
- 22.4.82: Der Berliner DGB-Chef Pagels erklärt, daß er Verhandlungen zwischen der Neuen Heimat und Besetzern teilweise persönlich leiten will.
- Mit Schreiben vom 22.4. an ihren Aufsichtsrat, den DGB-Bundesvorstand etc., erklärt die Neue Heimat ihre Verhandlungsbereitschaft.
- 23.4.82: Das zweite staatsanwaltliche Ermittlungsverfahren zum Tode Rattays wird "mangels Tatverdacht" eingestellt. Die Anwälte der Familie Rattay hatten mit neuen Zeugen und Beweismitteln eine Wiederaufnahme der Ermittlungen erreicht.
- 26.4.82: Das besetzte Haus Kopischstr. 5 wird geräumt.
- Bei der abendlichen Demonstration kommt es zu erheblichen Auseinandersetzungen zwischen Polizei und Demonstranten.
- 27.4.82: Innensenator Lummer bezeichnet die Besetzer der Kopischstr. 5 als Kaputtbesetzer.
- Bei neuen abendlichen Demonstrationen gegen die Räumung werden im Bezirk Kreuzberg ca. 60 Scheiben von Banken und Geschäften eingeworfen.

29.4.82: Der Ausschuß für Hausbesetzerfragen der Kreissynode Charlottenburg spricht sich in einem Offenen Brief an den Reg. Bürgermeister gegen weitere Räumungen aus, um Verhandlungsbereitschaft oder Modell-Lösungen nicht zu stören.

M A I 1982

3.5.82: Der Innenausschuß des Abgeordnetenhauses beschäftigt sich mit der Räumung der Kopischstr. 5 und den anschließenden Auseinandersetzungen. Bausenator Rastemborski gibt am gleichen Tage kund, daß er von der Räumung nichts gewußt habe.

Der Kreuzberger Sozialstadtrat Ebert beklagt die Magnetwirkung des Bezirks für Obdachlose. Zwei Drittel der Obdachlosen sind zwischen 20 und 30 Jahre alt.

Gleichzeitig wird in einer Erklärung von Besetzern mehrerer Häuser, der Besetzerräte Kreuzberg und Schöneberg, Paten und Unterstützer sowie mehrerer Pfarrer und Pfarrerinnen vor weiteren Räumungen gewarnt. Dreimal hätte man kurz vor Aufnahme der Verhandlungen gestanden, dreimal habe der Senat das Verhandlungsangebot mit Räumungen beantwortet.

12.5.82: Bischof Kruse erklärt, daß sich die Bestellung Rechtsanwalt Papenfußes als segensreich erwiesen habe. Vor allem den Bemühungen von Papenfuß sei es zu verdanken, daß die Meinungsbildung bei der Verwaltung und bei den Besetzern mächtig vorangekommen sei.

15.5.82: Auf einer turbulenten Mitgliederversammlung des Netzwerk Selbsthilfe e.V. wird die Netzbau GmbH diskutiert und beschlossen.

17.5.82: Das besetzte Haus Fränkelufer 30 wird geräumt. Die Häuser Görlitzer Str. 36 und 37 und ein Haus in der Froebenstr. werden durchsucht.

Am Abend des gleichen Tages kommt es deshalb zu Auseinandersetzungen in der Innenstadt; außerdem werden einige Brandanschläge verübt und einige Ampeln außer Betrieb gesetzt.

25.5.82: Bausenator Rastemborski erklärt sich bereit, mit Vermittlern aus besetzten Häusern zu reden. Das Gespräch soll nach Pfingsten stattfinden.

27.5.82: Der Reg. Bürgermeister von Weizsäcker erklärt in Antwort auf einen zur Räumung besetzter Häuser drängenden Artikel der Berliner Morgenpost die Dankbarkeit des Berliner Senats für die kirchliche Unterstützung in der Frage der Hausbesetzungen und sichert Hilfe zu, soweit das von Seiten des Senats geschehen kann. Die Kirche hat zu diesem Zeitpunkt 17 600 DM für die Netzbau Stadtentwicklungs GmbH gesammelt.

Ebenfalls am 27.5. richten die Kreuzberger Passionsgemeinde und die Gossener Mission einen Brief an die GeWoBaG, Eigentümerin der besetzten Willibald-Alexis-Str. 43/Heimstr. 9 a, in dem sie sich über eine Klage der GeWoBaG gegen einen Besetzer eines anderen Hauses beschweren: Man könne Verhandlungen mit den Besetzern eines Hauses schließlich nicht losgelöst von der Gesamtsituation führen. (Die Gossener Mission interessiert sich seit einiger Zeit in enger Abstimmung mit der Passionsgemeinde für die Trägerschaft eines besetzten Hauses bzw. Selbsthilfeprojekts und hatte deshalb mit der GeWoBaG Verhandlungen über die Willibald-Alexis-Str.43 geführt). In dem Schreiben heißt es weiter: "Grundsätzlich sind wir bereit, unser Ziel der Übernahme eines besetzten Hauses weiter zu verfolgen. Eine Rücknahme der Klage... durch die GeWoBaG könnte dafür sicherlich sehr hilfreich sein."

J U N I 1982

Anfang Juni: Juni 1982 kommt es im Vorfeld des Berlin-Besuches des amerikanischen Präsidenten zum "Lappenkrieg" zwischen der Polizei und der Hausbesetzerszene. Äußerungen, die sich mit der Politik der amtierenden amerikanischen Regierung kritisch auseinandersetzen und aus den besetzten und anderen Häusern auf Transparenten herausgehängt oder an Wände gemalt werden, werden als Verunglimpfung eines ausländischen Staatsoberhauptes von der Polizei entfernt. Die Transparente sind in der Regel genauso schnell wieder da, wie sie abgenommen werden.

1.6.82: Bausenator Rastemborski kündigt an, daß vorerst keine Räumungen stattfinden.

- 11.6.82: Reagan besucht Berlin. Im Vorfeld wurden Demonstrationen an diesem Tage auch gerichtlich verboten. Die AL ruft trotzdem zur Demonstration auf, und es kommt zu sehr schweren Ausschreitungen zwischen Polizei und Demonstranten. Der Nollendorfplatz ist übersät mit Pflastersteinen; Möbel Roland brennt völlig aus. Das Presseecho ist enorm. Über 200 Menschen werden verhaftet; Hunderte sind verletzt, der Sachschaden geht in die Millionen.
- 16.6.82: Vertreter von Hausbesetzergruppen und der -paten fordern im Parlamentarischen Bau- und Wohnungsausschuß einen Räumungsstop als Voraussetzung jeglicher Gespräche.
- 22.6.82: 100 Selbsthilfe- und Alternativprojekte fordern vom Senat 50 Mill. DM; damit sollen rund 900 neue Arbeitsplätze eingerichtet werden. Berlin soll zum Experimentierfeld für alternative Produktionsansätze werden.
- 30.6.82: Der Gemeindekirchenrat der Tabor-Kirchengemeinde erklärt, daß er sich an der Trägerschaft für das Kerngehäuse und an einer Genossenschaft, die als Träger für besetzte Häuser im Kreuzberger Strategiegebiet fungieren soll, beteiligen wird. Für die Zusammenarbeit mit dem Kerngehäuse wird ein Sonderkonto eingerichtet.
- In der Begründung des Beschlusses heißt es:
- "Der GKR betrachtet sein Engagement, durch das das friedliche Zusammenleben im Stadtteil gestärkt wird, als konstruktiven Beitrag der Gemeinde zur Lösung eines gesellschaftlichen Konfliktes und als Versuch, den dringend notwendigen Umgang mit den im Stadtteil vorhandenen alten Häusern auf eine breitere und handlungsfähige Grundlage zu stellen. Er stellt sich damit an die Seite derer, die in diesem Kiez weiter leben wollen und die durch zu aufwendige Modernisierungen entstehenden finanziellen Belastungen nicht tragen könnten.
- Deshalb steht die zu gründende Genossenschaft nicht nur bevorzugt einer Gruppe (z.B. den Hausbesetzern) offen, sondern bietet allen Bewohnergruppen des Stadtteils die Möglichkeit, sich an ihr zu beteiligen. Diese notwendigen Anliegen (behutsamer Umgang mit Altbausubstanz; offen für alle) werden noch dadurch verstärkt, daß

sich die Taborgemeinde über die direkten Nutzergruppen hinaus mit anderen im Stadtteil aktiven Gruppen (Verein SO 36; und ein von der BI SO 36 gegr. Verein) an der Genossenschaft beteiligen...."

J U L I 1982

- 4.7.82: In SO 36 wird die Genossenschaft S.H.I.K.-Selbstverwaltete Häuser in Kreuzberg gegründet. Gründungsmitglieder sind ausschließlich juristische Personen: die Hausvereine der besetzten Häuser Liegnitzer Str. 7/8 und 5, der Regenbogenfabrik, des dt.-türk. Nachbarschaftsprojektes "Lausehaus", des Hinterhauses in der Lausitzer Str. 22, des Kerngehäuses in der Cuvrystr., der Cuvrystr. 25, der Görlitzer Str. 39 sowie der Verein SO 36, die BI SO 36 und die Taborgemeinde. Dies ist zu diesem Zeitpunkt der weitestgehende kirchliche Versuch, zu einer Lösung in der Hausbesetzerfrage etwas beizutragen, Kooperation, praktische Zusammenarbeit vor Ort, nicht mehr ausschließlich Vermittlung.
- 8.7.82: Es wird bekannt, daß noch 126 Häuser besetzt sind und sich sogar 727 Besetzer polizeilich angemeldet haben.
- 13.7.82: Fünf Häuser werden polizeilich durchsucht, alle in Kreuzberg. Am gleichen Tag erklären Besetzer von Neue-Heimat-Häusern, daß sie nicht, wie ihnen in der Öffentlichkeit immer wieder unterstellt, unentgeltlich wohnen wollen. Sie schlagen einen Vorvertrag zwischen Neue Heimat und den Besetzern vor.
- 21.7.82: Der Senat erklärt, daß etliche der inzwischen polizeilich gemeldeten Besetzer noch eine Nebenwohnung haben. Ausgerechnet die katholische Kirche kündigt die Räumung der in ihrem Besitz befindlichen Goltzstr. 30 an, während sich die meisten anderen Eigentümer in diesen Wochen merklich zurückhalten. Sogar die Junge Union ist kompromißbereit und fordert dazu auf, Häuser an junge Leute zur Sanierung zu übergeben. Währenddessen stocken die Verhandlungen zwischen Ev. Kirche und der Neuen Heimat über einen Grundstückstausch zugunsten der Besetzer der Zehlendorfer Brauerei.
- 27.7.82: Das besetzte Haus Goltzstr. 30 und die Bergmannstr. 10 werden geräumt. In den nächsten beiden Tagen kommt es zu Demonstrationen anläßlich dieser Räumungen und zu Anschlägen auf katholische

Einrichtungen, das Kaufhaus Bilka und Wertheim; insgesamt ist ein Millionenschaden zu verzeichnen.

- 31.7.82: Der Jesuitenpater Werner Herbeck spricht in einem SFB-Kommentar davon, ob sich nicht jetzt auch deshalb solche Wut auf die katholische Kirche richte, weil man von der Kirche mehr erwartet hätte.

A U G U S T 1982

- 2.8.82: Der Senat erwägt auf Vorschlag von Justiz senator Scholz eine Verschärfung der sog. "Berliner Linie": Wiederholte und schwere Straftaten, aus besetzten Häusern heraus begangen, sollen nun ebenfalls als Räumungsgrund gelten.
- 27.8.82: Die Staatsanwaltschaft weist eine Beschwerde, die von den Anwälten der Familie Rattay eingereicht wurde, um das Verfahren wiederaufzunehmen, als unberechtigt zurück.

S E P T E M B E R 1982

- 1.9.82: Laut Angaben des Innensenates sind noch 122 Häuser besetzt. Von der Polizei seien bis zu diesem Zeitpunkt 7809 (!) Ermittlungsverfahren im Zusammenhang mit Hausbesetzungen und Auseinandersetzungen bei Demonstrationen eingeleitet worden.
- 5.9.82: In der Evangelischen Akademie Berlin findet eine Diskussionsveranstaltung zur Frage des Eigentums statt. Es wird Enttäuschung über das Verhalten der evangelischen und katholischen Kirche konstatiert: Die Kirchen hätten in ihren Verlautbarungen Anfang der Siebziger Jahre zukunftsweisende Perspektiven über den verantwortungsbewußten Umgang mit Eigentum aufgezeigt, würden aber in ihrem täglichen Umgang mit Finanzen und Grund und Boden nicht anders verfahren als etwa die Gewerkschaften mit ihrer Neuen Heimat.
- 6.9.82: Bausenator Rastemborski erklärt, daß er zwar alle Legalisierungsbemühungen unterstütze, daß die Verhandlungen jedoch nicht endlos dauern dürften. Insbesondere habe er erhebliche Bedenken gegen den vorgeschlagenen Zwischennutzungsvertrag zwischen der Neuen Heimat und den Besetzern.
- Die Neue Heimat setzt daraufhin am gleichen Tag den Besetzern ein Ultimatum; Laufzeit: 4 Wochen.

Am gleichen Tag wird ein Nutzungsvertrag für das besetzte Haus Waldemarstr. 33 abgeschlossen, die in Steglitz liegende Osdorfer Str. 11 aber geräumt.

- 11.9.82: Es wird klar, daß die Verhandlungen zwischen der Neuen Heimat und dem Trägerverein der besetzten Häuser, FSW-Verein zur Förderung selbstverwalteten Wohnens festgefahren sind: Die Neue Heimat will auf ihre Zinskosten nicht verzichten; die Besetzer sollen zahlen, was diese wiederum weder wollen noch können.
- 13.9.82: Die CDU-Fraktion des Abgeordnetenhauses plädiert für eine Verschiebung der IBA von 1984 auf 1987.
- 19.9.82: Neben vielen anderen spricht sich auch der Kreuzberger Superintendent Roth gegen die im Zusammenhang mit der Verschiebung der IBA geplante Auflösung der Bauausstellung GmbH aus; im gleichen Sinne wird auch von etlichen Pfarrern aus dem Kirchenkreis Kreuzberg Stellung genommen: "Wir möchten in Erinnerung rufen, daß die Beauftragung der IBA-GmbH in dem Bewußtsein vollzogen wurde, daß weder der Senat noch die Sanierungsträgersgesellschaften allein in der Lage sind, die schwerwiegenden städtebaulichen Probleme des Bezirks zu lösen."
- 21.9.82: Trotz dieser und ähnlicher Stellungnahmen beschließt der Senat, die IBA-GmbH aufzulösen, einen Teil der IBA auf 1987 zu verschieben.
- 22.9.82: Der Berliner Oppositionsführer Vogel und der DGB-Chef Pagels sprechen sich für eine neue Friedensrunde beim Reg. Bürgermeister aus, um die auf den inneren Frieden in der Stadt gerichteten Legalisierungsbemühungen zu befördern.
- Ebenfalls an diesem Tage findet, ein Jahr nach dem Tode Rattays, eine Demonstration statt, nach deren Abschluß es zu schweren Auseinandersetzungen kommt. Das Presseecho ist enorm, insbesondere auch deshalb, da die Polizei etwa eine viertel Stunde lang nicht eingegriffen hatte, als es im Bereich der Innenstadt zu einem regelrechten Steinhagel kommt.
- 23.9.82: Auf einer Sitzung des Abgeordnetenhauses wird insbesondere von AL-Vertretern gefordert, eine Gesamtlösung in der Hausbesetzerfrage zu ermöglichen.

28.9.82: Das besetzte Haus Gotenstr. 19 wird durchsucht. Als die von der Polizei zur erkennungsdienstlichen Behandlung mitgenommenen Besetzer in das Haus zurückkehren wollen, sind dort neue Schlösser eingebaut; damit wird die Durchsuchung zur Räumung. Bausenator Rastemborski zeigt sich überrascht.

Ende September/
Anfang Oktober 1982:

Ende September und Anfang Oktober wird dann von vielen Seiten noch einmal die Forderung nach Einberufung einer Friedensrunde beim Regierenden Bürgermeister erhoben. Weizsäcker lehnt das ab. Auch Bischof Kruse, der nach Meinung vieler an den Verhandlungen um Legalisierung Beteiligten als einziger in der Stadt außer Weizsäcker ebenfalls dazu in der Lage wäre, eine solche Gesprächsrunde einzuberufen, sieht sich dazu nicht in der Lage.

O K T O B E R 1982

- 20.10.82: FSW, Netzbau und SHIK fordern öffentliche Mittel für ihre Aufgaben. Der Senator für Bau- und Wohnungswesen will keine Zusage machen: Schließlich wolle man keine Hausbesetzerbehörde schaffen. Ausdrücklich wird auch ausgeschlossen, daß sich das Land Berlin am Kauf besetzter Häuser beteiligen würde. Am Abend des 20.10. findet ein Gespräch mit dem DGB, der Neuen Heimat und dem Bausenator statt. Dort erklärt die Neue Heimat ihre Bereitschaft, für 26 ihrer 29 besetzten Häuser Erbbaurechtsverträge mit den Besetzern abzuschließen. Der Bausenator unterstützt dieses Vorhaben ausdrücklich.
- 21.10.82: Die Polizei räumt die Pflügerstr. 12/Reuterstr. 41-42 und die Reuterstr. 45 (Neukölln).
Trotz dieser Räumungen bekundet der Bausenator einen Tag später öffentlich seine Bereitschaft zu friedlichen Lösungen.
- 22.10.82: Von der Kreissynode Kreuzberg wird die Einrichtung einer Arbeitsstelle "Kirchlicher Dienst im Wohnbereich" beschossen, die in einer von zwei Stadplanerinnen im Auftrag des Kreiskirchenrats erarbeiteten Studie "Kirche für Kreuzberg" (Untersuchung zur wohnungspolitischen Aufgabe der Kirche) vorgeschlagen worden war.
- 23.10.82: Es kommt zu Auseinandersetzungen um die besetzte Goebenstr. 10: Eine Frau hat einen Polizisten geohrfeigt.
Einen Tag später bricht in der geräumten Reuterstr. 41/42 ein Feuer aus.

N O V E M B E R 1 9 8 2

- 1.11.82: Es kommt zu recht dramatischen Ereignissen:
Die Häuser Maaßenstr. 11 und 13 werden geräumt.
Konkreter Anlaß ist die Anzeige eines aus Westdeutschland angereisten und zu Besuch bei den Bewohnern der Maaßenstr. weilenden Mannes. "Ihm seien 50,- DM (!) gestohlen worden." Der über diesen Anlaß erfreute Innensenator erklärt dazu, daß das Haus insgesamt eine erhebliche kriminelle Energie aufweise. Diese wird mit Anzeigen wegen Körperverletzung (1mal), zwei Sachbeschädigungen, sechs Diebstählen, einen Verstoß gegen das Fernmeldegesetz und zehn Beleidigungen fundiert. Deshalb sei das Haus aus Gründen der Gefahrenabwehr geräumt worden, weil anders die öffentliche Sicherheit nicht mehr habe gewährleistet werden können. Beide Häuser gehörten zum Paket der Neue-Heimat-Häuser, für das die Neue Heimat Erbbaurechtsverträge angeboten hatte. Die Neue Heimat zeigt sich von den Räumungen überrascht. Bis heute unwidersprochen steht immer noch die Gegenbehauptung der Besetzer im Raum, der Verursacher des polizeilichen Großeinsatzes habe selber gestohlen. Diese Räumung eines an neuralgischer Stelle liegenden besetzten Hauses der Neuen Heimat fällt zeitlich mit der Zusage der Gewerkschaften zusammen, den Konzern mit 400 Mio DM aus Gewerkschaftsgeldern zu stützen.
- 2.11.82: Der Reg. Bürgermeister v. Weizsäcker verteidigt die Räumungen und stellt sich hinter seinen Innensenator.
- 3.11.82: In einem dreiständigen Gespräch beim Bausenator wird ein befristeter Nutzungsvertrag zwischen der Neuen Heimat Berlin und der Netzbau Stadtentwicklungs-GmbH als Vertreter der Besetzer vereinbart.
- 5.11.82: Zwei Tage später wird diesem Vertrag von Seiten des Senats nicht zugestimmt. In einem Gespräch, an dem die Senatoren Lummer, Kunz, Rastemborski und der Reg. Bürgermeister teilnehmen, wird entschieden, daß einer derartigen Vereinbarung nicht zugestimmt werden kann. Auch der Schöneberger Baustadtrat versagt zusätzlichen Vereinbarungen seine Zustimmung: Das Gebiet sei derartig stark belastet, daß einer massierten Überlassung von Wohnraum an einen Personenkreis, dessen Integrationsfähigkeit als gering anzusehen ist, nicht zugestimmt werden kann.
Daß diese sozialhygienischen Überlegungen einen hohen Stellen-

wert haben, ist auch daran zu erkennen, daß die Räumungen zu dem Zeitpunkt erfolgten, wo das neu erbaute Nachbarhaus gerade fertig geworden war und der Blick auf den neu gestalteten Innenhof aus den teuren Appartements durch den Seitenflügel eines der geräumten Häuser versperrt wurde. Damit ist der Versuch der Legalisierung von besetzten Häusern im Bezirk Schöneberg gescheitert.

- 5.11.82: Daraufhin erklären Netzbau, der FSW und SHIK, daß sie die Verhandlungen abbrechen.
- 6.11.82: Es kommt zu einer größeren Demonstration gegen diese Räumungslinie des Berliner Senats.
- 11.11.82: Eine Reihe von kirchlichen Mitarbeitern und Pfarrern wendet sich aufgrund der entstandenen Situation in einem Offenen Brief an die Regionalsynode:
- "Sehr geehrte Damen und Herren!
- ... Wir selber sind Betroffene, weil sich in unseren Gemeinden und Kirchenkreisen die Kirche als Mitträger friedlicher, vertraglicher Lösungen bereit erklärt hat.
- Durch die Räumung der Häuser Maaßenstraße 11 und 13 auf Anordnung des Innensenators Lummer, für die bereits unterschriebene Vereinbarungen zwischen der Neuen Heimat und dem "Verein zur Förderung selbstverwalteten Wohnens" vorhanden waren, ist alles bisher in mühseligen Verhandlungen Erreichte in Frage gestellt. Die für die Räumung angeführten Gründe betrachten wir als fadenscheinigen Vorwand. Die eigentliche Absicht des Senators Lummer und offensichtlich nun auch des Berliner Senats insgesamt ist nach unserer Auffassung eine gezielte Hintertreibung von Verhandlungslösungen in der Hausbesetzerfrage. Denn was nachträglich als Begründung angeführt wird, war dem Senat schon bekannt, als in Verfolg der alten Zusagen beim Bausenator die Verhandlungen zwischen der Neuen Heimat und den besetzten Häusern über einen Zwischennutzungsvertrag geführt worden sind. Deshalb liegt der Verdacht nahe, daß die nun nachträglich genannten Gründe zur formalen Rechtfertigung einer Entscheidung genutzt werden, die grundsätzlicher Art ist.
- Dieser Politik können und wollen wir auch um des Namens unserer Kirche willen nicht schweigend zusehen. Die Synode hat in ihrer Erklärung vom 24. Mai 1981 die Gemeinden ermutigt, zur Versöhnung beizutragen: In der Hausbesetzerfrage Offenheit zu zeigen und

nicht Anpassung aneinander zu verlangen. Sie hat mit Nachdruck davor gewarnt, Teile der jungen Generation zu Kriminellen abzustempeln.

Wir erinnern auch noch einmal an jene Stellen des Briefes an die Berliner Christen von Bischof Kruse, in denen der Verantwortung der verschiedenen Beteiligten benannt wird. Der Bischof schrieb vor einem Jahr: "Der Senat muß deutlich machen, daß er wirklich gewillt ist, das Gespräch ... mit dem Ziel zu führen, solchen, die eine andere Form der Lebensgestaltung suchen, den dafür nötigen Gestaltungsraum zu gewähren und zu schaffen.... Den Hausbesetzern ... muß bewußt sein, daß sie nicht nur ihren berechtigten Anliegen durch Gewaltanwendung schaden ..., sondern daß sie gegenüber denen, die Gewalt anwenden, eine große Verantwortung tragen."

Angesichts dieser Worte der Synode und der Mahnungen des Bischofs fragen wir nach mehr als einem Jahr, wer hier zum Hören bereit war: Der Senat oder die Hausbesetzer?

Wir sind davon überzeugt, daß die Synode durch die nun entstandene Situation erneut aufgefordert ist, ein deutliches Wort zu sagen. Ein Scheitern der bisherigen Verhandlungen würde auch ein Scheitern der Vermittlungsbemühungen des Bischofs bedeuten. Wir bitten daher die Synode um ein Wort an den Berliner Senat, das die folgenden Punkte aufnehmen sollte:

- Der Senat muß seine Bereitschaft erhärten, für alle besetzten Häuser einvernehmliche Lösungen zu finden.
- Der Senat muß vertragliche Vereinbarungen in einem absehbaren Zeitraum ermöglichen.
- Um das zerstörte Vertrauen in eine friedliche Regelung wieder herzustellen, darf die Bereitschaft der Neuen Heimat, den Bewohnern der Maaßenstraße 11 und 13 eine weitere Nutzung der Häuser zu ermöglichen, vom Senat nicht weiter unterlaufen werden. ...

Nach unserer Einschätzung hat die Kirche in der Stadt gegenwärtig eine große Verantwortung. Die Synode sollte den Bischof bitten, alle seine Möglichkeiten für die Einladung zu einem Friedensgespräch mit allen verantwortlichen Repräsentanten in der Stadt und den Betroffenen zu nutzen. Es bleibt nicht mehr viel Zeit."

- 13.11.82: In einer EntschlieÙung zeigt die Regionalsynode ihre Betroffenheit von den Auswirkungen der Räumung der Häuser Maaßenstr. 11 und 13. Sie bittet alle Beteiligten, jede Chance zu Gesprächen und zur Verständigung zu nutzen und sich nicht durch Rückschläge und Enttäuschungen irritieren zu lassen.

D E Z E M B E R 1 9 8 2

- 7.12.82: An diesem Tag findet, auch auf die Bitte von Rechtsanwalt Papenfuß hin, noch einmal ein Gespräch der drei Trägergruppen FSW, Netzbau und SHIK mit Bausenator Rastemborski statt. Die Forderungen nach Rückgabe der Maaßenstraße und nach Förderungszusagen für SHIK und den FSW werden erneut abgelehnt.
- 8.12.82: Anlässlich der Haushaltsberatungen des Berliner Abgeordnetenhauses vom 8.12. wirft der SPD-Vorsitzende H.J. Vogel dem Innen senator Lummer vor, die Politik des Bausenators, die friedliche Lösungen des Hausbesetzerproblems vorsehe, zu konterkarieren.
- 10.12.82: Der Schöneberger Baustadtrat Kunkel stellt fest, daß nur für fünf der besetzten Neue Heimat-Häuser in Schöneberg die Sanierungsziele geändert werden können und somit eine Legalisierung möglich sei. Die ehemals besetzten Häuser Maaßenstr. 11 und 13 gehören nicht dazu.
- 11.12.82: Auf einer außerordentlichen Mitgliederversammlung des Netzwerk e.V. wird der Auflösungsbeschluß für die Netzbau Stadtentwicklungs GmbH gefällt.
- 21.12.82: Kurz vor Weihnachten 1982 äußert sich die Kirchenleitung zum Stand der Bemühungen um eine friedliche Lösung des Konflikts um die Hausbesetzungen:
"Nach der Räumung der für eine Vertragslösung vorgesehenen Häuser Maaßenstraße 11 und 13 in Schöneberg, dem Scheitern der Verhandlungen über die besetzten Häuser der Neuen Heimat Berlin und nach dem Beschluß der Vollversammlung der Selbsthilfeeinrichtung "Netzwerk" über die Auflösung von "Netzbau" ist eine neue Situation entstanden, die ein Scheitern aller Verhandlungsansätze und der begonnenen friedlichen Lösungen befürchten läßt. Die entstandenen Kontakte, erarbeiteten Vertragsmuster und mühsam geschaffenen Instrumente der Konfliktlösung sollten nicht preisgegeben werden. Ebenso darf die Bereitschaft von weiten

Teilen der Hausbesetzer, an der Konfliktlösung im Rahmen der Rechtsordnung mitzuwirken, nicht zerstört werden.

Die intensive Vorarbeit für die Entwicklung von rechtlich abgesicherten Modellen droht auch daran zu scheitern, daß die Sanierungsziele bei den betroffenen Häusern entgegen bisherigen öffentlichen Erklärungen nicht oder nur geringfügig reduziert werden sollen. Dadurch werden Selbsthilfelösungen ökonomisch unmöglich. Für eine Fortsetzung ihrer Vermittlungsbemühungen benötigt die Evangelische Kirche aber Klarheit über die von staatlicher Seite gesetzten Rahmenbedingungen.

In dieser Situation der Unsicherheit und wachsenden Mißtrauens ist ein neuer Versuch der Verständigung unter allen Beteiligten am Konflikt um die Hausbesetzungen dringend notwendig. Dabei müßte die bestehende Situation und der Stand der verschiedenen Verhandlungsansätze geklärt, die konkreten finanziellen und rechtlichen Bedingungen für Lösungen bestimmt und die Erhaltung eines geeigneten Trägers vereinbart werden. Die Evangelische Kirche erklärt erneut ihre Bereitschaft, sich daran zu beteiligen."

Ende 1982: Es wird bekannt, daß der Schuldenberg des Landes Berlin 26,7 Milliarden DM beträgt. Etwa die Hälfte davon beruht auf Verpflichtungen Berlins aus dem Sozialen Wohnungsbau.

J A N U A R 1 9 8 3

Anfang Januar: Es beginnen neue Auseinandersetzungen um die Mieten in den Berliner Altbauten. Durch die neue (noch vom alten SPD/FDP-Senat zu verantwortende) Ertragsberechnungsverordnung ist es möglich, zu Mieterhöhungen bis zu 55 % zu kommen. Schon bei den bis zum 4.1. abgeschlossenen Verfahren beträgt die durchschnittliche Steigerung 22 % der bisherigen Grundmiete. Erst nach einer scharfen öffentlichen Kontroverse wird von seiten der Wohnungsgesellschaften bekannt, diese wollen sich bei Mieterhöhungen künftig zurückhalten und nur das nehmen, was den Mietern zumutbar sei. An den staatlich vorgegebenen Voraussetzungen für derartige Mieterhöhungen ändert sich jedoch nichts.

- 6.1.83: Die Gewerbesiedlungsgesellschaft (GSG) schließt mit den Besetzern der Oranienstr. 44 und 45 sowie der Luckauer Str. 3 Mietverträge ab, wobei die Besetzer die Hausverwaltung übernehmen sollen.
- 11.1.83: Die Polizei räumt die besetzten Häuser Kaiser-Wilhelm-Platz 5, Crellstr. 48, Hauptstr. 146 (Schöneberg), Buttmannstr. 16, 18 und 19 (Wedding). Die anlässlich dieser Räumungen entstehenden kleinen Demonstrationen finden kaum öffentliche Beachtung.
2. Januar-Hälfte: In der zweiten Januarhälfte wird aufgrund von Überlegungen der Besetzer im Kreuzberger Block 103 die Diskussion um die Netzbau-GmbH wieder aufgenommen. Da die GmbH aus technischen Gründen noch nicht aufgelöst werden konnte und beinahe zeitgleich mit dem Auflösungsbeschluß die Anerkennung als Sanierungsträger bekommen hatte, wird jetzt dazu aufgefordert, "die Liquidierung des Sanierungsträgers und der GmbH Netzbau auszusetzen und ihn anderen Gesellschaftern (als Netzwerk e.V.) zur Verfügung zu stellen".
- 20.1.83: Daß daran auch die staatliche Seite interessiert ist, macht der Geschäftsführer der Netzbau GmbH Behrens deutlich: Bausenator Rastemborski habe das bereits am 10.1.83 erklärt. Ebenso sei er bereit, auch die der Grundag gehörenden Schöneberger besetzten Häuser bei Netzbau mit einzubeziehen, nicht nur Häuser aus dem Kreuzberger Block 103. (Nicht zuletzt auf das Engagement der Besetzer dieser Schöneberger Häuser ging ja auch überhaupt das Zustandekommen von Netzbau zurück).
Auch die Kirche sei bereit, die zur Verfügung gestellten 30 000 DM bei Netzbau zu belassen, allerdings nur unter der Bedingung, daß es nicht zu einer unmittelbaren Beteiligung der Besetzer an der Netzbau GmbH kommt. Dies sei politisch nicht durchsetzbar.
- 23.1.83: Es wird bekannt, daß nun zunehmend auch Mieter mit mittlerem Einkommen vor Gericht stünden, meist wegen Räumungsklagen der Vermieter. Den Hintergrund dieser Situation bzw. den Hintergrund der Gesamtsituation auf dem Berliner Wohnungsmarkt beleuchten die Wohnungspolitischen Tage, die von der Ev. Akademie Berlin und dem Berliner Mieterverein veranstaltet werden. Deutlich wird dabei die immer mehr auseinanderklaffende Schere zwischen rückläufiger Einkommensentwicklung und überproportional steigenden Mieten.
- 24.-28.1.83

Für den Bereich des Sozialen Wohnungsbaus wird gefordert, die hohe Verschuldung Berlins (14 Milliarden DM) müsse durch einen Vergleich mit den beteiligten Banken, ähnlich dem Vergleich für die sanierungsbedürftige Telefunk, bereinigt werden.

25.1.83: Steinmetzstr. 21 und Winterfeldstr. 58 werden geräumt. Es gibt nun nur noch 94 besetzte Häuser in der Stadt.

Ende Januar: Die Geschäftseinlagen für die SHIK-Genossenschaft sind eingebracht. Jede/r Bewohner/in der beteiligten Häuser hat 230,- DM bezahlt, der Verein SO 36 und die Taborgemeinde jeweils 5000,- DM. Darüberhinaus sind ca. 50 000,- DM Privatdarlehen vorhanden, so daß SHIK das vom Genossenschaftsverband geforderte Stammkapital von 100 000 DM nachweisen kann. Das war notwendig geworden, nachdem der Senat eine öffentliche Förderung mehrfach abgelehnt hatte. Außerdem finden erste Gespräche mit den Eigentümern der im Kreuzberger Strategienebiet besetzten Häuser statt.

F E B R U A R 1 9 8 3

Anfang Februar: In den ersten zehn Februartagen wird die genauere Form der Neukonstruktion von Netzbau geklärt: 80 % des Gesellschaftskapitals der Netzbau GmbH soll ein Verein halten, deren Mitglieder sich aus diversen Einzelpersonlichkeiten, darunter auch kirchliche Mitarbeiter, und Organisationen zusammensetzen, 20 % hält der Verein des Blocks 103, dem dann auch Besetzer der Grundag-Häuser aus Schöneberg beitreten sollen. Auch in einem anderen Bereich zeichnet sich eine Lösung ab: Für das besetzte Haus Willibald-Alexis-Str. 43/Heimstr. 9 a ist seit einiger Zeit die Gossener Mission als Träger im Gespräch, die das Haus der GeWoBaG abkaufen und dann in Zusammenarbeit mit den Besetzern ein Selbsthilfeprojekt ermöglichen will und in Zusammenarbeit mit Besetzern und der Passionsgemeinde im Erdgeschoß eine Kindertagesstätte einrichten will. Allerdings ziehen sich die Verhandlungen um dieses Haus in die Länge.

10.2.83: Von den Besetzern der Jagowstr. 12 (Tiergarten) wird ein Kaufvertrag mit dem bisherigen privaten Eigentümer abgeschlossen. Aufgrund von Planungsänderungen, die von der öffentlichen Hand mitverursacht wurden, ist das Land Berlin bereit, dem Eigentümer 150 000 DM als Planungskostenentschädigung zu erstatten. Die sich allerdings daran anschließende öffentliche Diskussion ("Besserstellung von Besetzern gegenüber Mietern durch öffentliche

Mittel") macht es dem Senat leicht zu erklären, in Zukunft werde es keine Planungskostenerstattungen mehr geben. Damit ist sowohl das Verhandlungskonzept sämtlicher Schöneberger und Charlottenburger Neue-Heimat-Häuser bedroht als auch der SHIK-Häuser.

16.2.83: In einem offenen Brief an die Besetzer der Danckelmannstr. 44 und 45 fordert Charlottenburgs Baustadtrat Antes die Besetzer auf, sich der sogenannten Charlottenburger Lösung anzuschließen, d.h. sich bei der Beschaffung von Ersatzwohnraum helfen zu lassen und die Übergabe der Gebäude an die Neue Heimat bis zum 30.5. zuzusichern.

Angeichts der am 16.2. mißglückten Gründungsversammlung für den Netzbau-Trägerverein erklärt Rechtsanwalt Papenfuß einen Tag später, er selbst könne dem in der Zwischenzeit satzungsmäßig veränderten Verein nicht betreten, keine anderen Mitglieder dafür werben und könne auch der Kirche nicht empfehlen, diesen Verein zu unterstützen, "weil er nicht der von der Kirche bisher unterstützten Konzeption entspricht". In einem Brief von Papenfuß an Superintendent Roth heißt es außerdem: "Zu meiner Überraschung haben auch einige Vertreter von Kreuzberg die Auffassung geäußert, daß eine demokratische Legitimation durch die Betroffenen im Verein erforderlich sei, was im Klartext bedeutet, daß der Verein von Besetzern bestimmt und kontrolliert werden soll." Die kirchlichen Vertreter hatten einen demokratischen Aufbau des Vereins verlangt, nicht die Kontrolle durch Besetzer. Daß gerade die Kreuzberger Kirchenvertreter sich in diesem Falle selbst als Betroffene, weil für den Verein infragekommende Mitglieder, fühlen und das ihnen entgegengebrachte Mißtrauen nicht verstehen, sieht Papenfuß so nicht.

Ein öffentlich erklärter Ausstieg von Papenfuß und ein in Zusammenhang damit verbundenes Aussteigen des Bischofs hätte die weiteren Bemühungen um Netzbau sicherlich sehr erschwert, wenn nicht gar beendet. Dem Senat wäre eine nicht unwichtige Hemmschwelle genommen worden. Dieser Einschätzung folgend gibt es intensive Bemühungen, auch der kirchlichen Mitarbeiter, Papenfuß umzustimmen, obwohl seine Mitteilungen intern als Erpressung eingestuft werden. Er erklärt sich daraufhin bereit, erst einmal die Netzwerk-Mitgliederversammlung abzuwarten, die ja überhaupt erst einmal beschließen muß, ihren Auflösungsbeschluß vom Dezember 82 aufzuheben.

23.2.83: In den Räumen der Thomas-Gemeinde (Kreuzberg) wird die Liste der für den Netzbau-Trägerverein vorgesehenen Mitglieder öffentlich vorgestellt.

Auf kirchlicher Seite sind als Mitglieder Sup. Roth, Pfr. M. Bahmann, Pfr. Klemm, die Zwölf-Apostelkirchengemeinde und das Martinswerk vorgesehen.

- 24.2.83: Superintendent Roth schreibt an das Netzwerk-einen Brief. Darin bittet er die Netzwerk-Mitglieder, den Auflösungsbeschluß für Netzbau vom 11.12.82 aufzuheben und die Gesellschaftsanteile an Netzbau in einen 80 %- und einen 20 %-Verein zu überführen. Er bittet auch darum, außer etwaigen Namensänderungen keine weitergehenderen Bedingungen (z.B. verstärkten Einfluß der Besetzer) zu stellen, da diese Konstruktion sonst politisch nicht anerkannt würde und auf kirchlicher Seite in diesem Falle auch niemand bereit sei, dort mitzuarbeiten.
- 26.2.83: Die Netzwerk-Mitgliederversammlung entscheidet sich dafür, Netzbau an die beiden Nachfolge-Trägervereine zu verkaufen. Außer einer Namensänderung werden keine Bedingungen zur Auflage gemacht. Netzwerk e.V. löst sich auch organisatorisch völlig von der Netzbau GmbH.

M Ä R Z 1 9 8 3

- 3.3.83: In den Räumen der Zwölf-Apostel-Kirchengemeinde wird der Verein LIST-Leben im Stadtteil e.V., der 80%-Trägerverein- für die ehemalige Netzbau - GmbH (jetzt in Stattdbau umbenannt) gegründet. Im Vereinsvorstand befindet sich mit L. Kolhoff ein Vertreter des Martinswerks. Der 20 %-Trägerverein der Bewohner des Blocks 103 existiert bereits seit längerem. SuN-Selbsthilfe und Nachbarschaft e.V.; seit der Erweiterung um die drei Schöneberger GRUNDAG-Häuser vertritt er nun 17 Häuser.
- 8.3.83: Mit der Sophie-Charlotte-Str. 25 (Zehlendorf) und der Eylauer Str. 7 in Kreuzberg werden zwei besetzte Häuser polizeilich geräumt. In der Öffentlichkeit wird darauf kaum reagiert, ein deutliches Zeichen dafür, daß sich weite Teile der Hausbesetzer-Unterstützer-Gruppen längst anderen gesellschaftlichen Konfliktthemen zugewandt haben.
- So bleibt als fast einzige Großorganisation die Kirche (bzw. Teile davon), die sich mit der Frage der Wohnungspolitik beschäftigt, allerdings meist in der Verengung einer Konzentration auf die noch verbliebenen 87 besetzten Häuser.

- 9.3.83: Die SPD tritt mit einem Vorschlag an die Öffentlichkeit, der die Gründung von "Verwaltungsgenossenschaften" vorsieht, an welche die bezirklichen Grundstücksämter und die städtischen Wohnungsgesellschaften ihre Wohnungsbestände zur Verwaltung übertragen sollen. Damit soll eine verstärkte Mietermitbestimmung erreicht werden. Auf diesen ersten Schritt soll dann nach Vorstellungen der SPD die Gründung von Wohnungsgenossenschaften durch die Mieter folgen, die dann zunächst die Bestände der Gesellschaften übernehmen würden. Dieser Vorschlag ist einer der wenigen ernstzunehmenden und ausichtsreichen Vorschläge zu einer Veränderung in der Wohnungspolitik.
- 11.3.83: Die Arbeitsgruppe "Hausbesetzungen" im Kirchenkreis Kreuzberg schreibt einen Brief an Bischof Kruse, in dem der Bischof gebeten wird, sich direkt beim Regierenden Bürgermeister dafür einzusetzen, daß die Stattbau GmbH umgehend anerkannt wird. Dies sei auch deshalb notwendig, damit die Kirche nicht letztendlich doch noch in die fatale Situation kommt, "nurmehr die Opfer dieses Stadtpolitischen Problems zu pflegen".
Bis zu diesem Zeitpunkt hat es aus dem Senat keine eindeutige Äußerung gegeben, wie man dort mit der Anerkennung von Stattbau umgehen will.
- Ende März: In den letzten März-Tagen wird immer klarer, daß sich für die besetzten Schöneberger und Charlottenburger Neue-Heimat-Häuser keine Perspektive abzeichnet. Die Neue-Heimat ist zwar in etlichen Fällen zum Abschluß von Verträgen bereit, will jedoch aufgrund ihrer desolaten finanziellen Situation nicht auf die von ihr beanspruchten Planungskostenentschädigungen verzichten. Der Senat dagegen lehnt es weiterhin ab, Planungskosten zu erstatten, obwohl er es in einigen anderen Fällen, bei privaten Eigentümern und Abschreibungsgesellschaften sehr wohl getan hat. Damit wird es für die Besetzer unmöglich (z.B.: weil unbezahlbar), zu Verträgen zu kommen.
- 29.3.83: Die Kirchenleitung erklärt, daß sie dem Verein "Leben im Stadtteil" die zuvor der Netzbau-GmbH zur Verfügung gestellten 30 000.- DM aus Spendengeldern treuhänderisch überlassen will, damit die Kapitalausstattung des treuhänderischen Sanierungsträgers Stattbau-GmbH ermöglicht werden kann. In derselben Erklärung spricht die Kirchenleitung von den durch diesen Sanierungsträger existierenden guten Möglichkeiten für eine weitere Teillösung der Hausbesetzerproblematik und zeigt sich darüber hinaus bereit, auch weiterhin bei der Vermittlung von Verhandlungslösungen ihre Hilfe zur Verfügung zu stellen. Auch auf diese Kirchenleitungserklärung wird vom Senat

nicht mit einer Anerkennung der Stattbau-GmbH reagiert.

- 30.3.83: Vertreter der Cuvrystr. 25 und der SHIK-Genossenschaft handeln mit dem Eigentümer der besetzten Cuvrystr. 25 einen Nutzungsvertrag zu absoluten Vorzugskonditionen aus (ca. 30,- DM pro Wohnung). Laufzeit: 2 1/2 Monate.

A P T I L 1 9 8 3

- 1.4.83: Durch den Abschluß des Nutzungsvertrages für die Cuvrystr. 25 zwischen der Marx-Unternehmensgruppe (Combau) und dem Hausverein VAUL-Verein zum Aufbau unkontrollierter Lebensräume - gilt dieses Haus zum 1.4. als legalisiert.
- 3.4.83: Die Willibald-Alexis-Str. 43, Ecke Heimstr., für deren Kauf sich die Gossener Mission interessiert, wird polizeilich durchsucht, wegen ruhestörenden Lärms.
- 10./11.4.83: In der Nacht zum 11.4. wird ein Sprengstoffattentat auf den Geschäftsführer der Wohnungsbaugesellschaft "Stadt und Land" verübt, das mißglückt; ebenfalls an diesem Tag wird ein Einbruch mit sich anschließender Brandstiftung bei diesem Unternehmen durchgeführt.
- 21.4.83: Die Initiative "Freunde der Regenbogenfabrik" wird gegründet, der Einzelpersonlichkeiten aus Kreuzberg, verschiedene Organisationen und aus dem kirchlichen Bereich Sup. Roth, Pastor Gahlbeck, Mitarbeiter des Diakonischen Werks Kreuzberg und das Martinswerk angehören. Die Initiative bemüht sich um die Legalisierung des Komplexes Regenbogenfabrik und in diesem Zusammenhang um einen Gesprächstermin mit Bausenator Rastemborski. Leider ohne Erfolg.
- 23.4.83: Das Kuratorium der Gossener Mission beschließt, das besetzte Haus Willibald-Alexis/EckeHeimstr. im Bereich der Kreuzberger Passionsgemeinde zu kaufen.
- 27.4.83: Richard von Weizsäcker erklärt zur Frage der Hausbesetzungen: "Wir haben keine einzige neue Hausbesetzung zugelassen." Für die im Augenblick noch besetzten Häuser sei es in etlichen Fällen noch unklar, ob eine Regelung zustande kommen werde oder eine Räumung nötig sei. In jedem Fall werden "wir"... "die Rechtsordnung wiederherstellen". Diese und ähnliche Äußerungen von CDU - und Senatsvertretern werden allgemein im Bezirk Kreuzberg so verstanden, daß beabsichtigt ist, das Problem der besetzten

Häuser bis Ende 1983 endgültig zu lösen, damit das im nächsten Wahlkampf als Erfolg der Senatspolitik ausgegeben werden kann.

- 28.4.83: Bombenanschlag auf die Wohnungsbaukreditanstalt
In einem Bekennerschreiben einer "Revolutionären Zelle" zum Anschlag auf die WBK heißt es: "Seit Monaten stehen die Aktivisten im Berliner Häuserkampf mit dem Rücken an der Wand. Um an die Hintergründe und Hintermänner der Stadtzerstörung zu erinnern, haben wir heute nacht in der Vorstandsetage der Wohnungsbaukreditanstalt eine Bombe zum Platzen gebracht."
- 30.4.83: Ein weiterer Anschlag, dieses Mal auf eine Filiale der Sparkasse in Berlin-Charlottenburg (Brandstiftung).

M A I 1983

- 1./2.5.83: In der Nacht zum 2.5. wird ein Anschlag auf den Neuköllner Baustadtrat H.-P. Herz versucht, bei dem niemand zu Schaden kommt.

- 4.5.83: Ein weiterer Anschlag verursacht einen Schaden in Höhe von 1 Mio DM bei Möbel-Hübner. Dies ist der vierte Anschlag innerhalb von sieben Tagen. Nicht zuletzt aufgrund dieser Kette von Anschlägen wird es den Berliner Lokalpolitikern, insbesondere Bausenator Rastemborski, zunehmend unmöglich, sich zur Frage der Legalisierung von Häusern, insbesondere der Anerkennung von Stattbau, positiv zu äußern.

Erste Maihälfte:

In der ersten Maihälfte stellt sich heraus, daß das Konzept der SHIK-Genossenschaft als selbstorganisierte Trägergenossenschaft für besetzte (und Miets-) Häuser gescheitert ist. Hauptgründe sind die Verweigerung jeglicher Unterstützung mit öffentlichen Mitteln durch den Senat und immer schärfere Anforderungen des Genossenschaftsverbandes und eine falsche Rechtsberatung seitens des Verbandes.

- 18.5.83: Bausenator Rastemborski gibt bekannt, daß im Jahre 1982 in Berlin 35 000 Altbauwohnungen mit Hilfe von öffentlichen Mitteln in Höhe von 300 Mio DM modernisiert worden seien.
- 20.5.83: Die ehemalige, jetzt besetzte Schultheiß-Brauerei in Berlin-Zehlendorf wird polizeilich durchsucht. Nachdem sich dort verschiedene Lösungsmöglichkeiten zerschlagen haben (z.B. ein Tausch-

angebot der Ev. Kirche an die Neue Heimat), interessiert sich jetzt das Kreuzwerk e.V. für dieses Projekt und will dort in Zusammenarbeit mit den dort noch verbliebenen Besetzern und anderen Jugendlichen eine Ausbildungsstätte einrichten. Diese Idee wird auch vom Förderverein der Brauerei unterstützt.

25.5.83: Das seit April 1981 besetzte Haus Dieffenbachstr. 74 in Kreuzberg wird geräumt. Am gleichen Tag äußert der Vorsitzende der CDU-Fraktion Diepgen, daß die CDU-Fraktion des Abgeordnetenhauses das Problem der besetzten Häuser bis Beginn des Jahres 1984 lösen wolle. Einen Tag später geht die FDP-Fraktion nach Worten ihres Vorsitzenden Rasch auf Distanz zu diesen CDU-Äußerungen.

27.5.83: Der Geschäftsführer der Stattdau-GmbH weist darauf hin, daß es kaum noch Chancen gibt, die drei Schöneberger GRUNDAG-Häuser in Stattdau einzubeziehen. Darüber hinaus zeichne sich allgemein eine Verschärfung der Situation ab: "Eine besondere Doppelstrategie des Senates ist in den öffentlichen und halböffentlichen Aussagen zu sehen, daß "man den Bezirk Kreuzberg zwar nicht zusätzlich belasten wolle", daß aber die Fakten sich genau umgekehrt abspielen, z.B. wohnen im Haus Oranienstr. 198 die geräumten Besetzer der Fidicinstr., und es ist wahrscheinlich, daß nach Räumung weiterer Häuser auch diese Leute nach Kreuzberg gehen werden ... ein weiteres "Anfüllen" der Häuser in Kreuzberg, die gegebenenfalls auch unter der Regie von Netzbau/Stattdau saniert werden sollen, gefährdet wiederum wegen der sich dann kumulierenden sozialen Probleme auch den Sanierungsauftrag..."

Ende Mai: Der Hausverein der Cuvrystr. 25 schließt einen Erbbaurechtsvertrag mit dem Bezirksamt Kreuzberg ab und ist damit endgültig nicht mehr besetzt. Laufzeit des Vertrages: 35 Jahre.

J U N I 1 9 8 3

Anfang Juni: Der Verein SHIK-Selbstverwaltete Häuser in Kreuzberg e.V. wird gegründet, quasi als Ersatz für die nicht vorhandene Genossenschaft.

1.6.83: In einem Schreiben der BeWoGe an die Besetzer des Leuschnerdamm 7 werden diese aufgefordert, das Haus innerhalb einer Woche zu räumen, da die BeWoGe beabsichtigt, das Haus "durchgreifend instandzusetzen". Das Haus wird polizeilich durchsucht.

Am gleichen Tag wird im Gebiet um den Chammissoplatz die Willigald-Alexis-Str. 43/Ecke Heimstr. geräumt. In einem Schreiben Lummers an den Konsistorialpräsidenten Flor wird von einer kriminellen Belastung des Hauses gesprochen, die seine Legalisierung, also Kauf durch die Gossener Mission, in der vorgesehenen Weise nicht mehr zuläßt. Die Besetzer seien "in letzter Zeit verstärkt durch Kriminalität und besonders hohe Umweltbelastung in Erscheinung getreten". Die Räumung ist auch mit dem Bausenator Rastemborski abgesprochen.

Daß hier gezielt aussichtsreiche Verhandlungen (wie schon im November bei der Räumung der Maaßenstr.) torpediert werden sollen und die für die Räumung angegebenen Gründe an den Haaren herbeigezogen sind, wird schon aus der von Lummer beigefügten Aufstellung über sogenannte Delikte deutlich: eine Aufstellung über Verkommnisse seit dem Beginn der Besetzung, dem 22.1.81: Von Nachbarn hat die Polizei acht Beschwerden erhalten, davon nur eine mit Angabe des Namens (13.3.82) des Beschwerdeführers, keine mit einer Anzeigennummer: Zwei am 8.2.81 wegen Müll auf dem Gehweg (die Besetzer vermuten, daß entweder damals die Müllabfuhr von ihnen bestellt war oder daß Nachbarn Müll vor dem Haus abgeladen hatten; beides ist mehrfach geschehen); zwei am 22.5.81 wegen ruhestörenden Lärms; die anderen vier an vier verschiedenen Terminen zwischen 15.6.81 und 3.4.83 wegen ruhestörenden Lärms. Also Sippenhaftung für Bagatelvergehen! Daneben hat die Polizei 32 Straftaten in oder aus dem Haus bzw. durch Personen anderer Häuser registriert. In keinem Falle ist Anzeige erhoben worden! Davon fünfmal Hausfriedensbruch (jeweils die Tatsache der Besetzung), achtmal Straftaten im Zusammenhang mit Transparenten oder Parolen am Haus (wildes Plakattieren, Beleidigung, Volksverhetzung), zehnmal Sachbeschädigung (evtl. wegen Veränderungen am Haus) und neun andere Delikte, darunter z.B. Fahrgeldbetrug (Schwarzfahren am 1.3.81). Deutlich also, daß die behauptete erhebliche kriminelle Energie nur ein Vorwand ist. Gossener Mission, Kirchenleitung, Bischof Kruse, Papenfuß, die Pfarrer der Passionsgemeinde und viele andere sind empört. Der Missionsdirektor der Gossener Mission, Siegwart Kriebel, schreibt: "Bischof Kruse, Rechtsanwalt Papenfuß, die Pfarrer der Passionsgemeinde stimmen mit uns darin überein, daß der unmittelbar bevorstehende Abschluß des Kauf- und Pachtvertrages der Räumungsgrund war, während die Delikte nur vorgeschoben wurden... Die Kirche ist

besonders deshalb enttäuscht, weil sie Ende 1981 sich auf den ausdrücklichen Wunsch des Regierenden Bürgermeisters von Weizsäcker hin und nach ausdrücklicher Billigung ihrer Pläne durch ihn in der Hausbesetzerfrage engagiert hat."

Alle Bemühungen um einen nachträglichen Kauf des Hauses und seine Rückgabe an die Besetzer in den folgenden 14 Tagen bleiben trotz des von der GeWoBaG geäußerten Interesses ergebnislos.

- 1./2. 6.83: An beiden Tagen kommt es jeweils zu erheblichen gewaltsamen Auseinandersetzungen anlässlich von Demonstrationen gegen diese Räumung. Zum ersten Mal seit längerer Zeit interessiert sich auch wieder eine breite Öffentlichkeit für diese vom Berliner Senat durchgeführte "Berliner Linie" und bezieht Stellung.
- 6.6.83: Der Verein des Blocks 103, Sun, und Stattdau nehmen kritisch Stellung zu der nach der durch die Räumung der Willibald-Alexis-Str. 43 erzeugten Situation und fordern, daß nun endlich der Sanierungsvertrag für Stattdau vom Bausenator unterzeichnet werden solle. Keine Reaktion daraufhin.
- 8.6.83: Vermutlich im Zusammenhang mit der befürchteten Räumung des Leuschnerdamm kommt es abends nach einem Hausbesetzer treffen auf dem Oranienplatz zu schweren Auseinandersetzungen mit der Polizei; 14 Brandanschläge werden verübt, einer davon auf ein Bilka-Kaufhaus. Sachschaden: 500 000.- DM. 111 Personen werden vorübergehend festgenommen.
- 9.6.83: In seiner Halbzeitbilanz vor dem Berliner Abgeordnetenhaus spricht Richard von Weizsäcker davon, die "differenzierte Linie" des Berliner Senats gegenüber den Hausbesetzern mit "Konsequenz und Besonnenheit" fortzusetzen. Zu der öffentlichen Kritik an der gegenüber früheren CDU-Plänen fast um die Hälfte reduzierten Zahl von Wohnungsneubauten in dieser Legislaturperiode meint er, der Senat habe nie die Absicht gehabt, "um jeden Preis" an einmal vorgegebenen Zahlen festzuhalten, es sei entscheidender, den Bedarf zufriedenzustellen und bezahlbar zu bauen.
- 13./16.6.83: In Gesprächen zwischen IBA, Vertretern der Bauverwaltung, Paten und Nutzern der Görlitzer Str. 36 über die Legalisierung dieses z.T. von Punks besetzten Hauses kommt es zu keiner Einigung: Das als Träger in Aussicht genommene Martinswerk sieht sich insbesondere durch die soziale Situation im Haus (überwiegend Sozialhilfeempfänger) und

durch seine sonstigen gerade erst angelaufenen Projekte überfordert. Das immerhin mit öffentlichen Mitteln reichlich ausgestattete SPI sieht sich wegen Überlastung ebenfalls nicht in der Lage, eine Trägerschaft zu übernehmen.

Ebenfalls am 16.6. erklärt Bausenator Rastemborski, es bleibe weiterhin das Ziel des Senats, Hausbesetzungen überall dort mit den Betroffenen einvernehmlich zu lösen, wo dies möglich und rechtlich vertretbar sei.

- 18.6.83: Zwei Tage später wird wieder ein Haus geräumt, die überwiegend von Punks bewohnte Oranienstr. 198. An diesem Tag hatte die "Konservative Aktion" Demonstrationen gegen Hausbesetzer und Ausländer vor allem in den Bezirken Schöneberg, Tiergarten, Wedding und Kreuzberg geplant. Bei der daraufhin auch von der Kreuzberger SPD mitgetragenen Gegendemonstration zogen etwa 15 000 Leute von Schöneberg nach Kreuzberg und wollten sich dort verteilen, insbesondere auch deshalb, um die Verteilung von Blumen und Flugblättern und damit verbundenen Heimkehraufforderungen an in Kreuzberg lebende Türken zu unterbinden.

In der Gegend des Kottbusser Tors kommt es zu Auseinandersetzungen mit der Polizei, die einen der Demonstranten verhaften will, als er gerade ein Transparent gegen die Konservative Aktion an der dortigen Hochbahnbrücke befestigen wollte. Die Auseinandersetzungen ziehen sich bis in den späten Abend hinein. Ein Straßenfest am Mariannenplatz wird von der Polizei brutal aufgelöst. Wohl nur noch als Racheaktion des Innensenators für die gewaltsamen Auseinandersetzungen zu werten, ist die dann erfolgende Räumung der Oranienstr. 198, die die vor Ort weilenden Polizeikräfte selbst gar nicht durchführen wollten. Etwa 50 Besetzer sitzen auf der Straße, obdachlos. Das Haus gehört in das "Stattdau-Paket". Nach Erklärung des Kreuzberger Baustadtrates Orlowsky versicherten sowohl Mieter als auch Besetzer der umliegenden Häuser, daß aus diesem besetzten Haus keine Steine geworfen worden seien, wie der Innensenator in seiner Begründung für die Räumung angegeben hat.

Die Besetzer können für zwei Tage in den Räumen der St. Thomas-Gemeinde unterkommen. Währenddessen bemühen sich Bezirksamt Kreuzberg, Gemeinde, Landeskirche um Zelte für die obdachlos gewordenen Besetzer, die auf dem Mariannenplatz so lange aufgestellt werden sollen, bis die Besetzer untergebracht sind. In Gespräch ist auch die Rückgabe des Hauses, um die sich mit vereinten Kräften Gemeindepfarrer, Bezirksamt Kreuzberg und Vertreter der IBA bemühen.

Ebenfalls am 18.6. unterzeichnen die Besetzer der Görlitzer Str. 39 einen Kaufvertrag über das von ihnen besetzte Haus.

20.6.83: Rechtsanwalt Papenfuß legt einen Bericht über seine Bemühungen und den Verlauf der Gespräche im Konflikt um die Hausbesetzungen vor. Darin beschreibt er seine derzeitigen Einflußmöglichkeiten als gering und meint, die frühere Aufgabe, zwischen Besetzern und Verwaltung zu vermitteln, sei nicht mehr erforderlich, weil es dort in relativ großem Umfang direkte Kontakte gebe.

"Zusammenfassend bin ich der Auffassung, daß die evangelische Kirche durch den Versuch, die jungen Menschen im Hausbesetzerbereich ernst zu nehmen, ohne ihnen nach dem Munde zu reden, dort und in einem breiten Umkreis dankbar anerkannt worden ist. Die Kirche hat dazu beitragen können, daß Gespräche zwischen diesen Menschen und den Verwaltungen zustande gekommen sind. Insgesamt hat die Situation sich wesentlich entkrampft. Auch der Einsatz der Kirche hat nicht dazu geführt, daß die Formen neuen Lebens und Arbeitens unter Verantwortung der Besetzer selbst zustande gekommen sind. Die Aufgabe der Betreuung der einzelnen Menschen in ihrer persönlichen und sozialen Not bleibt."

21.6.83: Die Gesobau und die Besetzer der Groninger Str. 50 (Wedding) schließen einen auf 10 Jahre befristeten Nutzungsvertrag ab. Damit gibt es im Wedding nur noch vier besetzte Häuser.

22.6.83: Es wird bekannt, daß die Neue Heimat die Räumung der ihr gehörenden und besetzten Charlottenburger Häuser angekündigt hat.

23.6.83: Das Bezirksamt Neukölln schließt mit dem Kirchenkreis Neukölln einen Nutzungsvertrag über die besetzte Wederstr. 50 ab.

24.6.83: Das Martinswerk und die Neue Heimat schließen einen Nutzungsvertrag über einen Seitenflügel in der Pohlstr. (1-30) 23, der leersteht, ab. Ziel des Martinswerks ist es, wenigstens im begrenzten Umfang Wohnraum für demnächst obdachlose Besetzer zur Verfügung zu haben.

25.6.83: Sprecher der Polizeigewerkschaft im Deutschen Beamtenbund fordern, Hausbesetzungen nun endlich ganz zu beseitigen. Dadurch würde den in Berlin lebenden Bürgern "das Gefühl der Sicherheit zurückgegeben".

27.6.83: Zum dritten Mal in diesem Monat werden spektakulär Häuser geräumt: Danckelmannstr. 43, 44, 45, Neufertstr. 11, Sophie-Charlotte-Str. 81 (alle Charlottenburg, Neue Heimat-Häuser) sowie Leuschnerdamm 7 und 9 (Kreuzberg). Die Neue Heimat hatte die Räumung dieser Häuser beantragt, die BeWoGe war mit den nicht verhandlungsbereiten Besetzern ihrer beiden Kreuzberger Häuser zu keiner Einigung gekommen. In der Stadt sind nur noch 64 Häuser besetzt.

In einem Gespräch mit dem Evangelischen Pressedienst kritisiert Bischof Kruse die forcierte Räumung besetzter Häuser durch den Senat. Es entstünde ein neues soziales Problemfeld, dessen Umfang und Folgen noch nicht absehbar seien. Die Kirche sei zwar bereit, bei der Linderung sozialer Not zu helfen, doch die Verantwortung für die entstandene Situation und ihre Lösung liege bei der Stadt. Insbesondere habe die Kirche die überhaupt nicht zu verstehende Räumung der Willibald-Alexis-Str. betroffen gemacht. Nach Einschätzung des Bischofs seien nun künftig nur noch wenige Einzellösungen möglich. Da die bisherigen Ausweichmöglichkeiten der Besetzer aber erschöpft seien und mit den Räumungen auch die polizeilichen Anmeldungen der Besetzer für hinfällig erklärt worden seien, käme ein neues Problem hinzu. Die Betroffenen würden nämlich damit zu Stadtstreichern, auch deshalb, weil die Arbeitslosen unter ihnen ohne gültige polizeiliche Anmeldung beinahe jede Unterstützung verlieren würden. Sie gerieten damit in eine Situation der Ausweglosigkeit. Wenn sich nun einige dieser Gruppen zum Negativen hin entwickeln sollten, sollte niemand "voreilig sagen, nun komme der wahre Charakter dieser jungen Menschen heraus".

Nachdem die geräumten Charlottenburger Besetzer ein Angebot des Bezirksbürgermeister auf Unterbringung in zwei Obdachlosen-Einrichtungen ablehnen, werden sie für eine Nacht im Haus der Kirche untergebracht. Forderungen nach Rückgabe der Häuser werden von Senat und Neue Heimat zurückgewiesen. Pfarrer Manfred Engelbrecht, der zu einer Gruppe Charlottenburger Vermittler gehört, hält auf einer Veranstaltung gegen diese Räumungen dem Staat vor, ihm gehe es um die Zerschlagung von Menschengruppen, die neue Formen des Zusammenlebens erprobten. Von verschiedenen Teilen der durch diese neuen Räumungen endgültig wieder aktivierten Paten- und Unterstützungsgruppen wird die Forderung erhoben, es dürfe keine weiteren Räumungen geben...

Die Besetzer errichten schließlich einen Tag später auf einem Ge-

lände in der Charlottenburger Schloßstr. eine Zeltstadt; die Zelte werden aus dem Kirchenkreis Steglitz zur Verfügung gestellt.

- 29.6.83: Der Regierende Bürgermeister erklärt vor Journalisten, er habe von diesen Häuserräumungen vorher gewußt und bejahte sie. Nach seiner Ansicht entstünden dadurch auch keine neuen sozialen Probleme, insbesondere auch nicht das der Obdachlosigkeit. Auf Seiten der evangelischen Kirche lägen "Mißverständnisse" vor, die er durch ein Zusammentreffen mit Bischof Kruse so bald als möglich ausräumen wolle.

J U L I 1 9 8 3

- 1.7.83: Beim Regierenden Bürgermeister findet ein Gespräch zu Fragen der Hausbesetzungen statt, bei dem Kreuzberger Lokalpolitiker und Kirchenvertreter (Pfr. Bahmann, Sup. Roth) teilnehmen. Von R.v. Weizsäcker wird dabei die Unterzeichnung des Sanierungsvertrages für Statthaus, bezogen auf den Block 103, in Aussicht gestellt.
- 2.7.83: Ein Offener Brief der Schöneberger SPD wird bekannt, in dem diese den Senat auffordert, für sieben besetzte Schöneberger Neue-Heimat-Häuser die Planungskosten zu übernehmen, um so ihre Legalisierung zu ermöglichen. Ebenfalls am 2.7. demonstrieren etwa 10 000 Leute in Charlottenburg gegen die Räumungspolitik des Senats. Die Demonstration wird von starken Polizeikräften "begleitet", ohne daß es zu Auseinandersetzungen kommt.
- 4.7.83: Der Verein SHIK e.V. kauft das besetzte Hexenhaus, Liegnitzer Str. 5. Damit sind mit Ausnahme der Regenbogenfabrik die in SHIK zusammengeschlossenen besetzten Häuser legalisiert, ohne daß jedoch der Versuch geglückt ist, darüber hinaus einen für den ganzen Stadtteil zuständigen selbstverwalteten Träger, auch für Mietshäuser, zu installieren.
- 6.7.83: Das Martinswerk und der Eigentümer der besetzten Häuser Naunynstr. 58 und Manteuffelstr. 90, Oldenburg, treffen eine Vereinbarung, die den Abschluß eines Generalmietvertrages durch das Martinswerk für beide Häuser vorsieht.

- 7.7.83: Die am 1.6. aus der Willibald-Alexis-Str. 43 geräumten und nur zwischenzeitlich in einem anderen besetzten Haus untergekommenen ehemaligen Besetzer errichten auf dem Kreuzberger Marheinekeplatz eine Zeltstadt. Das Kreuzberger Bezirksamt hatte diesem Ansinnen zugestimmt, Vertreter der Passionsgemeinde hatten zugesagt, für Toiletten, Waschgelegenheiten und Elektroanschluß geradezustehen; außerdem erklären sich Passionsgemeinde und die Gossener Mission gemeinsam bereit, "mit dem Ziel des friedlichen Zusammenlebens der Menschen um den Marheinekeplatz beruhigend auf die Bevölkerung einzuwirken".
- Ebenfalls am 7.7. kommt es zu einer öffentlichen Kontroverse um einen leitenden Polizeibeamten, der bei der Demonstration gegen Häuserräumungen am 2.7. mitdemonstriert hatte. Nach einigem Hin und Her wird er von der Polizei zur Innenbehörde versetzt. Seine Klage bleibt in der ersten Instanz ohne Erfolg; allerdings war auch von Seiten der Alliierten seine Versetzung gefordert worden.
- 8.7.83: Die Passionsgemeinde und die Gossener Mission rufen in einer gemeinsamen Presseerklärung dem Senat im Hinblick auf die Verhandlungen um den geplanten Kauf der geräumten Willibald-Alexis-Str. 43 Hin-haltetaktik vor und warnen davor, die am Kauf Beteiligten zu zermürben. Alle Beteiligten hätten bereits dem Kauf zugestimmt, nur der Senat zögere immer noch.
- 11.7.83: Die ehemaligen Besetzer der Charlottenburger Neue-Heimat Häuser brechen ihre Zeltstadt in Charlottenburg ab; die Polizei hatte mit der Räumung gedroht. Sie kommen für zwei Tage in den Räumen der Charlottenburger Luisengemeinde unter. Danach ziehen etliche dieser Leute nach Kreuzberg, z.T. in einige der dort besetzten Häuser; einige kommen vorübergehend bei Freunden unter. Für einen Teil (ca. 12 Leute)
- 21.7.83: schließt die Neue Heimat am 21.7. einen Nutzungsvertrag über ein in der Danckelmannstr. 14 leerstehendes Quergebäude ab; ein anderer Teil wartet auf das Zustandekommen eines Selbsthilfeprojekts des Martinswerkes für die Grünthaler Str.
- 15.7.83: Auf Beschluß der Kirchenleitung gibt der als Beauftragter des Bischofs eingesetzte Rechtsanwalt Papenfuß diesen Auftrag zurück. Eine Vermittlerfunktion zwischen "sprachloser Verwaltung und Besetzern, die nicht mit der Verwaltung sprechen wollen", sei nicht mehr nötig, da alle Beteiligten in der Lage seien, nun für sich selbst zu sprechen. Bei dem Gespräch, in dem Papenfuß dies der

Öffentlichkeit mitteilt, sind neben Bischof Kruse auch die Senatoren Lummer und Rastemborski anwesend. Ergebnis dieses Gespräches ist auch, daß nun auf Seiten des Senats der Stattdau-Lösung für den Kreuzberger Block 103 (neun besetzte Häuser) endgültig zugestimmt wird.

21.7.83 Die Stattdau GmbH wird in das Handelsregister eingetragen.

Die endgültige Arbeitsaufnahme von Stattdau erfolgt allerdings erst Anfang September. Stattdau nimmt seine Tätigkeit auf, indem als erstes das ehemals besetzte und am 18.6. geräumte Haus Oranienstr. 198 in den ersten Septembertagen den ehemaligen Besetzern wieder zurückgegeben wird, die daraufhin ihre Zeltstadt am Mariannenplatz abbrehen können.

22.7.83: Es wird bekannt, daß der Spendenaufruf des Bischofs zugunsten der Netzbau GmbH insgesamt 33.575,91 DM erbracht hat. Davon wurden vom Netzbau-Nachfolger Stattdau 30 000.- DM als Grundkapital übernommen und der Rest dem Martinswerk zur Verfügung gestellt.

Ebenfalls am 22.7. heißt es in einer Bilanz von Innensenator Lummer, die Besetzungen seien bald nur noch ein Randproblem, ihre Zahl sei jetzt auf 57 gesunken.

Nachdem Bausenator Rastemborski die Gossener Mission erneut auf die angeblich von den Besetzern ausgehende kriminelle Umfeldbelastung aufmerksam macht, erklären Vertreter der Gossener Mission den Kauf der Willibald-Alexis-Str. 43/Ecke Heimstr. für endgültig gescheitert. Es wird begonnen, nach einer alternativen Unterbringungsmöglichkeit für die Besetzer zu suchen; allerdings scheitern bis Anfang September alle Kaufversuche vor allem an der unverschrämten Haltung von Hauseigentümern (z.B. werden in einem in Aussicht genommenen Haus von den Eigentümern noch schnell die Öfen zerstört) und der unverbindlichen Haltung des Bausenators.

28.7.83: In einer Antwort auf eine kleine Anfrage eines CDU-Abgeordneten vom Senat wird geäußert, daß für 45 Räumungen besetzter Häuser von Juni 1981 bis Juni 1983 Kosten in Höhe von 3,3 Mio DM entstanden seien. Die polizeiliche Räumung eines Hauses kostet damit 75.000 DM. Nicht inbegriffen sind natürlich die Kosten für Polizeieinsätze anlässlich von Demonstrationen in diesem Zusammenhang und für Schäden bei den dabei entstandenen Auseinandersetzungen!

Gegen Stellung einer Kautions von 1 Mio DM erhält der Architekt D. Garski Haftverschonung.

Im August verläßt Bausenator Rastemborski auf mysteriöse Weise Berlin und verschwindet ...

